Dienstag, 20. Mai 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 114 - 21.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1500 L. Jugoslawien 560,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,20 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 14 öS. Portugal 150 Esc. Schweden 8,00 skr. Schweiz 2,00 sfr. Spanien 170 Pts. Kanarische Inseln 185 Pts. Türkei 750 TL.

Heute in der WELT



Die Hypothese von der Beziehung zwischen Radioaktivitäts-Dosis und Krebs wird von Atomkraftgegnern aufgestellt, weil sie für deren Argumentation günstig ist, behauptet der Kernphysiker Professor Heinz Maier-Leibnitz. Der ehemalige Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft prangert an, daß überall eigene Messungen angeführt werden, die angeblich besser seien, aber gefährlichere Werte ergeben als die anderen. Seite 6

WELT-Gespräch mit Minister Riesenhuber

Eine deutsche Beteiligung am französischen Raumgleiter Hermes wirft noch viele Fragen auf. Diese Ansicht vertritt Forschungsminister Heinz Riesenhuber in einem WELT-Gespräch. Unklar sei vor allem noch die Höhe der Gesamtkosten. Dennoch wertet Riesenhuber Hermes als ein „kluges und interessantes Projekt". Seite 11

POLITIK

Alarm: Mit einer bislang beispiellosen gemeinsamen Aktion ihrer Sicherheitskräfte haben die Anrainerstaaten des Ärmelkanals über Pfingsten auf die Gefahr eines möglichen Terroranschlags auf eine Kanalfähre reagiert. Der britischen Polizei waren Hinweise auf einen Anschlag arabischer Terroristen zugespielt worden.

Maßnahmen: Israel und Italien wollen künftig im Kampf gegen den Terror enger zusammenarbeiten. Die Außenminister Schamir und Andreotti sind sich über den einzuschlagenden Weg jedoch nicht einig: Rom wendet sich gegen militärische Schläge.

Weinberger: In Lissabon hat der US-Verteidigungsminister Fragen der militärischen Zusammenarbeit erörtert. Portugal sorgt sich um mögliche Auswirkungen der US-Etatkürzungen auf die Stützpunktverträge, in deren Rahmen die USA Stützpunkte auf den Azoren mitbenutzen dürfen.

Rettung: In einer riskanten Aktion hat das Rettungsschiff „Cap Anamur 2" 52 total erschöpfte Bootsflüchtlinge gerettet. Das Schiff mußte gegen rauhe See mit meterhohen Wellen bei Windstärke 8 ankämpfen.

Türkei: Bundespräsident Richard von Weizsäcker stattet der Türkei vom 26. bis 30. Mai einen offiziellen Besuch ab. Es ist die erste offizielle Visite eines westlichen Staatsoberhaupts seit Übernahme der Macht durch die türkischen Militärs in Ankara.

Israel: In Tel Aviv ist eine neue Partei, das „Liberale Zentrum", gegründet worden. Die Anhänger rekrutieren sich vorwiegend aus ehemaligen Mitgliedern der Liberalen Partei im Likud-Block, die dort seit langem „ihre Ideale preisgegeben" sehen. (S. 5)

Dominikanische Republik: Mit noch ungewissem Ausgang ist die Stimmenauszählung nach den Präsidentschaftswahlen unterbrochen worden. Nach ersten bekanntgewordenen Teilergebnissen führte der konservative Oppositions-Kandidat Balaguer.

Frankreich: Nach den jüngsten Anschlägen auf Korsika und in Paris hat Frankreich Maßnahmen zur besseren Bekämpfung des Terrorismus ergriffen. Für Hinweise auf Terroristen soll es künftig hohe Belohnungen geben. Dazu ist ein besonderer Fonds eingerichtet worden; die Rede ist von sechsstelligen Summen. (S. 10)

WIRTSCHAFT

Forschung: Ungeachtet der angespannten Finanzlage will die EG-Kommission für die kommenden Jahre eine beträchtliche Aufstockung der europäischen Forschungsausgaben fordern. Sie erhofft Unterstützung von Industrie und Hochschulen; Widerstand dürfte es aus Bonn geben. (S. 11)

Italien: Die Diskontsenkungen und die Aufhebung eines Teils der im Januar eingeführten Kreditrestriktionen haben auch den in Italien operierenden 35 Niederlassungen ausländischer Banken etwas Luft verschafft. Die Situation hat sich „von sehr schlecht auf schlecht" verändert. (S. 12)

KULTUR

Flop: Das Berliner Theatertreffen geriet dieses Jahr zur großen Enttäuschung. Bemerkenswert allein war die Präsentation des Stuttgarter Schauspiels. Es bot die „Hanglage Meerblick" des Amerikaners David Manet, eine Art Zuendeführung des „Handlungsreisenden" von Arthur Miller. (S. 21)

„Rienzi": Vielleicht Generalprobe für eine Inszenierung in der wiedererstandenen Semper-Oper: Das Nationaltheater Mannheim lud Christine Mielitz, die Oberspielleiterin der Dresdner Staatsoper, ein, Richard Wagners kolossales, lange verpöntes Dresdner Jugendstück einzurichten. (S. 21)

SPORT

Rudern: Peter-Michael Kolbe startete eindrucksvoll in die Weltmeisterschafts-Saison. Bei der Pfingst-Regatta auf dem Baldeneysee siegte er zweimal. (S. 19)

Boxen: In Reno (US-Bundesstaat Nevada) wurde der 34 Jahre alte Kubaner Stevenson zum drittenmal Amateur-Weltmeister im Super-Schwergewicht. Er will nun sogar an den Olympischen Spielen 1988 teilnehmen. (S. 18)

Motorrad: der viermalige Ex-Weltmeister Toni Mang (Foto) aus Inning gewann in Monza den Grand Prix von Italien in der Klasse bis 250 ccm. Es war der 33. Grand-Prix-Sieg von Mang, der damit für den Großen Preis von Deutschland favorisiert ist. (S. 19)



AUS ALLER WELT

Volksfest: Von den Münchnern totgeschwiegen, von Kennern bevorzugt – das Volksfest der Franken, die Erlanger „Bergkirchweih", ist die zweitgrößte Bierseligkeit in ganz Bayern. Das Fest gibt es seit 1775, den Namen seit Anfang des 19. Jahrhunderts, allemal heißt es: „Ozapft is". (S. 22)

Katastrophen: Zwanghafte Angstvorstellungen bedrängen auch heute noch die vor 20 Jahren in der Erzgrube Mengede eingeschlossenen Bergleute – an Phobien leiden die Geiseln aus der entführten Lufthansa-Maschine von Mogadischu, an Angstträumen von Exekutionen. (S. 22)

Grüne gehen auf radikalen Konfrontationskurs zur SPD

Druck auf Hessen-Koalition / „Ausstieg aus der politischen Vernunft"

DIETHART GOOS, Hannover

Die Grünen haben auf ihrem Bundeskongreß in Hannover neue Hürden für Koalitionen mit der SPD aufgebaut. Weitere Bündnisse auf Länder- und auch auf Bundesebene soll es nur geben, wenn sich die SPD ohne Kompromisse dem Kurs der Grünen unterordnet. Doch dazu ist die SPD offenbar nicht bereit. Der Vorsitzende des Bundestags-Innenausschusses, Axel Wernitz (SPD), nannte die Beschlüsse der Grünen einen „Rundumausstieg aus der politischen Vernunft". Damit könnten die Grünen niemals Koalitionspartner der SPD in Bonn werden. Auch in Hessen und in den Gemeinden „müssen wir jede Koalition mit den Grünen beenden, wenn sie sich dort nicht von ihrem Bundesparteiprogramm distanzieren", sagte Wernitz gegenüber der Kölner Tageszeitung „Expreß".

Die Ökopartei geht mit radikalen Forderungen wie Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO, sofortiger Abschaltung aller Kernreaktoren, Aufgabe des Wiedervereinigungsgebots im Grundgesetz und ersatzloser Streichung des Paragraphen 218 in den Wahlkampf. Die mehr als 800 Delegierten des viertägigen Bundeskongresses zwangen den Umweltminister der Grünen in Hessen, Joschka Fischer, die Koalition mit der SPD aufzukündigen, wenn Ministerpräsident Börner nicht bis spätestens zum Jahresende den Ausstieg aus der Kernenergie einleitet. Eine entsprechende Resolution hat jedoch für die Landesverbände nur empfehlenden Charakter.

SEITEN 2 UND 4:
Weitere Beiträge

In allen Schlüsselfragen des Kongresses hat sich der Flügel der sogenannten Fundamentalisten mit Rainer Trampert und Jutta Ditfurth an der Spitze gegen die Realisten wie Fischer durchgesetzt.

Fischer hatte die Delgierten umzustimmen versucht und unter Verweis auf die atomrechtliche Kompetenz des Bundes erklärt, die sofortige Abschaltung der Atomreaktoren sei nicht möglich. Aber Trampert, Frau Ditfurth und auch Petra Kelly setzten die radikalen Forderungen im Wahlprogramm durch.

Neben dem Ziel des NATO-Austritts verlangen die Grünen einseitige Abrüstungsschritte. Dazu werden die Streichung sämtlicher Rüstungsausgaben, sofortiger und bedingungsloser Abzug amerikanischer Pershing-Raketen und Marschflugkörper, Verzicht deutscher Beteiligung an SDI und Eureka sowie Abzug aller ausländischen Streitkräfte aus der Bundesrepublik verlangt.

Weiter fordern die Grünen die Auflösung des Bundesgrenzschutzes und der kasernierten Bereitschaftspolizei und die Abschaffung der Verfassungsschutzämter. Um ihre Forderungen nach NATO-Austritt und Abschaltung der Atomreaktoren von der Basis her durchsetzen zu können, verlangen die Grünen ein sogenanntes Bundesabstimmungsgesetz. Wenn mindestens eine Million Stimmberechtigte durch ihre Unterschrift ein Volksbegehren unterstützen, muß ein Volksentscheid stattfinden.

DER KOMMENTAR

Fundamental

DIETHART GOOS

Mit brutaler, aber dankenswerter Offenheit haben die Grünen auf ihrem viertägigen Mammutkongreß in Hannover ihre politische Strategie für die kommenden Wahlen diskutiert und in Beschlüsse gegossen. Wer bisher in der SPD mit diesen Kräften sympathisierte oder die Grünen – wie Gerhard Schröder in Niedersachsen – als Mehrheitsbeschaffer ins Kalkül zog, muß umdenken: Mit diesen Kräften kann kein ehrlicher Demokrat ein Bündnis eingehen – weder in Wiesbaden, noch in Hannover oder gar in Bonn.

Die Grünen haben ihr wahres Gesicht gezeigt, fundamental. Sie, die sich gern als Bewahrer des Lebens und der „wahren" Sicherheit empfehlen, opfern in Wahrheit beides bedenkenlos. Der entschuldigende Hinweis auf die liebenswerten ökologischen Träumer gilt nicht mehr. Mit dieser Bewegung ist kein Staat zu machen.

Ein Machtkartell der sogenannten Fundamentalisten mit Rainer Trampert und Jutta Ditfurth an der Spitze hat im Schatten der Atomwolke alles in der grünen Bewegung an sich gerissen. Da wurde der hessische Umweltminister Joschka Fischer, der sich vor den Delegierten rhetorisch geschickt für seinen gemäßigten Ausstiegskurs innerhalb der hessischen Landesregierung zu rechtfertigen versuchte, als „Star-Grüner" oder „Promi" von den Fundamentalisten „abgebügelt" (wie man in diesen Kreisen zu sagen pflegt). Der Kongreß nötigte ihm und seinen Genossen den Koalitionsbruch mit Ministerpräsident Börner auf, wenn dieser sich bis Ende des Jahres nicht verpflichtet, alle hessischen Kernkraftanlagen abzuschalten.

Die „Fundis" unter Trampert & Co haben sich überall durchgesetzt. Unterstützt werden diese Kader durch grüne Frauen, die in ihrer gesellschaftsfeindlichen Radikalität kaum noch zu überbieten sind. Jetzt sind die demokratischen Bundestagsparteien gefordert, die Grünen als System- und Gesellschaftszerstörer zu stellen und deren diffuse Anhängerschaft über die wahren Ziele und die Konsequenzen daraus aufzuklären.

Bonn verurteilt Gewalt in Wackersdorf

Ost: Attacke auf den Staat / 160 Polizisten verletzt / Demonstrationen gegen Atomenergie

DW. Bonn/Wackersdorf

Die Bundesregierung hat die bislang schwersten Zusammenstöße zwischen Polizei und Kernkraftgegnern in Wackersdorf scharf verurteilt. Gleichzeitig sprach sie den verletzten Polizisten ihr Mitgefühl aus. Den „Chaoten", die mit brutaler Gewalt die Beamten angegriffen hätten, gehe es nicht um die Sache, sondern um eine „Attacke auf den Staat", erklärte Regierungssprecher Ost in Bonn.

Am Pfingstwochenende wurden bei den Ausschreitungen nach Polizeiangaben etwa 160 Beamte zum Teil schwer verletzt, als mehrere hundert militante Kernkraftgegner mit Steinschleudern, Stahlkugeln, Molotowcocktails und einem Bagger gegen den Bauzaun vorgingen. 25 Beamte mußten mit Rettungshubschraubern in Krankenhäuser eingeliefert werden. Die Polizei setzte gegen die gewalttätigen Demonstranten wiederholt chemische Reizstoffe ein.

Auch an anderen Orten in der Bundesrepublik Deutschland wurde über Pfingsten gegen die Atomenergiepolitik protestiert. Rund 30 000 Menschen demonstrierten unter anderem in Heidelberg, Trier und Berlin gegen die weitere friedliche Nutzung der Kernenergie. In Trier galt der Protest von mehr als 6000 Demonstrationsteilnehmern vor allem dem im Herbst ans Netz gehenden 50 Kilometer entfernten größten Atomkraftwerk der Welt im französischen Cattenom.

DGB-Chef Ernst Breit erwartet von dem bevorstehenden DGB-Bundeskongreß in Hamburg keinen Beschluß zum sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie. In einem dpa-Interview meinte Breit, von einem solchen Schritt „würden nicht nur die Gewerkschaften betroffen, in deren Zuständigkeitsbereich Arbeitsplätze in Atomkraftwerken liegen", sondern sicherlich auch jene Gewerkschaften, die im Bereich der Energieversorgung tätig sind.

SEITE 2:
Bis zum nächsten Mal

Der stellvertretende FDP-Vorsitzende Gerhart Baum sagte in einem Hörfunkinterview der Deutschen Welle, Elektrizität aus Atomkraftwerken, die „unter gewissen Bedingungen verantwortbar" sei, „ist eine Übergangsenergie, kann aber keine Dauerlösung sein".

Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) sieht dagegen in einem „überschaubaren Zeitraum" keine Alternative zur Kernenergie. Späth, der sich nach seiner Rückkehr von einer fünftägigen „DDR"-Reise am Wochenende zu möglichen Konsequenzen aus der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl äußerte, warnte alle Parteien vor „globalen Erklärungen" und „Panikentscheidungen". Zugleich übte er indirekt auch Kritik an Äußerungen des nordrhein-westfälischen CDU-Vorsitzenden Kurt Biedenkopf, der sich für einen „längerfristigen" Ausstieg aus der Kernkraft ausgesprochen hatte. Späth vorsichtig: „Das muß ich präziser hören."

Kohl verteidigt die Vertriebenen

DW. München

Bundeskanzler Helmut Kohl und der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß haben auf dem 37. Sudetendeutschen Tag das Recht der Vertriebenen auf Selbstbestimmung und Heimat verteidigt und den Vorwurf des Revanchismus als „grotesk" zurückgewiesen. Vor rund 75 000 Menschen sagte Kohl am Sonntag in München, Vertreibung bleibe Unrecht, auch wenn schreckliche Verbrechen im deutschen Namen vorangegangen seien.

Seite 10: Vor Vertriebene

Zimmermann will Daten von Moskau

gba. Bonn

Bundesinnenminister Zimmermann hat in einem erneuten Schreiben an den sowjetischen Botschafter Kwizinskij verlangt, Moskau solle endlich die zur Beurteilung der tatsächlichen Gefährdung der Bundesrepublik Deutschland ermittelten Meßwerte aus der unmittelbaren Umgebung des Unglücksreaktors von Tschernobyl vorlegen. Zimmermann antwortete damit auf einen – aus deutscher Sicht unzureichenden – Brief Kwizinskijs vom Wochenende.

Seite 10: Tschernobyl

Preise für Bauland gehen noch zurück

DW. Bonn

Der Preisrückgang für Bauland hat sich verlangsamt. Berichte über wieder anziehende Grundstücks- und Bodenpreise bezeichnet der Präsident des Rings Deutscher Makler, Hübenthal, als „sträflich". Die Flucht in die Sachwerte sei vorbei, ebenso das Verteilen knapper Grundstücke. Allerdings könne regional durchaus ein Grundstück teurer werden, denn die regionalen Immobilienmärkte seien uneinheitlich wie nie zuvor.

Seite 11: Preisrückgang

China gibt Jumbo an Taiwan zurück

DW. Hongkong

China und Taiwan haben sich gestern über die Rückgabe des am 3. Mai in die Volksrepublik China entführten Fracht-Jumbos der taiwanischen Fluggesellschaft „China Airlines" (CAL) geeinigt. Die entführte Boeing 747 soll in Hongkong übergeben werden. Unterdessen wurde bekannt, daß die Regierung Taiwans einen aus China geflohenen Luftwaffen-Piloten mit Gold im Wert von 1,68 Millionen Dollar belohnt hat.

Seite 5: Erster Kontakt seit 1949

Deutsche Botschaft in Managua besetzt

Linksgerichtete Arbeitsbrigaden wollen Bonn zwingen, Druck auf die „Contras" auszuüben

GÜNTHER BADING, Bonn

Mit der gewaltsamen Besetzung der deutschen Botschaft in Managua will eine Gruppe von 50 bis 70 Angehörigen linksgerichteter „Internationaler Arbeitsbrigaden" die Bundesregierung zwingen, die Freilassung von acht „Brigadisten" aus der Hand nicaraguanischer Regimegegner zu erreichen. Zwölf „Brigadisten" waren von den gegen das sandinistische Regime in Managua kämpfenden „Contras" bei einem Angriff auf die Landwirtschaftskooperative Yacinta Vaca nordöstlich von Managua entführt worden. Vier konnten flüchten.

Die Botschaftsbesetzer geben zwar vor, die diplomatische Vertretung friedlich besetzt zu haben. „Wir sind einfach reingegangen", sagte eine Sprecherin der Gruppe auf telefonische Anfrage. Nach Auskunft des Auswärtigen Amtes drangen die „Brigadisten" allerdings am Sonntagabend mit Gewalt ein, nachdem sie die Eingangstür aufgebrochen hatten.

Die Besetzer verteilten sich auf alle Räume, besetzten Telefone und Fernschreiber. Obwohl „alle in der Botschaft, auch der Botschafter selber, wohlauf" seien, wie die Sprecherin versicherte, hat man im Bonner Außenministerium den Eindruck, daß Botschafter Josef Rusnak bei einem ihm am Pfingstmontag erlaubten Telefonat mit Bonn „nicht frei sprechen konnte". Versuche, den Botschafter telefonisch zu erreichen, wurden von den Besetzern mit dem Hinweis abgewehrt, der Diplomat sei gerade „besetzt".

SEITE 5:
Sandinisten

Ein „Informationsbüro für Nicaragua" mit Sitz in Wuppertal gab zu der Besetzung eine Erklärung an die Nachrichtenagenturen, in der es zum einen hieß, die Bundesregierung solle „gezwungen" werden, alles zur Freilassung der verschleppten Brigadisten zu tun. Die Operation der „Contras" habe sich gezielt gegen die Aufbauhelfer gerichtet. Die Entführer seien mit Gewehren aus der Bundesrepublik bewaffnet gewesen. Dazu sagte die Sprecherin der Gruppe, die ihren Namen nicht nennen wollte, auf telefonische Anfrage der WELT: „Es ist ein G 3-Gewehr der Bundeswehr gefunden worden." Weiterhin habe man Solarzellen der deutschen Firma AEG gefunden, mit denen die Contras offenbar ihre Funkgeräte betrieben hätten.

In Bonn wurde im Auswärtigen Amt wie in solchen Fällen üblich ein Krisenstab gebildet. Er wird vom Leiter des Mittelamerikareferats, Botschafter Horst Heubaum geführt, der vor Rusnak Botschafter in Managua gewesen ist. Im vergangenen Jahr war die Botschaft in Managua ebenfalls besetzt worden, nachdem eine deutsche Biologin von rebellierenden Miskito-Indianern verschleppt worden war. 1983 hatten Entwicklungshelfer nach dem Tod des deutschen Arztes Tonio Pflaum, der von Contras erschossen worden sein soll, auch die Botschaft besetzt.

EG übt Kritik an Pretorias Übergriff

DW. Pretoria

Einheiten der südafrikanischen Armee haben Stützpunkte der Untergrund-Organisation „Afrikanischer Nationalkongreß" (ANC) in Botswana, Zimbabwe und ein Ziel in Sambia angegriffen, teilte die Regierung in Pretoria gestern in einem Kommunique mit. Dabei sollen zwei Menschen ums Leben gekommen sein. Die EG verurteilte die Angriffe Pretorias. Sie „destabilisierten" die Region im südlichen Afrika.

Seite 10: Präventivschlag?

Papst kündigt neue Enzyklika an

DW. Vatikanstadt

Papst Johannes Paul II. hat die Veröffentlichung seiner fünften Enzyklika angekündigt, die dem Heiligen Geist gewidmet ist und den Titel „Dominum et vivificantem" (Er ist der Herr und gibt das Leben) trägt. Sie soll am 30. Mai veröffentlicht werden. Nach „Dives in misericordia" (Über das göttliche Erbarmen) und „Redemptor hominis" (Über den Erlöser der Menschen) ist die angekündigte Enzyklika letzter Teil einer Trilogie über die Heilige Dreieinigkeit.

Auch Burt klatschte für Steffi Graf

HANS-J. POHMANN, Berlin

„Obwohl ich Amerikaner bin, klatsche ich heute nur für Steffi", hatte Richard Burt vor dem Finale angekündigt – und daran hielt er sich auch. Washingtons Mann in Bonn befand sich damit auf der Siegerseite: bei den 79. Internationalen deutschen Tennismeisterschaften der Damen in Berlin bezwang die 16jährige Steffi Graf überraschend die amerikanische Weltranglisten-Erste Martina Navratilova in 64 Minuten mit 6:2 und 6:3.

Vor 5500 Zuschauern kam die Weltranglisten-Dritte aus Heidelberg im vierten Zusammentreffen mit der 29 Jahre alten Linkshänderin zu ihrem ersten Erfolg.

Steffi Graf ist nunmehr seit 58 Tagen und nach 20 Spielen in Folge unbesiegt. Für ihren vierten großen Turniersieg nach Hilton Head Island, Amelia Island und Indianapolis – eine solche Erfolgsliste haben vor ihr nur Chris Evert-Lloyd und die Navratilova aufweisen können – erhielt sie in Berlin 29 000 Dollar.

Für Steffi Graf war es der bisher größte Erfolg ihrer sportlichen Laufbahn. Mit dem Triumph über Martina Navratilova, der perfektesten Tennisspielerin aller Zeiten, beim drittwichtigsten europäischen Turnier nach Wimbledon und den offenen französischen Meisterschaften in Paris, übertraf sie alle ihre bisherigen Siege.

Dennoch meinte Steffi Graf: „Das soll natürlich nun nicht heißen, daß ich jetzt die Nummer eins im Welt-Tennis bin. Ich schätze Martina Navratilova noch immer höher ein." Ihr Vater, zugleich ihr Trainer und Manager, meinte kurz nach dem Spiel recht fassungslos: „Dieser Sieg ist bei mir noch gar nicht angekommen."

SEITE 17:
Der große Spaß am Spiel

Was wohl auch etwas damit zu tun hatte, daß seine Tochter als dritte deutsche Siegerin in Berlin nach Bettina Bunge (1982) und Claudia Kohde (1984) alle Zuschauer gleichermaßen – vom Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker bis zum Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen – zu einhelliger Begeisterung hinriß.

Immer wieder brachen die Zuschauer in Jubel aus, wenn Steffi Graf mit ihrer Vorhand diagonal über den Platz punktete. Im zweiten Satz ließ sie sich auch von einem 1:3-Rückstand nicht beirren. Wahre Beifallsstürme prasselten auf sie nieder, als sie mit fantastischen Volley-Flugbällen Vorteil auf Vorteil erspielte.

Richard von Weizsäcker meinte unmittelbar nach dem Match: „Ich fand das Spiel sehr überraschend im Ausgang. Ich hätte gedacht, Steffi würde die Martina bezwingen, wenn niemand zuguckt und nicht, wenn soviel auf dem Spiel steht."

Mit stehenden Ovationen wurde Martina Navratilova nach ihrer Niederlage verabschiedet – nachdem sie sich entschuldigt hatte, nicht ganz so perfekt gespielt zu haben, wie man es wohl von ihr erwartet hatte.

Pakistan wehrt sich gegen militärische Übergriffe

Erstmals afghanisches Kampfflugzeug abgeschossen

WALTER H. RUEB, Bonn

Zum ersten Mal hat Pakistan jetzt die Ankündigung wahrgemacht, daß Luftraum-Verletzungen durch afghanische und sowjetische Kampfflugzeuge nicht länger tatenlos hingenommen würden. Über pakistanischem Boden wurde am Samstag in der Nähe der Stadt Parachinar ein Kampfflugzeug der afghanischen Luftwaffe abgeschossen. Eine weitere Maschine wurde schwer beschädigt, konnte aber mit zwei anderen Flugzeugen über die 15 Kilometer entfernte Grenze nach Afghanistan entkommen.

Ob die afghanische Staffel durch pakistanische Jagdflugzeuge des amerikanischen Typs F-16 oder durch Boden-Luft-Raketen bekämpft wurde, steht bisher nicht fest. Auch über das Schicksal der abgeschossenen Maschine wurde nichts mitgeteilt. Islamabad zeigte Journalisten lediglich die Wrackteile des Flugzeugs und gab bekannt, daß für die pakistanischen Streitkräfte entlang der Grenze zu Afghanistan Alarmbereitschaft angeordnet wurde.

Im Raum Parachinar verletzen afghanische und sowjetische Flugzeuge bei der Verfolgung afghanischer Flüchtlinge und Widerstandskämpfer seit Jahren den pakistanischen Luftraum. Die Stadt selbst, die Stützpunkte afghanischer Widerstandskämpfer sowie Flüchtlingslager in ihrer Umgebung wurden mehrfach bombardiert. Die Zahl der Getöteten geht in die Tausende. Die Proteste der pakistanischen Regierung gegen die ständigen Verletzungen ihres Territoriums aber wurden in Kabul und Moskau ignoriert.

Parachinar nimmt eine strategisch wichtige Stellung im afghanischen Widerstand ein. Es befinden sich dort Waffen- und Munitionslager der Mudschahedin. Zahlreiche humanitäre Organisationen haben in der Stadt vorgeschobene Posten und unweit von ihr ist einer der wichtigsten Gebirgsübergänge in die afghanischen Grenzprovinzen Nangahar, Paktia und Paktika. Hier wurde in der vergangenen Woche eine neue sowjetische Offensive gestartet.

G

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Absicht unter Trümmern

Von Ulrich Reitz

Drei Jahre lang behauptete sich die Koalition souverän gegenüber Vorwürfen der Opposition, die Stabilitätspolitik mit sozialer Demontage gleichsetzte. Dieses Selbstbewußtsein wankt drei Wochen vor der Niedersachsen-Wahl – wegen der drohenden Wahlenthaltung nicht nur der Bauern, sondern auch wegen der sogenannten Trümmerfrauen. Dafür riskiert die Regierung nun den Vorwurf der Unglaubwürdigkeit.

Gerade beim Thema der Trümmerfrauen vom Jahrgang 1920 und älter hat sich die Regierung unnötig in ein Dilemma manövriert. Ein rentensteigerndes Babyjahr sollte es für diese *fünf Millionen Frauen, die rund elf Millionen* Kinder im zerstörten Nachkriegsdeutschland großgezogen haben, einstweilen nicht geben. „Nicht finanzierbar", hieß es aus den Häusern Blüms und Stoltenbergs. Die Einbeziehung der vor 1921 geborenen Frauen in die Babyjahr-Regelung würde fünf bis sechs Milliarden Mark zusätzlich kosten.

Aber: Kann eine Regierung gerade die „Trümmerfrauen" vergessen? War das Projekt eines Babyjahres deswegen überhaupt politisch klug? Wer die Rentenbiographie der Frauen verbessern will, aber den großen Wurf nicht finanzieren kann, hat keine andere Wahl, als stufenweise vorzugehen. Dabei bedeutet jeder *Termin* – was man schon vor Einführung des Babyjahres wußte – unvermeidlich eine Härte. Nun wird aber schon lange nicht mehr über die wünschenswerte Reform selbst diskutiert, sondern nur noch über die gezogenen Grenzen. So verstellt der emotionsbeladene Begriff der Trümmerfrau den Blick für eine Sozialpolitik mit Augenmaß. Das Nachbesserungs-Konzept Dreggers (Kosten: 1,5 Milliarden Mark), über das Kohl jetzt entscheiden muß, trägt auf den ersten Blick den schalen Beigeschmack des Stimmenfangs. Die Koalition zahlt den Preis dafür, daß sie nicht beizeiten die Grenze zwischen sozialpolitischer Wünschbarkeit und den finanzpolitischen Möglichkeiten auch öffentlich kraftvoll markiert hat.

Bis zum nächsten Mal

Von Detlev Ahlers

In Wackersdorf herrschten am Wochenende bürgerkriegsähnliche Zustände. Die Zahl der dort begangenen Straftaten läßt sich kaum ermessen; allenfalls ein winziger Bruchteil von ihnen dürfte bis zur Verurteilung verfolgt werden. Dabei handelte es sich unter anderem um schweren Landfriedensbruch, Eigentumsdelikte, Gefährdung des Schienenverkehrs, vielleicht sogar um Mordversuche – Sachbeschädigung gilt mittlerweile bei vielen Demonstrationen schon als eine Art Besitzstand.

Der Staat scheint bei Vorkommnissen dieser Art – wenn die Widerstands-Bewegung ihre Sturmstaffel losläßt – insofern zu resignieren, als sich die Polizei weitgehend auf Verteidigung zurückzieht und offenbar bisher keine wirksame Strategie entwickelt hat, Gesetzesbrecher auf frischer Tat festzunehmen – ein rechtsfreier Raum? Die Chaoten sehen sich alsbald wieder, an der Startbahn West, in Gorleben oder eben in Wackersdorf, obgleich manche von ihnen hinter Gitter gehören.

Die Festnahme vor Ort fordert Staat und Polizeikräfte gleichermaßen heraus. Es gilt nicht nur, die angemessene Polizeitaktik anzuwenden, sondern auch Beweise und Zeugen zu sichern. Die Sache ist aber politisch umstritten. Die Grünen stehen stramm hinter den Tätern; listig schweigt die SPD oder versucht nach solchen Gewalttaten möglichst viel Schuld bei der jeweiligen Landesregierung zu finden, wenn diese nur von der Union gestellt wird.

Gewiß ist es schwierig, die gewaltlosen Demonstranten von den Gewalttätern zu trennen, vor allem, was die innere Einstellung betrifft. Die meisten verstoßen nicht gegen Gesetze, sondern nutzen ein Grundrecht. Eine Herausforderung stellt aber jenes Rechtsbewußtsein dar, das den Staat für die Inkarnation der Repression hält und die Gewalttäter als „Widerständler" zu entschuldigen bereit ist. Bedenklich stimmt, daß solches Denken nach schweren Zusammenstößen eher zunimmt. Doch wegen der Besorgnis, diese Leute könnten „auf die andere Seite" abdriften, darf der Staat Gewalttäter nicht laufenlassen.

Verseuchtes Vertrauen

Von Carl Gustaf Ströhm

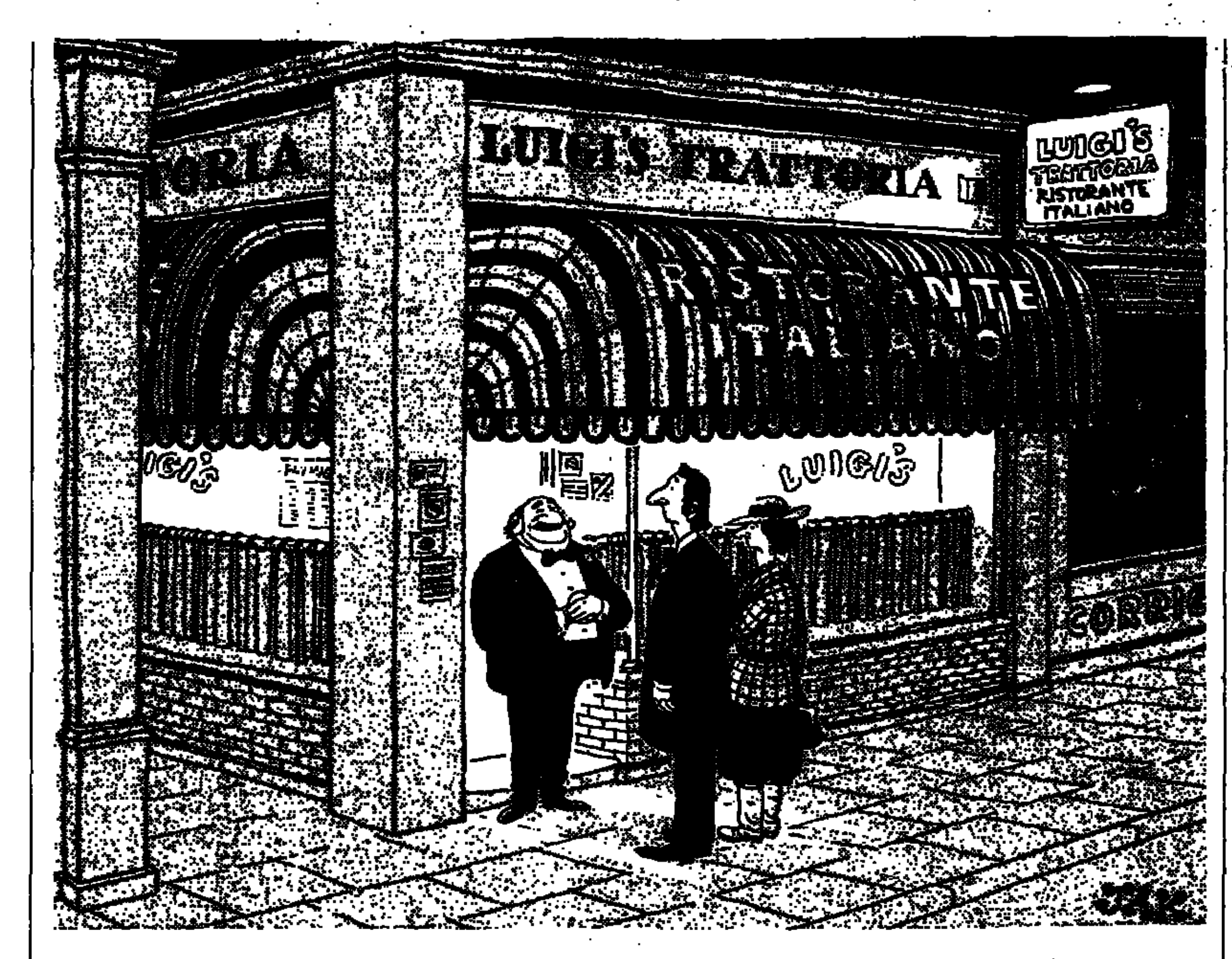
Ein Gezeichneter und ein Geschlagener – das war für Osteuropa jener Gorbatschow, der sich nach fast drei Wochen zu Tschernobyl zu Wort gemeldet hatte. Das sowjetische Ansehen hat in allen kommunistisch regierten Ländern schwer gelitten. Selbst in den sowjetfreundlichen Kreisen ist das Vertrauen in die Moskauer Fähigkeit, Probleme zu lösen, auf einem Tiefpunkt angelangt. Interessant ist, wo die östliche Kritik ansetzt. So wird etwa Gorbatschows Vorschlag, sich mit Reagan *in Hiroshima zu treffen, als Propagandatrick* bezeichnet. Gorbatschow, so heißt es, wolle möglichst rasch von Tschernobyl ablenken – ein beunruhigender Gedanke.

Im übrigen hält man dem Parteichef Unrichtigkeiten vor. Er hat gesagt, sofort nach der Katastrophe sei eine Regierungskommission gebildet worden. Das stimme nicht: die Kommission sei erst am 1. Mai (fünf Tage danach) in Aktion getreten. Auch versicherte er, die ausländischen Regierungen seien rechtzeitig informiert worden. Das treffe nicht zu. Auch die osteuropäischen Regierungen wurden tagelang in Unkenntnis gelassen.

Der Versuch, die Verantwortung für das Desaster den Behörden in der ukrainischen Sowjetrepublik anzulasten, wird in Osteuropa mit Verwunderung registriert. Die Atomindustrie – vor allem der Komplex Tschernobyl, der durch die Plutonium-Erzeugung militärische Bedeutung hat – werde von Moskau kontrolliert. Die ukrainische Republik habe die Errichtung des Kraftwerks weder beeinflußt noch kontrolliert.

Da die radioaktive *Wolke zunächst in nordwestlicher* Richtung getrieben wurde und die nördliche Ukraine, Nordpolen, die baltischen Republiken und Leningrad am stärksten betroffen waren, könnte hier auch ein nationalitätenpolitisches Problem entstehen. Es handelt sich hier nämlich um Gebiete, deren Bevölkerung von jeher gegenüber der Sowjetmacht eine kritische Haltung an den Tag legt. Es ist möglich, daß viele Ukrainer und Litauer, Letten, Esten und Weißrussen – von den Polen nicht zu reden – sich fragen, ob Moskau leichtfertig mit ihnen umgesprungen ist.

Vor allem aber wird auf einen psychologischen Faktor hingewiesen. Bisher waren die Bewohner des Sowjetreiches – ganz gleich, wie sie zum Regime stehen mochten – in einer Hinsicht „sicher": Jedermann wußte, daß er, solange er nicht in politischer Opposition war, in Ruhe und Sicherheit leben konnte. Diese Sicherheit ist durch Tschernobyl elementar erschüttert worden.



„Gleich wird ein Tisch frei – der Herr probiert gerade den Wein."
JAK (THE LONDON STANDARD)

Viel Hilfe – zu viele Konzepte

Von Hans-Jürgen Mahnke

Wer schnell gibt, gibt doppelt, lautet eine alte Volksweisheit, an die sich jetzt auch die Bundesregierung erinnert hat. Zwar hält das Gerangel darüber an, wie die mittelbaren Schäden der deutschen Bauern, die durch die Kaufzurückhaltung der Verbraucher nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl ausgelöst wurden, ausgeglichen werden sollen. Aber es grassiert kein Zweifel, daß auch in diesen Fällen geholfen wird, nachdem in der vergangenen Woche bereits eine Regelung für jene Verluste gefunden worden ist, die dem Unglück direkt zugeordnet werden können.

Überhaupt sei es bemerkenswert, *meinte noch vor den Ereignissen in* Tschernobyl ein Mitarbeiter des Deutschen Bauernverbandes, in welchem Umfang die Gesellschaft bereit ist, Subventionen für die Landwirtschaft zu akzepieren. In der Tat: Wenn die Hilfen durchleuchtet werden, dann richtet sich die Kritik nur in den seltensten Fällen gegen den Umstand an sich, auch nicht gegen die Höhe, sondern meist nur gegen die Form, weil sie wenig einsichtig, gleichsam jedoch als teuer erscheint. Immerhin hat die Bundesregierung in den vergangenen Jahren die Beihilfen in einem Maße aufgestockt, wie es kaum für möglich gehalten wurde.

Und trotzdem regt sich Unmut – im Kreis der Begünstigten. Zwar hat der Bauernverband jetzt die Soforthilfemaßnahmen der Bundesregierung begrüßt und sich auch recht positiv zu der geplanten Entlastung bei den Sozialbeiträgen und der Ausweitung der benachteiligten Regionen auf die Hälfte des Bundesgebietes geäußert, in denen direkte Zulagen gezahlt werden können. Gemeinhin wurde immer nur von einem Schritt in die richtige Richtung gesprochen, wenn höhere Leistungen beschlossen wurden.

Mancher Politiker ist irritiert, wenn er für Wohltaten nicht gefeiert wird. Ein erhebliches Maß an Ratlosigkeit bestimmt die Szene. Sie gleicht einer Schar von Ärzten, die sich um das Bett eines Kranken versammelt haben und sich in der Diagnose einig sind, sich aber nicht auf eine Therapie verständigen können, weil einige dem Patienten keinen Eingriff zumuten möchten, auch wenn er nur so gesunden könnte.

Die Ursache für die Misere ist die Überproduktion landwirtschaftlicher Produkte, nicht nur in der EG. Daher haben sich die Regierungschefs der sieben wichtigsten Industrienationen des Westens auf dem Weltwirtschaftsgipfel darauf verständigt, dieses Problem gemeinsam anzugeben. In der EG kommen noch die gewaltigen Bestände hinzu.

Diese Entwicklung ist natürlich nicht über Nacht eingetreten. Vielmehr haben Experten bereits davor gewarnt, als 1957 die Gemeinsame EWG-Agrarpolitik mit ihrer Einkommenspolitik über staatlich garantierte Preise für die wichtigsten Erzeugnisse konzipiert wurde. Die Gemeinschaft, die damals noch auf die Einfuhr angewiesen war, kann jetzt die Überschüsse kaum noch verkraften. Selbst der Export zu Schleuderpreisen schafft kaum noch Luft. Und trotzdem soll sich noch alles um die Preise drehen. So wird die EG-Kommission einer „Politik des Preisdrucks" diffamiert, wenn sie in einer solchen Situation keine Preisanhebungen vorschlägt. Dabei ist es doch offenkundig sehr kostspielig, wenn gegen den *Markt* operiert wird.

Dieses wird auch anerkannt. So will Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle, wie er sagt, dem Mengenwahn zu Leibe rücken. Er möchte die Produktion so eindämmen, daß sie ungefähr dem Verbrauch in der EG entspricht. Damit könnte wieder die Grundlage für eine aktive Preispolitik geschaffen werden.

Erreichbar wäre diese durch noch mehr Dirigismus, in dem letztlich den Bauern vorgeschrieben wird, was sie produzieren dürfen. Nach der Unruhe, die von der Milchquotenregelung ausgegangen ist, hat dieser Weg unter den Politikern an Reiz verloren. Die Alternative wäre eine Preispolitik, die sich an den Marktverhältnissen orientiert, die also zu Preissenkungen führt, die durch direkte Zahlungen an die Landwirte kompensiert werden. Niedrige Preise werden jedoch kategorisch abgelehnt.

Und so wird nach einer Mixtur gesucht. So soll älteren Landwirten das Ausscheiden aus der Produktion finanziell *erleichtert werden, wenn die* Flächen stillgelegt werden. Es wird ein Grünbrache-Programm gestartet. Es soll die Erzeugung von Rohstoffen für *die* Industrie forciert werden, damit weniger Nahrungsmittel angebaut werden. Trotz der erheblichen Mittel, die dafür notwendig sind, bleibt es fraglich, ob damit mehr als das Produktivitäts-Wachstum, das auf den Äckern gewaltig ist, ausgeglichen werden kann.

Wird nicht eine alte Erfahrung negiert, daß die Einkommen der Landwirte in den Zeiten besonders kräftig gestiegen sind, als nicht nur die Preise heraufgesetzt wurden, sondern auch der Strukturwandel stark war? Erhellt sich nicht die Perspektive für jene Bauern, die es bleiben wollen auf, wenn sie ihren Betrieb durch Kauf oder Zupacht erweitern können? Diese Fragen wurden unter anderem mit Blick auf den Arbeitsmarkt in den letzten Jahren nicht gestellt. Mit dem Aufschwung steigt die Beschäftigung und nehmen auch die Chancen für Landwirte zu, ein Einkommen – auch ein zusätzliches – in anderen Bereichen zu erzielen. Nebenerwerbs-Landwirte und auch größere Betriebe müssen nicht das Letzte aus dem Boden herausholen. Auch *dadurch* sinkt die Produktion insgesamt, obwohl sich die Einkommenslage der Einzelnen bessert.

Auch dieser Prozeß kann sozial abgefedert werden. Die direkten Zahlungen, die unabhängig von der Produktion erfolgen, hat die Bundesregierung nicht erst jetzt kräftig aufgestockt. Diese Beträge kommen in den Kassen der Bauern an. Höhere Preise sind dagegen, wie sich gezeigt hat, in der EG auf Sicht nicht durchsetzbar. Wer sie trotzdem als Maßstab nimmt, programmiert Unzufriedenheit. Und dabei hat die Bundesregierung doch nicht nur im Zusammenhang mit dem sowjetischen Reaktorunfall gezeigt, daß sie zu *großzügigen Hilfen* an die Bauern bereit ist.



Will dem Mengenwahn zu Leibe rücken: Minister Kiechle
FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

IM GESPRÄCH Eden Pastora

Der tragische Held

Von Werner Thomas

Als er mit seiner kleinen Truppe den San-Juan-Fluß durchwatet und costaricanisches Gebiet erreicht hatte, atmete der Comandante auf. „Wir ziehen uns zurück vom bewaffneten Kampf", verkündete er, „weil uns ein militärischer Sieg nicht mehr möglich erscheint." Dann legten die kriegsmüden Rebellen ihre rostigen Waffen nieder. Die Männer, unter ihnen zwei Pastora-Söhne, wirkten ausgemergelt.

Eden Pastora (49), der prominenteste Guerrillero Lateinamerikas, fühlte sich jedoch unbesiegt und schob alle Schuld auf die CIA, die ihm Hilfe verweigert habe. Frühere Freunde wie Alfonso Robelo urteilten dagegen anders: Pastora sei sein eigener Feind gewesen. Er könne sich nicht unterordnen. Er wolle mit dem Kopf durch die Wand. Sechs desertierte Truppenführer bezweifelten gar Pastoras militärische Fähigkeiten. Sie setzten sich vergangene *Woche* mit *einigen hundert* Leuten ab und wollen zusammen mit den „Demokratischen Kräften Nicaraguas" (FDN) gegen das sandinistische *Regime kämpfen. Am* Schluß folgten Pastora noch 190 Mann nach Costa Rica.

Der legendäre „Comandante Cero" *der Revolution* wird als tragische Figur in Erinnerung bleiben, obgleich er im Sommer 1978 eine der spektakulärsten Geiselaktionen der Geschichte inszeniert hatte, die das Somoza-System in seinen Grundfesten erschütterte. Er konnte damals den Nationalpalast besetzen, mehr als 1000 Personen festhalten und 59 inhaftierte Sandinisten freipressen, auch den heutigen Innenminister Tomas Borge. Seither schien Pastora jedoch vom Pech verfolgt zu sein.

Obgleich er der populärste Vertreter der „Nationalen Sandinistischen Befreiungsfront" (FSLN) war, rückte er nach dem Sturz der Diktatur nicht in die Führungsspitze des Revolutionsregimes. Er wurde erst stellvertretender Innenminister, dann stellvertretender Verteidigungsminister. Im Juli 1981 flüchtete er resigniert nach Costa Rica. 1982 verkündete er die Bildung einer antisandinistischen Guerrilla-Gruppe. Der Sozialdemokrat wollte die „Marxisten in Managua aus ihren Mercedes-Limousinen und Luxusvillen vertreiben". Und er gelobte: *„Ich werde nicht aufgeben,* bis ich in Managua bin."



Legte die Waffen nieder: Comandante Cero FOTO: CAMERA PRESS

Der Kampf der „Demokratischen Revolutionsallianz" (ARDE) im Süden Nicaraguas war zum Scheitern verurteilt, weil Pastora nie seine Operationen mit den stärkeren FDN-Verbänden koordinieren wollte. Die FDN-Kommandeure seien ehemalige Somoza-Anhänger, erläuterte er. Als auch verschärfter Druck aus Washington nichts nützte, stellte die Reagan-Regierung jegliche Hilfe ein.

Vor zwei Jahren wäre Eden Pastora fast ums Leben gekommen, als eine Bombe bei einer Pressekonferenz im Dschungel explodierte. Drei Journalisten wurden getötet. Niemand weiß bis heute, wer das Sprengstoffpaket deponierte. Wenige Wochen später brach Alfonso Robelo, der politische ARDE-Chef, mit Pastora. Die ARDE-Bewegung teilte sich.

Pastora möchte den Sandinisten nun politisch Paroli bieten. Robelo, der zur Zeit in Miami mit anderen antisandinistischen Politikern konferiert, äußert Skepsis: „Als Politiker taugt Eden noch weniger." Der Comandante kann freilich in den Beruf zurückkehren, den er früher in Costa Rica ausgeübt hat: Haifisch-Fischer.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Hannoversche Allgemeine

Sie geht auf den niedersächsischen Wahlkampf ein:

Albrecht irrt, wenn er meint, Tschernobyl verliere als Wahlkampfthema schnell wieder an Bedeutung. Eine verunsicherte Bevölkerung läßt sich nicht in ein paar Tagen wieder beruhigen ... Aber (sie) soll zugleich die Ohren spitzen, ob die Stimmenfänger, die flinken Prediger unterwegs sind.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Sie meint zum Handelskonflikt der EG mit den USA:

So rächt es sich auch, daß die beteiligten Länder im Rahmen des internationalen Freihandelspaktes Gatt das Problem Agrarhandel nie so richtig geklärt haben. Indes gibt es zwei Gründe, warum dieses Mal die *Schuldzuweisung an die USA etwas* deutlicher ausfallen muß als jene an die EG. Erstens: Amerika hat immer noch jährlich über sieben Milliarden *Mark Überschuß im Agraraußenhan*del mit der EG, muß also nicht allzu sehr klagen. Zweitens: Washington will jetzt, also schon vor der heißen Wahlkampfphase im Oktober, Stimmen bei den Farmern sammeln.

NÜRNBERGER Nachrichten

Sie würdigt den „bisher unsachlichsten Beitrag" über Tschernobyl:

Jan Fojtic aus der Tschechoslowakei – der Mann ist ZK-Sekretär ... Für ihn sind die aufgeregten Berichte deutscher Medien über den Unfall die späte Rache der Deutschen an den Russen, die in Stalingrad Hitlers Welteroberungswahn zunichte gemacht hätten. Wenn die Prager Kommunisten zu solchen Mitteln greifen müssen, läßt das allenfalls Rückschlüsse auf die im eigenen Land vor*handene Furcht zu.*

DIE RHEINPFALZ

Die Ludwigshafener Zeitung fragt nach den Trümmerfrauen:

Aus zuverlässiger Quelle der Unionsfraktion verlautete nun, daß auch die bisher ausgeschlossenen Frauen eine finanzielle Anerkennung für die Erziehung von Kindern bekommen werden ... Anrüchig ist allerdings der Zeitpunkt, zu dem dieser Plan bekannt wird. In Niedersachsen und Bayern *stehen Landtagswahlen* bevor. Und im nächsten Jahr wird bundesweit gewählt ...

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Die Karlsruher Zeitung kommentiert Späths „DDR"-Besuch:

Der von Späth geäußerten „vorbehaltlosen Bereitschaft zu Kontakten" zu jenen, die drüben „Macht ausüben", steht die Unkenntnis der wirklichen Verhältnisse entgegen: Die Ost-CDU übt dort keine Macht aus. Was die ebenfalls hervorgehobene „Dolmetscher-Funktion" der beiden deutschen Staaten bei ihren Großmächten betrifft, so hat sie den politischen Wert der oft zitierten Sicherheitspartnerschaft. Der Staatsmann Honecker empfängt Weisungen aus Moskau und kann nicht einmal über seine West-Dienstreisen entscheiden, während Bonn nichts zu dolmetschen hat ...

Berlin versucht den Übergang zur „Kanzlerdemokratie"

Hamburg und Bremen werden interessiert zuschauen / Von Henning Frank

Was in Bremen und Hamburg kaum über Gedankenspielereien hinausgegangen ist, soll in Berlin verwirklicht werden. Wenn der freidemokratische Koalitionspartner der CDU nicht noch einen Strich durch die Rechnung macht, wird der *Regierende Bürgermeister* in Zukunft nicht mehr „im Einvernehmen mit dem Senat", sondern allein die Richtlinien bestimmen. *Die dafür im Abgeordneten*haus erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit ist der Union zwar sicher, nachdem die SPD ihr Einverständ*nis signalisiert hat.* Gegen den Willen der FDP soll jedoch diese Stärkung der Stellung von Berlins Regierungschef, die eine Änderung des Wahlverfahrens des Senats einschließt, nicht durchgesetzt werden.

Wie im Bund und in den meisten Bundesländern wird sich nach der geplanten Änderung nur noch der Regierende Bürgermeister in Abgeordnetenhaus zur Wahl stellen müssen. Ob dieser dann nach der Ernennung seiner Senatoren noch das Plazet des Landesparlaments für den gesamten Senat einholen muß, ist dabei zweitrangig.

Obwohl Ministerpräsident Franz *Josef Strauß nach der Verfassung* des Freistaates Bayern seine Minister nur mit Zustimmung des Landtages ernennen und entlassen *kann, ist seine Position* praktisch dennoch stärker als die des hessischen Regierungschefs Holger Börner, der die Ernennung der Mitglieder seines Kabinetts *lediglich* „unverzüglich dem Landesparlament anzeigen" muß. Und das ist nicht nur darauf zurückzuführen, daß der *Chef* der Staatsregierung in München nicht durch ein konstruktives Mißtrauensvotum im Maximilianeum abgewählt werden kann. Ein *Regierungschef* ist auch in einem „kanzlerdemokratisch" regierten Bundesland nur so stark wie die Partei bzw. die Koalition, auf die er sich stützt. Darum kann Börner, der neben dem Berliner Bürgermeister heute als einziger Landesregierungschef an der Spitze eines Koalitionskabinetts steht, nur insoweit von dem ihm nach der Landesverfassung zustehenden Recht die Richtlinien Gebrauch machen, als es dem Bündnis nicht schadet.

Auch in den anderen Bundesländern, in denen im Gegensatz zu den Stadtstaaten nur der Ministerpräsident vom Landtag gewäht wird, *muß dieser* bei der Ausübung seiner Richtlinienkompetenz Rücksicht auf die Interessen seiner Partei nehmen. Diese Abhängigkeit ist um so größer, je geringer das Gewicht des Regierungschefs in der Partei ist.

Darum sind mit Ausnahme des Ministerpräsidenten von Niedersachsen, Ernst Albrecht, der die Parteiführung Wilfried Hasselmann überlassen hat, dem schleswig-holsteinischen Regierungschef Uwe Barschel, der seinem Vorgänger Gerhard Stoltenberg den Parteivorsitz nicht streitig machen kann, und Bremens Bürgermeister Klaus Wedemeier, der „kein anderes öffentliches Amt ausüben darf", alle Ministerpräsidenten auch Landeschefs ihrer Partei.

Klaus von Dohnanyis Regierungsstil wäre ohne diese Verankerung in seiner Hamburger SPD undenkbar, zumal anders als in den übrigen Bundesländern – Bremen ausgenommen – alle wichtigen Entscheidungen des Stadtstaates im Landesvorstand der Regierungsparteifallen. In Hamburg, wo nach der Verfassung nicht der Erste Bürgermeister, sondern der Senat die Richtlinien bestimmt, will die SPD-Führung nichts dem Zufall überlassen.

Das gilt vor allem für die Senatsbildung. In Hamburg und Bremen müssen nicht nur wie in Berlin sämtliche Senatoren von der Bürgerschaft einzeln gewählt werden. Wer als Präsident und damit als Erster Bürgermeister an der Spitze des Senats steht, bestimmt nach der Landesverfassung nicht das Landesparlament, sondern der Senat.

In Wirklichkeit aber entscheidet darüber vorher der Landesparteitag der SPD. Und der von seiner Partei gekürte Kandidat muß mit Hilfe einer Findungskommission versuchen, im Landesvorstand eine Mehrheit für seine Senatsmannschaft zu erhalten. Daß Dohnanyi dabei weniger Kompromisse eingehen muß als viele seiner Vorgänger, hat er nicht zuletzt dem taktischen Geschick seines Zweiten Bürgermeisters Pawelczyk zu verdanken.

Während Hamburgs Bürgermeister wie ein Tandem zusammenarbeiten, tun sich ihre beiden Bremer Kollegen Klaus Wedemeier und Henning Scherf als Führungsduo schwer. Abgesehen davon, daß sie an dem populären Vorgänger Hans Koschnick gemessen werden, waren sie selbst Konkurrenten um den Präsidentenstuhl im Senat. Es ist wohl in erster Linie der große Einfluß der SPD auf alle Entscheidungen ihrer Landesregierungen, der Hamburgs wie auch Bremens Bürgerschaft nach wie vor an dem *Senatsprinzip* festhalten läßt, auch wenn dieses sich schon seit geraumer Zeit zur Erfüllung der Aufgaben in einem Stadtstaat als untauglich erwiesen hat. Für so traditionsbeladene Hansestädte ist es schwerer als für Berlin, die eingefahrenen Gleise zu verlassen.

Waldarbeiter Jaroslav und der real existierende Orwell

Von OTA FILIP

Am 28. April bekam der Waldarbeiter Jaroslav Svestka vom Kreisgericht in Böhmisch Budweis zwei Jahre Gefängnis. Zwei Jahre vorher, im Jahr 1984, verfaßte der Waldarbeiter aus Südböhmen einen Text zum Thema „Orwells Jahr", in welchem er Visionen des George Orwell mit seinem Alltag verglich, und schickte seinen ersten literarischen Versuch an einen Freund in der Bundesrepublik Deutschland.

Von nun an bleibt die Geschichte von Svestkas Text zwar immer noch übersichtlich, doch sie wird auch geheimnisvoll: Die Deutsche Bundespost soll, wie es in der Anklageschrift heißt, die Anschrift von Svestkas Freund – obwohl er bis heute seinen Wohnsitz nicht geändert hat – nicht gefunden haben. Der Brief soll also zurück in die CSSR gewandert sein, wo er amtlich geöffnet wurde.

Das einzige, was die amtlichen Öffner und Leser von Briefen in der CSSR zunächst über den Absender herausbekamen, war der Stempel des Postamtes in Pisek, einer Stadt mit über 30 000 Einwohnern. Die Fahnder brauchten jedoch nur drei Tage, um aufgrund des Poststempels vom März 1984 den Verfasser des nicht unterschriebenen Textes hinter Gitter zu bringen.

Ein Prozeß ohne Zeugen und Öffentlichkeit

Die Gerichtsverhandlung gegen Jaroslav Svestka verlief – natürlich – unter Ausschluß der Öffentlichkeit, Zeugen wurden nicht zugelassen. Nur der Spezialist für solche „literarische Verbrechen", *Dozent PhDr.* Miroslav Kala von der Olmützer Universität, der seit Jahren mit Gutachten von antisozialistischer Literatur einige tausend Kronen dazuverdient, schickte dem Gericht eine ausführliche Analyse des Textes, in der er feststellt, daß der Autor unter dem Einfluß von zahlreichen emigrierten Autoren, Dissidenten und anderen revisionistischen Elementen stehe.

„Der Text", schreibt der Olmützer Dozent weiter, „ist von solch einer hohen literarischen Qualität, daß eine Veröffentlichung in der westlichen bourgeois-imperialistischen Presse nicht nur möglich war, sondern im Sinne der kapitalistischen Propaganda dem Verfasser einen Erfolg versprach."

Das Gericht zeigte sich vom Gutachten des Wissenschaftlers aus Olmütz beeindruckt. Zwei Jahre Gefängnis mit drei weiteren Jahren sogenannter „Schutzaufsicht" schienen den *Richtern für so ein* Verbrechen angemessen.

Leider: Der Fall des einfachen Waldarbeiters, der zur Feder griff, schrieb und dafür büßen mußte, ist nicht der einzige. *Aufgrund der Gutachten des* Dr. Miroslav Kala wanderten vor und nach Orwells Jahr 1984 in der CSSR schon mehrere Schreiber von Briefen, Dichter und Schriftsteller ins Gefängnis, bisher allerdings nur Intellektuelle. Jetzt hat der Literaturwissenschaftler aus Olmütz auch einen talentierten Arbeiter erwischt, der es wagte zu schreiben.



Einen Wink mit der Skelett-Hand und viel Kritik bekam Grünen-Minister Joschka Fischer in Hannover FOTO: AP

Eine geballte Ladung Wut in der Niedersachsen-Halle

Die Reaktor-Katastrophe von Tschernobyl hat die Position der sogenannten Realpolitiker bei den Grünen erschwert. Die Fundamentalisten mit ihren rigorosen Forderungen befinden sich im Aufwind. Eindrücke von der Bundesversammlung der Grünen in Hannover.

Von MICHAEL JACH

Wut war eines der gebräuchlichsten Worte vor den Mikrophonen, an den Delegierten-Tischen und in den kurzfristig hektographierten Aktionsaufrufen der Bundesversammlung der Grünen in Hannover. Wann immer die zur unbestrittenen Wortführerschaft vorgestoßenen radikal-fundamentalistischen Rednerinnen und Redner vom Schlage eines Rainer Trampert oder einer Jutta Ditfurth „unsere Wut" durch die Niedersachsenhalle tönen ließen, entfesselte das Schlüsselwort aus dem Bereich des Seelenlebens Beifallsstürme der 800 Delegierten.

Die Reaktor-Katastrophe im ukrainischen Tschernobyl *hat die Partei* der bedingungslosen Kernkraftgegner in einen Zustand versetzt, der aus dem Gefühl heraus, recht behalten zu haben, vorderhand nur noch ein politisches *Ziel kennt: „Sofortabschaltung* aller Atomanlagen." Besagte Wut wächst sich aus zum fortan bestimmenden Element der politischen Aktionen. Zwar zierte auch in Hannover noch das vertraute Partei-Transparent mit den Sonnenblumen und dem programmatischen Vierklang „ökologisch – sozial – basisdemokratisch – gewaltfrei" die Wand hinter dem Präsidium. Doch die Glaubwürdigkeit des „Gewaltfrei"-Bekenntnisses wurde in gleichem Maße gegen Null vermindert, wie in den Debatten der „Widerstand gegen den Atomstaat mit allen parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln" beschworen – und letztere mit erhobener Stimme betont wurden.

Der Radikalismus des Wortes prägte die außerordentliche Bundesversammlung von Hannover. Da waren die eigentlichen „Ökos" alten Schlages, die in den Anfangsjahren der Bewegung das Bild der Zusammenkünfte mit originellen Köpfen und manchmal sogar humorvollen und sympathiewirksamen Einlagen nach Kabarettistenart prägten, allenfalls noch Randerscheinung.

Einer immerhin bewies ungebrochenes Talent: Während die Polit-Strategen vom Podium herab um den dogmatisch richtigen Vollzug des „Sofortausstiegs" fochten, zog er in der phantastisch improvisierten Verkleidung eines „Strahlenprüfers" durch die Reihen. Angetan mit einem „Schutzanzug" aus festem Papierstoff, dazu die Kapuze aus einem Bettlaken geschnitten, Gasmaske vor dem Gesicht, die Hände in leichenblassen Gummihandschuhen, hielt er mal diesem, mal jenem einen selbstgebastelten „Geigerzähler" unter die Nase. Der Holzkasten mit Drehleier, der bei Betätigung die täuschend echten Knackgeräusche aussandte, reizte zum Anfassen: Die programmierte Reaktion der „Testpersonen" quittierte der „Strahlungsprüfer" mit entsetztem Zurückweichen: „Faß mich bloß nicht an!"

Eine Zugabe für den „Tagesschock"

Schritt für Schritt auf den Fersen blieb ihm ein Fernseh-Kamerateam des Westdeutschen Rundfunks, auf dem Kameragehäuse ein Aufkleber mit dem Fünf-Kontinente-Symbol der ARD-Nachrichten, darüber der Schriftzug „Tagesschock". Als der so Verfolgte es gewahr wurde, stellte er sich der Totalen – und ließ, ganz wie im Gruselfilm, eine am Zugfaden im Ärmel verborgene Knochenhand hervorklappern.

Mehr zum Schmunzeln gab es nicht. Es überwogen die Mienen der angespannten Entschlossenheit, die „Gesichter wie zur Faust geballt". Die allgegenwärtige Wut suchte ziemlich wahllos ihre Objekte: Selbst die ansonsten sorgsam gehegte Medienwirksamkeit wollte man in Hannover aufs Spiel setzen.

Petra Kelly, als „Promi" gleich ihrem ständigen Begleiter Gert Bastian in diesen Kreisen schon grundsätzlich „verdächtig" und mithin auffällig einsam in der Masse, trat mit Sonnenbrille ans Rednerpult und wetterte gegen den „Terror" der Fernsehscheinwerfer. Auf dem Antragsweg sollten die TV-Beleuchter zum Abschalten bewogen werden, zumal solche Energieverschwendung nicht zu verantworten sei. Das Tagungspräsidium mußte einige Mühe darauf verwenden, eine Mehrheit für Petra Kellys Begehren nach Scheinwerfer-Strahlenschutz zu verhüten.

Überhaupt der „Terror". In reichem Maße lieferten Parteitags-Redner Beispiele für das zwiespältige Verhältnis der Bewegung zur politisch motivierten Gewalt. Walter Mossmann, in Diensten der „Szene" ergrauter Politbarde, sollte eigentlich zur Kongreßeröffnung die Klampfe rühren. Indes, er stellte sie beiseite und ergriff statt der Saiten das Wort.

Gleich zur Einstimmung ließ er wissen: „Die alten Lieder der Anti-AKW-Bewegung sind nach Tschernobyl samt und sonders von der Wirklichkeit überholt." Jetzt gelte es, „die neue, angemessene Antwort zu suchen, sonst sind wir reif für das Museum der Protestkultur". Welche Art Antworten da nur gemeint sein konnten, überließ Mossmann dem einschlägigen Schlußfolgerungsvermögen seiner Zuhörerschaft: „Wer einen ganzen Kontinent in Schrecken versetzt" – nämlich die gleichermaßen in Ost und West „herrschende Atommafia" –, „ist für mich ein Terrorist ... Wie ärmlich nimmt sich da so eine handelsübliche Attentatsbombe aus ..." Klar doch: Da hilft nur „unser Widerstand".

Das Erscheinungsbild eines Grünen-Parteitages wäre nicht korrekt beschrieben ohne das Element „Frauenbewegung" in der Basismixtur. Daß das Absonderungsbedürfnis der lila Damen sich in eigens ausgewiesenen Frauentischen unter Transparenten mit dem biologischen Geschlechtssymbol kundtut, gehört zur Tradition der Zusammenkünfte. Mit Tschernobyl fanden nun auch die radikal gesinnten Frauen eine neue Bestätigung für ihre Identifizierung des Weltbösewichts, der da schlicht „Männermacht" heißt.

Die Methode Fjodorow – mit dem Skalpell am Fließband

Seine Kunst hat weltweiten Ruf, wurde zu einem Exportschlager, zum Segen für Zehntausende von Kurzsichtigen. Was den Moskauer Augenchirurgen Fjodorow groß machte, heißt seither die „Russische Methode". Daß er sie wie am Fließband anwendet und bald auch Roboter einsetzen will, hat Kritiker auf den Plan gerufen – die Fjodorow jedoch wenig beeindrucken.

Von R.-M. BORNGÄSSER

Lenin war in einer glücklichen Lage", sagt Professor Swatoslaw Fjodorow, „denn auf dem linken Auge war er kurzsichtig, auf *dem rechten weitsichtig." Und damit* niemand Falsches interpretiert, setzt er hinzu: „So war Lenin einerseits ein ausgezeichneter Schütze, wenn er auf Jagd ging, andererseits konnte er seine gewaltigen Werke ohne Brille niederschreiben." Fjodorow, der weltberühmte Moskauer Augenchirurg, liebt es, trockene, medizinische Erklärungen mit solch populären Aussagen zu würzen.

Schauplatz seiner Demonstration ist das Sovin-Center am Krasnoprejsnjenskaja Nabereschnaja in Moskau, wo das erste Internationale Symposium der „Implantation der Augenlinsen und der Refraktionschirurgie" stattfindet. Federführend ist das Moskauer Institut für Augen-Mikrochirurgie, dessen Leiter eben jener legendäre Professor Fjodorow ist, der mit seinen bahnbrechenden Methoden internationales Aufsehen erregt hat.

Schnitte in die Hornhaut ermöglichen neues Sehen

„Fließband des Sehendwerdens" liest man auf der Leinwand des Kinosaals, wo gerade der Fachwelt ein Film über seine Operations-Methode aus seinem Institut in Beskudniwoko, einem Vorort Moskaus, gezeigt wird. In einem von Glas und Stahl funkelnden Operationssaal liegen die Patienten auf Fließband-Bahren. Fünf Chirurgen, die per Kopfhörer miteinander verbunden sind, operieren die Patienten. Die Kamera zeigt in Großaufnahme ein krankes, kurzsichtiges Auge eines Patienten. Vorsichtig nähert sich das winzige Skalpell des Chirurgen der Hornhaut, die am Rande durch radiale Einschnitte geritzt wird. Die Wölbung der Hornhaut flacht sich dadurch im Zentrum ab, das Auge muß die einfallenden Lichtstrahlen nicht mehr bereits vor der Netzhaut bündeln.

Neues Sehen mit Hilfe von Einschnitten auf der inneren Seite der Hornhaut hatte bereits im Jahre 1953 ein japanischer Augenchirurg erprobt. Diese Operations-Methoden erwiesen sich allerdings als recht kompliziert und vor allem als zu gefährlich. Totales Erblinden auf dem kranken Auge war mitunter die Folge. Die Medizin nahm daher weitgehend Abstand von dieser Methode.

Im Jahre 1960 griff der junge russische Wissenschaftler und Mediziner Fjodorow diese Methode wieder auf. Er allerdings setzte seine Radialeinschnitte nur in die äußere Zone der Hornhaut, ging mit dem Skalpell nur an die Peripherie, nicht in das *Zentrum des Auges. Man nennt seitdem* diese Art der Operation die „Russische Methode".

Immer noch ist das schwierigste und das gefährlichste an dieser Operations-Methode, die Tiefe des Einschnitts zu berechnen, wie auch Fjodorow betont. Der winzigste Fehler von einem hundertstel Millimeter mindert bereits das Ergebnis um eine halbe Dioptrie. Deshalb plant dieser umtriebige Mediziner in seiner überschäumenden technischen Phantasie, künftig Roboter für diese komplizierten Operationen einzusetzen. „Ihnen gehört unsere Zukunft", sagt er optimistisch und strahlt unter seinem Bürstenhaarschnitt. „Denn die menschliche Hand, die so viel Bewegungsspielraum hat, birgt bei diesen Operationen noch immer zu viele Risiken in sich."

25 000 Operationen hat das Moskauer Institut bereits gemacht. Weltweit wurden 150 000 Menschen nach der „Russischen Methode" an den Augen operiert. 80 Patienten liegen pro Operationstag in Moskau unter dem Messer. Längst sind Fjodorows Operationen für die Sowjetunion zu einem devisenträchtigen Exportschlager geworden. So wirbt Intourist weltweit für Fjodorows Augenoperationen.

Skeptikern hält Fjodorow entgegen, fünf Jahre lange Beobachtungen an 800 Patienten hätten gezeigt, daß der Erfolg der Operation stabil bleibe. Allerdings sollten die Patienten nicht jünger als 18 und nicht älter als 40 Jahre sein.

Mit seiner „Fließband-Technologie" will Fjodorow einem „Volksgebrechen" zu Leibe rücken. Denn allein in der Sowjetunion sind 25 Millionen Menschen kurzsichtig. Einen Augenfehler zu haben, ist in der Sowjetunion doppelt beschwerlich, weil Brillen hier zum Defizit gehören. Fjodorow plant, vierzig Augenzentren im Lande zu installieren. Auf der Krim und im Kaukasus gibt es bereits die ersten Nachfolge-Institute. Selbst in Havana wurde eine Augenklinik à la Fjodorow eröffnet.

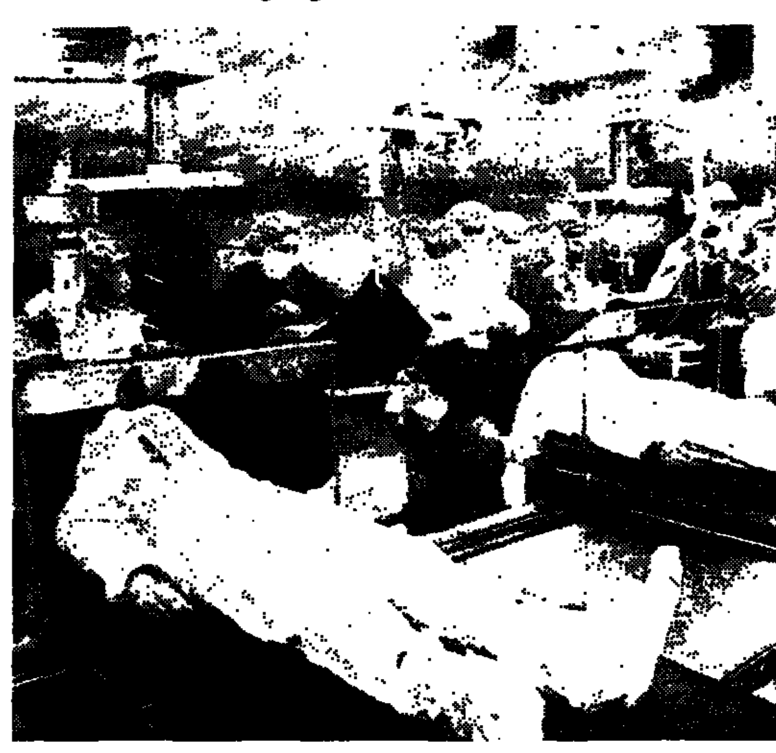
Modell „Sputnik" gegen den Grauen Star

Nicht nur sein Fließband-Verfahren bei Kurzsichtigen hat den Namen Fjodorow in der Fachwelt populär gemacht, sondern auch Fjodorows Methoden, beim Grauen Star künstliche Augenlinsen zu implantieren. Sein Modell, das er 1960 erstmals bei einem Schulmädchen einsetzte, nannte er „Sputnik". Das Modell fand im Ausland Nachahmer und Abnehmer.

Den immer wieder gehörten Vorwurf gegen „Fließband-Methoden" in der Medizin wehrt er heftigst ab und hält entgegen, daß der Arzt die gewonnene Zeit sinnvoller ausnützen könne, „um ein noch besserer Arzt zu werden. Ich zum Beispiel habe nun viel mehr Zeit, um Fachliteratur zu studieren".

*Außerdem könne er nun auch wie*der Klavier spielen und seinem Hobby, dem Reiten, auf der Datscha nachgehen. Und um den Eindruck gänzlich zu verwischen, daß er mehr Techniker als Mediziner sei, erzählt er, daß es für ihn am beglückendsten sei, Menschen geholfen zu haben.

„Ich habe Kassetten von amerikanischen Patienten, die mir mitteilen, wie wundervoll es ist, die Welt wieder im vollen Licht zu erblicken." „Wenn ich deprimiert bin, höre ich mir diese Stimmen an, sie geben mir ein phantastisches Gefühl", sagt er – und setzt seine Brille auf. Warum trägt er noch eine Brille, mißtraut er doch seiner eigenen Methode? Jetzt lacht Fjodorow. „Ich selber bin zu alt für meine Methode" – und strahlend geht er von dannen.



Per Kopfhörer stehen Professor Swatoslaw Fjodorow (oben) und sein Team in Kontakt, wenn sie *reihenweise nach der von Fjodorow* entwickelten „Russischen Methode" in ihrem Moskauer Institut kurzsichtige Patienten operieren FOTOS: JÜRGENS

Unterschiedliche Prognosen für Bundestagswahl

dpa. Hamburg

Umfragen über den möglichen Ausgang der Bundestagswahl 1987 haben am Wochenende ergeben, daß sich die politische Meinung der Bundesbürger im April und Anfang Mai spürbar verändert hat. Die Meinungsforschungsinstitute kommen jedoch zu unterschiedlichen Ergebnissen. So büßte nach einer Allensbach-Erhebung der SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau seinen bisherigen Vorsprung vor Bundeskanzler Helmut Kohl ein. Eine Umfrage des Infas-Instituts indes kam zum gleichen Zeitpunkt zu dem Ergebnis, daß die CDU/CSU bei einer jetzt stattfindenden Bundestagswahl deutlich hinter der SPD lägen und keine Chance hätten, die Regierung zu stellen.

Bei der Frage, ob ihnen der SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau oder Bundeskanzler Helmut Kohl als *Kanzler lieber wären, entschieden* sich nur noch 33 Prozent für Rau, während es bei einer vorangegangenen Umfrage zur Monatswende März/April noch 37 Prozent gewesen waren. Im Oktober vergangenen Jahres hatte Rau noch um zehn Prozentpunkte vor Kohl gelegen. Damals votierten für ihn 41 Prozent und für den amtierenden Regierungschef 31 Prozent. Die Ergebnisse für Kohl waren dagegen in den vier vergangen aufeinanderfolgenden Umfragen bei Allensbach mit 35 Prozent stabil. Der Anteil der Unentschiedenen dagegen vermehrte sich im April auf 32 Prozent und war damit so hoch wie noch nie – *im Vormonat* lag er bei 28 Prozent.

Eine Blitzumfrage des Infas-Instituts zeigt demgegenüber, daß die Unionsparteien bei einer sofortigen *Bundestagswahl jetzt lediglich* mit 41 Prozent der Wählerstimmen rechnen könnten, die SPD dagegen mit 45 Prozent. Das sah bei der letzten Infas-Umfrage vom April noch anders aus: Zu diesem Zeitpunkt lagen CDU/CSU und SPD mit je 43,5 Prozent noch Kopf an Kopf. Infas machte für die Grünen außerdem 8,5 und für die FDP 5,0 Prozent aus. In der letzen Infas-Befragung vom April lag die FDP noch vor den Grünen. Das Emnid-Institut ermittelte bei der „Sonntagsfrage" zwischen dem 24. April und 11. *Mai* für die CDU/CSU 44,5 Prozent und für die SPD 41 Prozent, für die Grünen 8,0 und für die FDP 5,0 Prozent.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

So planen die Grünen den Ausstieg aus der sozialen Marktwirtschaft

Nur halbherziges Eintreten für Privateigentum / Nivellierung der Leistungsgesellschaft

DIETHART GOOS, Hannover

Mit ihrem auf dem viertägigen Bundeskongreß in Hannover verabschiedeten Wahlprogramm steuern die Grünen eine radikale Änderung der Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik Deutschland an. Sie nennen es den „ökologischen, sozialen *und demokratischen Umbau*". Ziel der Grünen ist es, die Leistungsgesellschaft zu nivellieren, die soziale Marktwirtschaft abzuschaffen und dem Staat weitreichende Kompetenzen einzuräumen.

Verbot für Aussperrung

Gefordert wird die generelle Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich für untere und mittlere Einkommen. Die wöchentliche Regelarbeitszeit *soll gesetzlich auf höchstens* 40 Stunden pro Woche begrenzt, die Aussperrung verboten werden. In allen Bereichen des Erwerbslebens einschließlich der Ausbildung sollen mindestens die Hälfte aller Plätze mit Frauen besetzt werden. In den Unternehmen und der öffentlichen Verwaltung sind besondere Frauenförderpläne aufzustellen.

In ihrem Wirtschaftsprogramm, das im Bundestagswahlkampf für alle Parteigliederungen verbindlich ist, verlangen die Grünen die Ausdehnung der paritätischen Mitbestimmung auf alle Mittel- und Großbetriebe mit Initiative- und Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in allen wirtschaftlichen Fragen. Der Betriebsrat soll ein Vetorecht bei Entwicklung und Einführung neuer Technologien erhalten. Bei Gesund*heitsgefährdung im Betrieb sollen die* Beschäftigten ein Arbeitsverweigerungsrecht ausüben, Leiharbeit soll nach dem Willen der Grünen verboten werden.

Banken und Versicherungsunternehmen soll die stimmberechtigte Beteiligung an Wirtschaftsunternehmen untersagt, die Zahl der Aufsichtsratsmandate beschränkt werden. Im Bereich der Außenwirtschaft werden „umfassende und durchgreifende Kapitalverkehrskontrollen" *verlangt, Ein- und Ausfuhr von Rü*stungsgütern werden nach dem Willen der Grünen verboten. Das soll ebenso für „ökologisch schädliche Produkte, insbesondere der Chemieindustrie" gelten.

Nach dem Willen der Grünen soll das Kabel- und Satellitenfernsehen gestoppt und keine Glasfaserverkabelung mehr stattfinden. Die Digitalisierung des Fernsprechnetzes „ohne absoluten Datenschutz" wird ebenso abgelehnt wie das neue dienst- und netzintegrierte Fernsprechnetz (ISDN).

Radikale Forderungen erheben die Grünen auch im Verkehrsbereich. Der Autobahn- und Fernstraßenbau soll gestoppt, die Mineralölsteuer um 20 Pfennig je Liter erhöht werden. Güterverkehr ist auf die Schiene zu verlagern, die Bundesbahn und die kommunalen Verkehrsbetriebe haben ihre Fahrpreise als ersten Schritt hin zum Nulltarif zu halbieren. Einwegverpackungen wollen die Grünen *verbieten, Mehrwegverpackungen* sind aus wiederverwendbaren Materialien herzustellen.

Auch in der Steuerpolitik verlangen die Grünen, wie gestern am letzten Tag des Bundeskongresses beschlossen wurde, rigorose Änderungen, die sich gegen Leistung und Erfolg im Wirtschaftsleben richten. So wollen die Grünen eine Quellensteuer auf Besitz- und Vermögenseinkommen einführen, Steuervergünstigungen, wie Ehegatten-Splitting, Abschreibungsmöglichkeiten und „zu hohe Freibeträge für Freiberufler" abschaffen.

Neue Vermögensform

Nur halbherzig bekennen sich die Grünen in ihrem Wirtschaftsprogramm zu Privateigentum. Es dürfe ebenso wie staatliches Eigentum „nicht mehr länger Machtausübung über andere Menschen, Zerstörung der Natur und Steuerung von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik ermöglichen". Als Konsequenz daraus heißt es: „Produktionsmittel und Banken sollen daher in neue gesellschaftliche Formen des Eigentums überführt werden. Die bekannten Formen der Verstaatlichung lehnen wir ab, da sie keine basisdemokratische Kontrolle ermöglichen."

Rallyeärger: Börner bremst Fischer aus

Der hessische Ministerpräsident macht sich zum Schutzpatron der Motorsportler

JOACHIM NEANDER, Frankfurt

Daß es in der rot-grünen Koalition in Hessen seit dem Reaktorunglück von Tschernobyl heftig knistert, wird der Öffentlichkeit in fast täglich neuen Meldungen demonstriert. Hinter den Kulissen dagegen dauert der Kleinkrieg zwischen den Partnern schon wesentlich länger. Der Kriegsschauplatz ist dabei eher zufällig gewählt: der Motorsport.

Betroffene uninformiert

Noch 1985 hatten die Veranstalter der verschiedenen Rallyes, Motorrad- und Geländeveranstaltungen in Hessen mit den Behörden in zähem Ringen um sportliche Interessen, Sicherheit und Umweltschutz und freiwillige Beschränkungen einen Kompromiß schließen können. Als der neue Umweltminister Joschka Fischer von den Grünen sein Amt antrat, änderte sich dies schlagartig. Nur – die Betroffenen erfuhren davon zunächst nichts.

Im Saarland hatte Fischers Kollege Jo Leinen gleich ein spektakuläres Verbot aller größeren Motor-Veranstaltungen verkündet. Nach gewaltigen Protesten aus der Bevölkerung mußte er den Rückwärtsgang einlegen.

Fischer ging einen anderen Weg. In einem behördeninternen Erlaß wies er die mittleren und unteren Naturschutzbehörden des Landes im Januar 1986 an, Veranstaltungen in Landschaftsschutzgebieten überhaupt nicht mehr und auch außerhalb dieser Gebiete auf nichtklassifizierten Straßen und während der Vegetationsperiode nicht zu genehmigen. Da Landschaftsschutzgebiete etwa *die Hälfte der hessischen Landesflä*che ausmachen (sie sind nicht zu verwechseln mit Naturschutzgebieten) und die meisten Motorveranstaltungen während der Vegetationsperiode stattfinden müssen, waren die Folgen verheerend.

Bisher mußten 1986 acht von zehn zum Teil mit großem finanziellen Einsatz und im Vertrauen auf die bisherige Praxis geplanten Veranstaltungen abgesagt werden. Fischer macht sich dabei den Behördenwirrwarr zunutze. Die letzte Genehmi*gungszuständigkeit* besitzt *nämlich* nicht er und seine Naturschutzbehörden, sondern Wirtschaftsminister Steger (SPD). Die Meinungsbildung vollzog sich dabei stets von unten nach oben. Anträge (in bis zu 52facher Ausfertigung) gingen an bis zu 16 verschiedene Ämter. Nach Anhörung aller wurde oben entschieden. Fischers dirigistische Anweisung an alle unteren Behörden hat jetzt aber praktisch eine Art allgemeine Blockadewirkung.

Doch ganz wollte der Koalitions*partner SPD sich dieser Praxis* wohl doch nicht beugen. In einem Fall wies Ulrich Steger, der Minister für Wirtschaft und Technik, den Regierungspräsidenten von Gießen von sich aus an, eine von den Naturschutzbehörden nicht genehmigte Motorrad-Rallye zu gestatten. Sie fand statt. Jetzt schwebt gegen den Regierungspräsidenten eine offensichtlich von den Grünen erhobene Dienstaufsichtsbeschwerde.

Ein ähnlicher Kulissenkonflikt deutet sich bei der 35. ADAC-Hessen-Rallye Ende Mai an. Es gelang dem Veranstalter zwar, nach schwierigen Verhandlungen die Genehmigung für diese internationale und größte Motorsportveranstaltung des Landes zu erlangen, hauptsächlich deshalb, weil der größte Teil auf einen Truppenübungsplatz der Bun*deswehr verlegt wurde, auf den die* hessischen Behörden keinen Einfluß haben. Außerdem wurde in großen Teilen der Strecke aus der freien Natur in bewohnte Gebiete ausgewichen: Statt zwei Ortsdurchfahrten sind es in diesem Jahr fünf. Dazu waren die schriftliche Zustimmung sämtlicher betroffener Anwohner und natürlich umfangreiche Sicherheitsvorkehrungen nötig.

Deutlicher Fingerzeig

Just für diese Großveranstaltung aber hat der hessische Ministerpräsident Holger Börner (SPD) jetzt zum ersten Mal persönlich die Schirmherrschaft übernommen – eine deutliche Geste an seinen Umweltminister Fischer, der auch diese Rallye am liebsten verboten hätte.

Joschka Fischer wurde vom ADAC übrigens ausdrücklich eingeladen, sich die Sache einmal selber anzusehen. Doch der Minister schickt lieber seinen Abteilungsleiter.

Breuel sieht in Grünen Gefahr für Aufholjagd

MICHAEL JACH, Hannover

Sollte bei der Landtagswahl in vier Wochen eine rot-grüne Mehrheit die Regierungsverantwortung in Niedersachsen erlangen, so wäre „die struk*turpolitische Aufbauarbeit* der letzten zehn Jahre sehr schnell zunichte gemacht". Ein solcher Entwicklungsrückschlag träte nach Einschätzung der hannoverschen Wirtschaftsministerin Birgit Breuel (CDU) hier „anders als etwa in Hessen zwangsläufig sehr kurzfristig" ein; Niedersachsen befinde sich noch „mitten in der Aufholjagd", könne *folglich „noch längst* nicht" von einer „so gefestigten Wirtschaftsstruktur zehren" wie das bereits rot-grün regierte Nachbarland.

Im Gespräch mit der WELT verwies Frau Breuel auf den in jüngster Zeit erst verzeichneten „Durchbruch zur Attraktivität" für zukunftssichere Unternehmen – ablesbar an einer dichten Folge von Ansiedlungen mikroelektronischer und biotechnisch-pharmazeutischer Industrien im Raum Hannover/Braunschweig. Inzwischen gebe es „kaum einen gro*ßen Ansiedler", der nicht* Niedersachsen in seine Standort-Erwägungen einbeziehe.

Frost auf frischer Blüte

Auf die frische Blüte jedoch werde, sieht die Ministerin voraus, schockartig Frost fallen, wenn die Leitlinien der Landespolitik nicht mehr von den *Prinzipien der Marktwirtschaft* und finanzieller Solidität bestimmt würden. „SPD und Grüne ergänzen sich fast nahtlos: beide fordern mehr Staat", stellt Frau Breuel fest und verweist auf die Grundsatzforderung des Düsseldorfer SPD-Fraktionsvorsitzenden Friedhelm Farthmann nach „deutlicher Erhöhung der Staatsquote" und „gerade nicht Steuersenkungen". Anders sei eben auch das „Arbeit und Umwelt"-Programm der niedersächsischen SPD – fünf Milliarden in vier Jahren – nicht finanzierbar. „Die Sozialdemokraten kommen mit den alten Rezepten wieder, mit denen sie uns all den Kummer beschert haben, den wir vor zehn Jahren hier vorfanden."

Druck in falsche Richtung

Obendrein sorgten in einem rot-grünen Machtbündnis dann die „Forderungspakete der Grünen nach erhöhten Verbrauchssteuern" für vermehrten Druck in die falsche Richtung. Von einer politischen Kraft, die den „Ausstieg aus der Industriege*sellschaft*" als *Langfristziel* betreibe, sei gegenüber den zwangsläufigen Folgen für Niedersachsens „Aufstieg aus der Rückständigkeit" bestenfalls Gleichgültigkeit zu erwarten.

Unter Rückverweis auf den kürzlich vorgelegten Jahreswirtschaftsbericht des Landes (WELT vom 15. 5.) erklärt Frau Breuel, die verzeichnete Aufwärtsentwicklung sei nicht allein der Konjunktur, sondern in ihrer Überdurchschnittlichkeit den strukturpolitischen Erfolgen der CDU-Landesregierung zu verdanken. Allein daran erweise sich der Tragfähigkeitsunterschied gegenüber „bombastisch daherkommenden Arbeitsbeschaffungs-Programmen", wie sie von der SPD „wider alle Er*fahrung mit deren Nutzlosigkeit*" zur Niedersächsischen Landtagswahl „um der Propaganda willen" abermals feilgeboten würde.

„Ost-Berlin verharmlost Risiken der Kernkraft"

Bürger werden mißtrauisch – Trockenmilch ausverkauft

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Noch immer werden in der „DDR" die Gefahren von Reaktorkatastrophen in den drei Anlagen des Landes ebenso wie die Folgen *eines Atoman*griffs weitgehend verharmlost und als „überlebbar" dargestellt. Christlichen Ärzten verweigert die SED, of*fenbar* aus politischen Gründen, die Mitarbeit im „DDR"-Komitee der internationalen Anti-Atom-Ärztevereinigung. Diese kritische Bilanz zieht der „Bund der evangelischen Kirchen in der DDR". Das Expertenpapier erschien mit dem Datum „April 1986" unmittelbar vor der Tschernobyl-Katastrophe.

Die Untersuchung stammt aus der Theologischen Studienabteilung, der „Denkfabrik" des Bundes. Die Ausarbeitung weist anhand des dramatischen Beispiels einer fiktiven A-Bombenexplosion über dem Ostberliner Alexanderplatz nach, daß der noch immer von offiziellen „DDR"-Publikationen vermittelte Eindruck jenseits aller Realität liegt, in dieser Situation nennenswerte Hilfe leisten zu können. Dies gelte auch für ein Reaktorunglück: „Man muß dazu wissen, daß bei einer Atombombenexplosion oder einem schweren Kernkraftwerksunfall etwa 200 verschiedene radioaktive Spaltprodukte frei werden", heißt es bei den sachkundigen Autoren.

Sie wenden sich vor allem gegen den durch die Zivilverteidigung der „DDR" in ihren Heften „Schützen und helfen" vermittelten Eindruck, die These von der Schutzlosigkeit gegen Atomstrahlen sei „grundfalsch". Die Verfasser erwähnen entsprechende Schutzübungen selbst für Schüler: „Obwohl die Zweckmäßigkeit der Zivilverteidigung im Atomkrieg inzwischen nur noch leise vertreten wird, sei erwähnt, daß es an mehreren Orten in der DDR ZV-Übungen wie in Lindenberg (Mark Brandenburg, d. Red.) am 10. und 11. Juni 1983 gab, in denen die Schüler der Lilo-Herrmann-Oberschule Unterricht in einem strahlungsgeschützten Raum er*hielten und selbst Atem- und Körper*schutzmittel anfertigten. Neue Möglichkeiten des Schutzes von Futter- und Tierbeständen wurden erprobt." Der Rat der Gemeinde habe die Übung als „gesellschaftlichen Höhepunkt" gelobt.

Bei den „in der DDR gebräuchlichen Standardpublikationen für Lehr- und Ausbildungszwecke wird immer noch ausführlich und verharmlosend über die Möglichkeiten der medizinischen Hilfe im Atomkrieg und über Schutzmöglichkeiten für Soldaten und *Zivilisten geschrie*ben", klagen die Fachleute der Kirche.

Indirekt erhärten die Verfasser der umfangreichen *Studie auch den* Verdacht, die durch die Friedensnobelpreisverleihung bekannt gewordene „Internationale Ärztevereinigung zur Verhütung eines Atomkriegs" werde aus propagandistischen Gründen politisch mißbraucht. Jedenfalls heißt es kommentarlos in dem Papier: „Während in den westeuropäischen *Ländern Ärzteinitiativen* entstanden, die sich dann zu nationalen Gruppierungen zusammengeschlossen haben, ... werden Anträge auf Mitgliedschaft im DDR-Komitee (ihm gehören lediglich „berufene" Ärzte *an, die* Red.) abgewiesen und selbständige christliche Ärztegruppen, so in Halle und Berlin, von der Mitarbeit ... ausgeschlossen. Die Möglichkeiten der Information über den Diskussionsstand auf internationalen Kongressen ... werden vom DDR-Komitee nicht ausgeschöpft."

Unabhängig von den *Gefahren* eines Kernkraftunfalls in einer der alsbald drei „DDR"-Anlagen, die öffentlich nicht debattiert werden, zogen die mitteldeutschen Kunden bereits ihre Konsequenzen: Frischer Salat, sonst als Rarität begehrt, blieb in vielen Geschäften liegen. Innerhalb von Tagen waren sämtliche Trockenmilchvorräte ausverkauft. Die Geschäfte blieben auf Frischmilch sitzen. Von „Befürchtungen und Gefährdungen" nach Tschernobyl schrieb öffentlich lediglich die *„Mecklenburgische Kirchenzeitung"*.

Von Erich Honecker heißt es, seine „Wolfsschanze" („DDR"-Volksmund), die auch die NVA-Führung aufnehme, liege in zwei 70 Meter unter der Erde errichteten Atombunkern bei Bad Freienwalde, 60 Kilometer nordöstlich Berlins nahe dem Oderbruch.

Wechmar wird nicht SFB-Chef

hrk. Berlin

Die Bemühungen, den deutschen Botschafter in London, Rüdiger von Wechmar, als neuen Intendanten des Senders Freies Berlin (SFB) zu gewinnen, sind gescheitert. Der Diplomat und ehemalige Regierungssprecher sagte ab. Das teilte Berlins FDP-Landes- und Fraktionschef Walter Rasch auf Anfrage der WELT mit. Auch Vize-Fraktionschef Hans-Günter Hoppe hätte in dem Botschafter eine vorzügliche Lösung gesehen. Für von Wechmar hatt. sich vor allem Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher eingesetzt. Von den anderen bisher genannten Nachfolge-Kandidaten für *Lothar Loewe* besitzt zur Zeit der Justitiar des Südwestfunks, Jörg Rüggeberg (CDU-nah), die besten Chancen.

„Radio Hamburg" beantragt Lizenz

DW. Hamburg

Zu einem „Radio Hamburg" haben sich Zeitungs- und Zeitschriftenverlage in der Hansestadt zusammengeschlossen. Sie stellten gleichzeitig den Antrag für eine Hörfunklizenz bei der Hamburgischen Anstalt für Neue Medien. Mit 35 Prozent ist der Axel Springer Verlag an Radio Hamburg beteiligt. 24 Prozent der Anteile halten der Heinrich Bauer Verlag sowie Gruner + Jahr über ihre gemeinsame Tochtergesellschaft ufa-Film- und Fernsehen GmbH. „Zeit"-Verleger Gerd Bucerius und die Lokalzeitung „Harburger Anzeigen und Nachrichten" sind beide mit 7,5 Prozent beteiligt. *Als* Firmensitz und Studio-Standort ist ein Gebäude gegenüber dem Hamburger Pressehaus vorgesehen.

Erster Kontakt China–Taiwan seit 1949

Entführtes Flugzeug als äußerer Anlaß / Taipeh gibt innenpolitischem Druck nach und wehrt sich gegen die Isolation

JOCHEN HEHN, Hongkong

Die Verhandlungen um die Rückgabe des nach China entführten Jumbo Frachtflugzeuges der taiwanesischen Luftfahrtgesellschaft CAL haben gestern in Hongkong nach zweitätigem Gesprächen einen Ausweg aus dem chinesisch-chinesischen Dilemma gebracht.

Die Volksrepublik China gab den Forderungen der taiwanesischen Landsleute nach und wird in den nächsten Tagen die entführte Maschine sowie zwei der drei Besatzungsmitglieder und die Fracht nach Hongkong überführen, wo sie von den Taiwanesen übernommen werden.

Die Tatsache, daß die Vertreter der Volksrepublik nicht mehr darauf bestehen, daß die Maschine in Kanton von CAL-Vertretern persönlich abgeholt wird, muß als Zeichen des guten Willens Pekings gegenüber Taiwan verstanden werden.

Ungeachtet des Verhandlungsergebnisses haben die Gespräche die politische Landschaft zwischen der Volksrepublik China und Taiwan grundlegend verändert.

Obwohl die Verhandlungen nicht von Regierungsvertretern, sondern von Bevollmächtigten der beiden Luftlinien CAAC und CAL geführt wurden, handelt es sich dabei um die erste offizielle Kontaktaufnahme seit Ende des Bürgerkrieges (1946–49), den die Guomindang-Truppen unter Generalissimus Tschiang Kai-Shek gegen die kommunistische Bauernarmee verloren und sich nach der Niederlage auf die Insel Taiwan gerettet hatten.

Die historische Bedeutung des Hongkonger Treffens liegt auf der Hand. Denn 37 Jahre strikter Nichtbeziehungen sind nun zu Ende gegangen. Heben die CAL-Vertreter auch den humanitären Charakter der Gespräche hervor, so besteht dennoch kein Zweifel daran, daß sie nur auf direktes Geheiß des taiwanesischen Staatspräsidenten Chiang Ching-Kuo *aktiv werden konnten.*

Die „drei Nein" aufgegeben

Taiwan hat damit seine in der Vergangenheit starr verfolgte Politik der „drei Nein" – keine Kontakte, keine Verhandlungen, keine Kompromisse – gegenüber Peking aufgegeben. Dies allein muß schon als Erfolg Pekings angesehen werden, das sich jahrelang ohne zählbaren Erfolg um direkte Kontakte bemüht hatte.

Für Taiwan hätte es direkter Verhandlungen durchaus nicht bedurft, um die Maschine zurückzubekommen. Peking hätte sich nämlich über kurz oder lang den internationalen Regeln beugen und sie freigeben müssen. Warum also der spektakuläre Schritt?

Innenpolitisch steht die taiwanesische Regierung seit langem unter dem Druck der Oppositionspartei Dangwai (wörtlich: außerhalb der Partei, nämlich der Guamindang stehend), die sich – obwohl antikommunistisch – für direkte Kontakte zu den Kommunisten einsetzt.

Aber auch innerhalb der herrschenden Guamindang finden sich vor allem unter der jüngeren Generation Kräfte, die das Trauma der Niederlage gegen die Kommunisten nicht persönlich erlebt haben und – frei von Berührungsängsten – sich für einen direkten Wettstreit der Systeme einsetzen. Sie sehen in einem offenen Meinungsaustausch bessere Chancen für ein Überleben des taiwanesischen Modells als in einem Abkapseln, das die Inselrepublik in der Vergangenheit in eine fast komplette Isolation getrieben hat.

Staatspräsident Chiang hat diesen Kräften offenbar den Vorzug gegeben vor den orthodoxen antikommunistischen. Beeinflußt wurde seine Entscheidung nicht zuletzt durch die Entwicklung des Verhältnisses der beiden Supermächte Sowjetunion und der USA zur Volksrepublik. Die Annäherung zwischen Moskau und Peking hat trotz aller Vorbehalte, die Peking immer wieder anmeldet, die USA veranlaßt, Peking in vielen Bereichen entgegenzukommen.

Dies gilt nicht nur für die engere *kulturelle, wirtschaftliche und militärische* Zusammenarbeit sowie den Ausbau der technologischen Kooperation, sondern auch für die Beziehungen Washington–Taipeh.

Als Einiger gefeiert

Die USA üben auf die taiwanesische Regierung Druck aus, sich den Angeboten Pekings nicht auf die Dauer zu verschließen.

Ein anderer, mehr psychologischer Aspekt darf nicht unterschätzt werden. Führungsgestalten in der jahrtausendealten Geschichte, denen es gelungen war, nach Sezessionen das Reich der Mitte wieder zu vereinigen, bis heute einen Ehrenplatz in der Geschichte ein.

Auch der unbestrittene Führer Deng Xiaoping hat offenbar den Ehrgeiz, als Einiger Chinas in die Geschichte einzugehen. Seine Konzeption „ein Land, zwei Systeme" ist darauf angelegt, nicht nur Hongkong und Macao zurück ins Reich zu holen, sondern zielt auch auf Taiwan.

Neue liberale Partei in Israel gegründet

hav, Tel Aviv

„Nein zum Chauvinismus, nein zum Sozialismus, nein zum Klerikalismus – und ein lautes Ja zum Liberalismus!" Mit diesem Ausruf des Generalsekretärs Josef Lapid begann an Pfingsten in Tel Aviv die Gründungskonferenz der neuen Partei Liberales Zentrum. Ihr vorläufiger Präsident, der (Welt)Vorsitzende der Jewish Agency, Leo Dultzin, erläuterte die wichtigsten Programmpunkte. Sie sehen vor:

– In der Außen- und Sicherheitspolitik: Friedensgrenzen müssen so gezogen werden, daß Israel ein jüdischer Staat bleibt. Das heißt, daß auf mit Arabern dichtbevölkerte Gebiete wie das Westjordanufer und den Gazastreifen verzichtet werden soll; ein zusätzlicher Staat dürfe zwischen Israel und Jordanien aber nicht entstehen.

– In der Wirtschaft: Die Privatinitiative soll gefördert werden.

– In der Religion: Religiöser Zwang wird verworfen. Gleichzeitig fühlt sich die neue Partei in der Lage, „die *Stelle der religiösen Parteien als das* Zünglein an der Waage zwischen den zwei großen Parteien zu übernehmen und diese von der Erpressung der Religiösen zu befreien ..."

Die Gründer des Liberalen Zentrums sind ausnahmslos Abtrünnige der Liberalen Partei im Likud-Block, der von der von Begin gegründeten Cherut-Bewegung geführt wird. Vor drei Monaten stellten sie eine provisorische Leitung auf; inzwischen zählen sie 3000 Mitglieder.

Bei der Gründungskonferenz sagte der Listenführer der Partei, der populäre Bürgermeister von Tel Aviv, Shlomo Lahat: „Wir müssen uns schuldig bekennen, daß wir so lange in der alten Liberalen Partei blieben und mit der Cherut gemeinsame Sache machten. Viel Unglück hätten wir verhindern können." Damit meinte er offensichtlich den Libanonkrieg.

Es wird bereits mit zwei Parteien liberaler Prägung über ein Zusammengehen verhandelt. In Kürze wird eine Delegation aller drei Parteien auf Einladung der FDP nach Bonn reisen.

González beugt Fragen Moskaus zur NATO vor

Vor der Reise ein Memorandum zur Volleingliederung

ROLF GÖRTZ, Madrid

Der spanische Ministerpräsident Felipe González wird heute in Moskau zu einem längeren Gespräch mit *dem sowjetischen Parteichef Gorba*tschow zusammentreffen.

González ist der erste Regierungschef Spaniens, der der Sowjetunion einen offiziellen Besuch abstattet. Auf seiner Reise begleiten ihn die Minister für Äußeres, für Wirtschaft und Finanzen sowie für Kultur. Letzterer in seiner Funktion als Regierungssprecher.

Rund 20 Unternehmer, die den Regierungschef außerdem begleiten, lassen den Schluß zu, daß ein lebhaftes Interesse am Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern besteht. Spanien möchte unter anderem Schiffbau-Aufträge erhalten. *Auch die Reaktorkatastrophe* von Tschernobyl dürfte zur Sprache kommen.

Der seit langem geplante Besuch führt González zum zweiten Mal in den Kreml. Das erste Mal – 1985 – unterzeichnete González in Moskau als Generalsekretär der Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens (PSOE) und Oppositionsführer ein Kommuniqué, in dem sich seine Partei ebenso wie die Kommunistische Partei in der Sowjetunion gegen die Erweiterung der Militärblöcke – praktisch gegen den spanischen NATO-Beitritt – aussprachen.

Persönliches Engagement

Diesmal kommt González als Regierungschef eines Mitgliedstaates der NATO. Erst vor zwei Monaten hat sich die Bevölkerung in einem Referendum für den Verbleib in der Allianz ausgesprochen. Eine Entscheidung, die ohne das persönliche Engagement des Ministerpräsidenten nicht so positiv ausgefallen wäre.

Nach dem Wortlaut der Volksab*stimmung soll Spanien außerhalb der* militärischen Struktur bleiben. Um seinen Gesprächspartnern im Kreml dennoch keine Ansatzpunkte zu möglichen Fragen zu geben, ließ González drei Tage vor seinem Abflug nach Moskau den Verbündeten in der NATO in Brüssel ein Memorandum zukommen, in dem Spanien seinen Entschluß bekräftigt, seinen Verteidigungsbeitrag zur „Koordination mit den integrierten Kommandos" zu leisten.

Spanien ist außerdem Mitglied des Militärausschusses, des Planungsausschusses der Verteidigungsminister und des Nuklearausschusses. Tendenz dieser „Dreiviertel-Mitgliedschaft" ist die schrittweise Volleingliederung Madrids in die militärische Führung.

Hafenrechte eingeräumt

Die spanisch-sowjetischen Beziehungen entsprechen der Position, die Madrid der sowjetischen Seemacht *schon 1977 im Atlantik mit der Über*lassung von Hafenrechten auf den Kanarischen Inseln einräumte.

Spanien überläßt den Sowjets nicht nur die Versorgung und den ständigen Mannschaftsaustausch, sondern auch die Reparatur von mehreren hundert Fischtrawlern und Versorgungsschiffen.

Zu einem Gespräch mit Gorbatschow zieht der spanische Ministerpräsident neben seinem persönlichen Berater Feo lediglich Juan Antonio Yañez hinzu. Da Yañez Spezialist in Südamerikafragen ist, schließen Beobachter, daß González offensichtlich auch den Nicaragua-Konflikt ansprechen *will.*

Sicherheitsfragen im Mittelmeer, die mit Blick auf Libyen bei dem Moskauer Dialog nicht ausgespart werden dürften, kommt durch jüngste Entdeckungen der spanischen Polizei besondere Bedeutung zu.

Der libysche Botschafter in Madrid soll die Terrororganisation „Ruf Christi" nach deren eigenen Angaben mit 70 000 Dollar versorgt haben. Zehn *Mitglieder der Bande – Syrer, Libane*sen, Spanier und ein Portugiese – wurden verhaftet. Der Chef des libyschen „Volksbüros" (Botschaft) in Madrid, Nakka, streitet die Unterstützung ab. (SAD)

Contadora-Treffen ohne Einigung

dpa, Panama-Stadt

Die stellvertretenden Außenminister der Contadora-Gruppe und Mittelamerikas haben ihre dreitägige Konferenz in Panama-Stadt beendet, ohne konkrete Beschlüsse für eine Friedensvereinbarung in der Krisenregion zu fassen.

Wie es in den Konferenzkreisen hieß, sollen die Präsidenten Mittelamerikas, die sich am nächsten Wochenende in Guatemala treffen, darüber entscheiden, ob die Friedensver*einbarung für Mittelamerika wie ge*plant am 6. Juni unterzeichnet werden kann. Die Fragen der Rüstungsbeschränkung und Stationierung ausländischer Militärs in Mittelamerika sind nach wie vor strittig.

Neuer Parteichef für Italiens Liberale

DW. Bonn

Zum neuen Sekretär der Liberalen Partei Italiens ist gestern Industrieminister Renato Altissimo gewählt worden. Altissimo siegte auf dem 19. Parteitag in Genua den bisherigen Parteichef, über Umweltminister Alfredo Biondi.

Altissimo, der 55 Prozent der Stimmen seiner Parteifreunde erringen konnte, hatte sich als Vertreter eines modernen Liberalismus präsentiert, während sein Konkurrent mehr auf *eine traditionelle und volksnahe Li*nie setzte. Die Liberalen, die in der Fünfer-Koalition der Mitte-Links-Regierung kleinster Partner sind, können sich auf etwa vier Prozent der Wählerschaft stützen.

Hafen in China für Sowjets frei

AFP, Peking

Der Hafen von Tongjiang im Nordosten Chinas ist von heute an wieder für sowjetische Handelsschiffe geöffnet, gab das Verkehrsministerium in Peking gestern bekannt. Der fünf Kilometer von der Grenze mit der UdSSR in der Provinz Heilongjiang gelegene Hafen war in den fünziger Jahren ein wichtiger Umschlagplatz im sowjetisch-chinesischen Warenaustausch, dann aber beim Bruch zwischen Peking und Moskau Ende *der sechziger Jahre für die sowjeti*sche Handelsflotte geschlossen worden. Die Warenaustausch zwischen Peking und Moskau hat sich in den vergangenen Jahren erheblich verbessert.

Neuseeland bricht Verhandlung ab

AFP. Wellington

Die neuseeländische Regierung hat die „Vorgespräche" mit Frankreich über die Bewältigung der Affäre „Rainbow Warrior" abgebrochen. Neuseelands Premier Lange erklärte, die Gespräche mit Frankreich seien unterbrochen worden, nachdem Paris gegenüber Neuseeland zu neuen Handelssanktionen gegriffen habe. Paris hatte bereits früher versucht, Druck auf Neuseeland auszuüben, um die vorzeitige Freilassung der bei*den rechskräftig verurteilten franzö*sischen Agenten zu erzwingen, die das Greenpeace-Schiff versenkt hatten. Die Affäre führte zu einer schweren Belastung der franzsösisch-neuseeländischen Beziehungen.

Sandalistas im Dienst der Sandinistas

WERNER THOMAS, Miami

Sie werden vom Volksmund „Sandalistas" genannt, und Sandalen sind ihr bevorzugtes Schuhwerk. Die Entführung von acht Bundesbürgern durch antikommunistische Rebellen hat diesen Personenkreis in den Blickpunkt gerückt. Es handelt sich um internationale Brigadisten, die den Sandinistas beim Aufbau ihrer marxistischen Revolution helfen.

Es können einige tausend sein. Das deutsche Kontingent, etwa 150 bis 200 Leute, die regelmäßig wechseln, spielt eine Schlüsselrolle, weil dahinter ein besonders effizienter Organisationsapparat steht.

Seit die Regierung Kohl auf Nicaraguas Marsch in Richtung Marxismus mit der Reduzierung öffentlicher Mittel reagiert, gibt es nur noch 50 offizielle Entwicklungshelfer (auslaufende Projekte). Eine „Entwicklungshilfe von unten", das heißt etwa 100 Solidaritätskomitees, leisten eine alternative Assistenz.

Die meisten Gelder bringen Städ*te-Partnerschaften, die sozialdemo*kratische Kommunen knüpfen. So stützt Nürnberg die Frontstadt San Carlos und Bremen die Hafenmetropole Corinto. Bremen (der Senator Henning Scherf ist die treibende Kraft) und Wuppertal *(Sitz des linken* Hammer-Verlages, der die Werke des nicaraguanischen Kulturministers Ernesto Cardenal veröffentlicht) gelten als Hochburgen der Solidarität.

Zwischen Nicaragua und der Bundesrepublik herrscht ein reger Reiseverkehr. Tausende Vertreter der alternativen Szene absolvierten bereits einen Brigade-Einsatz in Mittelamerika. Viele pflückten Kaffee und Baumwolle, die wichtigsten Exportartikel der Nation. Die Entführten bauten nach Angaben des sandinistischen Außenministeriums im Süden der Atlantik-Provinz Zelaya Wohnhäuser für Campesinos. Sie waren erst vor zehn Tagen eingetroffen.

Die deutschen „Sandalistas" verfügen fast alle über Demonstrationserfahrungen in ihrer Heimat. Hartnäkkig halten sich Gerüchte, daß ehemalige Baader-Meinhof-Terroristen in Nicaragua Unterschlupf fanden; auch die amerikanische Regierung verbreitete solche Informationen.

In Deutschland demonstrieren sie, in Nicaragua kooperieren sie. Manche Wehrdienstverweigerer trugen bereits die Uniform der sandinistischen Milizen. Viele wünschen, daß in jenen heißen Regionen ihre solidarische Tätigkeit auszuüben,in denen antisandinistische Rebellen operieren.

Die Comandantes erfüllen gewöhnlich solche Bitten: Zwischenfälle erregen internationales Aufsehen. So lieferten der Tod des deutschen Arztes Tonio Pflaum (Mai 1983) und die Entführung der deutschen Biologin Regine Schmemann (Juni 1985) weltweite Schlagzeilen. Pflaum stand im Dienst des deutschen Entwicklungsdienstes, Frau Schmemann arbeitete auf eigene Faust.

Stalin-Tochter: Sowjets verdrehten meine Äußerungen

dpa, New York

Die heftige Kritik am Westen, mit der die Stalin-Tochter Swetlana Allilujewa 1984 ihre Rückkehr aus den USA in die Sowjetunion begründete, war nach ihrer eigenen Darstellung eine „Verdrehung" ihrer Äußerungen durch die Sowjets. Sie habe damals beispielsweise gesagt, sie sei „Liebling der Amerikaner" gewesen, was offiziell mit „Liebling des CIA" übersetzt worden sei, berichtete sie der „New York Times".

Die 60 Jahre alte Frau ist seit einem Monat wieder in den USA, nachdem sie 1967 in den Westen übergelaufen war und 17 Jahre später für eine Sensation gesorgt hatte, als sie wieder in die UdSSR zurückkehrte. Ihre 14jährige Tochter Olga, *die dieses Hin und* Her mitgemacht hatte, setzt wieder ihre Ausbildung in London fort.

Frau Allilujewa sagte, sie sei in den letzten Jahren ihres Aufenthalts im Westen häufig von ihrem in der Sowjetunion zurückgebliebenen verheirateten Sohn angerufen worden. Sie sei „heute fest überzeugt", daß ihr Sohn bei diesen Anrufen, die den Ausschlag für ihre Rückkehr gegeben hätten, auf *Anweisung der Behörden* gehandelt habe. „Als wir ihn dann trafen, war er mehr verlegen als glücklich, mich wiederzusehen."

In der georgischen Hauptstadt Tiflis, wo sie auf Anweisung des dortigen Parteichefs und heutigen Außenministers Eduard Schewardnadse eine Villa zugewiesen bekam, lebte sie nach ihren Worten in Luxus und Langeweile, aber auch unter ständiger Aufsicht. Ihre Angehörigen in der Sowjetunion hätten nichts von ihr wissen wollen, und so habe sie sich entschlossen, wieder in die USA zurückzukehren.

Israel ersucht um Einsicht in 1379 Kriegsverbrecherakten

Sie lagern im UNO-Archiv / Offenlegung wahrscheinlich

SAD, New York

Heute ist fast vergessen, was die Vereinten Nationen ursprünglich waren. „Vereinte Nationen" nannten sich die Staaten, die das Großdeutsche Reich Adolf Hitlers gemeinsam bekriegten und besiegten. Als sie nach dem Kriege eine internationale Organisation (UNO) gründeten, behielten sie den Namen bei. Die Sieger schlossen die Besiegten lange Jahre hindurch von ihrer Organisation aus.

Bei der Gründung 1945 war es unvorstellbar, daß einmal ein ehemaliger deutscher Offizier, nämlich Rüdiger Freiherr von Wechmar, Präsident der Vollversammlung sein würde. Ebenso unvorstellbar war ein ehemaliger Leutnant der Deutschen Wehrmacht, nämlich Kurt Waldheim, als Generalsekretär der Organisation.

Eines der ersten UNO-Organe war die Kriegsverbrecher-Kommission, die von 1943 bis 1948 amtierte und der Repräsentanten von 17 Staaten angehörten. Als diese sich 1948 auflöste, übergab sie ihre Papiere dem UNO-Archiv zur Aufbewahrung. Unter diesen Papieren befanden sich Akten über 36 810 Personen, die im Verdacht standen, Kriegsverbrechen begangen zu haben – darunter Kurt Waldheim.

Diese Akten gerieten bald in Vergessenheit. Als Kurt Waldheim in der Generalsekretär-Etage saß, ahnte er nicht, daß unten im Archiv eine Akte schlummerte, die seinen Namen trug und Anschuldigungen wegen angeblicher Kriegsverbrechen enthielt. Das kam erst heraus, als er in Österreich für das Amt des Bundespräsidenten kandidierte und ihm vorgeworfen wurde, seine Vergangenheit verschleiert zu haben.

Mit einem Mal wurden die vergessenen und wiederentdeckten Akten im Archiv der Vereinten Nationen zu politischem Dynamit. Israel forderte Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar auf, die Akte Waldheim sowie 1378 weitere zur Prüfung herauszugeben.

Das Generalsekretariat der UNO hat sich immer geweigert, die Aktensammlung als ganzes zur Einsicht zugänglich zu machen. Der Einblick in spezifische Akten wurde jedoch gelegentlich ermöglicht.

Pérez de Cuéllar hat daraufhin die Regierungen der 17 Länder, die einst in der Kriegsverbrecher-Kommission vertreten waren, um Stellungnahmen gebeten. Es sind dies Australien, Belgien, Großbritannien, Kanada, China, die Tschechoslowakei, Frankreich, Griechenland, Indien, Luxemburg, die Niederlande, Neuseeland, Norwegen, Polen, die USA, Jugoslawien und *Dänemark. Im UNO-Hauptquar*tier wird damit gerechnet, daß die 17 Regierungen sich schließlich mit der Herausgabe der Akten einverstanden erklären.

Dem Vernehmen nach tragen die Akten nicht nur die Namen von ehemaligen Angehörigen der Deutschen Wehrmacht, der SS und der diversen Polizei- und Sicherheitsorgane des Dritten Reiches, sondern auch die von Japanern, Italienern, Albaniern, Bulgaren, Ungarn und Rumänen.

Eine Öffnung der Akten kann nicht nur für die Beschuldigten, soweit sie noch am Leben und auffindbar sind, sondern auch für manche Regierungen peinliche Folgen haben. Aber bisher hat niemand völkerrechtlich stichhaltige Gründe vorgebracht, die gegen eine Offenlegung sprechen.



Wie sieht die Welt heute nach Tschernobyl aus? Was wußte und fürchtete man vor dem größten möglichen Unfall, was weiß man heute, nachdem er eingetreten ist? Werden die Folgen verharmlost oder übertrieben? Sind die Befürchtungen und Ängste in der Bevölkerung berechtigt? Man hat den Eindruck, daß die Kluft zwischen Befürwortern der Atomenergie und Gegnern, zwischen Zuversicht und Angst heute größer ist, als es sich bei objektiver Betrachtung zeigt.

Von der neuen Wertigkeit des Menschenlebens

Erste Schlußfolgerungen und Lehren aus dem Reaktor-Unglück von Tschernobyl / Eine Betrachtung von Heinz Maier-Leibnitz

Wenn jemand eine Strahlendosis von 100 rem empfangen hat, sei es als Bestrahlung des ganzen Körpers oder eines empfindlichen Organs wie Lunge, Schilddrüse oder Knochenmark, ist *die Wahrscheinlichkeit, Krebs zu* bekommen, etwa um zehn Prozent höher als die der vergleichbaren, unbestrahlten Bevölkerung. Die Krankheit tritt Jahre später auf, zehn Jahre ist ein Anhaltswert. Es gibt andere Spätschäden, etwa genetische oder teratogene Schäden, aber Krebs ragt *so heraus, daß es vielleicht* berechtigt ist, nur von ihm zu sprechen.

In dem Bereich um 100 rem gilt: je höher die Strahlendosis, desto höher die Krebswahrscheinlichkeit. In der Nähe eines Reaktorunfalls muß man erwarten, daß eine größere Zahl von Menschen später Krebs bekommen wird. *Dies wird statistisch nachweisbar* sein, wenn der Überschuß gegenüber der normalen Bevölkerung *mehr als einige Prozent ist. Ein* Anwohner, der etwa mit 20 rem bestrahlt worden ist, kann fürchten, daß er später *wahrscheinlicher als* andere Krebs bekommt. Aber wenn er ihn bekommt, kann er nicht sicher sein, ob die *Ursache die Strahlung ist oder* nicht. Bedrückend dabei ist, daß man heute noch keine Mittel kennt, das Entstehen von Krebs, ob strahlenbedingt oder nicht, zu verhindern oder zurückzuhalten.

Das sind die Langzeitopfer eines Reaktorunglücks, deren Zahl man im Prinzip berechnen kann, wenn man die Dosis kennt, die die Bevölkerung unter den verschiedenen möglichen Bedingungen in der Umgebung des Reaktors erhalten hat, und die man, wenn sie groß genug ist, auch aus der Erhöhung der Krebshäufigkeit in den kommenden Jahrzehnten messen kann. Für den Fall von Tschernobyl kann man mangels Daten eine solche Aussage heute noch nicht machen. Ich halte es nicht für ausgeschlossen, *daß eine vermehrte* Krebshäufigkeit nachweisbar sein könnte.

Zu den Langzeitwirkungen zählt *auch die Verseuchung eines Gebiets* um den Reaktor durch Radioaktivität. Was durch den Austausch zwischen *Luft* und *Boden und vor allem* durch Regen an Staub und festen Stoffen auf den Boden kommt, wird nicht mit den radioaktiven Luftmassen weiterziehen. Mensch und Tier werden der so festsitzenden Strahlung ausgesetzt sein, und eine Evakuierung ist nötig, wenn sonst die Krebsgefahr zu groß wird. Ein Teil der Radioaktivität wird bald abklingen, so etwa das am Anfang besonders gefährliche Jod. Aber der Rest verringert sich nur sehr langsam. Etwas davon kann, zum Teil schon aus der radioaktiven Luft, im menschlichen Körper aufgenommen werden, sich etwa *in der Lunge, der Schild*drüse, dem Knochenmark konzentrieren und dort die Krebsgefahr erhöhen.

Inzwischen wandert die Radioaktivität in den Boden, wird dort von den Wurzeln der Pflanzen aufgenommen. Am Anfang sitzt die Radioaktivität *nur auf der Oberfläche von Pflanzen*, etwa von Gemüse und Gras. Sie erscheint bald in der Milch des Viehs, *das das Gras frißt. Die Radioaktivität*, die später im Wasser und in den nachwachsenden Pflanzen erscheint, ist viel geringer als die am Anfang auf der Oberfläche, aber sie kann genügen, um die Ernte ganzer Gebiete unbrauchbar und Viehzucht unmöglich zu machen.

Wir haben bisher nicht von der Wirkung kleiner Dosen gesprochen, wie wenn wir das Prinzip verfolgten: Was man nicht beobachten kann, worüber man nichts weiß, das gibt es nicht. Aber eine solche Haltung wird den meisten als unmenschlich erscheinen, denn es handelt sich ja schließlich um mögliche Krankheit oder um Tod. Aber ehe wir uns von dieser Theorie verabschieden, wollen wir doch sagen, warum ihre Ablehnung nicht ganz selbstverständlich ist.

Bis vor etwas mehr als 50 Jahren hat man fast allgemein an eine gesundheitsfördernde Wirkung schwacher Strahlungen geglaubt. So hat die Heidelberger Mineralwasserquelle damit geworben, ihr Wasser enthalte mehr Radium als alle anderen, und *schließlich lebt Bad Gastein noch* heute von der vermutlichen Heilwirkung seiner Radioaktivität. Die Heil*wirkung wurde allerdings nie in ganz* strengem Sinn bewiesen, etwa durch Doppelblindversuche, bei denen weder der Arzt noch der Patient weiß, ob sein Wasser radioaktiv ist oder nicht.

Die Wende kam wohl mit den berühmten Versuchen an der Fliege Drosophila, durch die gezeigt wurde, daß ein einziger „Treffer" von energiereicher Strahlung zu einer Mutation, einer Änderung der Erbanlagen führen kann. Die Zahl der Mutationen ist einfach proportional der Zahl der Treffer. Die These einer linearen Beziehung zwischen Strahlendosis und Wirkung war geboren. Normalerweise *nimmt man an, daß* es eine Schwelle gibt: Ein Gläschen Pflümliwasser ist harmlos, ein Liter, schnell getrunken, ist tödlich. Bei Blausäure etwa, wo 10 mg tödlich sind, würde die Linearitätshypothese bedeuten: Wenn man die 10 mg auf tausend Menschen verteilt, stirbt einer daran. Das klingt absurd und ist es wohl auch.

Von Hiroshima weiß man, daß bei hohen Strahlendosen, so hoch, daß zehn Prozent oder mehr der Betroffenen Krebs bekommen über die Häufigkeit der vergleichbaren Gesamtbevölkerung hinaus, die Beziehung zwischen Stahlendosis und Krebshäufigkeit einigermaßen linear ist. Es gibt im Grenzgebiet zwischen großen und kleinen Dosen viele Vermutungen und unsichere Messungen, aber in Wirklichkeit sind wir in einem Zustand vollkommener Unsicherheit.

Die soeben angestellten Betrachtungen lassen sich am besten illustrieren am Beispiel von Gebieten, wo sicher keine individuell feststellbaren Strahlenschäden mehr auftreten (weniger als etwa 20 rem aufgenommene Dosis), also mehr als 100 oder 200 km vom Unfallort entfernt. Wenn man die Konzeption der Linearität der Strahlenwirkung *mit der Dosis* heute fast allgemein vergleicht, kann man ein konzeptionell sehr *einfaches* Bild von der Strahlenwirkung machen: Die radioaktiven Stoffe, die *als Gas oder an Staub gebunden mit* dem Wind so weit fortgetragen wurden, bedeuten ein gewisses Potential von Strahlendosis in rem, das im Prinzip bekannt ist und mit der Zeit nach bekannten Gesetzen abnimmt.

Diese Radioaktivität verbreitet sich in der Welt, führt zur Kontamination an der Erdoberfläche, von da zu Radioaktivität im Boden, im Grundwasser, in Flüssen, im Meer, zur Aufnahme in Pflanzen, in Tieren, in Lebensmitteln. Durch alle diese Prozes*se geht* keine Radioaktivität *verloren*, und man kann im Prinzip ihren Weg verfolgen. Aber das einzige, worauf es ankommt, ist, wieviel von der gesamten potentiellen Dosis irgendwo in Menschen zur Wirkung kommt. 200 000 rem in der Schilddrüse, verteilt auf viele Personen, ergeben nach der Linearitätshypothese *einen* Todesfall durch Schilddrüsenkrebs, gleich ob diese Dosis von 10 000 oder von 10 Millionen Menschen aufgenommen worden ist; 50 000 rem geben einen Leukämiefall; und 8000 rem führen wahrscheinlich zu irgendeinem Krebsfall, gleich welcher Art. *Es kommt also nicht darauf an*, wieviel Dosis der einzelne bekommt, sondern nur darauf, wieviel von der in der Radioaktivität enthaltenen Gesamtdosis in irgendwelchen Menschen, gleichabsorbiert wird. Dieser Bruchteil läßt sich, wenn auch mühsam und ungenau, berechnen, und damit hätten wir ein vollständiges Bild der Strahlenschäden in größerer Entfernung vom Unfallort.



Prof. Heinz Maier-Leibnitz war von 1974 bis 1979 Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft
FOTO: TEUTOPRESS

Ich wiederhole noch einmal die Aussagen, die nach diesem Bild zwingend *gültig* sind: Niemand, der später Krebs bekommt, darf annehmen, daß sein Krebs von der Strahlung komme, denn die Strahlung ist nur für einen kleinen und nicht individuell bestimmbaren Teil aller Fälle verantwortlich. Und ein Zweites: Die Intensität der Strahlung zu einem be*stimmten Zeitpunkt* ist nicht allein entscheidend; es kommt nur auf die aufgenommene Dosis an. Die natürliche Strahlung aus der Umgebung, und die natürliche Radioaktivität im Körper oder aus der Erde, plus andere Strahlenwirkungen etwa von der medizinischen Diagnostik, ergeben eine vom Menschen in 30 Jahren aufgenommende Strahlendosis von etwa 6 rem.

Wenn durch einen Reaktorunfall die Intensität der *Strahlung, wie sie mit dem* Geigerzähler gemessen wird, eine Woche lang um *einen Faktor hundert* erhöht ist, dann erhöht sich die Dreißig-Jahres-Dosis *um 0,004* rem, *also* unmerklich, und unmerklich ist auch die Erhöhung der Krebshäufigkeit. Wenn allerdings diese Erhöhung der Strahlenintensität 10 Millionen Menschen betrifft, muß man im Geist erwarten, daß von diesen 10 Millionen statt der normalerweise erwarteten 800 000 Menschen jetzt 800 005 Menschen an Krebs sterben werden.

Die *Hypothese von der* linearen Beziehung zwischen Dosis und Krebs wird von den *Atomkraft-Gegnern fast* allgemein angenommen, weil sie für ihre Argumentation günstig ist. Es hat einige Versuche gegeben, aus den Daten eine Abhängigkeit abzulesen, nach der kleine Dosen relativ noch wirksamer sein sollten als große. Dies hat aber einer ernsten Nachprüfung nie standgehalten und wird kaum ernsthaft mehr behauptet. Es ist ein Beispiel einer großen Kategorie von Einwänden: In dem Gebiet kleiner Dosen, wo ernsthafte Messungen prinzipiell nicht mehr möglich sind, läßt sich trefflich, aber letztlich immer fruchtlos, über die Richtigkeit von Messun*gen und Theorien streiten*. Erreicht wird dabei immer eine Beunruhigung der Bevölkerung und ein Zweifel an der offiziellen *Darstellung*.

Eine zweite Methode besteht darin, daß man überall die offiziellen Meßmethoden anzweifelt, Widersprüche zwischen ihnen sucht oder eigene Messungen anführt, die angeblich besser sind, aber immer gefährlichere Werte ergeben als die anderen. Wenn etwa *in München und* in Neuherberg die Bodenaktivität verschieden ist, ist das in den Medien ein Grund, an der *Zuverlässigkeit der offiziellen Mes*sungen zu zweifeln, auch wenn die Aktivität in München im Regenwasser in den *Gully läuft*, in Neuherberg aber am Boden bleibt. Oder einer mißt die Bodenaktivität in zwei Zentimeter Tiefe und findet höhere Werte als die anderen. Das ist für ihn ein Beweis, daß seine Methode „besser" ist. Das sind alles Dinge, die nicht geeignet sind, zu einer Klärung in einer verunsicherten Öffentlichkeit beizutragen. Jeder Streit darüber, ob eine Größe zweimal höher oder zweimal niedriger sei, ist nutzlos. Wenn er einen Sinn hat, kann es nur der sein, die Verwirrung zu schüren und zu vermehren.

Ein anderer Streit mit ähnlichen Folgen betrifft staatliche Regelungen, oder die Maßnahmen, mit denen nach dem Unfall Schaden bei uns abgewendet oder verringert werden soll. Davon *muß hier gesprochen werden*, denn sie haben bei einer so geringen Verseuchung, wie sie bisher bei uns *beobachtet wird, wenig praktische* Bedeutung, liefern aber um so mehr Stoff zur Beunruhigung und zum Zank, *und zur Verstimmung* gegenüber der staatlichen Politik.

Auf solche Weise sind nach langen Diskussionen, auch im internationalen Rahmen, die Strahlenschutzvorschriften zustande gekommen. Für uns wichtig ist, daß die maximale Dosis, die ein Mensch im Jahr bekommen darf, vorgeschrieben ist, relativ hoch für solche, die vom Beruf her mit Strahlungen befaßt sind, und niedriger für die Gesamtbevölkerung. Dies also ist das Ergebnis eines langen Prozesses, der im wesentlichen ein *Prozeß des Abwägens* ist. Es gibt keine mathematisch einwandfreie Methode für ein solches Abwägen, *denn jeder Schaden oder Nutzen* muß bewertet werden, um verglichen werden zu können, und hier gibt es unendliche Möglichkeiten für Meinungsstreit.

In unserem Fall kommt noch etwas ganz Prinzipielles dazu: Wir sagten schon, daß nach der fast allgemein angenommenen oder geduldeten Hypothese die Wahrscheinlichkeit eines Strahlenschadens (Krebs) proportional zur Dosis ist, *daß er also* auch bei ganz kleinen Dosen nicht ausgeschlossen werden kann. Von da aus gesehen ist jede Festsetzung bei einer Grenzdosis nicht eindeutig begründet, *ganz anders* als bei *einem* Gift wie Blausäre, bei dem man weiß, daß eine geringe Menge unschädlich ist. Dies hat besondere Bedeutung, weil es die Atomgegner veranlaßt zu sagen, die einzige ehrliche und richtige Lösung sei, die gesamte Atomenergie zu verbieten.

In einer Zeit wie jetzt nach dem Unfall ist eine solche Forderung besonders populär. Man wird annehmen dürfen, daß im Augenblick eine Abstimmung ggen die Atomkraft erfolgreich wäre und daß selbst die *Wiederaufarbeitungsanlage* in Wakkersdorf keine Mehrheit on Befürwortern fände. Und der Streit um die richtige *Höhe der Grenzdosen* ist dazu noch ein wirksames Mittel, die Diskussion zu verwirren und die Unsicherheit *in der Bevölkerung* zu vergrößern.

Ich würde es für unrecht halten, wenn ich nicht noch etwas über die psychologischen Folgen der Diskussionen nach Tschernobyl sagte. Ich erinnere mich, daß ich nach Harrisburg einem Freund gegenüber, der ein Atomgegner ist, sagte, daß eine Schädigung der Bevölkerung nicht eingetreten sei. Er bestritt das nicht, was die Strahlung betraf, aber er verlangte empört, daß ich die Schäden durch die Aufregung und die Evakuierung auch berücksichtige. In der Tat hatte der Gouverneur damals unter dem Eindruck der Berichterstattung in den Medien und der allgemeinen Erregung Evakuierungsmaßnahmen angeordnet, obwohl statt dessen *das sogenannte Sheltering* angebracht gewesen wäre, die Aufforderung, daheimzubleiben.

Das alles sind Aufregungen, die so weit über das vernünftige Maß hinausgehen, daß es jedermanns Pflicht wäre, hier aufklärend und beruhigend zu wirken. Ich habe den Eindruck, daß das Gegenteil der Fall ist, daß eine große Gruppe alles tut, um die Atomangst zu schüren und so eine Ablehnung der Atomenergie oder andere politische Ziele zu erreichen.

Deutschland unter den Räubern? – WELT-Leserforum

DIE WELT fragte: „Fällt Deutschland unter die Räuber?" Alfred Stümper sensibilisierte mit seiner Artikelserie unsere Leser so stark, daß sich die Redaktion entschloß, Fachleute zu Podiumsdiskussionen einzuladen. In acht Landeshauptstädten standen sie WELT-Lesern Rede und Antwort.

Frankfurt: Das Thema „Wirtschaftskriminalität" war auf die Situation in einem der stärksten wirtschaftlichen Ballungsräume, dem Rhein-Main-Gebiet, abgestimmt. Im Landeskriminalamt Wiesbaden kehrte eine Frage immer wieder: Müßten *Wirtschaftsstraftäter, die sich in zwielichtigen Geschäften Millionenbeträge ergaunern, nach der Verurteilung nicht veranlaßt werden, das Geld wieder herbeizuschaffen? Die Kriminalbeamten zuckten mit den Schultern. Dies sei ein rein zivilrechtliches Problem. Leider müsse man davon ausgehen, daß das Geld für die Geschädigten verloren sei. Klaus Timm, Direktor des Landeskriminalamtes, gab *auf die Frage, wer die Hauptgeschädigten seien,* die verblüffende Antwort: „Leute, die besonders viel Geld haben." Sein Fazit: Es ist erstaunlich, wie sich das Blickfeld verengt, unter der Aussicht, hohe Gewinne zu erzielen.

Stuttgart: Kuno Bux, Chef des LKA, steht mit seiner Sorge um die wachsende Kriminalität im Land nicht allein. Er weiß die Baden-Württemberger solidarisch mit den Problemen der Polizei. Tenor der Veranstaltung, das Schimpfwort „Bulle" müsse wieder dem Begriff vom „Freund und Helfer" Platz machen. Klagen der Polizei bleiben nicht aus: *Die Zeugnisbereitschaft nimmt immer* mehr ab. Die Kriminalitätslage, vor allem im Bereich des politischen Terrorismus, steigt, und eine Zunahme an Brutalität ist unübersehbar. Bux nennt auch Zahlen. Die Straftaten stiegen zwischen 1965 und 1985 von 200 000 auf 500 000. 10 000 Rechtsbrecher werden landesweit gesucht. Bei diesen Zahlen sei die Ablehnung eines maschinenlesbaren *Personalausweises „nicht plausibel".* Kritisches in eigener Sache zum Abschluß: „Die Polizei verkörpert Macht, und sie hat auch schon einmal Macht mißbraucht." Sie müsse sich deshalb einer „kritischen Begleitung" stellen.

Düsseldorf: Organisiertes Verbrechen, Banden, Schutzgelder, Hehlergangs – die Aufgaben des „Zehnten K". Kriminalhauptkommissar Gerd Hue (kein Schimanski-Typ, aber ebenso sympathisch, wie ein Zuhörer bemerkt) verteidigt besondere Dienststellen gegen die organisierte Kriminalität: „Sie darf sich bei uns erst gar nicht einnisten." Skepsis bei den Zuhörern. Wo bleibt der Kronzeugenerlaß? Verhindert der Datenschutz die Aufklärung? Warum sind keine Undercover-Agents eingesetzt? Es war ein Abend, der aufklärte und das Verstehen förderte. Hue und die WELT-Leser nutzten die Chance.

Hamburg: Das Gerücht, die Hansestadt sei die Hochburg der Kriminalität in Deutschland, hatte die engagierten Bürger beunruhigt. Polizeipräsident Dieter Heering konterte *mit seiner Erfolgsbilanz:* Die Verhaftung des mutmaßlichen fünffachen Mörders Peter Nusser, die Zerschlagung der Zuhälterbanden „GmbH" und der „Nutella-Gang" und die Aushebung eines internationalen Kokain-Schmugglerringes. Beruhigt waren die Zuhörer nicht, als sie erfuhren, daß in Frankfurt auf 100 000 Einwohner 20 000 Straftaten, in Hamburg aber „nur" 16 000 registriert werden. Heering greift die Frage aus dem Publikum, warum nur jeder zehnte Einbruch geklärt werde, dankbar auf. „Wir wissen oft, wer der Täter ist. Wie sollen wir aber dem Dieb eines Autoradios die Tat nachweisen, wenn bei den Geräten grundsätzlich die Seriennummer fehlt?"

Berlin: „Wir arbeiten gut mit den Datenschutzbeauftragten zusammen, und wir wollen Mißerfolge nicht auf den Datenschutz schieben, aber es gibt Verunsicherungen." Die Erfahrungen des Anschlags auf die Diskothek „La Belle" haben Landeskriminaldirektor Manfred Kittlaus vorsichtig gemacht. Um einen Überblick über die Zahl der Verletzten zu be*kommen,* hatte die Polizei bei Krankenhäusern angerufen, aber keine Auskunft bekommen. Der Datenschutz behinderte die Polizei in ihren Aufgaben. Kripo-Alltag. Alle 13 Minuten wird ein Auto aufgebrochen, alle 67 Minuten eine Wohnung geknackt, alle neun Stunden eine Villa ausgeraubt und alle acht Stunden ein Sexualdelikt, meist Vergewaltigung, registriert. „60 Prozent der ermittelten Wohnungseinbrecher sind Heroin-Abhängige, die schnell zu Bargeld kommen müssen", *berichtet Kittlaus.* Für die zunehmende Wirtschaftskriminalität müßten Bilanzbuchhalter, Informatiker und Sachverständige eingestellt werden. „Aber die sind angesichts der Besoldungsregelungen im öffentlichen Dienst nur schwer zu finden." Kripo-Alltag.

Kiel: Andere Länder, andere Probleme. Schleswig-Holstein wird beim Rauschgifthandel immer mehr zur Brücke zwischen Mitteleuropa und Skandinavien. Besorgniserregende Zuwachsraten werden auch beim Diebstahl von Antiquitäten, Teppichen, Schmuck und Pelzen registriert. *Kriminaldirektor Winfred* Tabarelli: „Es gibt keinen Zweifel. Der Diebstahl hat sich bei uns qualitativ verändert." Der Diebstahl auf Bestellung wird die Regel. Der Absatz der Wertsachen ist problemlos. Ganze Wagenladungen hochwertiger Lebensmittel tauchen oft am selben Tage als Sonderangebot in Geschäften wieder auf. Ohne den Einsatz verdeckter Ermittler „geht nichts mehr". Die rechtliche Basis dafür schuf erst jüngst der Innenminister. Schleswig-Holstein setzt seine *Hoffnung* auf eine „Europol"-Dienststelle. Interpol ist das erfolgreiche Vorbild.

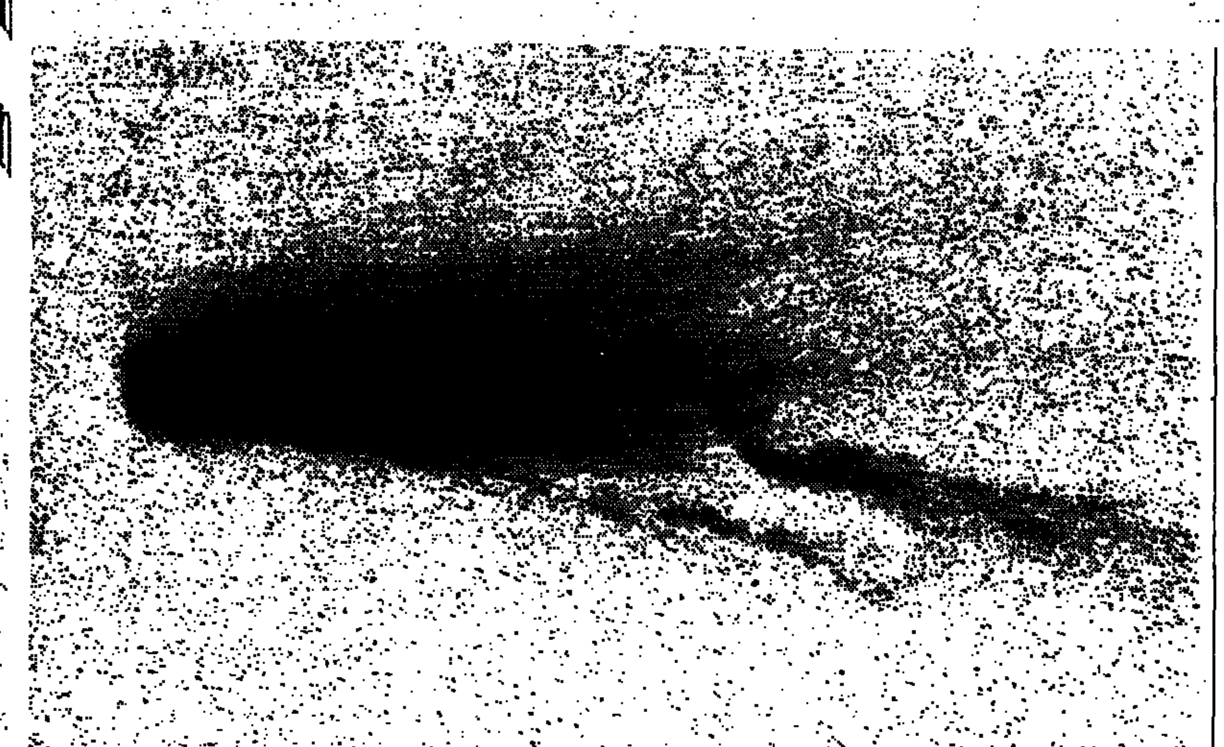
München: Manfred Schreiber, 20 Jahre lang Polizeipräsident der Isar-*Metropole, heute Ministerialdirektor* im Bundesinnenministerium und Professor für Kriminalistik, weiß auch bei einem ernsten Thema wie „Gefährdung der inneren Sicherheit" die Lacher auf seiner Seite: „Liberal san ma scho, aber blöd san ma ned." Schreckenszahlen bayerisch garniert. 1983 blieben soviele Straftaten ungeklärt, wie zehn Jahre zuvor begangen wurden. Wenn er sagt, bestimmten Formen der Gewalt müsse endlich Einhalt geboten werden, dann denkt Schreiber zuallererst an die politische Kriminalität und zählt auf: 1985 verliefen von 5961 Demonstrationen 207 unfriedlich und dabei wurden 237 Polizeibeamte verletzt. Die Brand- und Sprengstoffanschläge vor allem auf Baufirmen, die Aufträge für umstrittene Objekte haben, schnellten um 32 Prozent hoch. Seit Beginn vergange*nen Jahres starben bei Terroranschlä*gen neun Menschen. Die meisten dieser Anschläge werden vom Bürger kaum noch registriert. Für Schreiber ein alarmierendes Zeichen. Das Publikum spendet Beifall.

Hannover: Die Mitverantwortung der gesetzestreuen Bürgermehrheit ist für eine wirksame Vorbeugung bei Straftaten unerläßlich. Auf diesen *Nenner brachten der leitende Kriminaldirektor* Jürgen Willner und Kriminaldirektor Hans-Wilhelm Duvenhorst die Problematik ihrer Arbeit. Einerseits verlange die Bevölkerung bestmöglichen Schutz vor Kriminellen, andererseits nehme die Reserviertheit der Bürger gegenüber der Polizei zu. Kein guter Boden für eine erfolgreiche Polizeiarbeit. Die Experten wünschten sich eine Erziehung *zur Verantwortung schon im* Elternhaus und der Schule. Auch Kinder könnten frühzeitig mit den Begriffen Recht und Gesetz vertraut gemacht werden.

Geld ist wie Heu. Man muß nur das Gras wachsen hören.







Dieses Bild, aufgenommen mit einem Teleskop auf dem Berg La Silla (Chile), zeigt den Halleyschen Kometen am 10. März 1986: Eine Richtungsänderung des Sonnenwindes löste Turbulenzen im Schweif aus. FOTO: ESO

Rendezvous mit einem Fremdling

Die Ergebnisse der Raumfahrtmissionen zum Kometen Halley wurden jetzt vorgestellt

Von LUDWIG KÜRTEN

Einer der *letzten* weißen Flecke auf der Karte unseres Sonnensystems hat seine Geheimnisse verloren: Nur zwei Monate nach den Raumfahrtmissionen zur Erforschung des Kometen Halley sind jetzt die wissenschaftlichen Ergebnisse auf einer Pressekonferenz der Europäischen Weltraumorganisation Esa vorgestellt und in der Zeitschrift „Nature" veröffentlicht worden.

In den ersten Märztagen hatte Halley kurz hintereinander von fünf *Raumsonden Besuch erhalten. Die* beiden japanischen Flugkörper „Suisei" und „Sakigake" flogen in einem Abstand von sechs Millionen bzw 151 000 Kilometern an dem Kometen vorbei. Ihnen folgten die beiden Sonden „Vega 1" und „Vega 2", die in der Sowjetunion gebaut waren und von einem internationalen Wissenschaftler-Team betreut wurden. Sie kamen dem Kometen schon bis auf 9000 bzw. 8000 Kilometer nahe. Am 14. März näherte sich schließlich die Raumsonde „Giotto" dem Kern von Halley bis auf 605 Kilometer. Nie zuvor war es möglich, Bilder des Kerns und *Meßproben aus dem Schweif* eines Kometen zu erhalten.

Der Beitrag der Europäer

„Giotto" wurde von westeuropäischen Firmen gebaut, für Start und Flug war die Esa verantwortlich. Die zehn wissenschaftlichen Experimen*te an Bord haben eine Fülle von Da*ten und Ergebnissen erbracht, die erstmals die Gelegenheit bieten, Theorien über Struktur und Herkunft der Kometen zu überprüfen. Viele Voraussagen haben sich dabei in erstaunlicher Weise bewahrheitet, es traten aber auch überraschende Eigenschaften zutage.

Die Teleskop-Kamera an Bord von „Giotto" machte über 2000 Aufnahmen von dem Kometen. Dabei wurde schon eine halbe Stunde vor der größ*ten Annäherung der Kern in der ihn* umhüllenden Wolke aus Gas und Staub sichtbar. Die Bilder, die während der folgenden Minuten aufgezeichnet wurden zeigen erstmals in der Geschichte der Astronomie Form und Struktur eines Kometenkernes. Halley ist mit einer Länge von 15 Kilometer und einer Breite von sieben bis zehn Kilometer wesentlich größer, als man vorher erwartet hatte. Seine Form ähnelt einer Erdnuß. *Die* Oberfläche ist sehr unregelmäßig, die Aufnahmen zeigen Krater und Berge. Von einigen Stellen der Oberfläche gehen Ströme („Jets") aus Staub und Gas ab, insgesamt sind aber nur zehn Prozent der Fläche in dieser Weise aktiv.

Die Jets sind wegen der Sonnenbestrahlung besonders hell und auffällig. An ihren Entstehungspunkten kann man deutlich Vertiefungen auf dem Kometen erkennen. Die Oberfläche des Kerns besteht aus einem sehr dunklen Material: Er gehört zu den schwärzesten Objekten, die je in unserem Sonnensystem beobachtet wurden. *Dies beruht vermutlich auf* der Porosität und Rauhheit der Hülle, die alles auftreffende Licht „verschluckt".

Das Material der Jets bildet den Schweif des Kometen. Er entsteht, wenn der Komet bei seiner Wanderung durch das Sonnensystem immer näher an die Sonne herankommt. Dabei wird er langsam erwärmt, so daß an seiner sonnenbeschienenen Oberfläche Moleküle zu verdampfen beginnen. Diese geraten in den Einflußbereich *des Sonnenwindes, eines* Stroms geladener Teilchen (Ionen), die in der Sonne durch Energieprozesse gebildet und in den Weltraum abgestrahlt werden.

Bei den Partikeln und Molekülen, die sich von dem Kometen lösen, handelt es sich um Staub und um ungeladene Gasteilchen. Die Messungen von „Giotto" zeigen, daß das Gas zu 80 Prozent aus Wassermolekülen besteht. Den Rest bilden Ammoniak (10 %), Methan (7 %) und Kohlendioxid (3 %). Der Sonnenwind, dessen Teilchen eine Geschwindigkeit von etwa 350 Kilometern pro Sekunde besitzen, ionisiert die Kometenmoleküle, d.h. er „zertrümmert" sie in elektrisch geladene Bruchstücke. Diese Ionen werden vom Sonnenwind mitgerissen und beschleunigt. Der Sonnenwind wird dabei gleichzeitig abgelenkt und verlangsamt, durch Massenzusammenballungen vergrößern sich seine Teilchen. Allerdings kann mit diesem Prozeß allein nicht erklärt *werden, wie die hohen Energiewerte* der Kometen-Ionen, wie „Giotto" sie gemessen hat, zustande kommen.

Die gegenseitige Beeinflußung von *Sonnen- und Kometenteilchen* wurde schon in großem Abstand vom Kern festgestellt. In einer Entfernung von 7,5 Millionen Kilometern registrierte „Giotto" die ersten Wasserstoffionen des Kometen. Bei etwa 1,1 Millionen Kilometern tauchte die Sonde in die sog. „Bugstoßwelle" ein. Innerhalb dieser Zone ändern sich durch die Wechselwirkungen der Teilchen die Energie und Geschwindigkeit der Ionen sowie *die Stärke des Magnetfeldes.* Nur etwa 4000 Kilometer vor dem Punkt der größten Annäherung erreichte „Giotto" die sog. Kontakt*oberfläche.* An dieser Stelle fiel die Stärke des Magnetfeldes bis auf Null ab, die Energie der Kometen-Ionen sank; sie wurden „kühler": In diese Zone dringt der Sonnenwind nicht ein, so daß hier die Wechselwirkungen fehlen.

Die Meßgeräte an Bord von „Giotto" registrierten vor allem Ionen der Wasserstoffgruppe (H_3O^+, H_2O^+, OH^+). Sie wurden bei der Annäherung an den Kern immer häufiger. Darüber hinaus fand man Sauerstoff- und *Schwefel-Ionen sowie verschiedene* Kohlenstoff-Ionen. Auffallend ist ein hoher Anteil an C^+-Ionen. Sie stammen möglicherweise aus den Staubteilchen, die sich von dem Kometen abgelöst haben.

Staubiger Kometenschweif

Die ersten Staubpartikel registrierte „Giotto" in einer Entfernung von 290 000 Kilometern. Insgesamt wurden etwa 13 000 Teilchen gemessen, ihre Masse reichte von 10^{-17} bis 4×10^{-2} Gramm. Kleine Partikel ($< 10^{-14}$) sind dabei häufiger, als man vorher angenommen hatte, sie stellen allerdings nur einen geringen Anteil an der insgesamt registrierten Staubmasse. Kurz vor der größten Annäherung an den Kern überwiegen Partikel mit großer Masse, während in den ersten *Minuten nach der Begegnung viele* kleine Teilchen gefunden wurden.

Die Analysen zeigen, daß die Staubteilchen überwiegend aus leichten *Elementen (Wasserstoff, Kohlenstoff,* Stickstoff und Sauerstoff) bestehen. Dies deutet darauf hin, daß jene Theorien richtig sind, die organisches Material in den Kometenkernen vermuten. In den größeren Partikeln wurde außerdem Natrium, Magnesium, Silizium, Kalium, Calcium und Eisen registriert.

Die Wissenschaftler haben errechnet, daß der Komet zum Zeitpunkt der Begegnung etwa 3,1 Tonnen Staub pro Sekunde verlor, hinzu kommt ein Gasverlust von etwa *15* Tonnen. Halley wird also bei jedem Besuch im Sonnensystem um etwa 150 Millionen Tonnen leichter, dabei werden jeweils 4,8 Meter von seiner Oberfläche abgetragen. Aus seiner Gesamtmasse kann man errechnen, daß er dennoch 3300 weitere Umrundungen der Sonne überstehen kann.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Das Moment des Tragischen

„Adenauer, Stalins Note und die deutsche Bewußtseinsspaltung": WELT vom 7. April und „Mit jedem Schritt Adenauers wurde der Spielraum enger"; WELT vom 6. Mai

Läßt sich jenseits von Polemik, Apologie und Verteidigung der Haltung Adenauers im Frühjahr 1952 eine Antwort auf die drei entscheidenden Fragen finden, die Steininger in seinem Beitrag formuliert hat? Der Versuch sei gewagt.

Unbeschadet der Differenz, ob man Stalins Angebot für tatsächlich ernst gemeint ansieht, besteht Einigkeit darin, daß das Angebot damals von den Regierungen der drei Westmächte und von Adenauer als ein ernsthafter, aber den eigenen Interessen zuwiderlaufender Vorstoß betrachtet wurde.

Für die Regierungen der Westmächte war in Verbindung mit der „Containment"-Strategie (westdeutscher militärischer Beitrag zur Verteidigung Westeuropas) die feste, unwiderrufliche Einbindung der Bundesrepublik in den Westblock, die in Zukunft jeden Eigenweg der Deutschen zwischen Ost und West ausschließen sollte, das beherrschende Ziel, das mit dem Integrationskonzept des EVG- und Deutschland-Vertrages optimal erreicht war oder erreicht schien. (Nur in der britischen Regierung gab es zunächst unterdrückte Zweifel, die ein Jahr später, Mai 1953, *in Churchills Initiative zugunsten* einer „Neutralisierung" Gesamtdeutschlands zum Ausdruck kamen.)

Adenauer stimmte mit der Zielsetzung der Westmächte voll überein und hat sich von dieser „Linie" in den entscheidenden Wochen im Frühjahr 1952 durch kein Argument innenpolitischer Gegner oder Freunde abbringen lassen. Aber: aus welchen Motiven geschah dies?

Meine Antwort: Es ging Adenauer in zweifacher Hinsicht um Sicherheit. *Offen zutage lag das Bestreben, die* Bundesrepublik durch die Integration im Westen vor sowjetischer Aggression zu schützen. Hintergründig war seine Vorstellung, die Bundesrepublik und Westeuropa gleichsam vor den Deutschen selbst, ihrem politischen Hin- und Herschwanken, sichern zu müssen. Nur wenn die Bundesrepublik fest und unwiderruflich in den Westblock eingebunden war, blieb sichergestellt, daß die Deutschen nicht doch wieder an die traditionelle Leitvorstellung eines Eigenweges zwischen West und Ost – in der einen oder anderen Weise – anknüpfen würden, die in Adenauers Sicht zu den Kriegskatastrophen geführt hatte.

Jede „Neutralisierung" Gesamtdeutschlands, ja, selbst jede noch so vage Möglichkeit einer künftigen *Handlungsfreiheit für die Deutschen* in einer gesamtdeutschen Lösung mußte daher konsequent abgelehnt werden, auch wenn sie unter dem Gesichtspunkt einer aktuellen Verbesserung der Lage der Deutschen in der DDR vorteilhaft war oder vorteilhaft schien. Allein die in Artikel 7 des Deutschland-Vertrages niedergelegte gemeinsame *Zielsetzung* der Westmächte und der Bundesrepublik bot im Zuge eines „Roll back", einer durch eine gemeinsame Pressionspo*litik gegenüber der Sowjetunion zu* erreichenden „Befreiung" Mittel- und Ostmitteleuropas, eine in Adenauers Sicht sinnvolle und anzustrebende gesamtdeutsche Lösung („Wiedervereinigung") im europäischen Rahmen.

Voraussetzung für ein Gelingen war, daß die Einschätzung der Entwicklung im Stärkeverhältnis zwischen West und Ost (der Westen wird permanent stärker, die Sowjetunion relativ schwächer) und die Einschätzung des Willens der Westmächte, vor *allem der USA, am gemeinsamen Ziel* gemäß Artikel 7 des Deutschland-Vertrages unbeirrt festzuhalten und sich nicht mit der Sowjetunion zu arrangieren, bevor dieses Ziel erreicht war, zutrafen. Beides erwies



Andreas Hillgruber

sich im Laufe weniger Jahre als falsch. Die Sowjetunion holte stärkemäßig schnell auf, und die USA hielten nicht in der von Adenauer erwarteten Konsequenz die gemeinsam vereinbarte Linie durch.

Im Tagebuch seines Vertrauten Heinrich Krone läßt sich das seit 1956 in Etappen wachsende Mißtrauen Adenauers gegenüber den USA verfolgen. Es erreichte im August 1961 („Mauerbau" in Berlin) mit der Reaktion der USA hierauf seinen Hö*hepunkt. Krone notierte am 30./31.* Dezember 1961: „Daß die Westmächte uns in Verträgen versprochen haben, daß sie nicht rasten würden, bis Deutschland wieder ein Volk und ein Land ist, das alles hat im Augenblick keine aktive Bedeutung. Wir wissen jetzt alle, wo heute die Grenze verläuft, bis zu der sich die Amerikaner engagieren."

Die Last der 1952 gemeinsam zwischen den USA und der Bundesrepublik festgelegten Deutschlandpolitik, die spätestens 1961 endgültig gescheitert war, haben die Deutschen der DDR zu tragen, wie Steininger zutreffend schreibt. Und weil damals, 1952, Adenauer sich den von innenpolitischen Gegnern und Freunden gemachten Vorschlägen widersetzte, das Angebot Stalins wenigstens „auszuloten" oder „ausloten" zu lassen, trägt er die Verantwortung oder Mitverantwortung für die mit viel hoffnungsvoller Erwartung verbundene, gemeinsam mit den Westmächten beschlossene *Deutschlandpolitik,* die schließlich in der Sackgasse endete.

Jenseits der Polemik, von Anklage oder Verteidigung ist es jedoch die *vornehmste Aufgabe des Historikers* zu ermitteln, unter welchen Rahmenbedingungen außen- und innenpolitischer Art, unter welchen sozialpsychologischen Voraussetzungen und aus welchen Motiven der Handelnden so grundlegende Entscheidungen wie die im Frühjahr 1952 getroffen wurden. Fehleinschätzungen, Irrtümer, Vorurteile (klischeehafte Vorstellungen etwa von der Sowjetunion oder den Zielen der Politik der Verbündeten, vielleicht auch über „die Deutschen" in der Politik), nicht zuletzt aber sich erst im Verlauf der nachfolgenden Jahre herausstellende neue Entwicklungen etwa im Bereich der Rüstung und der Nuklearwaffentechnik, die das *1952* Angestrebte *schließlich* als unerreichbar erscheinen ließen, sollten den Historiker davor bewahren, sich den noch von den dama*ligen politischen Auseinandersetzungen* geprägten „Schuld"- oder „Freispüchen" der Zeitzeugen anzuschließen. Das Moment des Tragischen jenseits von „richtig" oder „falsch" ist in diesem Falle gar nicht zu übersehen. Gerade darum bewegt es uns Deutsche auch nach fast 35 Jahren noch so stark.

Professor Dr. Andreas Hillgruber, Köln

*

Zum Einwand, die Sowjetunion habe mit ihrem Angebot nur den Beitritt der Bundesrepublik zum westlichen Bündnis verhindern wollen: Natürlich wollte sie das! Für sie bedeutete der Beitritt eine Änderung des west-östlichen Kräfteverhältnisses zu ihrem Nachteil, auch befürchtete sie, die Bundesrepublik könne das Bündnis ihren „revanchistischen" Absichten dienstbar machen. Das Nichtzustandekommen des Beitritts war somit der durchaus verständliche Beweggrund für das Angebot, der Preis, *den die Sowjetunion forderte, um da*für die Wiedervereinigung und damit die Freigabe ihrer Besatzungszone und gegebenenfalls einiger oder selbst aller deutschen Ostgebiete (ihr „Trumpf-As", Walter Lippmann am 21. 3. 1958 in der „New York Herald Tribune") zuzugestehen. Dabei konnte ihr ein Scheinmanöver nicht dienen: Es hätte den Beitritt nur verzögern, jedoch nicht verhindern können – die Westmächte sahen das Angebot zu Recht als ernstgemeint an.

Wie Professor Steininger zutreffend feststellt, war der entscheidende Grund für die Integrationspolitik des Westens das Bestreben, ein künftiges Übereinkommen zwischen Deutschland und der Sowjetunion zu verhindern und deshalb Westdeutschland so fest mit dem Westen zu verklammern, daß es nicht mehr ausscheren konnte. Wer meint, wir hätten uns mit einem Votum für Viermächteverhandlungen wahrscheinlich zwischen zwei Stühle gesetzt, da ihre Erfolgs*chancen nur gering, die Westmächte* später aber nicht mehr bereit gewesen wären, mit uns abzuschließen, verkennt daher die tatsächliche Ausrichtung des westlichen Interesses: An der Einbindung einer Bundesrepublik, die gezeigt hätte, daß sie der Einheit Deutschlands doch den Vorzug gab vor „Europa", wäre den Westmächten erst recht gelegen gewesen!

Eine andere Frage ist, ob die Bundesrepublik als Treuhänderin für Gesamtdeutschland jenen Beitritt überhaupt vollziehen durfte. *Denn daß die* Integrationspolitik des Westens – wenn wir dazu unsere Hand boten – letztlich auf die Verewigung der Tei*lung hinauslief,* war allen Beteiligten klar – sie sagten es nur nicht.

Der neu entfachte Streit um die Stalin-Note mahnt zu kritischer Beobachtung der Gegenwart. Wer heute erklärt, die deutsche Wiedervereinigung zu wünschen, aber fortfährt, für eine Eingliederung der Bundesrepublik in eine westeuropäische politische Union als irreversibles Ziel der Bundesregierung einzutreten, wird niemandem einen Vorwurf machen können, der an die Aufrichtigkeit jenes Bekenntnisses zur deutschen Einheit nicht zu glauben vermag.

Horst Groepper, Botschafter a. D., Bonn 2

*

Horst Groepper war 1939–1941 und 1956–1960 als Diplomat in Moskau tätig und leitete 1962–1966 als Botschafter die Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in der Sowjetunion. Die Red.

„Bundesrekord"

„Subtil und elegant will Stuttgart die Pomologen und Chaoten abblocken": WELT vom 23. April

Sehr geehrte Redaktion,

Sie schreiben: „Die Gefahr, wirklich gewählt zu werden, ist für den redegewandten Behördenschreck allerdings gering. Sein Stimmenergebnis liegt in der Regel weiter unter der Fünf-Prozent-Marke."

Dies ist falsch. Der Durchschnitt in über zehn der bedeutendsten Städte des Landes liegt bei über 25 Prozent.

Weiter heißt es: „In Schwäbisch Hall kam er bei einer Oberbürgermeisterwahl auf über vierzig Prozent. Aber das ist gut 15 Jahre her."

Auch dies ist falsch. Das war 1974 und ist somit erst gut zehn Jahre her.

Bei der letzten Bundestagswahl 1983 hat Palmer im Wahlkreis Göppingen 19,8 Prozent bekommen, was Bundesrekord eines Parteilosen ist.

Mit freundlichen Grüßen
H. Palmer, Geradstetten im Remstal

Bewunderung

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Resident in Tokio seit 1937 möchte ich meine Bewunderung über Botschafter i. R. Günther Diehls Artikel zum 85. Geburtstag Kaiser Hirohitos ausdrücken.

Für Ihre Ausgabe im April 1991 könnte seine Einsicht kaum in präziser Analyse der bisher abgelaufenen Tatsachen übertroffen werden. Herr Diehl vergaß vielleicht aus Höflichkeitsgründen zu erwähnen, daß der US „Shogun" MacArthur kurz nach dem Waffenstillstand den Kaiser zu sich befahl, um ihn aufzufordern, seine in der alten Meiji-Konstitution festgelegte „Göttlichkeit" zu widerrufen.

Mit besten Grüßen
Rudolf Voll, Tokio

Ein Vorbild

„Kornblum: Spaltung Deutschlands ist eine offene Wunde in Europa": WELT vom 28. April

Sehr geehrter Herr Karutz,

Ihren ausführlichen und sehr informativen Artikel über die Ausführungen des amerikanischen Gesandten Kornblum zur Deutschlandfrage habe ich mit großem Interesse gelesen. Ich bin froh, daß es so etwas heute noch gibt. Von deutschen Politikern hört man darüber leider nur noch wenig bis gar nichts. Es ist zu hoffen, daß wenigstens einige von ihnen sich den Amerikaner zum Vorbild nehmen und zu unserem brennendsten Problem öffentlich wieder mehr Stellung beziehen als bisher. Andernfalls *entschwinden die Mauer, die Zonen*grenze und kommunistische Unterdrückung im unfreien Teil Deutschlands schließlich ganz aus dem Bewußtsein der Bundesbürger, was von östlicher Seite angestrebt und gefördert wird.

Mit Hochachtung und Dankbarkeit, auch für Ihre regelmäßigen Berichte über das Leben in der „DDR".

Hans-Jürgen Caspar, Henstedt-Ulzburg

Wort des Tages

„In Sachen des Gewissens ist die Mehrheit *nicht zuständig.*"

Mahatma Gandhi, indischer Politiker (1869–1948)

NOTIZEN AUS LABORS UND INSTITUTEN

Sehfehler korrigieren

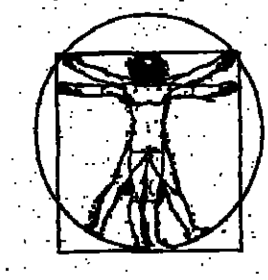
Marburg (wm) – Verblüffende Abhängigkeiten zwischen Arbeitserfolg und Sehleistungen *sind das* Ergebnis einer wissenschaftlichen Untersuchung von ca. 10 000 Augentests an der Technischen Hochschule München. Dies teilte jetzt Prof. Heinz Schmidtke, Leiter des Instituts für Ergonomie mit. Schwankungen bei den Arbeitserfolgen industrieller Kontrolltätigkeiten seien zu über fünfzig Prozent auf Unterschiede der Nahsehschärfe der Mitarbeiter zurückzuführen. Aber auch die Korrektur bestehender Sehfehler werde am Arbeitsplatz allzu sehr vernachlässigt, weil die Brillenträger den regelmäßigen Gang zum Augenarzt versäumt hatten oder alte und abgelegte Brillen aus dem Familienfundus benutzten.

Informations-System

Dortmund (idr) – „Wer produziert was?" Auf diese Frage können künftig etwa 50 der insgesamt 69 deutschen Industrie- und Handelskammern mit Hilfe des elektronischen Informationssystems „IHK-ISY" prompt Auskunft geben. Der Zentralrechner, das Herz der Datenbank für den Nord- und Westdeutschen Raum, steht in Dortmund, wo auch die Pilotphase beginnen soll.

Novelle enttäuschend?

Bonn (DW.) – „Die Bundesregierung hat es mit ihrem Gesetz ,über *die Vermeidung und Entsorgung* von Abfällen' nicht geschafft, die anwachsende Müllawine mit ihrem großen Landschaftsverbrauch, ihrer Energieverschwendung und ihrer Belastung von Böden und Ge-



wässern aufzuhalten." Der Geschäftsführer des Deutschen Bundes *für* Vogelschutz und des Deutschen Naturschutzverbandes (DBV) äußerte sich enttäuscht zu der in dieser Woche vom Innenausschuß mit Mehrheit der Regierungsparteien beschlossenen Novelle zum Abfallbeseitigungsgesetz.

Jet-Bodenbeleuchtung

Frankfurt (VZ.) – Die Passagierkabinen aller Boeing Jets werden entsprechend einer neuen Regelung der Federal Aviation Administration (FAA) ab November mit einer in den Fußboden integrierten Notbeleuchtung ausgestattet. Dies teilte die Boeing Commercial Airplane Company jetzt mit. Dies soll den Fluggästen bei eventueller Rauchentwicklung helfen, den nächstgelegenen Notausgang leichter zu finden. Anstoß zu dieser neuen Verordnung gab eine Sicherheitsstudie der FAA, derzufolge am Boden angebrachte Notbeleuchtungen in einer von Rauch erfüllten Kabine leichter erkennbar sind.

Gen-Forschergruppe

Bonn (DW.) – Mit finanzieller Hilfe der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) wird an der Uni Göttingen eine Arbeitsgruppe von 13 wissenschaftlichen Mitarbeitern gebildet, die sich mit Problemen des genetisch kranken Menschen beschäftigt. Die Fragestellungen sind für die Grundlagenforschung wie für die klinische Forschung *gleichermaßen* bedeutsam. So sollen Untersuchungen zu den bisher weitgehend unverstandenen genetischen Grundlagen der Differenzie*rung von Keimzellen und frühen* Embryonalstadien beim Säuger durchgeführt werden.

Personen

MUSIK

Adam Fischer wird von der Spielzeit 1987/88 an als Nachfolger von **Woldemar Nelsson** neuer Generalmusikdirektor am Kasseler Staatstheater. Der 37jährige Fischer, in Ungarn geboren, studierte in Budapest Musik und erhielt seine Dirigentenausbildung bei **Hans Swarowsky** in Wien. Seit 1978 war er ständiger Gastdirigent der Staatsopern in München und Wien und von 1981 bis 1983 Generalmusikdirektor in Freiburg im Breisgau. Sein Vorgänger *Woldemar Nelsson, der aus der So*wjetunion kam und 1980 seine Tätigkeit als Generalmusikdirektor in Kassel aufgenommen hatte, will künftig frei arbeiten.

BERUFUNG

Der Volkswirtschaft-Professor ***Rüdiger Pohl*** *(41) von der Fernuni*versität Hagen ist von der Bundesregierung in den Rat der Fünf Weisen berufen worden. Die Spezialgebiete des Wissenschaftlers, der seit 1977 in Hagen Volkswirtschaft lehrt, sind Geld- und Währungsfragen.

WAHL

Der Generaldirektor des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt), der Schweizer **Arthur Dunkel**, ist vom Rat der 91 Staaten umfassenden internationalen Organisation für weitere drei Jahre in seinem Amt bestätigt worden. Dunkel steht seit *1980* an der Spitze des Gatt-Sekretariats, das seinen Sitz in Genf hat.

*

Philipp Jenninger, Präsident des Deutschen Bundestags, ist zum Vorsitzenden des Bonner Wilhelm-Böhler-Klubs gewählt worden. Jenningers Vorgänger als Vorsitzender des Böhler-Klubs war der im letzten Jahr verstorbene *CDU-Politiker* und engagierte Katholik **Alois Mertes**. Der Klub war 1952 vom damaligen Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe, Prälat **Wilhelm Böhler**, gegründet worden.

ERNENNUNG

Ein neuer Generalkonsul vertritt in München die Interessen von Argentinien. Das Exequatur erhielt **D. José Maria Cantilo**. Sein Konsular*bezirk umfaßt das Land Bayern.*

UNIVERSITÄT

Berlins Ruf als Stadt der Forschung festigt sich weiter: Die „Internationale Sandoz-Stiftung" gab jetzt an Professor **Klaus Koppenhagen** vom Westberliner Universitätsklinikum Westend der Freien Universität das Langzeitprojekt „Thrombo-Embolie-Forschung". Für mindestens drei Jahre fördert die Stiftung jetzt die Erforschung neuer Diagnoseverfahren zur Früherkennung von Bein- und Beckenvenenthrombosen.

EHRUNGEN

Das Große Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland hat Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** den bayerischen Staatssekretären ***Max Fischer*** (Umwelt), **Simon Nüssel** und **Wilhelm Vorndran** (beide Justiz) verliehen. Die hohe Auszeichnung überreichte der bayerische Ministerpräsident **Franz Josef Strauß**.

*

Der Tübinger evangelische Theologe Professor **Eberhard Jüngel** ist erster Träger des Karl-Barth-Preises. Die mit 20 000 Mark dotierte Auszeichnung wurde zum 100. Geburtstag des Schweizer Theologen Barth in diesem Jahr von der Evangeli*schen Kirche der Union (EKU)* gestiftet. Der EKU gehören Landeskirchen aus Mitteldeutschland und Westdeutschland an. Jüngel erhielt den Preis in Anerkennung seiner Forschungen zum Werke Karl Barths.

*

Der deutsche Komponist Aribert **Reimann** ist für sein Gesamtwerk mit dem Musikpreis der Stiftung Prince Pierre von Monaco ausge*zeichnet worden. Der Preis ist mit* rund 12 000 Mark dotiert.

*

Der slowakische Bischof **Jan Korec** ist am Pfingstsonntag von der „Notre Dame"-Universität in Indiana/USA mit der Ehrendoktorwürde der juristischen Fakultät ausgezeichnet worden. In seinem Schreiben an Bischof Korec betont der Präsident der katholischen Universität, daß mit dieser Auszeichnung ein „wahrer Vertreter christlichen Mutes in Menschenrechtsfragen" geehrt werden soll. Der heute 62jährige Bischof wurde geheim zum Priester und *1951* zum *Bischof* geweiht. Er konnte seine Pflichten als Oberhirte offiziell niemals ausüben. 1960 wurde er in einem Geheimprozeß zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilt, kam aber 1968 im „Prager Frühling" wieder frei, allerdings gestatteten ihm auch die damaligen Machthaber nur die seelsorgliche Betreuung von *Ordensschwestern,* die in einem Krankenhaus arbeiteten. 1974 wurde



Jan Korec

ihm auch dies im Zuge der „Normalisierung" verboten. Heute lebt der Bischof als Pensionär in Preßburg; im gleichen Hause hat man Geheimdienstbeamte zu seiner Überwachung untergebracht.

GESTORBEN

Der Internist und langjährige Chefarzt des Kreiskrankenhauses in Lich bei Gießen, Professor Dr. **Siegfried Bettge**, ist im Alter von 73 Jahren gestorben. Professor Bettge, der von *1953* bis *1968* im Klinikum der Universität Gießen gewirkt und sich dabei einen Namen als ein hervorragender Facharzt erworben hat, wurde durch zahlreiche wissenschaftliche Publikationen über seinen Fachbereich hinaus bekannt.

Kohl stellt sich vor Vertriebene

Kanzler nennt Revanchismus-Vorwurf Moskaus „grotesk" / Czaja greift Genscher an

DW. München

Bundeskanzler Helmut Kohl und der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß haben auf dem 37. Sudetendeutschen Tag das Recht der Vertriebenen auf Selbstbestimmung und Heimat verteidigt und den Vorwurf des Revanchismus als „grotesk" zurückgewiesen. Vor etwa 75 000 Menschen sagte Kohl am Sonntag in München, Vertreibung bleibe Unrecht, auch wenn schreckliche Verbrechen im deutschen Namen vorangegangen seien. Der Kanzler kündigte an, sich für ein Jugendwerk der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakei einzusetzen.

Die Bundesregierung sei sich bewußt, daß die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität eine grundlegende Bedingung für den Frieden sei, sagte Kohl. Dennoch könne ein eklatanter Rechtsbruch wie die Vertreibung keinen Frieden schaffen.

Strauß richtete scharfe Angriffe gegen die, die Repräsentanten der Vertriebenen als „Nationalisten und Revanchisten" bezeichneten und ihre Zusammenkünfte als „Treffen von Ewig-Gestrigen" betrachteten. „Sie sind hier nicht Emmissäre revolutionärer Unruhe oder nationalistischer Umtriebe, sondern Sendboten des Friedens und der Versöhnung", rief Strauß den Hörern zu. Das sowjetische System werde sich ändern müssen, da es gegenwärtig nicht in der Lage sei, mit dem technischen Fortschritt im Westen Schritt zu halten.

In Essen richtete der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Herbert Czaja, auf dem 20. Bundestreffen der Oberschlesier scharfe Angriffe gegen Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher. Die „stille Diplomatie" des Außenministers sei gescheitert. Während es dem Bundeskanzleramt gelungen sei, in den Verhandlungen mit der „DDR" Gegenleistungen zu erreichen, sei Genscher in den vergangenen Jahren hier erfolglos gewesen.

Strauß ging in München auch auf das Reaktorunglück von Tschernobyl ein. Es sei empörend, daß der sowjetische Generalsekretär Gorbatschow Schadensersatzansprüche aus dem Unfall abgelehnt habe. Auf der internationalen Konferenz über Reaktorsicherheit, zu der Kohl eingeladen hat, müsse das Verursacherprinzip bei der Haftung für grenzüberschreitende Schäden festgeschrieben werden.

Die Sowjetunion hat auf den ersten Auftritt eines Bundeskanzlers auf einem Sudentendeutschen Tag gestern mit scharfer Polemik reagiert. Die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur Tass berichtete, das Treffen in München zeige, daß die Bundesregierung direkt „Revanchismus" ermutige. Die Forderung Kohls nach Schadensersatz für die Schäden in der Bundesrepublik nach dem Reaktorunglück wurden als „Frechheit" zurückgewiesen.

Regierungssprecher Ost nannte die Revanchismus-Vorwürfe Moskaus gegen Kohl eine „bewußte und bösartige Verdrehung der Tatsachen" zurück. Kohl habe sich immer wieder für Verständigung und Aussöhnung „ohne Rache und Vergeltung mit unseren Nachbarn im Osten eingesetzt".

Terrorismus: Peres lobt den Westen

dpa, Jerusalem

Der israelische Ministerpräsident Shimon Peres hat bei einem Gespräch mit dem Präsidium des Deutschen Bundestages die neue einheitliche Haltung des Westens gegenüber dem Terrorismus gelobt. Die drei Staaten, die den Terrorismus unterstützten, Libyen, Syrien und Iran, gerieten zunehmend in die Defensive, sagte Peres am Sonntag abend in Jerusalem. Khadhafi sei nicht der Held der arabischen Welt geworden; die arabische Einheit sei eine Fiktion, so Peres. In einem Interview mit einer amerikanischen Fernsehgesellschaft sagte Peres, innerhalb des syrischen Geheimdienstes gebe es offenbar eine Organisation, die sich direkt mit der Unterstützung von Terrorakten beschäftige.

Bundestagspräsident Philipp Jenninger (CDU) betonte in dem 50minütigen Gespräch mit dem israelischen Regierungschef die hervorragenden Beziehungen zwischen den Parlamenten beider Länder. Dies werde auch dadurch symbolisiert, daß seit dem Krieg erst zum zweiten Mal das gesamte Bundestagspräsidium geschlossen ein Land besuche.

Wirtschaftliche Probleme des Nahen Ostens sowie der sogenannte Marshall-Plan für die Region waren ebenfalls Gegenstand des Gesprächs. Nach den Vorstellungen von Peres sollte ein regionaler Entwickslungsplan mit einem Gesamtetat von 25 bis 30 Milliarden Dollar auf zehn Jahre verteilt zur Stabilisierung der Staaten des Nahen Ostens beitragen. Die Israelis hoffen dabei auf die Federführung durch die Europäische Gemeinschaft.

Die deutsche Delegation mit Jenninger an der Spitze war am Sonntag zu dem fünftägigen Besuch auf Einladung des Präsidenten der Knesset, Schlomo Hillel, eingetroffen.

US-Arzt: Langzeitschäden für 100 000 Sowjetbürger

Vergleich mit Folgen von Hiroschima und Nagasaki gezogen

DW. Los Angeles/Moskau

Bis zu hunderttausend Sowjetbürger werden möglicherweise nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl an Spätfolgen von Strahlungsschäden zu leiden haben. Diese Prognose stellte am Sonntag in Los Angeles der amerikanische Arzt Robert Gale, der als Spezialist für Knochenmarkstransplantationen zusammen mit sowjetischen Ärzten und weiteren Spezialisten aus dem Ausland in Moskau versucht hat, stark Verstrahlten das Leben zu retten.

Gale hatte in 19 Fällen Knochenmark übertragen. Seine Erwartung, 50 000 bis 100 000 Sowjetbürger hätten mit Langzeitschäden zu rechnen, gründete Gale nach eigenen Worten zum Teil auf Erfahrungen, die nach den Atombombenabwürfen auf Hiroschima und Nagasaki gewonnen worden seien.

„Reaktor strahlt nicht mehr"

Der sowjetische Experte für Kernenergie Iwan Jemeljanow sagte gestern auf einer von der sowjetischen Nachrichtenagentur Nowosti organisierten Pressekonferenz in Moskau, von dem Unglücksreaktor in Tschernobyl gehe keine Strahlung mehr aus. Moskau habe schon am ersten Tag des Unglücks eine Untersuchungskommission eingesetzt. Er widersprach damit Berichten, der Regierung in Moskau hätten zwei Tage lang keine aussagekräftigen Informationen aus Tschernobyl vorgelegen.

Kritik an der sowjetischen Informationspolitik übte die Parteizeitung „Prawda". Die sowjetische Bevölkerung sei über den Reaktorunfall zu spät informiert worden und teilweise erst dadurch über das Ausmaß des Unglücks in Sorge geraten.

Das ruhige Verhalten der Bevölkerung in der ukrainischen Hauptstadt zeige, daß eine frühere Unterrichtung über die Fakten angebracht gewesen sei. „Dies wird eine Lehre sein, nicht nur für uns", hieß es.

Der sowjetische Botschafter in Bonn, Julij Kwizinskij, hat in einem Brief an Bundesinnenminister Friedrich *Zimmermann* eine Gefährdung der Bundesrepublik durch das Reaktorunglück in Tschernobyl ausgeschlossen und damit deutsche Schadensersatzansprüche zurückgewiesen.

Rüge für Zimmermann

Zimmermann wandte sich gegen *die von Kwizinskij gegebene* Begründung, warum die Sowjetunion keinen Schadensersatz an die Bundesrepublik zahlen brauche. In einem von der „Welt am Sonntag" veröffentlichten Brief schrieb Zimmermann an Kwizinskij, diese Position sei unvertretbar. Die durch die notwendigen Vorsorgemaßnahmen bei Landwirtschaft und Handel entstandenen erheblichen Schäden seien ausschließlich auf den Reaktorunfall zurückzuführen. Er habe nie davon gesprochen, daß in der Bundesrepublik Vorsorgemaßnahmen nicht notwendig werden könnten.

Im Vorfeld der Niedersachsen-Wahl hat der CDU-Landesvorsitzende Hasselmann Zimmermann Führungsschwäche vorgeworfen. Den Bundesbürgern wäre „viel Verwirrung erspart geblieben, wenn Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann darauf bestanden hätte, daß die von der Strahlenschutzkommission festgelegten Grenzwerte strikt für alle Länder gelten".

Paris zahlt im Kampf gegen Terror Prämien

AFP. Paris

Nach dem jüngsten Bombenanschlag in Korsika und dem Attentat gegen das Gebäude von Interpol im Pariser Vorort Saint-Cloud hat Frankreich Maßnahmen zur besseren Bekämpfung des Terrorismus ergriffen. Der Minister für innere Sicherheit, Robert Pandraud, kündigte spezielle Belohnungen für Hinweise an, die zur Festnahme von Terroristen führen. Je nach der Bedeutung der Informationen können die Prämien bis zu mehreren hunderttausend Mark betragen. Die Gelder werden aus dem Geheimfonds der Regierung gezahlt, der dem *Ministerpräsidenten* für „Sonderfälle" zur Verfügung steht.

Zugleich veranlaßte die Regierung verschärfte Kontrollen – vor allem an Flugplätzen und Häfen – sowie besondere Maßnahmen zum Schutz von öffentlichen Gebäuden. Innenminister Charles Pasqua will zudem veranlassen, daß das juristische Instrumentarium zur Bekämpfung des Terrorismus „überprüft" wird. Vorgesehen ist beispielsweise die Schaffung eines besonderen Gerichts, das sich mit Terrorismus-Straftaten befassen soll.

Bei dem Attentat in Ajaccio auf Korsika waren der Leiter eines Ferien-Dorfes sowie ein Polizist getötet und vier Urlauber verletzt worden, von denen einer noch in Lebensgefahr schwebt. Zu dem Anschlag hat sich die korsische Untergrundorganisation FLNC bekannt.

Bei dem Sprengstoffanschlag auf den Interpol-Sitz, zu dem sich die linksextremistische „Action Directe" bekannte, wurde ein Polizist leicht verletzt. Mindestens vier Täter waren in das Gelände eingedrungen und hatten am Gebäude eine über fünf Kilogramm schwere Sprengladung deponiert.

Ost-Berlin leugnet Beteiligung Libyens

hrk. Berlin

„DDR"-Außenminister Fischer hat bei Konsultationen mit dem hohen US-Diplomaten William Woessner abgestritten, daß das in Ost-Berlin mit 59 Mitarbeitern ansässige „Libysche Volksbüro" in das Attentat auf die Westberliner Diskothek „La Belle" verwickelt gewesen sei. Der stellvertretende Leiter der Europa-Abteilung im State Department erhielt von Fischer auch die Zusage, die „DDR" wolle dafür sorgen, daß keine der in Ost-Berlin angesiedelten Botschaften etwa dazu diene, Terroranschläge vorzubereiten.

Anschlag auf Nuklearinstitut

rtr, Den Haag

Die Serie von Anschlägen in den Niederlanden reißt nicht ab. Auf ein Nuklearforschungsinstitut in Den Haag ist gestern morgen ein Bombenanschlag versucht worden. Die Polizei der niederländischen Hauptstadt teilte mit, die Zeitbombe sei unschädlich gemacht worden, nachdem eine Gruppe namens "Die Rote Revolutionäre Front" in einem Anruf bei einer Nachrichtenagentur Vorwarnung gegeben habe. Etwa 100 Menschen in der Nachbarschaft der „Neratoom NV" seien vorübergehend in eine Kirche evakuiert worden.

Union fordert Atomschutzräume

AP. Bonn

Die Union will als Reaktion auf die Nuklearkatastrophe von Tschernobyl nach der Bundestagswahl bei neuen Häusern den Bau von Schutzräumen zwingend vorschreiben. Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Karl Miltner, sagte in einem Interview der Kölner Tageszeitung „Express", eine entsprechende Neufassung des Zivilschutzgesetzes sei schon vor dem Unfall in der UdSSR abgeschlossen gewesen. Nun hätten aber auch FDP-Politiker die Bedeutung des Zivilschutzes herausgestellt.

Pretorias Angriff ein Präventivschlag?

Militäraktionen in Botswana, Zimbabwe und Sambia / ‚Wir haben das Recht, uns zu schützen'

DW./-ni Johannesburg

Die südafrikanische Regierung hat bestätigt, daß ihre Streitkräfte gestern neben Zielen in Botswana und Zimbabwe auch ein Ziel in Sambia angegriffen haben. *Der Luftwaffen*chef, Generalleutnant Earp, erklärte, es habe sich um ein „Operationszentrum und die Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit" der Befreiungsbewegung Afrikanischer Nationalkongreß (ANC) gehandelt. Das Zentrum, 15 Kilometer südwestlich der Hauptstadt Lusaka, habe als Unterkunft für „Terroristen" und Waffenlager gedient. Auch seien von dort Sabotage-Anschläge gegen südafrikanische Öl-Einrichtungen ausgegangen. Der Angriff sei von der Luftwaffe ausgeführt worden und „erfolgreich" gewesen. Alle beteiligten Maschinen seien unversehrt zu ihrer Basis zurückgekehrt.

In Lusaka sagte ein ANC-Sprecher, der Angriff habe einem Flüchtlingslager gegolten, das jedoch verfehlt worden sei. Dagegen sei das benachbarte *Haus eines sambischen Bürgers total* zerstört worden. Zwei Personen seien dabei getötet worden. Der militärische Einsatz wird von politischen Beobachtern in Südafrika als Präventivschlag angesehen. Sie weisen gleichzeitig darauf hin, daß diese Aktionen nicht unerwartet kommen, angesichts der steigenden Aktivitäten des ANC im Lande und der absoluten Verhärtung von dessen Einstellung gegenüber Südafrika selbst. Das gilt vor allem seit der Ankündigung auf einer Konferenz in Tansania vor einem Jahr, auch gegen zivile Ziele vorzugehen.

Bereits am Samstag war das bisher größte Versteck von sowjetischen Waffen, die nach Südafrika geschmuggelt worden waren, in Luipaarsvlei entdeckt worden. Es enthielt unter anderem mehr als 400 Kilogramm Sprengstoff, einen Raketenwerfer, mehr als 30 Haftminien und zahlreiche Handgranaten. In dem offiziellen Kommuniqué der südafrikanischen Armee heißt es, die Streitkräfte agierten mit äußerster Vorsicht, um Zivilisten vor Schaden zu bewahren.

Die Angriffe galten dem ANC-Einsatzzentrum mitten in der zimbabwiwschen Hauptstadt Harare sowie zwei dort befindlichlichen Durchgangslagern für Terroristen. In der Begründung des Oberbefehlshabers der südafrikanischen Armee, General Libenberg, heißt es: „Es ist offensichtlich, daß sowjetische Minen und Waffen nur auf einem Wege, nämlich durch unsere Nachbarstaaten, nach Südafrika gebracht werden können. Diese Staaten sind wiederholt gebeten worden, Terroristen keine Unterstützung *zu gewähren.* Es ist unser Recht und unsere Pflicht, unsere Einwohner gegen diese Art des Terror zu schützen."

Die Europäische Gemeinschaft (EG) hat gestern die südafrikanischen Angriffe auf die ANC-Ziele in den Nachbarländern Botswana, Sambia und Zimbabwe einmütig verurteilt. Ein Sprecher des niederländischen Außenministeriums erklärte im Namen der zwölf EG-Länder, die Gemeinschaft verurteile im allgemeinen und so auch in diesem Fall die Versuche des südafrikanischen Apartheid-Regimes, die Region des südlichen Afrikas und die innenpolitische Opposition durch solche Militäraktionen zu destabilisieren.

London fürchtet Anschlag

Hinweise auf libysches Terrorkommando / Hafen-Kontrollen

DW. London

Mit einer verstärkten Kontrolle der Häfen am Ärmelkanal haben die britischen Sicherheitsbehörden auf Hinweise reagiert, wonach vermutlich vier libysche Terroristen einen Vergeltungsschlag gegen Großbritannien planen. *Die Briten* werden von ihren französischen, niederländischen, dänischen und belgischen Kollegen unterstützt. Wartende Autos und ihre Insassen wurden nach Bomben und Sprengstoff untersucht. Angeblich wollten die Attentäter ein mit Sprengstoff beladenes Auto auf eine Kanalfähre fahren und das Schiff in der Mitte des Kanals versenken.

Einen solchen Anschlag befürchtet London, seit *Premierministerin* Margaret Thatcher grünes Licht für den Einsatz amerikanischer Bomber von US-Basen in England aus gegen Tripolis und Bengasi gab. Hinzu kam die Ausweisung von drei syrischen Diplomaten aus London, die eine Kooperation mit der britischen Polizei im Zusammenhang mit dem geplanten Sprengstoffanschlag auf einen Jumbojet der *israelischen* Fluglinie El Al abgelehnt hatten. Dabei war eine Passagierin auf dem Londoner Flughafen Heathrow Minuten vor Betreten des Flugzeugs, mit einer Bombe im Gepäck, von Sicherheitsbeamten gestoppt worden. Ihr jordanischer Freund, der ihr die tödliche Sprengstoffladung unter einem Vorwand mitgegeben hatte, sitzt in Großbritannien in Untersuchungshaft.

Die Polizei befürchtet, daß bei dem geplanten Anschlag auf eine Kanalfähre der gleiche, aus der Sowjetunion stammende Plastiksprengstoff verwendet werden soll, den Metalldetektoren und die üblichen Strahlendetektoren nicht anzeigen.

Obwohl die Polizei nur wenige Einzelheiten bekanntgab, sickerte durch, daß sich die Fahndung unter anderem auf einen weißen Volvo konzentriert. Besonders auf Autos mit nur einer Person wird geachtet. Ein Terrorist könnte mit seinem Wagen an Bord einer Fähre fahren und das Schiff kurz vor der Abfahrt ohne Auffallen wieder verlassen. Da Bomben auch im Handgepäck an Bord einer *Kanalfähre geschafft werden können,* reisen Polizeibeamte in Zivil auf den Fähren mit. Die Kontrollen gelten in gleicher Weise für die Hovercrafts.

Die Polizei bittet alle Passagiere in den Kanalhäfen um erhöhte Aufmerksamkeit und sofortige Meldung von verdächtigen Umständen.

Die Fremdenverkehrsindustrie befürchtet bereits wegen der Verunsicherung vieler Urlauber einen Rückgang *der Buchungen* von europäischen Touristen nach England. Die Buchungen amerikanischer England-Besucher sind bereits um 15 Prozent zurückgegangen. Londoner Theater klagen über Lücken wegen des Ausbleibens der Amerikaner. Buchungen von England-Reisen durch Amerikaner wurden massenweise storniert, als das amerikanische Fernsehen Reportagen von vorbeugenden *Maßnahmen* gegen Terroristen auf Londons Hauptflughafen Heathrow zeigte: dabei waren Panzer in Heathrow zu sehen. Ironischerweise handelte es sich nur um eine militärische Übung – doch die Wirkung auf den Fremdenverkehr war nicht aufzuhalten. In der Koordinationszentrale Maidstone sagte der den Sondereinsatz leitende stellvertretende Polizeipräsident von Kent, Paul Condon: „Es gibt keine spezielle Bedrohung eines speziellen Hafens. Unsere Aufgabe ist es, uns darauf einzustellen, daß Fährschiffe potentielle Ziele eines Bombenanschlags sein können."

Die Polizei war bemüht, Nervosität unter den Passagieren zu zerstreuen und sie zu aktiver Mitarbeit und gesteigerter Aufmerksamkeit zu gewinnen.

Andreotti nennt Venedig-Erklärung der EG „ungültig"

hav. Jerusalem

Der italienische Außenminister Giulio Andreotti erklärte gestern in Jerusalem, die den Israelis so verhaßte Venedig-Deklaration der EG-Außenminister habe „ihre Gültigkeit verloren". Die Venedig-Deklaration vom Juni 1980 enthielt eine ausdrückliche Anerkennung der PLO und besagte, die PLO müsse bei jeder Nahostregelung eine Rolle spielen. Andreotti *machte diese Feststellung in* einem Gespräch mit dem israelischen Außenminister Itzhak Shamir. Er traf am Sonntag in Israel ein und bleibt bis heute.

In seinem Gespräch mit Shamir kündigte Andreotti auch an, daß Italien seinen Einsatz zur Bekämpfung des internationalen Terrors verstärken werde. Trotz dieser Ankündigungen begegneten die Israelis Andreotti mit einem gewissen Grad von Mißtrauen. Noch vor seiner Ankunft sagten zuständige Stellen im israelischen Außenministerium: „Wir wollen über die Gegenwart und die Zukunft sprechen, nicht über Andreottis nahe Vergangenheit, in der er vor dem libyischen Terror kapitulierte".

Israel, so meinte ein hochrangiger israelischer Diplomat, könne aber nicht vergessen, daß Andreotti nicht *nur* mit Libyen, sondern auch mit anderen arabischen Terroristen zusammengearbeitet habe, um Italiens Interessen in Libyen nicht zu gefährden und um Terrorakte auf italienischem Boden *zu* verhindern. Erst nach dem amerikanischen Einschreiten gegen den Terror habe sich auch Italien diesen Maßnahmen angeschlossen.

Andreottis Besuch stand dennoch unter dem Zeichen eines Strebens nach Beschwichtigung. Der italienische Gast wurde auch von Präsident Herzog und Premier Peres empfangen. (SAD)

Motivations-Versuch

dos – Mit einem in deutschen Landen bislang unbekannten Vorgang werden sich die Aktionäre der Continental Gummi-Werke AG auf der Hauptversammlung am 9. Juli auseinandersetzen müssen. Unter dem Tagesordnungspunkt Nummer sechs bittet die Verwaltung um die Zustimmung zu einem Wandeldarlehen in Höhe von zwei Millionen DM, das einem „engen Kreis von Führungskräften" zur Zeichnung vorbehalten bleiben soll. Der Vorstand, der sich dieser Zielgruppe zugehörig fühlt, betrachtet den „Aktien-Optionsplan" als geeignetes Instrument, die Führungsmannschaft noch enger an den Konzern zu binden.

Conti-Finanzchef Horst Urban, der sich seit Jahren bei der Entwicklung neuer Modelle als überaus kreativ erweist, will neben dem Treue-Moment vor allem aber das Engagement seiner Mitarbeiter stärken. Er bezieht sich auf Erfahrungen in den USA, wo derlei Modelle Usus sind. Die am Unternehmen beteiligten Führungskräfte, so Urban, werden zusätzlich motiviert, die Ertragskraft und die Zukunftschancen „ihrer" Gesellschaft bei allem Tun im Auge zu behalten.

Zu einem Gewinn für die betroffenen Mitarbeiter nämlich werden die Optionsrechte erst dann, wenn der Börsenkurs steigt. Der Kaufpreis für die Conti-Aktie, die in diesen Tagen zwischen 220 DM und 250 DM pendelt, orientiert sich am Börsenkurs des Tages, an dem die Rechte eingeräumt werden. Die Ausstattung ist beileibe kein Geschenk; das Risiko der Zeichner indes hält sich in Grenzen. Ganz sicher werden viele Aktionäre danach fragen, wann ein ähnliches Angebot auf sie zukommt.

Lira ohne Nullen

ds. – Italiens Ministerpräsident Bettino Craxi ist entschlossen, die Wirtschaft seines Landes fest mit den Lokomotiven der westlichen Industriewelt zu verkoppeln. Dem ersten Schritt, der auf der letzten Tokio-Runde erfolgten Aufnahme in den neuen Siebenerklub folgt jetzt die Geburt der harten Lira, mit der die Regierung in Rom ein neues Kapitel in der Nachkriegsgeschichte der italienischen Wirtschaft aufschlägt. Beide Signale dokumentieren den Willen der italienischen Regierung unter die Jahre des flotten Haushaltsgebarens und der inflationären Expansion einen endgültigen Schlußstrich zu ziehen. Die Währungsreform, die im kommenden Jahr in Kraft treten soll, wird die letzte der großen europäischen Währungen ihrer im Krieg und Nachkriegszeit angehäuften Nullen entkleiden. Damit geht auch für Italien eine Ära zu Ende und beginnt eine neue: Eine Ära, in der Geldwertstabilität und sparsames Haushalten für Staat und Bürger wieder überragende Bedeutung erhalten.

EUROPÄISCHE RAUMFAHRT / WELT-Gespräch mit Minister Riesenhuber

Beteiligung an Hermes setzt einen neuen Kabinettsbeschluß voraus

ARNULF GOSCH, Bonn

Eine deutsche Beteiligung am französischen Milliardenprojekt des Raumgleiters Hermes, die von Bundeskanzler Helmut Kohl im Februar *wohlwollend in Aussicht gestellt worden war und über die in diesem* Herbst endgültig entschieden werden soll, macht einen neuen Kabinettsbeschluß erforderlich. Hieran ließ Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber in einem WELT-Gespräch keinen Zweifel, wobei er verdeutlichte, daß es ihm dabei nicht allein um die Finanzierung geht. Viele Fragen bedürften *noch der Beantwortung*.

Wie Riesenhuber im einzelnen betonte, sei die Frage der Finanzierung für ihn nicht eine „Frage von 30 Millionen". Entscheidend sei vielmehr, was die Finanzierung des gesamten Projekts kostet. Der Minister würde es nicht für gut halten, wenn man sich für eine vergleichsweise geringe Summe von einigen Dutzend Millionen im Jahr verpflichtete, später aber den Partnern sagen müßte, daß die Finanzierung nicht gewährleistet sei. Bevor er nicht die Gesamtfinanzierung übersehe, könne er verantwortlich nicht über die relativ geringen Anlaufkosten entscheiden.

Und hier gebe es wieder zwei Fragen. Erstens: Was kostet Hermes selbst? Denn die ursprünglich von den Franzosen genannten etwa zwei Milliarden Ecu (1 Ecu = 2,15 DM) würden von den meisten Fachleuten für zu niedrig gehalten. Und zum anderen habe Frankreich das Hermes-Projekt mit dem Ziel einer europäischen Autonomie in der Weltraumtechnik begründet. Hermes allein begründet nach Riesenhubers Meinung aber keinesfalls eine solche Autonomie. Denn wenn Hermes Menschen in den erdnahen Raum transportieren könne, habe man damit noch keine Möglichkeit, Daten zu transportieren. Und dies sei mindestens ebenso wichtig. Also müsse geklärt werden, ob allein auf europäischer Basis oder gegebenenfalls mit den USA und/oder Japan ein Datenrelais-Satelliten-System errichtet werden müsse. Das werfe Fragen nach einer finanzierbaren internationalen Arbeitsteilung auf.

Gleichwohl bezeichnet der Minister Hermes als ein „kluges und interessantes Projekt", das wahrscheinlich die *einzige Möglichkeit sei*, in etwa einem Jahrzehnt von Europa aus Menschen in den erdnahen Weltraum zu bringen. Kritik übte Riesenhuber allerdings am Zeitplan. Noch im Oktober 1984 hätten die französischen Partner erklärt, daß Hermes „nicht so schrecklich eilt". Und dann hätten sie im Dezember und Januar mit erheblichem Publizitätsaufwand kurzfristige Entscheidungszwänge aufgebaut.

Wäre es bei 1988 geblieben, „hätte man wirklich in einem großen Bogen das Ganze angehen können". Überhaupt legt Riesenhuber Wert auf die Feststellung, daß große Projekte keine Kurzatmigkeit und keinen Zeitdruck vertragen. „Wir müssen ein *bißchen wegkommen von dieser* ständigen Kurzfristigkeit kleiner Entscheidungen, um zur Langfristigkeit großer Entscheidungen zu kommen." Hier seien das Europa-Raketen-Projekt *Ariane und das US-Weltraumsta*tionsprojekt Columbus von der Größe und auch vom Ablauf her offenkundig richtig gemacht.

Riesenhuber sprach sich dann für eine weltweit engere Kooperation in der Weltraumtechnik aus. Die Tatsache, daß sich die US-Weltraumbehörde Nasa wegen ihrer Probleme mit Raumfähren und Trägerraketen für einen Satellitentransport durch die europäische Behörde Esa interessiert, hält der Minister für eine „gute Entwicklung".

Es gebe auch überhaupt keinen *Grund gegen einen Eintritt chinesi*scher Raketen in diesen Wettbewerb. Riesenhuber, der als erster Politiker aus der freien Welt die Raketenproduktion in der VR China besichtigt hat, zeigte sich von der Professionalität sehr beeindruckt. Das „Challenger"-Unglück habe die Raumfahrt international durchaus ein Stück zurückgeworfen, sich aber auf der anderen Seite als Vorteil für die Europa-Rakete Ariane ausgewirkt. Ob es bei den bisherigen Zeitplänen für die D2-Mission im Herbst 1988 und bei der weiteren Planung zu Columbus bleiben kann, lasse sich nicht sagen.

IMMOBILIENMARKT

Der Rückgang der Preise für Grundstücke wird langsamer

HANS BAUMANN, Essen

Die Meldungs des Statistischen Bundesamtes, nach der die Preise für Bauland wieder anzögen, nennt der Präsident des Rings Deutscher Makler, Rudolf Hübenthal, „sträflich". Selbst in Bayern, wo die Nachfrage immer noch höher war als im Norden der Bundesrepublik, zeigten sich deutliche Anpassungsprozesse. „Die Flucht in die Sachwerte ist vorbei", sagt Hübenthal, ebenso das Verteilen knapper Grundstücke.

Diese deutliche Tendenz zum Käufermarkt für Immobilien schließe selbstverständlich nicht aus, daß regional Grundstücke auch teurer werden könnten. Hübenthal erinnert daran, daß es keinen einheitlichen Immobilienmarkt mit Knappheitstendenzen mehr gibt. Die regionalen Märkte hätten sich sehr differenziert entwickelt. „Angebot und Nachfrage sind uneinheitlich wie nie zuvor", sagt Hübenthal. Daraus folgere, daß auch der qualifizierte Makler heute besonders gefragt sei.

Wie stark sich die Teilmärkte auseinanderentwickelt haben, belegt auch der jüngste Preisspiegel des Rings Deutscher Makler, der sich auf eine Umfrage bei über 3000 Maklern im Frühjahr 1986 in der Bundesrepublik stützt. Danach kostet ein Grundstück für Ein- und Zweifamilienhäuser (freistehend mit rund 800 qm) in mittlerer Wohnlage 500 Mark je qm, in guter Wohnlage bis zu 600 Mark und in Villenwohnlage 800 Mark. Schon für Hamburg lauten die entsprechenden Werte 220, 280 und 450 Mark. In Hannover, ebenfalls eine Stadt über 500 000 Einwohner, kostet der Quadratmeter in mittlerer Wohnlage für die beschriebenen Objekte 80 bis 180, 120 bis 350 und 250 bis 450 Mark. Für Nürnberg ermittelte die Umfrage Preise von 290, 400 und 600 Mark.

Spitzenreiter für Grundstückspreise ist nach wie vor Stuttgart. Hier hält die industrielle Ballung die Nachfrage und damit die Preise hoch. Der Boden für das freistehende Ein- oder Zweifamilienhaus kostet in mittlerer Wohnlage 700 Mark, in guter 800 und in exklusiver Lage 950 bis 1000 Mark.

Generell kann gesagt werden, daß sich der Preisrückgang für Bauland verlangsamt hat. Im Norden ging er 1985 um rund drei Prozent zurück, im Jahr zuvor waren es noch minus zwölf Prozent. Die günstigere Wirtschaftsentwicklung im Süden ließ die Grund- und Bodenpreise im vergangenen Jahr nur um 4,5 Prozent fallen, 1984 waren es minus 2,5 Prozent. Diese Preisrückgänge wären wohl deutlicher ausgefallen, wenn sich die Nachfrage in einigen Groß- und Mittelstädten nicht etwas erhöht hätte (in der Regel im Zusammenhang mit Industrieansiedlungen). Die Preise für Mehrfamilienhaus-Bauplätze sind um sechs Prozent zurückgegangen. In mittlerer Wohnlage liegen sie bei 330 und in guter bei 490 Mark.

Privatisierung à la française

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Das französische Reprivatisie*rungsprogramm ist seiner* Verwirklichung einen wesentlichen Schritt nähergekommen, nachdem die Nationalversammlung letzte Woche in erster Lesung den Gesetzentwurf gebilligt hat, welcher die Regierung ermächtigen soll, dieses Programm auf dem Verordnungswege durchzuführen. Jetzt muß noch der Senat zustimmen, was bei seiner starken bürgerlichen Mehrheit problemlos erscheint. Dann wäre die zweite Lesung im Palais Bourbon wohl eine Formsache.

Zwar haben die linken Oppositionsparteien angekündigt, daß sie anschließend Verfassungsklage erheben wollen. Aber der französische Verfassungsrat pflegt „royalistisch" zu entscheiden, das heißt zugunsten der jeweiligen Machthaber. Das schließt allerdings die Änderung einzelner Gesetzesbestimmungen nicht aus. So hatte er 1982 die Entschädigungsformel der sozialistischen Nationalisierungsgesetze wesentlich *aufgebessert*.

Diesmal könnte vor allem die Frage Schwierigkeiten bereiten, wie weit ausländische Beteiligungen an den zu privatisierenden Gesellschaften begrenzt werden dürfen. Gegenüber Investoren aus anderen EG-Ländern wäre das unzulässig, soweit es sich um reine Finanzanlagen handelt. Wird die Kontrolle der Gesellschaft erstrebt, dann könnten aber wohl die Schutzklauseln des EG-Vertrags angerufen werden. In welcher Form und bis zu welchem Ausmaß ausländischer Einfluß eingeschränkt werden soll, ist allerdings noch nicht festgelegt worden.

Offensichtlich will die Regierung im Rahmen ihrer späteren Verordnungen von Fall zu Fall entscheiden. Dabei soll grundsätzlich französischen Übernahmekonsortien zumindest die Sperrminorität an den zu privatisierenden Gesellschaften verschafft werden. Darüber hinaus beabsichtigt Privatisierungsminister Ca*mille Cabana, für „sensible"* Gesellschaften nach britischem Vorbild „golden shares" zu schaffen, die dem Staat für eine bestimmte Zeit Vetorechte gegenüber ihm nicht genehmen Entscheidungen des neuen Verwaltungsrats verschaffen sollen.

So liberal, wie es zunächst schien, ist die französische Privatisierungsaktion also nicht. Aber immerhin geht es hier um die größten Industriekonzerne, Finanzgruppen, Banken und Versicherungsgesellschaften des Landes, deren „Überfremdung" von den Franzosen nicht akzeptiert *werden würde. Dem muß die Regie*rung auch aus innenpolitischen Gründen Rechnung tragen. Sonst schaufelt sie sich ihr eigenes Grab.

Andererseits sind bei der Enge des französischen Kapitalmarktes die Privatisierungen wohl kaum auf rein nationaler Ebene zu finanzieren. Zwar will sich die Regierung damit fünf Jahre Zeit lassen, wobei zunächst die Versicherungskonzerne privatisiert werden sollen, auch weil sie als institutionelle Anleger die weiteren Privatisierungen erleichtern könnten. Aber immerhin wird der Wert der zum Verkauf stehenden Aktien allein der 65 im Mehrheitsbesitz des Staates befindlichen Gesellschaften auf mindestens 100 Milliarden Franc veranschlagt.

Dazu kommen deren Tochtergesellschaften und die Unternehmen, an denen der Staat nur Minderheitsbeteiligungen besitzt. Die Regierung ist hier in der Auswahl frei und braucht sich selbst nur eine behörd*liche Bewilligung zu erteilen, falls der* Gesetzentwurf verabschiedet wird, während die Rechtsverordnungen für die gesetzlichen Privatisierungen der Unterschrift des Staatspräsidenten bedürfen.

Ob es sich dabei um eine reine Formsache handelt, wie die Regierung behauptet, ist umstritten. Immerhin hat Präsident Mitterrand erklärt, daß er sich jedenfalls der Privatisierung der gleich nach Kriegsende verstaatlichten Großbanken BNP, Credit Lyonnais und Société Générale auf dem Verordnungswege widersetzen würde. Die Regierung steht damit vor der Wahl, es auf einen Konflikt ankommen zu lassen oder auf den normalen, aber sehr langwierigen Gesetzgebungsweg auszuweichen.

Gegenwärtig liegt die französische Regierung mit ihrer breit angelegten Liberalisierungspolitik sicherlich im Aufwind. Vor allem der sehr weitgehende Abbau der Devisen- und Kapitalverkehrskontrollen hat im In- wie Ausland ein sehr positives Echo gefunden. Aber diese Politik, die sich auf stabile Preise und einen starken Franc stützt, ist nicht frei von Risiken. Um diese in vertretbaren Grenzen zu halten, muß die Regierung auf einem rigorosen Stabilitätskurs bleiben, der es außerordentlich schwierig macht, ihr wichtigstes Wahlversprechen, nämlich den Abbau der Arbeitslosigkeit, zu erfüllen. Wie schwer demgegenüber Privatisierungserfolge wiegen würden, läßt sich nicht voraussagen.

AUF EIN WORT



» Zum Mittelstand gehören alle Unternehmen, die pleite gehen können, ohne daß der Staat oder die Gewerkschaften dies zu verhindern versuchten. «

Wolfgang Hinrichs, Präsident der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels. FOTO: JUPP DARCHINGER

Wenig Frauen als Unternehmer

rtr, Köln

Nur jeder fünfte Unternehmensgründer in der Bundesrepublik Deutschland war 1985 eine Frau. Dies geht aus einer Untersuchung des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) *hervor*. Danach wurden im vergangenen Jahr 15 000 Betriebsgründungen gefördert, von denen 23,1 Prozent auf weibliche Initiative zurückgingen. Der typische Unternehmensgründer ist nach dieser Analyse 33 Jahre, verheiratet und hat ein oder zwei Kinder. Für die Existenzgründung muß er im Schnitt 122 000 DM hinblättern, auf dem Konto hat er aber nur 40 000 DM. Immerhin haben 75 Prozent aller Firmengründer weniger als 30 000 DM auf die hohe Kante gelegt, wenn sie sich selbständig machen wollen.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Bonn wehrt sich gegen Brüsseler Forschungspläne

Ha. Brüssel

Trotz der angespannten EG-Finanzen will die Brüsseler Kommission für die kommenden Jahre eine beträchtliche Aufstockung der europäischen Forschungsausgaben fordern. Sie hofft dabei auf die Unterstützung von Industrie und Hochschulen. Von der Bundesregierung ist dagegen beträchtlicher Widerstand zu erwarten.

In einer Mitteilung an den Ministerrat vertritt die EG-Behörde die Meinung, die Gemeinschaft müsse ihre Forschungsanstrengungen im Bereich der Informationstechnologien verdreifachen, um mit der amerikanischen und japanischen Konkurrenz Schritt halten zu können. Auch das gemeinsame Programm auf dem Gebiet der technologischen Grundlagenforschung (BRITE), das Mehrjahresprogramm im Bereich der Biotechnologien sowie die Bemühungen um eine Stimulierung der Zusammenarbeit zwischen den nationalen Forschungseinrichtungen müsse revidiert werden.

Vor der zweiten Phase steht das Europäische Strategische Programm für Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Informationstechnologien (ESPRIT). Hierfür sind für den Zeitraum von 1984–1989 Mittel in Höhe von 1,5 Mrd. Ecu (rund 3,22 Mrd. Mark) eingeplant, davon jeweils die Hälfte als Beitrag der EG und der europäischen Industrie.

Die Kommission hat errechnet, daß Europa 1990 mit etwa 30 Prozent des Weltmarktes den größten geschlossenen Teilmarkt für Erzeugnisse der Informationstechnologien darstellen wird. Ohne verstärkte Anstrengungen im Bereich von Forschung und Entwicklung bestehe die Gefahr, daß der ohnehin beschränkte Eigenanteil an der Versorgung dieses expandierenden Marktes bis zum Ende dieses Jahrzehnts von 22 auf 21 Prozent schrumpfen werde.

INTERNATIONALE AKTIENMÄRKTE

An der Wall Street gaben die Kurse noch weiter nach

AP, Frankfurt

Das Geschehen an den internationalen Aktienmärkten war auch in der abgelaufenen Geschäftswoche recht uneinheitlich. Das Verhältnis der Gewinner zu Verlierern lag bei ungefähr eins zu zwei. Weiterhin favorisiert waren die Börsen von Mailand und Madrid, die seit Jahresbeginn indexmäßig bereits einen Anstieg um 90 beziehungsweise 93 Prozent verbuchen können. An der Wall Street bestätigte sich wieder einmal der Ruf des Monats Mai, für den Aktienmarkt nicht gerade ein „Wonnemonat" zu sein: Trotz zahlreicher Erholungsansätze hat die Wertpapierbörse seit Ende April keinen Fortschritt mehr erzielen können. Die Käufer hielten sich trotz guter Nachrichten aus der Wirtschaft weiterhin deutlich zurück. In der abgelaufenen Woche fiel der Dow-Jones-Index für 30 Industrietitel um 29,76 auf 1759,67 Punkte, der allgemeine Börsenindex (Nyse) um 2,69 auf 134,43 Punkte zurück. Im Tagesdurchschnitt wurden 124,35 Millionen Stücke umgesetzt, nach 125,38 *Millionen in der Vorwoche*.

Toronto tendierte bei kleineren Verschiebungen kaum verändert. In London gaben die Kurse erneut nach. Der Industrieindex der „Financial Times" ermäßigte sich um 40,8 Punkte auf 1289,5. Das anfänglich von den bevorstehenden Parlamentswahlen in den Niederlanden belastete Geschehen in Amsterdam mündete gegen Wochenschluß in eine freundlichere Stimmung. Paris notierte bei zwischenzeitlicher Unsicherheit zwei Indexhöchstmarken. Tokio meldete Verluste besonders bei international tätigen Unternehmen. Die australischen Plätze zeigten sich von der Kaufenthaltung vor allem ausländischer Anleger sowie einem unerwartet hohen Leistungsbilanzdefizit belastet. In Hongkong überwogen Abgaben. In Singapur kam es in geringem Umfang zu Kaufentscheidungen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Japaner produzieren mehr Autos in USA

Tokio (dpa/VWD) – Die japanischen Firmen Fuji Heavy Industries Ltd. und Isuzu Motors Ltd. wollen gemeinsam in den USA Kleinwagen und Lieferwagen produzieren. Nach einer gestern in Tokio verkündeten Vereinbarung wollen Fuji und Isuzu – unter Japans Autofirmen an 7. und 9. Stelle – rund 450 Mill. Dollar in ein Montagewerk investieren, das von 1989 an jährlich jeweils 60 000 Personen- und Lieferwagen fertigen soll. Insgesamt schätzen Branchenkenner, daß japanische Automobilunternehmen zum Ende des Jahrzehnts in den USA eine Kapazität von insgesamt einer Million Kraftfahrzeugen aufge*baut haben werden*.

Dollar zieht an

Frankfurt (dpa/VWD) – Der Kurs des US-Dollar hat an den internationalen Devisenbörsen am Pfingsmontag wieder angezogen. In London notierte er am frühen Nachmittag mit 2,2240 bis 2,2260 DM nach 2,2105 DM am Freitag. In New York hatte er am späten Freitag mit 2,2200 DM geschlossen. Auch in Tokio lag der Schlußkurs am Montag mit 168,15 Yen nach noch 164,80 Yen am Freitag deutlich fester.

Einbruch bei Auslandsbau

Wiesbaden (dpa/VWD) – Die Auslandsaufträge für die deutsche Bauindustrie haben 1985 mit 2,7 Mrd. DM ihren niedrigsten Stand seit 1973 erreicht. Gegenüber den Jahren 1980 bis 1982 mit Auftragseingängen von durchschnittlich zehn Mrd. DM bedeute dies einen Einbruch von fast 75 Prozent, teilte der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie mit.

Auftrag in Gefahr

Kairo (dpa/VWD) – Ägyptens Präsident Husni Mubarak hat unter dem Eindruck der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl eine Überprüfung des ägyptischen Atomprogramms angeordnet. Nach Kairoer Presseberichten wolle Mubarak 100prozentig sicherstellen, daß sich ein solcher Unfall in Ägypten nicht ereignen könne. Ägypten will bis zum Jahr 2000 acht 1000-Megawatt-Reaktoren errichten, die dann 40 Prozent des Energiebedarfes decken sollen. Um das erste Kraftwerk bewirbt sich unter anderem die deutsche Kraftwerk Union. Eine Entscheidung über den Auftrag war für den kommenden Juni erwartet worden.

Rekordgewinn

Tokio (dpa/VWD) – Die Bank von Japan verzeichnete im Finanzjahr 1985/86 (31. März) einen Nettogewinn von *2,05 Billionen Yen (25,3 Mrd DM)*. Dies war der höchste Gewinn, teilte die japanische Notenbank in ihrem Jahresbericht mit. Der bisher höchste Gewinn war 1982/83 mit 1,62 Billio*nen Yen erzielt worden. Die Gewinne* resultierten vor allem aus dem Verkauf von Regierungsanleihen, die die Verluste aus der Yen-Aufwertung gegenüber dem Dollar mehr als ausglichen.

Handelskonflikt droht

Rio de Janeiro (dpa/VWD) – Zwischen den USA und Brasilien droht *ein Handelskonflikt. Während* US-Präsident Ronald Reagan Sanktionen gegen Brasilien erwägt, berät Brasiliens Parlament über „Repressalien" zum Schutz der nationalen Interessen. Grund der US-Drohung ist Brasiliens seit fünf Jahren geltende Einfuhr- und Produktionssperre für ausländische Kleincomputer, die der US-Industrie nach Washingtoner Berechnung von 1980 bis 1984 Exporteinbußen von 1,5 Mrd. Dollar verursachte.

Kooperation mit China

Wilhelmshaven (rtr) – Die deutsche meerestechnische Industrie plant mit China ein Kooperationsprojekt zur technologischen Zusammenarbeit und Ausbildung chinesischer Ingenieure in der Offshore-Technik. Das Kooperationsprojekt wird am Mittwoch in Wilhelmshaven vorgestellt.

Hilfe für kleine Firmen

Tokio (dpa/VWD) – Die japanische Regierung will noch in dieser Woche ein neues Paket von Maßnahmen verkünden, mit denen sie Auswirkungen der starken Steigerung des Yen-Kurses für Verbraucher und kleinere Firmen mildern will. Geplant sind nach Angaben von Regierungsbeamten in Tokio eine weitere Senkung der Zinsen auf Sonderkredite für kleine Firmen und eine Erweiterung des Kreises der auf solche Kredite Anspruch hat.

VIEWEG

Einstieg in den USA gesucht

dos, Braunschweig

Einer der ältesten deutschen Verlage, der naturwissenschaftlich-technische Verlag Friedrich Vieweg & Sohn in Wiesbaden, hat sein 200jähriges Bestehen gefeiert. Geschäftsführer Frank Lube beurteilt die wirtschaftliche Situation des Verlags, der seit 1974 zum Bertelsmann-Konzern gehört, als solide. Mit einem Umsatz von knapp 20 Mill. DM sei Vieweg in die Reihe der mittelgroßen Verlage einzuordnen. Innerhalb der Bertelsmann-Verlagsgruppe habe sein Haus ein klares Profil. Bertelsmann-Vorstandsmitglied Ulrich Wechsler verwies auf die Philosophie des Medienkonzerns, den einzelnen Verlagen „ein Höchstmaß an Selbständigkeit" zu belassen.

Nach den Worten Lubes ergibt sich daraus oftmals eine Konkurrenzsituation der Konzernfirmen untereinander, obwohl es sinnvoller wäre, über eine engere Kooperation nachzudenken. Vor allem diese Überlegung habe vor zehn Jahren dazu geführt, den Verlag von Braunschweig nach Wiesbaden umzusiedeln. Vieweg beschäftigt derzeit rund 50 Mitarbeiter. Jährlich werden etwa 120 Neuerscheinungen und 60 Neuauflagen herausgebracht. Das Verlagsprogramm umfaßt 1000 lieferbare Titel und elf Fachzeitschriften.

Um die Position im Ausland zu stärken, bemühe sich Bertelsmann um den Erwerb eines „passenden naturwissenschaftlichen Verlags" in den USA. Die bisherigen Verhandlungen allerdings seien erfolglos geblieben.

ITALIEN / Ertragslage der Kreditinstitute schwer belastet – Forderungen nach Abbau bürokratischer Hemmnisse

Auslandsbanken hoffen auf weitere Zinssenkung

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die kürzlich erfolgten Diskontsenkungen und die Aufhebung eines Teils der am 16. Januar dieses Jahres eingeführten Kreditrestriktionen hat auch den in Italien operierenden 35 Niederlassungen ausländischer Banken etwas Luft verschafft. Infolge dieser Maßnahmen sank der Interbankensatz, der auf Grund verschiedener Kreditbeschränkungen zwischen Mitte November vorigen und Mitte März dieses Jahres von 14 auf 18 Prozent zugenommen hatte, inzwischen wieder auf 13 ⅛ Prozent. Dadurch hat sich, wie es ein deutscher Banker in Mailand formuliert, die „Situation von sehr schlecht in schlecht", wenn nicht ausgesprochen verbessert, so doch wenigstens normalisiert.

Kreditplafondierung bis Juli befristet

Eine weitere Normalisierung erhoffen die in Italien operierenden Auslandsbanken von der Fortsetzung des nach unten gerichteten Zinstrends und der Aufhebung der am 16. Januar wieder eingeführten Kreditplafondierung, die Mitte 1983 abgeschafft worden war. Die Ablauffrist für diese Plafondierung ist bis Mitte Juli befristet. Bankenexperten erwarten inzwischen jedoch eine vorzeitige Aufhebung. Eine Zinsentspannung ist für die Auslandsbanken eine Grundvoraussetzung, da sie sich überwiegend am Interbankenmarkt finanzieren. Anders als die Inlandsbanken haben die ausländischen Niederlassungen nicht die Möglichkeit, billig an Einlagen heranzukommen.

Fraglich ist deshalb auch, ob eine Zinssenkung allein ausreichen wird, um die durch die negative Entwicklung der ersten drei Jahresmonate schwer belastete Ertragslage entscheidend zu verbessern. Viel wird auch von der Beseitigung der bürokratischen Hemmnisse abhängen, die bisher noch immer die Tätigkeit der Auslandsbanken erschweren. Vorschläge dazu sind von dem Verband der ausländischen Bankniederlassungen den Währungs- und Kreditbehörden in Rom bereits unterbreitet worden.

Von den Auslandsbanken war schon 1985 eine Reihe in die Verlustzone geraten. Verantwortlich dafür war nicht nur die Schrumpfung der Marge, die 1981 noch drei bis fünf Prozent betragen hatte, auf unter ein Prozent, sondern auch das Notleiden vieler Kredite. Ursache dafür ist die Tatsache, daß infolge der hohen Refinanzierungskosten am Interbankenmarkt es für die ausländischen Institute immer schwieriger wurde, ihre angestammte erstklassige internationale Kundschaft zu bedienen.

Neue Kunden brachten höhere Risiken

Aus diesem Grunde wandten sich viele Auslandsbanken notgedrungen einer anderen Kundschaft zu und nahmen damit höhere Risiken in Kauf, die nicht immer aufgingen. Hinzu kommt, daß sich die Kreditnachfrage der italienischen Wirtschaft in letzter Zeit wesentlich schwächer entwickelt, weil sich die Klein- und Mittelunternehmen durch verbesserte Produktivität und Rentabilität in stark vermindertem Umfang fremdfinanzieren und die Großen mehr und mehr an die Börse gehen.

Auch wenn sich nach den beiden letzten Diskontsatz-Senkungen die Zinsen am Interbankenmarkt etwas zurückgebildet haben, sind sie nach wie vor so hoch, daß im Kreditgeschäft keine ausreichenden Margen mehr erzielt werden, um die Personal- und Sachkosten zu decken. Personalreduzierungen und schärfste Rationalisierung sind daher Maßnahmen, mit denen die Auslandsbanken in den nächsten Monaten konfrontiert sein werden. Parallel dazu sind Pläne im Gange, sich am Investmentgeschäft noch stärker zu engagieren. Ein Weg aus der Klemme liegt auch in dem Ausbau der Spezial-Serviceleistungen. Dazu gehören unter anderem Spezialfinanzierungen, beispielsweise im Export, Interest Swaps und das Wertpapiergeschäft.

Vor allem die angelsächsischen Auslandsbanken, die in Italien das Gros der ausländischen Niederlassungen stellen, denken in diesem Zusammenhang jetzt auch an die Entwicklung des Investment-Bankings. Die Zeiten scheinen ihnen dafür inzwischen auch in Italien reif, wo sich die Börsenkapitalisierung 1985 verdoppelt hat und wo das Risikokapital jetzt mehr und mehr eine ähnliche Rolle zu spielen beginnt wie in den anderen hochentwickelten westlichen Industrieländern.

GASTARBEITER / OECD plant stärkere Kooperation

Kaum noch legale Einwanderer

J. Sch. Paris

Für eine verstärkte internationale Zusammenarbeit im Bereich der Ausländerbeschäftigung haben sich die Regierungsvertreter der westlichen Industriestaaten auf einer dreitägigen Expertentagung in Paris ausgesprochen. Denn die Gastarbeiterprobleme könnten nicht mehr auf bilateraler Ebene gelöst werden, hieß es. Als „Katalysator" für multilaterale Verhandlungen biete sich die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) an.

Da alle OECD-Staaten mit hoher Ausländerbeschäftigung inzwischen einen Anwerbestopp verfügt haben, sei die legale Einwanderung weitgehend zum Stillstand gekommen. Jedoch bestehen zwischen den einzelnen Ländern große Unterschiede in der Behandlung der illegal eingewanderten oder beschäftigten Ausländer. Ihre Legalisierung wird von der Bundesregierung besonders strikt mit der Begründung abgelehnt, daß sich sonst der Sog für neue illegale Einwanderungen verstärken würde.

Auch gewährt die Bundesrepublik im Unterschied zu anderen Gastländern, insbesondere Frankreich, seit September 1984 keine Rückführungsprämien mehr. Ein neues Rückkehrförderungsgesetz ist nicht beabsichtigt. Dafür aber sollen die Kapitalhilfen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in den Rückkehrländern verstärkt werden. Gleichzeitig will Bonn die „Integration" der legalen Gastarbeiter fördern.

Seit dem Anwerbestopp ist die Zahl der Ausländer auf dem deutschen Arbeitsmarkt (Beschäftigte und Arbeitslose zusammengenommen) um rund 30 Prozent auf 1,82 Mill. (September 1985) zurückgegangen, während gleichzeitig die Ausländerbevölkerung um sechs Prozent auf 4,38 Mill. (Dezember 1985) zunahm. Das waren 7,1 Prozent der deutschen Gesamtbevölkerung und damit weniger als etwa in der Schweiz (14,5) und Belgien (9,0), aber mehr als in Frankreich (6,8), Schweden (4,7) und Holland (3,9 Prozent). Das größte Gastarbeiterkontingent stellen in der Bundesrepublik nach wie vor die Türken mit zuletzt 1,43 Mill.

Die Arbeitslosigkeit der Gastarbeiter liegt allgemein über dem Durchschnitt. In der Bundesrepublik hat sie sich zwischen 1983 und 1985 zwar um 13,3 Prozent vermindert, womit sie aber immer noch eine Quote von 13,9 Prozent erreichte.

NAHOST / Trotz sinkender Order harren Firmen aus der Bundesrepublik weiter aus

Ägypten für deutsche Investoren attraktiv

KAREN SÖHLER, Bonn

Die Auseinandersetzungen mit Libyen haben die Unruhe im Nahen Osten geschürt. Ziehen die ausländischen Unternehmen daraus Konsequenzen? Verändern sich ihre Beziehungen zu den Nachbarn Khadhafis und dem Rest der Region? Bislang ist davon wenig zu spüren. Viele ausländische Unternehmen harren aus. Sie wollen den Kontakt zu diesen Staaten, sei es Iran, Irak oder Ägypten oder auch Libyen, nicht verlieren. Außerdem kann das Risiko durch Versicherungen auf ein erträgliches Maß reduziert werden.

So denken und verhalten sich auch deutsche Unternehmen. Vor allem der Maschinen- und Anlagenbau ist relativ stark im Nahen Osten vertreten. Schließlich soll die Entwicklung der Infrastruktur nicht stoppen. Dennoch – einschränken müssen sich die Länder dieser Region. Viel seltener werden ganze Anlagen geordert.

Trotz deutlicher Einnahmenrückgänge in Ägypten gibt der Verband der deutschen Maschinen- und Anlagenbauer (VDMA) das Land als einen der stärksten Nachfrager an. Während es 1980 als Abnehmerland deutscher Produkte vom Iran, Irak, von Saudi-Arabien und Algerien abgeschlagen wurde, hat es sich inzwischen auf Rang drei nach Saudi-Arabien und Iran vorgearbeitet. Im vergangenen Jahr machte der deutsche Export dorthin rund 3,2 Mrd. DM aus. Der Abstand zu den Saudis betrug 2 Mrd. DM. 1986 dürfte sich die Kluft ein weiteres Mal verkleinern. Für seine Branche erklärt der VDMA die wachsende Zurückhaltung der Saudis nicht nur mit dem geschmälerten Geldbeutel, sondern auch mit der bereits vorhandenen guten Ausstattung mit Maschinen.

Gemessen an dem ganzen Volumen deutscher Ausfuhren in diese Region, das inzwischen nicht einmal mehr fünf Prozent der deutschen Exporte ausmacht, bleiben Iran (4,8 Mrd. DM) und Irak (2,5 Mrd. DM) wichtige Abnehmer. Die unterentwickelte Infrastruktur, vor allem in Irak, böte sogar sehr gute Absatzmöglichkeiten. Nach einem Kriegsende hoffen viele Unternehmen auf eine Auftragsflut. Deshalb halten sie, wie beispielsweise Siemens, ihre Vertretungen in Bagdad aufrecht.

Die schwache Infrastruktur macht auch Oman, Jordanien und Syrien zu ausbaufähigen Märkten. Dennoch bleibt der Markt des einzelnen Landes klein. Entsprechend wenig haben deutsche Unternehmen direkt in Nahost investiert. Es dürften kaum mehr als 3 Mrd. DM sein, bei insgesamt über 145 Mrd. DM deutscher Direktinvestitionen im Ausland (Stand 1984 laut Bundesbank). Das attraktivste Land ist Ägypten, in das deutsche Unternehmen bisher 1,04 Mrd. DM (Stand 1984) investierten.

Exportquoten sind strikt einzuhalten

dpa/VWD, Peking

Die Regierung in Peking hat ausländische Unternehmen, die sich zu Gemeinschaftunternehmen in China niederlassen, vor überzogenen Erwartungen in den chinesischen Markt gewarnt. In der offiziellen Wochenzeitung „Beijing Review" heißt es, Peking werde weiter an dem Grundsatz festhalten, daß Gemeinschaftsunternehmen der verarbeitenden Industrie den größten Teil ihrer Produkte exportieren müßten, um so die benötigten Devisen für ihren Betrieb selbst zu verdienen. Jeder ausländische Investor müsse sich strikt an die vertraglich festgelegte Exportquote halten, die in der Regel 70 Prozent und mehr beträgt. Gemeinschaftunternehmen, die in Devisenprobleme geraten, werde Peking nicht aus der Klemme helfen. Ausgelöst wurde die Debatte durch Schwierigkeiten des Gemeinschaftsunternehmens der American Motors Corp. (AMC), das in Peking Jeeps produziert.

RENTENMARKT / Erholung blieb wenig nachhaltig

Zinserwartungen gedämpft

Auch der Rentenmarkt befand sich in der letzten Woche in einem Wechselbad. Die teils kräftige Erholung zur Wochenmitte begünstigte vor allem die öffentlichen Anleihen. Daß diese Besserung wenig nachhaltig blieb, lag an dem schwachen US-Bondsmarkt, den man mangels anderer Anregungen stärker im Visier hielt. Der Tokioter Gipfel brachte keine neuen Perspektiven, negative resultierten eher aus den innenpolitischen Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik. Verstimmt hat auch der starke Anstieg der Zentralbank-Geldmenge im April, der Hoffnungen auf baldige zinssenkende Maßnahmen der Bundesbank dämpfte. (Py.)

Emissionen	16.5. 86	9.5. 86	30.12. 85	28.12. 84	30.12. 83
Anleihen von Bund, Bahn und Post	5,52	5,34	5,91	6,58	7,88
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	5,87	5,73	6,24	6,72	7,72
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	5,43	5,27	5,99	6,56	7,83
Schuldverschreibungen der Industrie	6,13	6,01	6,31	6,94	8,29
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	5,55	5,39	6,04	6,65	7,90
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	5,19	5,06	5,64	6,34	7,64
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,16	5,96	6,73	7,14	7,30
Inländische Emittenten insgesamt	5,55	5,39	6,03	6,64	7,89
DM-Auslandsanleihen	6,50	6,41	6,82	7,20	8,08

BLEYLE / Geschäftslage rapide verschlechtert

Eine Schrumpfkur verordnet

nl. Stuttgart

Das auf dem Gebiete gestrickter Oberbekleidung größte deutsche Unternehmen, die Stuttgarter Bleyle-Firmengruppe, die in ihren in- und ausländischen Werken rund 2000 Mitarbeiter beschäftigt, setzt zu einem drastischen Personalschnitt an. Die rund 1400 Beschäftigten im Inland sollen um etwa 20 Prozent reduziert werden. In diesem Zusammenhang wird das Werk Östringen stillgelegt. Außerdem soll der mit rund 400 Beschäftigten überbesetzte Verwaltungsbereich gestrafft und der Sitz der Zentrale (einschließlich Fertigung) in das Werk Ludwigsburg verlagert werden. Überdies ist die Schließung des Werks in Irland (über 70 Beschäftigte) vorgesehen.

Ausgangspunkt für diese Schrumpfkur ist die rapide verschlechterte Geschäftslage und der in 1985 entstandene „beträchtliche Verlust", den allerdings der Verwaltungsratsvorsitzende und persönlich haftende Mitgesellschafter der Bleyle KG, Kurt Bleyle, wie auch die beiden Geschäftsführer Hans-Dieter Steinke (er kam im Herbst 1985 von Etienne Aigner) und Hans Börger (früher Manager bei Kienzle Uhren und Junghans) nicht präzisieren mochten. Auch für 1986 sei aufgrund der Sozialpläne mit roten Zahlen zu rechnen, den break even werde man erst in 1987 erreichen.

Die Ursache für den in 1985 eingetretenen Umsatzrückgang von fünf Prozent auf 231 (1984: 242) Mill. DM in der Gruppe (ein Viertel Auslandsanteil), wobei die beiden Sparten „lady-fashion" und „men-fashion" im Umsatz sogar um 14 Prozent auf 137 Mill. DM abfielen, sieht Steinke vor allem in einer „nicht richtigen Einschätzung der Marktentwicklung". Bleyle habe seine eigenen Stärken nicht erkannt und am 18prozentigen Marktwachstum (seit 1981) für Strickwaren, nicht teilgenommen. Das Controlling sei nicht effektiv genug gewesen.

Die neue Geschäftsführung setzt nunmehr auf ein Unternehmenskonzept, das u. a. auch eine Reorganisation der Firmengruppe vorsieht. Unter der Holding Bleyle KG steht neuerdings die Bleyle Fashion GmbH & Co., in der die vorherigen Profit-Centers zusammengefaßt sind. Neben weiteren organisatorischen Maßnahmen soll auch die Werbung mittelfristig forciert werden. Zielgruppe von Bleyle bleibe vor allem „die 40jährige, die klassisch und aktuell gekleidet ist".

CONTI-GUMMI / Semperit schreibt bereits schwarze Zahlen – Aggressive Investitionspolitik wird fortgesetzt

Das flotte Ertragstempo beschleunigt sich weiter

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die Continental Gummi-Werke AG, Hannover, Nummer zwei unter den europäischen Reifenherstellern, setzt die steile Aufwärtsfahrt vor allem auf dem Gebiet der Ertragsverbesserung fort. Vorstandschef Helmut Werner und Finanzvorstand Horst W. Urban geben sich zwar bei ihren Prognosen zum Jahresergebnis traditionell zurückhaltend. Letztlich lassen sie aber keinen Zweifel daran, daß der im Jahresabschluß 1985 deutlich sichtbare positive Trend im laufenden Jahr anhält. Urban: „Wir würden die Dividende nicht von 6 Prozent auf 10 Prozent aufstocken, wenn wir Gefahr liefen, diesen Satz im nächsten Jahr wieder zurücknehmen zu müssen."

Das Unternehmen erreichte nach den Worten Werners im 1. Quartal 1986 mit einem Umsatz von 942 Mill. DM wieder das Vorjahresniveau, obwohl das „sehr gute und ertragsträchtige M+S-Reifengeschäft von 1985" nicht wiederholt werden konnte. Einschließlich der österreichischen Semperit-Reifen AG, die Mitte vorigen Jahres übernommen wurde, ergibt sich ein Konzernumsatz von 1,22 Mrd. DM (plus 19,1 Prozent). Als „erfreulich" wird die Ertragsentwicklung bezeichnet. Sie mache bessere Fortschritte, als sich dies aus den Umsatzzahlen ablesen lasse. Werner rechnet über das gesamte Jahr mit einem Umsatzplus von 3 Prozent.

Fortsetzen will Conti-Gummi seine aggressive Investitionspolitik. Nachdem die Investitionen bereits 1985 um 70 Prozent auf 254 Mill. DM stiegen, rechnet Urban 1986 mit einem Volumen von über 300 Mill. DM; in den Folgejahren würden diese Aufwendungen auf rund 400 Mill. DM wachsen und deutlich über den Abschreibungen (1985: 206 Mill. DM) liegen. Dabei behalte man auch den Erwerb neuer Beteiligungen im Auge, ohne daß es berits konkrete Projekte gebe. Die Übernahme der restlichen 25 Prozent-Anteile an Semperit will Conti „zum geeigneten Zeitpunkt" vornehmen.

Mit Stolz kommentierten Werner und Urban die Ergebnisse des Geschäftsjahres 1985. Vor dem Hintergrund weiter unbefriedigender Preise vor allem in der Pkw-Erstausrüstung und des schwierigen Umfeldes bei schweren Nutzfahrzeugreifen habe Conti hervorragend gearbeitet. Alle Konzernbereiche schrieben schwarze Zahlen. Semperit, für die frühestens 1986 der Break-even erwartet worden war, erwirtschaftete einen einstelligen Mill.-DM-Überschuß.

Für den Konzern wird ein Gewinn vor Steuern von 157,2 (100,9) Mill. DM ausgewiesen. Der Jahresüberschuß erreichte 77,2 (41,2) Mill. DM. Die AG erzielte einen Gewinn vor Steuern von 81,6 (49) Mill. DM. Das Konzernergebnis pro Aktie wuchs auf 19,78 (10,56) DM, das der AG auf 12,12 (6,92) DM. Urban: „Wir sind damit zufrieden, wollen aber hier nicht stehenbleiben." Die höhere Ertragskraft zeigt sich in dem auf 399 (274) Mill. DM gestiegenen Brutto-Cash-flow.

Der Konzernumsatz wuchs im Berichtsjahr um 41,6 Prozent auf gut 5 (3,5) Mrd. DM. Ohne Semperit ergibt sich noch immer ein Plus von 11,7 Prozent auf 3,9 (3,5) Mrd. DM. Der AG-Umsatz nahm auf 2,3 (2,1) Mrd. DM zu. Auf das Reifengeschäft entfielen 3,5 Mrd. DM. Erstausrüstung und Ersatzgeschäft teilen sich das Umsatzvolumen in etwa. DM. Der Konzernbereich Beteiligungen wuchs um 16,1 Prozent auf 334 Mill. DM. Die Problem-Tochter Vergölst verbesserte ihr Betriebsergebnis deutlich, wenngleich noch immer ein Verlust hingenommen werden mußte.

Auf Grund der erstmaligen Vollkonsolidierung der Semperit ermäßigte sich die Eigenkapitalquote in der AG von 39,9 Prozent auf 36,1 Prozent. Im Konzern ergab sich ein Rückgang auf 22,5 Prozent. Auch damit, so Urban, bewege sich Conti-Gummi noch immer im Durchschnitt der deutschen Industrie. Er strebe aber wieder eine Quote von über 30 Prozent an. Anfang 1986 hat die Gläubigerin des US-Dollar-Wandeldarlehens von 1979, die amerikanische Uni Royal, ihre Wandlungsrechte wahrgenommen. Das Grundkapital erhöhte sich dadurch um 8,5 Mill. DM auf 307,5 Mill. DM und das Eigenkapital um 20,7 Mill. DM auf 659 Mill. DM.

Conti-Gummi Konzern	1985	+%
Weltumsatz [1] (Mill. DM)	5 003	41,6
dav. AG	2 313	11,2
Auslandsanteil (%)	49,9	(40,1)
Sachinvestitionen	254	69,6
Sachabschreibungen	206	36,3
Mitarbeiter	31 683	20,41
Brutto-Cash-flow	399	45,7
Netto-Cash-flow	304	48,1
Jahresüberschuß	77,2	87,4
AG-Überschuß	37,2	103,3
Ergebnis vor Steuern	157,2	55,8
Gewinn pro Aktie		
im Konzern (DM)	19,78	87,3
in der AG	12,12	75,1
Dividende (DM)	5	66,7

[1] Semperit Reifen AG erstmals konsolidiert; Konzernumsatz ohne Semperit + 11,7 Prozent auf 3,95 Mrd. DM.

BAUBODEN

Ohne Blessuren durch die Krise

adh. Frankfurt

Als „letztlich guten Abschluß" qualifiziert Vorstand Thilo Köpfler das Ergebnis der Deutschen Bau- und Bodenbank AG, Frankfurt. Das Institut wird aus dem unverändert 17,8 Mill. DM ausmachenden Jahresüberschuß wieder sechs Prozent Dividende an die Mutter Deutsche Pfandbriefanstalt (Depfa) ausschütten und die offenen Rücklagen mit wiederum 10,5 Mill. DM dotieren; in annähernd der gleichen Höhe wurden die stillen Reserven aufgefüllt.

„Wenn wir noch die Struktur hätten, die wir vor zehn Jahren hatten, nämlich 80 Prozent Bauträgergeschäft und nur 20 Prozent Privatkundengeschäft, dann würde unser Jahresabschluß 1985 wohl mit einigen Blessuren versehen sein", betont Köpfler. Inzwischen machen dank gezielter Umstrukturierung seit einigen Jahren die Forderungen an Privatkunden rund 70 Prozent der Gesamtforderungen aus. Das Bilanzsummenwachstum um 3,7 Prozent auf 7,55 Mrd. DM resultiert vor allem aus einer Ausweitung des Rentenbestands.

HENGSTLER / Nur bescheidenes Wachstum erwartet

Schwung im Relaissektor

nl. Stuttgart

Der mit der Einführung der 38,5-Stunden-Woche verbundene Trend zu stärkerer Flexibilisierung der Arbeitszeiten verleiht nicht zuletzt auch dem Markt für Produkte der Zeiterfassung kräftige Impulse. Zugleich ist aber auf diesem Felde der Wettbewerb härter geworden, konstatiert man bei der in der Zeiterfassung zu den führenden Unternehmen zählenden Hengstler-Firmengruppe, Aldingen. Dort schätzt man, daß sich hierzulande gut 60 Anbieter um einen Markt im Volumen von etwa 130 Mill. DM (ohne Stempeluhren) „raufen".

In 1985 hat Hengstler in der Sparte elektronischer Zeiterfassungsgeräte seinen Umsatz um 9,2 Prozent auf 46 Mill. DM gesteigert, wobei der Auslandsanteil 61 Prozent betrug. Daß sich die beträchtliche zweistellige Zuwachsrate beim inländischen Auftragseingang nur relativ wenig in den Umsatzzahlen niederschlug, lag an dem gestiegenen Zeitaufwand für die Software-Erstellung, so daß ein Großteil des Geschäfts von der Fakturierung her in das neue Jahr hineinläuft.

Alles in allem rechnet man bei der Hengstler-Gruppe nach Darstellung des geschäftsführenden Mitgesellschafters Helmut Müller, daß das Geschäftsjahr 1986 „ein bescheideneres Wachstum" bringen und ein „Jahr der Normalisierung" sein werde. In 1985 war der konsolidierte Gruppenumsatz um 9,8 Prozent auf 199 Mill. DM angestiegen, bei einem Auslandsanteil von stabilen 63 Prozent. Mit Abstand größter Umsatzträger (63 Prozent Anteil) war wiederum die Zähler/Printer-Sparte.

Die größte Dynamik wies die Sparte Relais und Bauelemente auf, in der sich der Umsatz um 18 Prozent auf 19,6 Prozent ausweitete. Hier verspricht man sich größere Markterfolge. Die Sparte der Feinwerktechnik brachte einen Umsatz von 6,3 Mill. DM (plus 14,5 Prozent). Zur Ertragslage heißt es die Umsatzrendite habe ähnlich hoch wie im Vorjahr (2,5 Prozent nach Steuern) gelegen.

Investiert wurden bei der Muttergesellschaft J. Hengstler KG, die durch Umstrukturierung der Gruppe seit Jahresbeginn Holdingfunktion wahrnimmt, 5,3 Mill. DM, das sind über 30 Prozent mehr als die Abschreibungen. Die Eigenkapitalquote beläuft sich auf über 40 Prozent. Die Firmengruppe, die in USA, Großbritannien und Japan produzierende Töchter und in einer ganzen Reihe anderer Länder Vertriebsgesellschaften unterhält, beschäftigt insgesamt knapp 1800 Mitarbeiter, davon gut 1200 im Inland.

Schwank-Gruppe: Rapides Wachstum

J. G. Düsseldorf

Im besten Jahr ihrer 35jährigen Geschichte hat die Kölner Familienfirma Schwank GmbH 1985 den Stammhaus-Umsatz um 38 (8) Prozent auf 23,9 Mill. DM und nebst Auslandstöchtern den Gruppenumsatz mit 362 (325) Beschäftigten um 21 (16) Prozent auf 70 Mill. DM gesteigert. Unternehmer Bernd Schwank, der mit seiner Produktidee der Gas-Infrarot-Strahler (vor allem zur energiesparenden Beheizung von Industriehallen) zum größten deutschen Produzenten wurde, nennt die Nettorendite mit 10,4 (8,1) Prozent des GmbH-Umsatzes und schüttete ob dieses „ausgezeichneten" Ergebnisses an jedem der 129 (122) Kölner Mitarbeiter eine Gewinnbeteiligung von 2300 DM aus.

Der Gruppenumsatz stammt nun etwa je zur Hälfte aus dem europäischem und dem nordamerikanischem Markt. Auf letzterem, wo Schwank seit 1981 mit eigener Fabrik vertreten ist, wuchs der Umsatz im 1. Quartal 1986 sogar um weitere 30 Prozent. Das laufende Jahr sieht Schwank beim Stammhaus unter dem Zeichen von „Konsolidierung und Festigung der erreichten Position", während der Gruppenumsatz trotz (rechnerischer) Dämpfung aus der Dollarschwäche noch um etwa 7 Prozent steigen soll.

SÖHNLEIN / Im Spirituosengeschäft gut entwickelt

Sekt fließt weiter in Strömen

adh. Frankfurt

Deutlich überschrittene Ziele und eine Festigung der Marktstellung registriert die Söhnlein Rheingold KG, Wiesbaden, zur Zufriedenheit von Helmut Rings, Sprecher der Geschäftsleitung, für das Jahr 1985. Insgesamt verbuchte das zur Oetker-Gruppe gehörende Unternehmen beim Sektabsatz ein Plus von 13 Prozent auf 35,5 Mill. Flaschen und legte damit deutlich stärker zu als die Gesamtbranche (plus sechs Prozent).

Dabei wurden von der Spitzenmarke („Fürst von Metternich") acht Prozent mehr verkauft (6,5 Mill. Flaschen), die Marke „Brillant" wuchs um elf Prozent auf 17,8 Mill. Flaschen. Auch im nach wie vor insgesamt stagnierenden Spirituosenmarkt hat sich Söhnlein gut und stärker als der Gesamtmarkt entwickelt. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr 5,8 Millionen Flaschen oder 18 Prozent mehr als im Vorjahr abgesetzt.

Zum Umsatz, der um 14 Prozent auf 285 (i. V. 251) Mill. DM gestiegen ist, haben die Spirituosen mit 23 Prozent beigetragen, Sekt blieb mit 77 Prozent Anteil wie in den Vorjahren der größte Umsatzträger. Wie in den Vorjahren wollte die Unternehmensführung von Söhnlein auch diesmal über den Ertrag keine Angaben machen. Angesichts der positiven Absatzentwicklung dürfte er aber deutlich besser als im Vorjahr ausgefallen sein.

Doornkaat steigt bei Emig-Fruchtsaft ein

hdt. Norden

Die Doornkaat AG, Norden, die bereits seit 1972 mit der Emig-Fruchtsaft GmbH & Co., Eberbach, kooperiert, hat die mehrheitliche Kapitalbeteiligung an diesem Unternehmen übernommen. Emig produziert in Eberbach, Waibstadt, Springe und Berlin, die Tageskapazität liegt bei rund zwei Mill. Litern, das Umsatzvolumen bei etwa 200 Mill. DM. Ziel der Maßnahme ist laut Jochen Buschbeck, Vorstandsvorsitzender bei Doornkaat, „die Zusammenführung der alkoholfreien Interessen des Hauses Doornkaat mit dem Know-how und der Marktstellung der Firma Emig, um die Chancen der Wachstumsmärkte Fruchtsaft und Mineralwasser besser nutzen zu können".

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Gewinnschwelle in Sicht

Fürth (dpa/VWD) – Die Grundig AG, Fürth, wird 1986 und 1987 ihre Sachanlageninvestitionen um rund ein Drittel auf etwa 290 Mill. DM erhöhen. Der Schwerpunkt liege dabei in der Videorecorder- und Farbfernsehgeräte-Endmontage. Dies kündigte Vorstandsvorsitzender Hermanus Koning an. Zugleich stellte Koning das Erreichen der Gewinnschwelle bis Ende des Jahres in Aussicht. Die Umstrukturierung des Konzerns sei weniger schwierig als erwartet verlaufen.

Höhere Bilanzsumme

Düsseldorf (Py.) – Die CTB-Bank GmbH Thielert & Rolf KG, Essen, hat 1985 ihre Bilanzsumme um 6,9 Prozent auf 226 Mill. DM gesteigert. Das Institut übertraf mit 107 Mill. DM an neu herausgelegten Konsumentenkrediten das Neugeschäft um elf Prozent. Das Gesamtkreditvolumen erhöhte sich um 6,3 Prozent auf 168 Mill. DM. Die Kundeneinlagen stiegen auf 152 (149) Mill. DM. Die Forderungen an Nichtbanken werden fast völlig durch Kundeneinlagen refinanziert. Die Eigenmittel von 17,6 (17,0) Mill. DM machen 8,1 Prozent der Bilanzsumme aus. Die Ertragslage wird als „angemessen" bezeichnet.

Electronic 2000: 20 DM

München (VWD) – Die Electronic 2000 Vertriebs-AG, München, schlägt der Hauptversammlung am 11. Juni vor, den Bilanzgewinn von 4,5 Mill. DM zur Zahlung einer Dividende von 20 DM je Aktie zu verwenden.

Schweppes kauft Sunkist

London (dpa/VWD) – Der britische Getränke- und Süßwarenhersteller Cadbury Schweppes will vom US-Konzern RJR Nabisco Inc. dessen Tochterunternehmen Canada Dry und Sunkist kaufen. Ein Sprecher von Cadbury Schweppes bestätigte, daß die Verhandlungen „gute Fortschritte" machten. Ein Abschluß könne möglicherweise noch in dieser Woche erzielt werden. Mit dem Kauf von Canada Dry und Sunkist würde Schweppes zum drittgrößten Getränkehersteller der Welt. Der Jahresumsatz mit rund 35 000 Beschäftigten betrug 1985 weltweit knapp 2,02 Mrd. Pfund (7,6 Mrd DM).

Wieder ohne Dividende

Weingarten (VWD) – Wieder keinen Dividendenvorschlag für das Geschäftsjahr 1985 enthält die Einladung der Maschinenfabrik Müller-Weingarten AG, Weingarten, zur HV am 27. Juni. Der Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 1985 von rund 74 000 (Vorjahr: 34 700) DM soll auf neue Rechnung vorgetragen werden. Das Aktienkapital von unverändert 21 Mill. DM wird zu über 50 Prozent von der Fritz Müller GmbH & Co., Esslingen, gehalten.

Wochenschlußkurse

New York

	14.5.	9.5.
Adv. Micro Dev.	26,125	28,25
Aetna Life	67,625	60
Alcan Aluminium	28,875	27,125
Alcoa	38,125	40,25
Allied Signal	49,25	49,625
AMR Corp.	54,625	55,25
Amax	14,25	14,75
Am. Cyanamid	70,25	72,625
Am. Express	57,5	58
Am. Motors	4	4,25
Am. Tel. & Telegr.	23,75	25,125
Amoco Corp.	64	64,5
Asarco	17	18,375
Atlantic Richfield	55,25	58,125
Avon Products	32	34
Bally	22	23,5
Bk. of America	16,5	16,875
Bethlehem Steel	14,125	15,875
Black & Decker	21,25	23
Boeing	54,375	57,5
Brunswick	33,375	33,125
Burroughs	58	61,875
Caterpillar	50	52,125
CBS	134,75	137
Celanese	204,5	208,375
Chase Manhattan	40	42,5
Chrysler	35,875	38,375
Citicorp	56,125	57,125
Clorox	51,25	51,875
Coca-Cola	107,25	108,125
Colgate	37,25	37,75
Commodore	6,875	7,5
Commonw. Edison	30,5	31,25
Comm. Satellite	34,875	34,5
Control Data	23,375	23,75
CPC Int.	61,125	64
Curtiss Wright	51,25	50
Deere	32,375	34,75
Delta Airlines	43	45,5
Digital Equipm.	[illegible]	177,75
Dow Chemical	52,25	54
Du Pont	78,75	78
Eastern Gas-Fuel	25,75	27,5
Eastman Kodak	57	56,625
Enron	39,625	39
Exxon	57,375	58,75
Firestone	23,25	23,5
Fluor	18,5	18,5
Ford	73,875	79,5
Foster Wheeler	13,75	13,375
Fruehauf	39,375	41,125
GAF Corp.	67	71,5
General Dynamics	76,25	82,375
General Electric	79,5	74,75

	16.5.	9.5.
General Instr.	21,5	21,5
General Motors	75,125	78,125
Gen. T. & E.	48,75	50,125
Global Nat. Res.	3,5	3,375
Goodrich	38,5	38,875
Goodyear Tire	29,5	31,625
Grace	57,75	58,875
Halliburton	20	20,625
Heinz	39,875	41,375
Hewlett Packard	43,25	45,25
Homestake	20,375	21,125
Honeywell	75,25	80,25
IBM	144,875	149,875
Int. Tel. & Tel.	44,875	47,5
Int. Paper	54,625	54,625
Jim Walter	41,375	44
Litton Industries	85,375	87,125
Lockheed Corp.	52,875	54,375
Loew's Corp.	64,125	64,5
Lone Star	33,875	34,4
Louisiana Land	30,25	29,75
LTV Corp.	7,25	7,25
Mc Dermott	16,75	16,75
Mc Donnell Doug.	78,625	82,25
Merck & Co.	182,125	179,875
Merrill Lynch	35,25	34,625
Mesa Petroleum	3,575	3,125
Minnesota M.	99,625	101,125
Mobil Oil	30	30,375
Monsanto	65,875	40,25
Morgan J.P.	73,375	76,375
Nat. Semiconductor	13,125	14,25
Navistar Int. Corp.	9,5	10,5
NCR	50,625	53,5
Newmont	45,875	44
PanAm World	6	6,375
Pfizer	57,75	60,25
Philip Morris	62,625	64,75
Phillips Petroleum	10,125	10,375
Pittston	13,75	14,875
Polaroid	60,125	61,5
Prime Computer	20,5	21
Procter & Gamble	73,625	72,5
RCA	65,5	65,4
Revlon	15,75	17,75
Reynolds Ind.	40,875	42,75
Rockwell Int.	45,25	44,375
Rorer Group	38,5	39,5
Salomon	49,875	–
Schlumberger	30	31,125
Sears Roebuck	43,5	45,875
Singer	50,125	51,375
Sperry Corp.	73,375	73
Stand. Oil Calif.	39,75	40,75
Storage Techn.	4,125	4,375
Tandy	39,5	39,625
Teledyne	332,25	334,625
Telex Corp.	60,375	64,625

	14.5.	9.5.
Tesoro	11,375	12,375
Texaco	32,125	33
Texas Instrum.	138,25	137
Tosco	3,875	4,375
Turner Broadcast.	25,875	24,125
Trans World Corp.	43,75	43,125
Transamerica	34	35,5
Travelers	49,75	50,125
UAL	57,875	59,625
Ucal Corp.	27	32,125
Union Carbide	22,75	23,125
Union Oil of Calif.	22,375	24,25
US Gypsum	78,5	75,625
US Steel	20,125	21
United Technologies	47,75	50
Walt Disney	43,625	46,25
Warner Comm.	45,625	48,25
Westinghouse El.	51	54,375
Weyerhaeuser	33,75	35,125
Whittaker	25,25	25,625
Woolworth	80,5	78
Xerox	57,125	59,75
Zenith Radio	27,625	29
Dow Jones Index	1759,47	1789,43
Stand. & Poors	232,77	237,35

Toronto

	14.5.	9.5.
Abitibi-Price	24,75	25
Alcan Alu.	39,875	40,25
Bk. of Montreal	32,875	33,75
Bk. of Nova Scotia	14,375	14,25
Bell Cda Enterprises	39,5	39,125
Bluesky Oil	2,65	2,6
Bow Valley Ind.	11,375	10,5
Brenda Mines	8,25	–
Brunswick M & Sm.	12,75	13
Cdn. Imperial Bk.	1,375	19,75
Cdn. Pacific Ltd.	16,625	17,125
Cominco	12,5	11,5
Coseka Res.	1,38	1,5
Denison Mines	7,875	7,75
Dome Petroleum	1,67	1,85
Donohue	29,5	31,25
Falconbridge Ltd.	20,75	20,875
Great Lakes Forest	24,75	24
Gulf Canada	15,375	15,25
Gulfstream Res.	0,61	0,62
Hiram Walker Res.	34,625	34,625
Hudson Bay Mng. Sp.	7,5	7,875
Husky Oil	8,5	8,5
Imperial Oil -A-	43,125	42,375
Inco	17,875	16,625

	16.5.	9.5.
Inter City Gas Ltd.	15,375	15,375
Interprov. Pipeline	44,5	43,5
Kerr Addison	16,125	16,375
Lac Minerals	21,375	21,625
Massey Ferguson	3,5	3,2
Moore Corp.	33,25	34,875
Noranda Mines	17,875	17,875
Norcen Energy Res.	13,5	11,375
Northgate Expl.	4,4	4,75
Northern Telecom.	40,5	41,25
Nova An Alberta 'A'	4,8	4,9
Nu West Group	0,37	0,3
Oakwood Petrol	–	3,8
Placer Development	22,75	22,25
Provigo Inc.	19,75	19,75
Ranger Oil	5,375	5,5
Revenue Properties	2,75	2,65
Rio Algom	25	23,5
Royal Bk. of Can.	32	32,75
Seagram	77,125	79,875
Shell Canada	23,375	23,5
Sherritt Gordon	6,625	6,75
Stelco -A-	24,75	25,875
TransCdn. PipeLines	18,25	18,75
Westcoast Transm.	14,25	14,125
Index: TSE 300	3044,30	3046,20

Tokio

	17.5.	9.5.
Alps	1930	1980
Bank of Tokyo	779	782
Banyu Pharma	986	883
Bridgestone Tire	647	614
Canon	1020	1050
Daikin Kogyo	750	780
Daiwa House	1320	1440
Daiwa Sec.	1380	1440
Eisai	1490	1510
Fuji Bank	1460	1480
Fuji Photo	2270	2280
Fuji Radio	–	3520
Hitachi	884	895
Honda	1170	1170
Ikegai Iron	416	440
Isetan	700	998
Ito Yokado	3880	4020
Japan Air	9700	9410
Japan Met.	–	385
Japan Syn. Rubber	421	427
Kajima	738	815
Kansai Elec.P.	2270	2390
Kao Soap	1410	1510

	17.5.	9.5.
Kawasaki H	153	156
Kawasaki S	156	160
Kirin Brewery	1150	1250
Komatsu	475	490
Kubota Iron	345	346
Kyocera	4520	4420
Makita El.	1120	1210
Marui	2330	2530
Matsushita El. Ind.	1480	1520
Matsushita El. Wks.	1300	1380
Mitsubishi CP	681	753
Mitsubishi El.	347	354
Mitsubishi Estate	1550	1690
Mitsubishi Heavy I.	367	380
Mitsui Co. Ltd	451	459
Mitsukoshi	960	1050
Mitsumi El	1190	1140
Nichicon	–	843
Nihon Cement	510	530
Nikko Sec.	955	1010
Nippon El.	1490	1500
Nippon Kokan	136	137
Nippon Oil	1120	1190
Nippon St.	161	175
Nippon Yusen	380	410
Nissan Motor	544	553
Nomura Sec.	1880	2000
Olympus	1180	1240
Penta-Ocean	560	605
Pioneer	2490	2250
Renown	908	977
Ricoh	904	950
Sankyo	1520	1390
Seiyu Stores	1300	1330
Sekisui Pref.	1120	1210
Sharp	985	940
Shiseido	1840	1920
Sony	3590	3640
Sumitomo Bank	1780	1890
Taisei Corp.	457	505
Taisho Marine	691	740
Takeda Chem.	1420	1470
Teijin	490	520
Tokyo Elec.	1180	1220
Tokyo Gas	389	393
Tokio Marine	1140	1200
Tokyo El. Power	3700	3870
Toray Ind.	535	560
Toshiba Elec.	416	417
Toto	1280	1280
Toyo Kogyo	387	398
Toyota Motor	1480	1580
Yamaichi	969	989
Yamanouchi	3240	3210
Yamaha	722	718
Yamazaki	1300	1310
Index	1237,11	1280,80

SINN / Hohe Investitionen – Anhaltend gute Erträge

Eine Mark mehr Dividende

Py. Köln

Entgegen den ungünstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in einigen der jetzt 20 überwiegend nordrhein-westfälischen Standorte der Kölner Textil-Einzelhandelsfirma Sinn AG, hat das Unternehmen 1985 seine positive Entwicklung fortgesetzt. In Umsatz und Ertrag wurde das Vorjahr wieder übertroffen.

Die Sinn AG hatte eine Umsatzsteigerung um 12 (15) Prozent auf 540 Mill. DM. Im Konzern wuchs er um 8 (14) Prozent auf 607 Mill. DM. Der Einzelhandelsumsatz der Sinn AG wuchs auch um die Mitte 1984 hinzugekommenen drei Weiser-Häuser bereinigt noch um 3,5 Prozent. Die Verkaufsfläche erhöhte sich auf 66 500 (65 100) qm. Im Jahresschnitt wurden 2737 (2715) Mitarbeiter beschäftigt.

Das Geschäftsjahr 1985 stand im Zeichen verstärkter Investitionstätigkeit (18,6 nach 7,3 Mill. DM). Der auf 8220 (8550) DM gesunkene Umsatz je qm Verkaufsfläche und 302 000 (308 000) DM je Verkaufskraft verdeutlichen das Leistungsgefälle zwischen dem nochmals gestiegenen Niveau des Sinn-Altbestands und den bereits spürbar angehobenen Werten der Weiser-Häuser.

Aus dem Jahresüberschuß von 6,8 (5,6) Mill. DM (im Konzern 7,3 nach 6,1 Mill. DM) fließen 2,5 (2,8) Mill. DM in die Rücklagen. Die Aktionäre des im Herbst 1984 an die Börse gegangenen Unternehmens erhalten eine auf 7 (6) DM je 50-DM-Aktie erhöhte Dividende, einschließlich Steuergutschrift 10,94 DM auf das 30 Mill. DM betragende Grundkapital. Der Gewinn je Aktie wird nach DVFA mit 15,36 (14,12) DM angegeben, der Netto-Cash-flow je Aktie betrug 28,22 (29,68) DM.

Die Konzernbilanz weist Eigenmittel von 72,9 (69,8) Mill. DM aus. Bei auf 175 (184) Mill. DM verringerter Bilanzsumme erhöhte sich ihr Anteil auf 41,6 (38) Prozent. Den Eigenmitteln stehen bei langfristigen Schulden von nur 9,4 (10) Mill. DM flüssige Mittel von 41 (67) Mill. DM gegenüber. *Der Sinn-Umsatz des 1. Tertials 1986* weist ein Plus von 2,8 Prozent aus. Die Erträge wurden weiter verbessert.

WWK-VERSICHERUNGEN / Neues Überschußsystem bei Leben

Neugeschäft kräftig verbessert

DANKWARD SEITZ, München

Nach dem bislang „zufriedenstellenden" Geschäftsverlauf in den ersten drei Monaten 1986 erwartet die WWK Lebensversicherung a. G., München, wieder ein „recht gutes Jahr". Besondere Impulse verspricht sich Vorstandsvorsitzender Franz Josef Schwarz vor allem aus der Einführung eines neuen Überschußsystems. Dieses beinhaltet, daß ab Vertragsbeginn ein zusätzliches beitragsfreies Sterbegeld von 30 Prozent der Vertragssumme gezahlt wird. Erst wenn nach etwa zwei Dritteln der Vertragsdauer die Überschußbeteiligung die Höhe des Sterbegeldes übersteigt, entfällt dieses.

Einen „gut zufriedenstellenden" Abschluß konnte die WWK schon für 1985 präsentieren, das für die deutschen Lebensversicherer insgesamt kein schlechtes Jahr war. Dies nicht nur, weil das Neugeschäft diesmal nach einem Minus von 1,5 Prozent im *Vorjahr um 12,9 Prozent wuchs.* Deutlich besser hat man damit auch im Vergleich zur Branche (plus 3,9 Prozent) abgeschnitten. Absoluter Geschäftsschwerpunkt der WWK *blieb dabei mit einem Anteil von* 976,3 Mill. nach 905,6 Mill. DM (plus 7,8 Prozent) die Großlebenversicherung (Branche: plus 5,9 Prozent).

Als besonders erfreulich bezeichnete Schwarz den weiteren Rückgang der Stornoquote. Dies und die höheren Kapitalerträge führten zu einer Verbesserung des Bruttoüberschusses um 11,6 Prozent auf 292,0 Mill. DM. Nach Abzug der Direktgutschrift von diesmal 70,1 (62,1) Mill. DM verbleibt ein Rohüberschuß von 226,8 Mill. DM (plus 11,1 Prozent).

Auf ein gutes Geschäftsjahr 1985 kann auch die Tochter WWK Allgemeine Versicherung AG zurückblikken. Ihr Prämienvolumen nahm um 9,1 Prozent auf 44,2 Mill. DM zu. „Ungleich besser" als im Vorjahr, so Schwarz, war der Schadenverlauf. Die Schadenquote sank auf brutto 63,9 (80,4) Prozent. Das versicherungstechnische Ergebnis stieg auf 3,4 (1,5) Mill. DM, wobei auch die Hausratsparte nach einigen Verlustjahren einen Gewinn brachte. In der allgemeinen Rechnung brachten die 38,5 (39,0) Mill. DM Kapitalanlagen *Erträge von 2,96 (3,1)* Mill. DM. Aus dem Bilanzgewinn von 1,3 (0,6) Mill. DM wird anläßlich des 25jährigen Jubiläums die Dividende auf 16 (12) Prozent angehoben *und ein* Bonus von 4 (3) Prozent ausgeschüttet.

WWK-Leben	1985	±%
Versicherungsbestand (Mill. DM)	13 475	+ 5,6
eingel. Neugeschäft	1 263	+ 12,8
Beitragseinnahmen	480	+ 5,2
Aufw. f. Vers.-Fälle	180	+ 19,8
Kapitalanlagen [1]	4 735	+ 10,2
Kapitalerträge	358	+ 10,1
Durchschn.-Rendite (%)	7,65	(7,67)
Aufw. f. Beitragsrückerstattung [2]	292	+ 11,6
Rückstellung für Beitrags-Rückerstattg.	579	+ 19,4
	1985	1984
Stornoquote [3]	4,9	5,4
Verwalt.-Kostenquote [4]	4,8	5,3
Abschl.-Kosteenquote [5]	48,3	48,2
Überschußquote [6]	64,5	61,0

[1] ohne Depotforderungen; [2] einschl. 70,1 (62,1) Mill. DM Direktgutschrift; [3] Rückkauf, Umwandlung i. beitr.-freie Versich. u. sonst. vorzeitiger Abgang in % d. Anfangsbestands; [4] sonst. Aufw. d. Vers.-Geschäfts i. % d. Beitr.; [5] i. Promille d. eingel. Neugeschäfts; [6] Bruttoüberschuß in % d. Beiträge.

RANK XEROX / Mutter erwirbt Genußrechte

Negativer Trend gestoppt

Py. Düsseldorf

Mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen der *Umstrukturierung,* der Kostensenkung und der Zukunftsinvestitionen hat die Rank Xerox GmbH, Düsseldorf, im Geschäftjahr *1984/85 (31. 10) den* Negativtrend der vorangegangenen Jahre in einigen Bereichen gestoppt.

Zwar reichte die Trendumkehr nicht aus, „um die *Ertragssituation* vollständig zum Positiven zu wenden", heißt es in einer Erklärung der Geschäftsführung zum Jahresbericht. *Deshalb würde die* Neustrukturierung fortgesetzt. Sie habe nicht nur das Ziel, die Effektivität und Verkaufsproduktivität zu steigern, sondern auch die Präsenz beim Kunden zu verbessern.

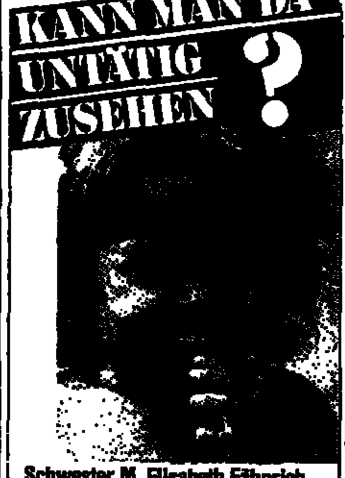
Eine wesentliche Voraussetzung für die Verringerung des Jahresfehlbetrags von 50,6 auf 39,7 Mill. DM war die Schrumpfung des Geschäftsstellennetzes von 31 auf 13. Unter Ausnutzung der normalen Fluktuation wurde die Zahl der Mitarbeiter von 3751 auf 3376 gesenkt.

Damit sanken zwar auch die Personalaufwendungen von 298 auf 278 Mill. DM, doch belasteten die notwendigen Rückstellungen von 10 Mill. DM für soziale Härtefälle bei der Umstrukturierung das Ergebnis. Mit dem Verlustvortrag von knapp 33 Mill. DM beträgt der Bilanzverlust jetzt 72,5 Mill. DM.

Der Rank Xerox-Umsatz hielt sich mit 812 Mill. DM knapp auf Vorjahreshöhe. Dabei sanken die Umsätze *im Miet- und Kaufbereich, was je*doch durch gestiegene Umsätze aus Wartungsverträgen ausgeglichen wurde. Erneut mußten höhere Abschreibungen (4 Mill. DM) an nicht mehr zu vermarktenden älteren Maschinengenerationen verkraftet werden.

Die Einführung neuer Produkte erforderte überproportionale Vorleistungen. Die für das Unternehmen erkennbare Trendumkehr hat die britische Muttergesellschaft bewogen, sich bei dieser absehbaren positiven Entwicklung finanziell zu engagieren. Ende März 1986 wurden von der deutschen Tochter für 50 Mill. DM Genußrechte erworben, deren Rückzahlung aus den zu erwartenden zukünftigen Gewinnen erfolgt.





DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714
Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11–13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

Unser Geschäftsjahr 1985.

Allgemeine Daten

Gründung der Stammgesellschaft: 1899

Hauptverwaltung und Forschungszentrum:
Kali-Chemie Aktiengesellschaft,
3000 Hannover 1, Hans-Böckler-Allee 20.

Zahl der Mitarbeiter:
6.943 (KC-Gruppe), 2.454 (AG).

Werke Inland: Bad Hönningen mit Brenk/Eifel, Bad Wimpfen, Heilbronn mit Herrlingen, Neustadt, Nienburg.

Wesentliche Beteiligungsgesellschaften:
32 Gesellschaften in Europa und Übersee.

Vorstand:
Konsul Cyril Van Lierde (Vorsitzender),
Dipl.-Ing. Heinz Blessmann,
Dr. med. Herman Geuens,
Konsul Günther Tilk,
Dr. rer. nat. Günter Wehrmeyer.

Vorsitzender des Aufsichtsrats:
Hilmar Kopper, Frankfurt/Main,
Mitglied des Vorstands der Deutschen Bank AG.

Mehrheitsaktionär:
Deutsche Solvay-Werke GmbH, Solingen,
Tochtergesellsch. der Solvay & Cie., S.A., Brüssel.

Zahlen auf einen Blick

Werte in Mio. DM	1985	1984
Umsatz KC-Gruppe	1.806,1	1.596,6
Umsatz AG	684,9	638,6
Anlagevermögen	319,8	266,4
Umlaufvermögen	244,0	287,1
Grundkapital	125,0	125,0
Rücklagen	53,8	44,8
Bilanzsumme	563,8	553,5
Investitionen	117,7	66,8
Abschreibungen	63,6	52,1
Personalaufwand	168,0	156,0
Steuern vom Ertrag	40,9	36,5
Jahresüberschuß	*45,0*	*39,0*
Cash-flow	140,9	133,0
Dividendensumme	36,0	30,0
Dividende je Aktie *im Nennwert von* DM 50,– (in DM)	12,00[1]	12,00

[1] auf das in der Hauptversammlung am 16.5.86 um 25,0 Mio. DM aus Gesellschaftsmitteln erhöhte Grundkapital von 150,0 Mio. DM

Bilanzübersicht 31. 12. 1985

AKTIVA	Mio. DM	%
Anlagevermögen	319,8	56,9
Vorräte	67,9	12,1
Forderungen an verbundene Unternehmen	42,7	7,6
Sonstiges Umlaufvermögen	131,2	23,4
Bilanzsumme *	561,6	100,0

PASSIVA	Mio. DM	%
Eigenkapital	189,1	33,7
Langfr. Verbindlichkeiten inkl. Pensionsrückstellungen	203,9	36,3
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	18,6	3,3
andere kurzfr. Verbindlichkeiten inkl. Bilanzgewinn	150,0	26,7
Bilanzsumme *	561,6	100,0

* nach Aufrechnung mit der Pauschalwertberichtigung

Gewinn- und Verlustrechnung 1985

	Mio. DM
Umsatzerlöse	684,9
Bestandserhöhung	0,9
Andere aktivierte Eigenleistungen	2,8
Gesamtleistung	688,6
Materialaufwand	333,7
Personalaufwand	168,0
Abschreibungen auf Sachanlagen	34,8
Steuern	40,9
Übrige Aufwendungen	160,2
Beteiligungserträge	50,7
Übrige Erträge	43,3
Jahresüberschuß	45,0
Einstellung in die freie Rücklage	9,0
Bilanzgewinn	36,0

Der ungekürzte Jahresabschluß zum 31. 12. 1985 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk wird nach der Hauptversammlung im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Produkte und Märkte

Die Kali-Chemie-Gruppe produziert und vertreibt weltweit zusammen mit ihren Beteiligungsgesellschaften die Produkte ihrer Sparten:

- **Alkalien/Erdalkalien**
- **Bioprodukte**
- **Fluorprodukte**
- **Katalysatoren/Chemikalien**
- **Pharmazeutika**

Verkaufsbüros in der Bundesrepublik Deutschland:

NORD
Hans-Böckler-Allee 20
3000 Hannover 1
Tel.: (0511) 857-1
Telex: 922755

MITTE
Langhansstraße 6
5650 Solingen 11
Tel.: (0212) 704597/98/99/590
Teletex: (17) 2122338

SÜD
Stafflenbergstraße 24
7000 Stuttgart 1
Tel.: (0711) 242692/93
Teletex: (17) 711396

BERLIN
Kurfürstenstraße 84
1000 Berlin 30
Tel.: (030) 2611085/86
Telex: 183669

Vertreten in über 100 Ländern in Europa und Übersee.

KALI CHEMIE

Ein Unternehmen der Solvay-Gruppe

Markt- und Kühlhallen Aktiengesellschaft, Hamburg

Wertpapier-Kenn-Nr. 656 900

Wir laden hierdurch die Aktionäre unserer Gesellschaft zu der

ordentlichen Hauptversammlung

ein, die am 27. Juni 1986, um 11.00 Uhr im Weißen Saal des Hotel Atlantic, Hamburg, An der Alster 72, stattfindet.

Nähere Angaben über die Tagesordnung sowie die erforderliche Hinterlegung der Aktien zur Ausübung des Stimmrechts in der *Hauptversammlung bitten wir der im Bundesanzeiger Nr. 90 vom* 17. Mai 1986 erfolgten Bekanntmachung zu entnehmen.

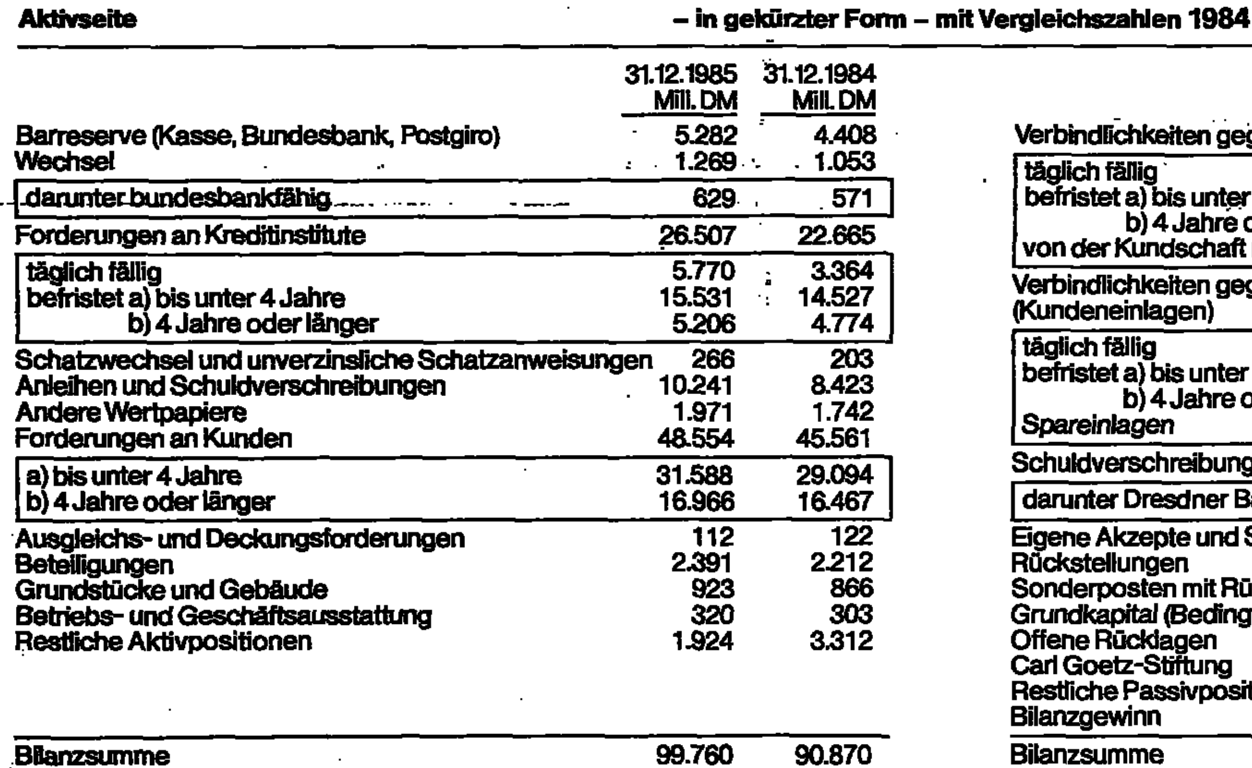
Hamburg, den 20. Mai 1986 — Der Vorstand

Dresdner Bank Aktiengesellschaft

Jahresbilanz zum 31. Dezember 1985



Aktivseite — in gekürzter Form – mit Vergleichszahlen 1984 — **Passivseite**



Aktivseite	31.12.1985 Mill. DM	31.12.1984 Mill. DM
Barreserve (Kasse, Bundesbank, Postgiro)	5.282	4.408
Wechsel	1.269	1.053
darunter bundesbankfähig	629	571
Forderungen an Kreditinstitute	26.507	22.665
täglich fällig	5.770	3.364
befristet a) bis unter 4 Jahre	15.531	14.527
b) 4 Jahre oder länger	5.206	4.774
Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen	266	203
Anleihen und Schuldverschreibungen	10.241	8.423
Andere Wertpapiere	1.971	1.742
Forderungen an Kunden	48.554	45.561
a) bis unter 4 Jahre	31.588	29.094
b) 4 Jahre oder länger	16.966	16.467
Ausgleichs- und Deckungsforderungen	112	122
Beteiligungen	2.391	2.212
Grundstücke und Gebäude	923	866
Betriebs- und Geschäftsausstattung	320	303
Restliche Aktivpositionen	1.924	3.312
Bilanzsumme	99.760	90.870

Passivseite	31.12.1985 Mill. DM	31.12.1984 Mill. DM
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	24.882	22.522
täglich fällig	5.926	4.974
befristet a) bis unter 4 Jahre	15.299	13.775
b) 4 Jahre oder länger	3.635	3.736
von der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite	22	37
Verbindlichkeiten gegenüber anderen Gläubigern (Kundeneinlagen)	58.415	53.695
täglich fällig	15.250	14.208
befristet a) bis unter 4 Jahre	23.950	21.700
b) 4 Jahre oder länger	5.673	4.563
Spareinlagen	13.542	13.224
Schuldverschreibungen	7.590	6.988
darunter Dresdner Bank-Sparobligationen	2.753	3.252
Eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	1.119	940
Rückstellungen	2.592	2.026
Sonderposten mit Rücklageanteil	27	11
Grundkapital (Bedingtes Kapital 350 Mill. DM)	1.138	988
Offene Rücklagen	3.156	2.723
Carl Goetz-Stiftung	1	1
Restliche Passivpositionen	612	828
Bilanzgewinn	228	148
Bilanzsumme	99.760	90.870
Indossamentsverbindlichkeiten	2.996	2.664
Avalverbindlichkeiten	10.861	10.614
Rücknahmeverbindlichkeiten aus Pensionsgeschäften	53	2
Sparprämien nach dem Sparprämiengesetz	34	58

Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1985

Aufwendungen — mit Vergleichszahlen 1984 — **Erträge**

Aufwendungen	1985 Mill. DM	1984 Mill. DM
Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen	4.549,2	4.577,4
Provisionen und ähnliche Aufwendungen für Dienstleistungsgeschäfte	123,7	101,1
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen *und Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen* im Kreditgeschäft	456,8	423,3
Gehälter und Löhne	1.391,9	1.275,9
Soziale Abgaben	202,1	190,2
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	173,2	160,3
Sachaufwand für das Bankgeschäft	793,4	711,3
Abschreibungen und Wertberichtigungen *auf Grundstücke und Gebäude sowie auf* Betriebs- und Geschäftsausstattung	147,9	123,1
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen	28,9	24,7
Steuern	316,8	307,3
a) vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	310,4	306,2
b) sonstige	6,4	1,1
Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil	27,0	–
Sonstige Aufwendungen	221,9	223,6
Jahresüberschuß	327,6	258,2
Summe der Aufwendungen	8.760,4	8.376,4
Jahresüberschuß	327,6	258,2
Einstellungen aus dem Jahresüberschuß in Offene Rücklagen	100,0	110,0
Bilanzgewinn	227,6	148,2

Erträge	1985 Mill. DM	1984 Mill. DM
Zinsen und zinsähnliche Erträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	6.156,2	6.191,4
Laufende Erträge	905,1	781,0
aus a) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	691,5	568,9
b) anderen Wertpapieren	73,0	71,1
c) *Beteiligungen*	140,6	141,0
Provisionen und andere Erträge aus Dienstleistungsgeschäften	1.124,4	951,1
Andere *Erträge einschließlich der Erträge* aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	504,8	398,7
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	7,2	2,3
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, soweit sie nicht unter „Andere Erträge" auszuweisen sind	51,2	40,7
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten *mit Rücklageanteil*	11,5	11,2
Summe der Erträge	8.760,4	8.376,4

Der vollständige Jahresabschluß zum 31. 12. 1985 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Treuhand-Vereinigung AG, Frankfurt am Main, wird voraussichtlich am 22. Mai 1986 im Bundesanzeiger Nr. 92 *veröffentlicht werden.*

Der ausführliche Geschäftsbericht für das Jahr 1985 kann bei allen Geschäftsstellen der Dresdner Bank AG und der Bank für Handel und Industrie AG, Berlin, angefordert werden.

Dresdner Bank AG, Frankfurt am Main.

Dresdner Bank

SIN[illegible]

Werbeaufwendungen steigen auf über 400 Millionen Mark

hg. **Rottach-Egern**

„Werbung wird als Marketing-Instrument für Investitionsgüter immer wichtiger." Dankwart Rost, Leiter des Hauptbereichs Werbung und Design der Siemens AG, verdeutlichte dies während einer Pressekonferenz mit einem Hinweis auf das eigene Haus: Die Werbeaufwendungen des Konzerns werden im laufenden Geschäftsjahr auf über 400 Millionen Mark steigen (1984/85: 385,9 Millionen) und daran seien maßgeblich die Wachstumsbereiche elektronische Bauelemente, Büro der Zukunft, Fabrik der Zukunft und Nachrichtennetze der Zukunft beteiligt.

Überproportional wird dabei der Anteil der Auslandswerbung zunehmen, sagte Rost weiter, weil man jetzt verstärkt in Märkte wie USA, Großbritannien und Japan gehen werde, „wo wir erstens ein höheres quantitatives Werbeniveau vorfinden und zweitens noch einen Nachholbedarf haben". Seinen Auslandsumsatz erlöst der Elektro-Riese in 127 Ländern. Er addierte sich im vergangenen Jahr *auf 25,5 Milliarden Mark, etwas weniger* als die Hälfte des Gesamtumsatzes von 54,6 Milliarden.

Für Werbung im Ausland gibt Siemens indes mehr als die Hälfte, nämlich 58 Prozent des gesamten Etats aus – ihr Volumen betrug im vergangenen Jahr rund 244 Millionen Mark. Darin sind allerdings weder der Kraftswerksbauer KWU und der Leuchtenhersteller Osram noch die anderen konsolidierten Gesellschaften enthalten, die nicht Siemens heißen. Ausgegliedert sind auch die *rund 50 Millionen Mark für Werbung* im Hausgerätegeschäft.

„Aus Rationalisierungsgründen" möchte Rost nach Möglichkeit „gute Kampagnen von einem Land auf andere Länder übertragen oder aber gleich im Rahmen des Kommunikationsmix international einsetzbare Kampagnen planen". Er fürchtet indes, daß dieses Bemühen enge Grenzen gesetzt sind – bedingt im wesentlichen durch unterschiedliche Marktbedingungen in den einzelnen Ländern, aber auch durch psychologische Hemmnisse.

Im übrigen sei die Möglichkeit zu globalem Marketing von Produkt zu Produkt unterschiedlich: So könne Coca-Cola zwar weltweit unverändert angeboten werden, aber bei technischen Erzeugnissen sei *das vielfach* nicht möglich, nicht nur wegen unterschiedlicher technischer Normen. Stromart, Spannung und Frequenz *spielten dabei ebenso eine Rolle wie* technische Sicherheitskonzepte. Außerdem gebe es unterschiedliche Traditionen im Gebrauch von Erzeugnissen. *Im übrigen spielten, so Rost,* „ganz handfeste Zustände der Entscheidungsstrukturen und der wirtschaftspolitischen Verfassung eine Rolle".

Trotz der weitgehenden Notwendigkeit zum national angepaßten werblichen Auftritt kommt die Auslandswerbung von Siemens *mit* sieben Länderreferenten in der Münchner Zentrale aus. Das ist möglich, weil 27 Landesgesellschaften eigene Werbeabteilungen haben: Ihnen werden im wesentlichen nur Planungsvorgaben gemacht. Überall dort, wo solches nicht existiert, muß freilich die Zentrale „sehr stark als Werbeabteilung tätig werden".

Wenn auch Produkte in der Werbung unterschiedlich angeboten werden müssen, das Unternehmen Siemens AG präsentiert sich selbst global. Das modische Stichwort dafür heißt „Corporate Identity". Hannes Braun, Leiter des Bereichs Werbung, nennt es schlicht „Stil und Geist des Hauses". Es soll der Öffentlichkeit bewußt gemacht werden, damit sie „Identität, Position und Ziele unseres Unternehmens" begreift.

Festgemacht wird diese Identität beispielsweise am Merkmal „reinrassiger Elektrokonzern, der auf möglichst vielen Beinen in möglichst vielen Märkten steht" und außerdem kontinuierlich ordentliche Dividenden zahlt. Eine große Rolle spiele die Firmenkommunikation nach außen – Werbung, Absatzförderung, Öffentlichkeitsarbeit – und das Erscheinungsbild des Unternehmens. Im übrigen komme auch dem Verhalten der Mitarbeiter Bedeutung zu.

BUNDESBAHN / Goldener „Effie" für eine seit drei Jahren erfolgreiche Werbeidee

Ein rosaroter Elefant hat die Bahn von ihrer staatstragenden Rolle weggeführt

HANNA GIESKES, **Bonn**

„Wir werden das Tier behalten." Hemjö Klein, Verkaufsvorstand der *Deutschen Bundesbahn, möchte* seinen rosaroten Elefanten auch künftig als „Synonym für die neue Bahn" auftreten lassen. Der habe es nämlich *fertiggebracht, „unser Unternehmen* von seiner staatstragenden Rolle wegzuführen", bescheinigt Klein seinem Elefanten, der in diesen Tagen drei *Jahre alt geworden ist und zum* Geburtstag einen Preis für effiziente Werbung, den goldenen „Effie", verliehen bekam.

Tatsächlich erfüllt der von Klein und der Agentur McCann-Erickson, Frankfurt, in die Welt gesetzte Dickhäuter alle Bedingungen, die die Juroren an *eine Verleihung* dieses von der Gesellschaft Werbeagenturen (GWA) vergebenen Preises stellen: Er hat dem Produkt „Fernreise mit der Bahn" einen eigenen Charakter vermittelt, er tritt seit drei Jahren kontinuierlich in Erscheinung, und die Bundesbahn hält, was ihre rosarote Werbung verspricht.



Rosaroter Elefant, der sich über den goldenen „Effie" und viele Glückwünsche zum Geburtstag freut.
ZEICHNUNG: McCANN-ERICKSON

Der Erfolg kann sich sehen lassen: Im vergangenen Jahr sind rund 8,5 Millionen Menschen „rosarot" mit der Bahn gefahren – insgesamt beförderte die Bundesbahn 1985 rund 154 Millionen. Von den „Rosaroten" waren 40 Prozent echte Neuzugänge: Die Hälfte von ihnen ist vom Auto ins Abteil umgestiegen, „und die andere Hälfte hätte die Reise überhaupt nicht gemacht", berichtet Klein. So registrierte die Bahn im Fernverkehr ein reales Wachstum von 11,5 Prozent; der Umsatz stieg um 5,1 Prozent.

Klein hält es damit für bewiesen, „daß Strukturen selbst bei stagnierenden Märkten zu ändern sind". Eine Änderung, die ihm dringlich er*schien, „denn unsere Ausgangsposi*tion vor drei Jahren war so, daß wir kurzfristig etwas für das Image der Bahn tun mußten".

Das Problem sei jedenfalls nicht dadurch zu lösen gewesen, „daß immer weniger Leute immer teurere Fahrkarten kauften", meint er. Er habe mehr Leute in den Zügen sehen wollen, und darum sei von Anfang an die Familienkomponente in den Vordergrund gerückt worden: „Die Bahn ist schließlich keine Veranstaltung für Singles."

Die Kampagne, die ursprünglich in *diesem Jahr von Januar* bis April laufen sollte, wird nun weiter fortgesetzt – „als Dankeschön an alle Fahrgäste, die dem Elefanten bis jetzt gefolgt sind". So werden sich die Tiere weiterhin in Boulevardzeitungen, Programmzeitschriften und auf Großflächenplakaten tummeln – zwei Millionen Mark läßt sich die Bahn das 1986 kosten.

Wer wissen will, an welchen Tagen er rosarot fahren kann, bekommt am Fahrkartenschalter Kalenderchen mit den entsprechenden Hinweisen.

Verbraucher achten auf die Herkunft

DW. Bonn

Ein knappes Drittel der Deutschen achtet beim Lebensmitteleinkauf darauf, aus welchem Land das von ihnen bevorzugte Produkt stammt, und macht die Kaufentscheidung davon mit abhängig. Für etwa die gleiche Anzahl der Bundesbürger ist die Herkunft eines Nahrungsmittels „*nicht so wichtig*"; *fast ein Fünftel* sieht es als „gleichgültig" an. Die Mehrzahl der Konsumenten läßt sich aber, wie das Sample Institut für die Zeitschrift „Essen & Trinken" ermittelte, durch die Qualität und den Preis einer Ware beeinflussen, Marktpräsenz und Imagestärke der einzelnen Länder und Produkte haben ebenso ihre Auswirkungen auf das Kaufverhalten.

Insgesamt wurden 2000 repräsentativ ausgewählte Bundesbürger befragt, wie sie gegenüber 14 unterschiedlichen Produktfeldern aus 24 Ländern eingestellt sind und was sie darüber wissen. Am bekanntesten sind verständlicherweise Produkte aus Deutschland.

Handel wirbt am meisten

DW. Hamburg

Die Handelsunternehmen in der Bundesrepublik Deutschland wenden das meiste Geld dafür auf, die Konsumenten zu umwerben. Darauf weist die Verlagsgruppe Bauer, Hamburg, auf der Grundlage von Daten der Nielsen Werbeforschung hin. Rund 13 Prozent der erfaßbaren Wer*beaufwendungen werden danach* vom Handel aufgewandt.

Es gibt keine Branche, die mehr Geld in Werbung investiert. Was den Handel deutlich von anderen Branchen unterscheidet, ist sein Medien-Verhalten. Am häufigsten setzt er die Zeitungen ein (77 Prozent), an zweiter Stelle Publikumszeitschriften (17 Prozent) – und weit abgeschlagen Fachzeitschriften (zwei Prozent), Funk (zwei Prozent) und Fernsehen (nur ein Prozent). Unter Werbeexperten herrscht allerdings keine Einigkeit darüber, ob sich das Werbeverhalten zu Lasten der Tageszeitungen verändern wird, wenn regionale und lokale private TV-Sender kostengünstige Werbezeiten anbieten.

Jahrbuch der Werbung '86

DW. Bonn

Ihrem hohen Organisationsgrad verdankt die deutsche Werbewirtschaft, daß sie alljährlich einen umfassenden Überblick über das Geschehen in diesem Wirtschaftszweig vermitteln kann: Zum 36. Mal veröffentlichte der Zentralausschuß der Werbewirtschaft (ZAW), in dem 43 *Verbände aller Bereiche der* Werbebranchen zusammengeschlossen sind, sein Jahrbuch.

„Werbung '86", so der Titel des 360-Seiten-Werkes, gibt unter anderem Auskunft über den gegenwärtigen ökonomischen Zustand der Werbewirtschaft – ein Unternehmensbereich, der unter anderem 310 000 Menschen in Werbeberufen sowie Zulieferbetrieben Arbeit gibt und den Medien in der Bundesrepublik Einnahmen von 15,53 Milliarden Mark verschafft (1985).

Darüber hinaus wird über die Entwicklung der Medien, der Werbeagenturen und über werberechtspolitische Entwicklungen auf nationaler und internationaler Bühne berichtet.

AGENTUREN

Kreative Supermächte verunsichern deutsche Chefs

HEIDI HEUER, **Quakenbrück**

Ende April überraschte BBDO International die Werbewelt mit der Übernahme von Doyle Dane Bernbach Inc. und Needham, Harper Worldwide Inc. Knapp zwei Wochen lang galt die neue kreative Supermacht mit einem Umsatzvolumen von etwa fünf Milliarden Dollar als die größte Agenturgruppe der Welt. Da zog die britische Saatchi & Saatchi PLG (S & S), bisher auf Platz fünf in der Weltrangliste, durch den Erwerb der Nummer drei in der Hitliste, Ted Bates Worldwide Inc., an dem jungen Riesen vorbei und setzte sich *mit einem* Umsatzvolumen von nunmehr insgesamt 7,5 Milliarden Dollar an die Spitze.

450 Millionen Dollar sollen die Saatchi-Brüder Charles und Maurice aus ihrem Aktienkapital für diesen Deal auf den Tisch blättern, 400 Millionen cash, der Rest wird 1988 fällig. Diese gigantische Summe verschlug deutschen Agenturchefs den Atem. Schnell hatten sie errechnet, daß S & S somit für einen Dollar Gross Income – Ted Bates erreichte 1985 laut „Advertising Age" weltweit 466 Millionen Dollar – rund einen Dollar als Kaufsumme bot. Der Wunsch nach Größe und Power macht's möglich.

Die Amerikaner, so fürchten Szenenbeobachter, werden es nicht lange hinnehmen, daß ausgerechnet ein britisches Konglomerat die Weltrangliste anführt, wo doch der Werbemarkt gerade in den Vereinigten Staaten seinen historischen Ursprung hat. Deutsche Agenturmanager beobachten die Entwicklung mit äußerst gemischten Gefühlen. Immer mehr werden sie zu Befehlsempfängern, zu „*Wühlmäusen der Amerikaner und* Briten", wie ein Frankfurter Werbechef resignierend feststellt.

Die Konzentrationswelle wird sich *fortsetzen. Bis zum Ende dieses Jahr*zehnts wird es weltweit vielleicht nur noch acht bis zehn internationale Agenturen geben, die dann zu vier oder fünf Holdings gehören könnten.

Den Grund für diese Konzentrationsbemühungen vermögen denn auch viele Agenturmanager lediglich im „reinen Selbstzweck" der Fusionspartner zu erkennen. „Größe", so Hannes Foullon-Matzenauer von der Westag Werbeagentur in Köln, „berauscht, gibt Macht und den Managern höhere Gehälter".

Zentraler Einkauf?

Tatsächlich dürfte das vielzitierte „global advertising" nur einen Bruchteil der Werbeanstrengungen weltweit betreffen. Zu wenig Produkte lassen sich mit einer weltweit einheitlichen Strategie vermarkten, nicht einmal innerhalb Europas funktioniert das.

Offen bleibt, ob die Multis künftig ihre Macht für den zentralen Einkauf von Werberaum bei den Verlagen und Werbezeit bei den Sendern nutzen. Das könnte die kleineren Agenturen in der Tat schmerzlich treffen. „Vielleicht", gibt Klaus Hattemer, Geschäftsführer des WDW Wirtschaftsverband Deutscher Werbeagenturen zu bedenken, „geht es einma Deutschlands Verlegern mit den gro ßen Werbeagenturen so ähnlich wi Deutschlands Markenartiklern m den Großbetrieben des Einzelha dels."

Doch hier mag der Verbandsma allzu schwarz sehen, denn nc schiebt der strenge Kokurrenza schluß der Kunden dieser Entwi lung einen Riegel vor. Auch ohne solch enge Verzahnung der Sch steragenturen reagieren die mei Auftraggeber empfindlich.

Neue Konflikte

*So könnte die jüngste Fusion zw*schen Saatchi & Saatchi und Ted Bates die Hamburger Scholz & Friends (seit Januar 1986 mit 51 Prozent Ted Bates-Tochter) möglicherweise teuer zu stehen kommen. Sie gewann im Herbst vorigen Jahres den rund 50 Millionen Mark schweren Prestige-Etat von BMW mit Wirkung vom 1. Juli 1986. Die Agentur arbeitet bereits auf Hochtouren – die ersten neuen Sujets sind schon vorab erschienen.

Pech für Scholz und seine Freunde: Die Agentur wurde seinerzeit von zwei Männern unter Vertrag genommen, die inzwischen BMW verlassen haben: Eberhard Koerber, Marketingvorstand und Werbeleiter Karl J. Wimmer. Nutzen die neuen Machthaber nun die Chance, als letztes Glied dieser Kette jetzt auch den Hamburgern den Laufpaß zu geben?

Bernd Quinzler, Werbeleiter Inland bei den Bayerischen Motorenwerken in München, jedenfalls mag die Verbindung zu Saatchi & Saatchi Compton nicht ohne weiteres goutieren. Die Frankfurter betreuen die Leyland-Firmen Austin Rover Deutschland, Neuss, und den Luxuslimousinenhersteller Jaguar Deutschland in Kronberg. Die neue Konfliktsituation, deutet Quinzler vieldeutig an, „ist sicherlich eine Frage, mit der man sich auseinandersetzen muß". Die neue „übergreifende, weltumspannende Konstellation" nach *der Fusion bedürfte „der näheren* Klärung".

Die kleineren und mittleren Agenturen sehen denn auch der Fusionitis der Großen voller Gelassenheit entgegeben. Inhabergeführte Agenturen gewinnen an Bedeutung, je unübersichtlicher die Agenturkonglomerate werden. Größe allein konnte bisher noch keinen Kreativen reizen. „Umgekehrt paßt der Schuh", meint Georg Baums von Baums, Mang und Zimmermann in Düsseldorf. Denn in der Vergangenheit haben allzu oft Spitzentalente die Großagentur verlassen, um selbst eine Agentur zu gründen. „Um Werbung zu entwickeln", betont der Düsseldorfer Agenturchef, „bedarf es keiner Fabrik."

MEXIKO

Kräftiger Krach um Italiener

Von ULFERT SCHRÖDER

Sie kamen an und wurden nicht gesehen: die Weltmeister. Ein Saal voller Journalisten, Mexikaner, Ausländer. Alles wartete auf Rossi, Bearzot, Tardelli. Doch Trainer Bearzot jagte seine Leute in den Bus – und weg waren sie. Der Presse-Chef entschuldigte: Eine lange Reise. Alle müde. Man bitte um Verständnis.

Mexikos Presse aber tobt. „Weltmeister ja, Anstand nein". Die Herren hätten keine Kinderstube. Keinen Respekt vor der internationalen Presse, „unglaublich".

Freilich, die Italiener haben nur bei der Ankunft schon getan, was mittlerweile üblich ist. Die Liste erzählt es jeden Tag: Training hinter verschlossenen Türen. Sprechstunden sehr kurz, sehr reglementiert, sehr unergiebig.

Der Vorgang ist erstaunlich, die Ursachen *noch nicht genau erkennbar*. Der Sport, Fußball vor allem, ist zum totalen Medien-Schauspiel geworden. Aber keiner will die Medien an sich beranlassen.

Harter Knüppel

Wörtlichere Übersetzung aus der Zeitung „El Universal" für alle jene, die nicht glauben wollen, daß die schützende Hand über dieser Weltmeisterschaft sehr oft zur Faust wird: „Das Maß ist voll. Die Grenzen der Toleranz werden jeden Tag überschritten. Die Aggression feiert Triumphe, jeden Tag. Gegen Fans, gegen Funktionäre, gegen Journalisten."

Diese Aggression hat jetzt auch ihren „Fall". Als 5000 Menschen ein Trainingsspiel der Brasilianer sehen wollten und die Polizei die Nerven verlor, wurde auch Guillermo Canedo, dem Sohn des Organisations-Chefs, mit einem Polizeiknüppel die Macht des Staats spürbar gemacht.

Gute Antwort

Keiner hat sich getraut, dem großen Pelé die richtige Antwort zu geben. Keiner außer Maradona. „Wenn man älter wird", hat Maradona gesagt, „sollte man mehr darauf achten, was man redet. Mir scheint, Pelé fehlt der Respekt vor seinen Nachfolgern, die schließlich auch Profis, auch Fußballspieler sind, wie er einer gewesen ist."

Und: „Ich habe darauf gewartet, daß er erklärt, alles sei Spaß. Aber ich habe nichts dergleichen gehört." In der Tat, darauf haben auch andere, nicht nur Maradona gewartet. Vergeblich. Im Gegenteil. Pelé wiederholte: „Ich bin bereit, in die Nationalelf zurückzukehren. Ich hoffe, Santana gibt seine Dickköpfigkeit auf. Mindestens eine Halbzeit könnte ich jeweils spielen. Ich wäre der Mannschaft sehr nützlich."

Pelé ist 47 Jahre alt. Den Worten Maradonas ist nichts hinzuzufügen. Höchstens dies: Denkmäler fallen meist selber vom Sockel.

Gute Werbung

Pelé redet viel, aber natürlich faselt er nicht das Blaue vom Himmel herunter. Wer die Hintergründe kennt, versteht die Sprüche des Stars, der sich offenbar *auf dem abschüssigen* Weg vom „Größten" zum „großen alten Mann" befindet.

Pelé verkauft durch die japanische, in New York ansässige Werbe-Agentur „Dentsu" seine Meinung über die Weltmeisterschaft, über das brasilianische Team, über seine Nachfolger. Weltweit drucken Zeitungen und Zeitschriften Pelés Sprüche in Form sogenannter „Kolumnen". Und da muß auch einer wie er nach alten Erfahrungen handeln: Ironie, Zynismus, Kritik, Provokation verkaufen sich besser als brave Kommentärchen. Deshalb beteiligt er sich daran, Brasiliens Trainer Santana einen Esel zu nennen, und bot seine Rückkehr in die Nationalelf an.

Pelés Nachfolger, die heutigen Stars, brauchen freilich keinen Agenten für gute Werbung. Die kriegen sie umsonst. Nur Ideen müssen sie haben. Gute Ideen wie Maradona. Der setzte sich hin, nahm ein Blatt Papier und schrieb:

„Zico, ich bin sehr besorgt über die Zeitungsmeldungen Deine Verletzung betreffend. Ich hoffe inbrünstig, daß Du gesund wirst und spielst bei dieser WM. Denn eine WM ohne Zico besitzt nicht denselben Wert. Aus *ganzem Herzen* ersehne ich Deine Genesung. Wir alle beten zu Gott dafür. Maradona."

Zico verstand und antwortete sofort:

„Mein Freund Diego, ich danke Dir für Deine Worte und die Kraft, die Du mir gibst. Es ist schwierig, und nur Gott kann mir helfen. Auch ich bete für Dich, daß Du die Welt mit Deinem herrlichen Fußball bezaubern kannst. In Dankbarkeit, Zico."

Eifrige Journalisten haben die Zettelchen hin- und hergetragen. Und veröffentlicht natürlich. Nehmen wir an, *Maradona* und *Zico* haben das Spielchen ehrlich gemeint, dann wären ihre jeweils vier Zeilen mehr Wert als Pelés ganzer Kolumnen-Salat.

TENNIS / Jubelstürme um Steffi Grafs größten Triumph: Martina Navratilova in nur 64 Minuten klar 6:3, 6:2 besiegt

Der große Spaß am Spiel treibt sie nach vorne – bis an die Weltspitze?

DW./poh, Berlin

Einer sagte, was viele dachten von den 5500 Zuschauern, die sich von ihren Plätzen erhoben und ein 16 Jahre altes Mädchen feierten: „Heute wurde ein neuer Weltstar geboren." Wenn es denn ein Übertreibung ist, sie mag erlaubt sein in der Minute, in der sich eine sportliche Sensation vollendet. Aber sie trifft eben nicht ganz: Steffi Graf ist nicht das Wunderkind, das aus dem Nichts plötzlich ins Rampenlicht schießt wie Boris Becker nach seinem Sieg in Wimbledon. Steffi Graf war die Nummer drei der Tennis-Weltrangliste schon vor diesem Triumph: In nur 64 Minuten besiegte sie gestern im Finale der 79. Internationalen Deutschen Meisterschaften der Damen in Berlin Martina Navratilova, die *weltbeste* Spielerin aller Zeiten, mit 6:2, 6:3.

Ein sporthistorisches Ereignis? Aus der Sicht von Steffi Graf bestimmt: Zum ersten Mal, im vierten Spiel gegen die Erste der Weltrangliste, hat sie Martina Navratilova besiegt. Sie hat das vierte Turnier hintereinander gewonnen, das gelang zuvor eben nur Martina Navratilova und Chris Evert-Lloyd, die noch einen Weltranglisten-Platz vor ihr steht. Und dennoch und gerade deshalb: Steffi Graf, erst 16 Jahre alt, galt schon vorher als ernsthaftere Anwärterin auf die absolute Spitze im Welttennis als zum Beispiel der weit öfter gefeierte und mit Schlagzeilen umkränzte Boris Becker. In Berlin hat *sie nun für alle sichtbar ein Zeichen* zum Aufbruch gegeben, zum Aufbruch für ihren gar nicht mehr so langen Weg an den beiden 30jährigen, Martina Navratilova und Chris Evert-Lloyd, vorbei . . .

Steffi Graf ist eine Wucht. Dieses für einen 52 Kilogramm leichten Tennis-Teenager etwas derbe, aber liebevoll gemeinte typische Berliner Kompliment war in der Pfingstwoche am Hundekehlesee jeden Tag zu hören. Die Heidelbergerin ist der neue Publikumsliebling. Ihr feuriges Tennis kommt an. Die unverfälschte Leidenschaft, der fühlbare Spaß, den sie an ihrem eigenen Spiel hat und auf die Zuschauer übertragen kann, begeistert und löst Beifallsstürme aus.

Die hohen Erwartungen der Tennis-Gemeinde nach ihren drei großartigen Turnier-Erfolgen hintereinander in Hilton Head, Amelia Island und Indianapolis hatte Steffi Graf im größten Damen-Turnier, das je auf *deutschem Boden stattfand*, mit der Finalteilnahme gegen Martina Navratilova, voll erfüllt. Mehr noch: Die Leute staunten auch schon am *Pfingstsonntag Bauklötze, wie die* Weltranglisten-Dritte sich im Doppel, das sie erstmals zusammen mit der Pragerin Helena Sukova spielte, als *Final-Siegerin* beim 7:5, 6:2 gegen Martina Navratilova/Andrea Temesvari (USA/Ungarn) zur dominierenden Persönlichkeit auf dem Centre Court aufschwang.

Sie spürt einfach noch keinen Druck. Das macht sie so stark. „Es gibt nichts, was mich unter Druck setzt. Ich gehe raus und spiele, das ist alles." So ähnlich frei von allem war Boris Becker auch einmal.

Anfangs konnte sie in Berlin noch ganz und gar unbelästigt über das idyllische Gelände des LTTC Rot-Weiß bummeln, sich irgendwo allein auf eine Bank am See setzen und dem Gezwitscher der Vögel zuhören. Seit sie die Herzen ihrer Fans mit ihrem Spiel im Sturm erobert hat, mußte sie jedoch vor der manchmal erdrückenden Anhänglichkeit der Fans geschützt werden. Sie mußte an jedem Spieltag schon mehr Autogramme als Aufschläge geben.

Doch ihrem erfrischenden Spiel sind die langsam schwieriger werdenden Umstände noch nicht anzumerken. *Steffi Graf, die viel lacht* (außer im Spiel), unterschied sich in Berlin in ihrem Auftreten wohltuend von der kalten Pracht, mit der sich die Tennis-Königin auf dem roten Sand und außerhalb der weißen Linien umhüllte und damit irgendwie keinen Kontakt zum Publikum fand. Martina Navratilova ist im Vergleich zu ihrer Kronprinzessin überroutiniert. Sie tut nur noch das Nötigste, wirkte in Berlin zunächst gehemmt, dann zu stark der Selbstkontrolle unterworfen. Was fehlte, war Inspiration, war Leben, Seele in ihrem Spiel.

Da ist Steffi Graf ganz anders: Die haut noch voll drauf, zum Beispiel mit ihrer gepeitschten Vorhand, die sie inzwischen aus fast jeder Stellung schlagen und präzise die Linie entlang jagen kann. Das „kleine Biest" (so ihre Kolleginnen durchaus anerkennend und wohlwollend) macht sich außerdem immer häufiger einen Spaß daraus, einen Lob so gemein zu spielen, daß der Ball wie ein Stein unerreichbar dicht hinters Netz plumpst: „Das macht Spaß."

Solange sie sich diese natürliche Freude bewahrt, ist sie auf ihrem unaufhaltsamen Weg nach ganz oben nicht zu stoppen. Technisch beherrscht sie alle Schläge, und Tricks *kann sie jede Menge anwenden*. Ihre Willensstärke und Nervenkraft sind jetzt schon beachtlich und kaum noch zu verbessern. Außerdem hat *sie sich trotz ihres unbekümmerten* und damit emotionalen Spiels in kritischen Situationen voll im Griff. Sie murrt nicht oder nur in Ausnahmefällen mit dem Schiedsrichter herum, wirft ihr Arbeitsgerät nicht weg, führt auch keine meckernden Selbstgespräche auf dem Platz wie andere. Sie spielt. „Das ist alles", sagte sie.

So kam sie auch zum Finale auf den Platz. Sie legte los, als wollte sie die Grundfesten der Tennis-Welt mit ein paar Schlägen zertrümmern. Sie führte schnell 3:0 und 4:1 und entschied das siebte Spiel zum 5:2 mit einem herrlichen Lob in höchster Bedrängnis genau in den entferntesten Winkel des Sandplatzes. Nach 31 Minuten war das 6:2 im ersten Satz perfekt. Immer wieder brachen die Zuschauer in Entzücken aus, wenn sie mit ihrer Vorhand Punkte sammelte. Im zweiten Satz ließ sie sich auch von einem 1:3-Rückstand nicht beirren. Die faire Martina Navratilova klatschte sogar *Beifall, als ihr mit einem* fabelhaften Passierschlag das 3:3 gelang. Und wahre Beifallsstürme prasselten auf sie hernieder, als sie mit *einem Volley-Flugball schließlich das* vorentscheidende 5:3 herausholte.

Etwas im Schatten von Steffi Graf spielte Claudia Kohde-Kilsch, die im *Halbfinale Martina Navratilova einen* Satz lang durch ein verblüffend aggressives Spiel in Schwierigkeiten brachte, dann aber 6:7, 2:6 verlor. Claudia steht auf Platz vier der Weltrangliste – kommt die Zeit, in der gleich zwei Deutsche führen?

Die Worte einer fairen Verliererin

Martina Navratilova nach der Niederlage: „Die Entscheidung gegen mich fiel, weil Steffi noch nie so wenig Fehler gemacht hat wie heute. Ich habe nicht sonderlich stark gespielt, für mich eher durchschnittlich, aber keineswegs schwach. Ich würde jetzt am liebsten ganz allein und anonym irgendwo spazieren gehen. Aber das ist schwierig hier. Das Publikum war prima. Ich schätze die Fairneß der Berliner. Fast hatte es manchmal den Anschein, als würden mich die Leute mehr unterstützen als Steffi. Aber sie wurde am Ende natürlich zu Recht groß gefeiert."





Champagner schäumt auf für Fotografen

Es hat mir ehrlich Spaß gemacht", sagte Steffi Graf nach ihrem Erfolg und bespritzte dann die Fotografen, die sie umdrängten, übermütig mit Champagner (oben). Ein überglückliches junges Mädchen, das außerhalb des Tennisplatzes mehr lacht, als es ihr mancher während des Spiels zutraut. Und bescheiden ist sie geblieben: „Ich glaube, die Martina ist trotzdem noch die Nummer eins." Für Martina Navratilova (links) war die Niederlage von Berlin keineswegs nur eine Angelegenheit, die ihr nicht weiter nahe ging. Als Steffi Graf geehrt wurde, stand sie daneben und weinte. Sie macht jetzt ein paar Tage Urlaub in der Schweiz und startet dann in Paris – wieder gegen Steffi Graf?

Zwischen Jahrmarkt und familiärer Idylle – der Pakt mit dem Dollar

Die Geister, die sie riefen, diktierten das Szenarium. Aus provinzieller Beschaulichkeit wurde ein Kirmes-Rummel. Und über allem schwebte die amerikanische Dollar-Philosophie: Die 79. Internationalen Damen-Tennismeisterschaften von Deutschland auf der 22 000 Hektar großen Anlage des Lawn-Tennis-Turnier-Clubs (LTTC) Rot-Weiß Berlin waren ein gutes Geschäft.

39 200 Zuschauer (Vorjahr: 29 900) verschafften dem amerikanischen *Vermarktungs-Riesen Mark McCor*mack und dessen Londoner „International Management-Group" (IMG) ein dickes Plus. Schon nach dem Halbfinale rechneten Vereins-Funktionäre im kleinen Zirkel vor: „Bei einem Umsatz von 1,3 Millionen Mark springt ein Reingewinn von 250 000 Mark heraus." Der Etat von 900 000 Mark und geschätzte 150 000 Mark Spesen als Ausgabe-Posten ermöglichten dieses Geschäft.

Im 1700 Mitglieder starken Verein hadern einige mit der kommerziellen Ära. „Das Turnier kann nicht nur vermarktet werden, der Charakter unserer Anlage muß erhalten bleiben", sagt Turnierdirektor Eberhard Wensky (46). Und er wünscht sich: „Unsere Zuschauer dürfen im nächsten *Jahr nicht mehr über Fernsehkabel*, Verkaufsbuden und Zusatztribünen stolpern, sie sollen wieder die familiär-idyllische Atmosphäre genießen." Selbst IMG-Repräsentant Wolfgang Goetz schwärmt eher von Beschaulichkeit als von Kommerz: „Die Sache darf nicht zu einem Jahrmarkt werden."

Gerade das öffentlich-rechtliche Fernsehen mit seinen Live-Sendungen vom Hundekehlesee, die gestern *sogar in die USA verkauft wurden*, hat dem McCormack-Imperium, das bei einem Minus-Turnier allein das Risiko trägt, den Profit garantiert. Goetz: „Wir wurden regelrecht überrollt von Sponsoren-Nachfragen." Eine Fluggesellschaft (Lufthansa), ein Sportartikelausrüster (Fila) und ein Wermut-Lieferant (Martini) erhielten als Hauptsponsoren den Zuschlag für insgesamt 500 000 Mark.

„Die IMG-Leute wollten, daß wir wegen der starken *Nachfrage* die Eintrittspreise höher ansetzen", berichtet Wensky über die konfliktträchtige Ehe mit dem milliardenschweren Werberiesen. „Den Kampf habe ich gewonnen. Denn wir können doch nicht unsere Berliner Tennisfans mit überhöhten Preisen verärgern, nur weil das alles jetzt eine Veranstaltung ist, die auch für Menschen in ist, die sich bisher nicht für Tennis interessiert haben."

Immerhin wird der Verein nach dem 150 000-Dollar-Turnier, das nach Wimbledon und Paris im Damen-Tennis die größte europäische Veran*staltung ist, rund 60 000 Mark für sich* verbuchen können, nachdem der Klub 70 000 Mark Genehmigungsgebühr zahlen mußte. „Bei über 230 000 *Mark Zuschauereinnahmen* sind wir mit 15 Prozent Einnahme beteiligt", berichtet Wensky vom Vertrag der Londoner IMG mit dem Deutschen Tennis-Bund (DTB) als Veranstalter. Dieser Vertrag läuft noch bis 1990.

„Leider können wir das Risiko, einen so großen Turnier-Etat zu tragen, *nicht eingehen*", sagt Wensky, der 1987 den kleinen Centre Court auf eine Kapazität von 2000 Sitzplätzen erweitern, ein neues Pressezentrum einrichten und die Verkaufsbuden und -zelte auf den Parkplatz eines Nachbargrundstücks abdrängen lassen will. „Unsere Gratifikation geht allerdings drauf für die Defizite von 1981 bis 1983, als wir jeweils 40 000 Mark zuschustern mußten."

In ganz anderen Dimensionen *denkt derweil eine europaweite Ho*tel-Kette (Intercontinental). Rund 100 000 Mark zahlte sie für das Monopol, eine Restaurant-Straße und ein 600 Personen fassendes Zelt für Ehrengäste und Logenbesitzer bewirtschaften zu können. Bei vom LTTC Rot-Weiß geschätzten rund 200 000 Mark Umsatz und dem Privileg, den Tennis-Circuit im Hotelkomplex an der Budapester Straße in Berlin logieren zu lassen, hat auch diese Investition saftige Früchte getragen.

Doch dieses Turnier ist endgültig auch ein gesellschaftliches Ereignis. Gestern kamen die Botschafter der USA, *Großbritanniens und* Frankreichs. Bundespräsident Richard von Weizsäcker ist schon länger Stammgast. Und daß der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen auch zuschaute, ist fast schon selbstverständlich.

HOLGER SCHÜCK

Becker auf Sand völlig ratlos

sid/dpa, Rom

Der Tschechoslowake Ivan Lendl gewann am Sonntag in Rom die Internationalen *Tennis-Meisterschaften* von Italien. Im Finale besiegte er den Spanier Emilio Sanchez mit 7:5, 4:6, 6:1, 6:1. Lendl erwies sich als zu stark *für den Spanier*, der *im Viertelfinale* Boris Becker ausgeschaltet hatte. Der 26 Jahre alte Weltranglisten-Erste hatte im Halbfinale den Franzosen Yannick Noah mit 1:6, 6:2, 7:6 besiegt. Dabei lag Lendl im entscheidenden dritten Satz bereits 1:4 zurück.

Auch Rom erlebte nur eine Kurz*vorstellung des deutschen* Wimbledon-Siegers Boris Becker (18). Zweimal war der Deutsche zu Beginn dieser Sandplatz-Saison im Achtelfinale ausgeschieden. Zweimal gegen Spieler aus dem Durchschnitt der Tennis-Profis: in Forest Hills gegen den Argentinier Martin Jaite, in Rom nun gegen den Spanier Emilio Sanchez, der immerhin bis ins Finale kam und dabei auch den Schweden Mats Wilander besiegte. Kein Sieg, mit 11 900 Dollar auch keine große Börse, kein Lächeln. Nicht einmal der geplante Papst-Besuch fand statt: Boris Bekker war enttäuscht. Am meisten wohl über sich selbst.

Die Art und Weise, wie Sanchez (34. der Weltrangliste) zu seinem 6:3, 6:4 kam, gab zu denken. Während der Spanier Geduld und Konzentration zeigte, rannte Boris Becker system- und planlos, schlug überhastet und in schlechter Stellung zum Ball. Die achte Saison-Niederlage war Folge eines schwachen Spielaufbaus.

Doch das allein tat der Firma Bekker-Bosch-Tiriac nicht so weh wie die Erkenntnis, daß mit dem Wimbledonsieger vor allem auf Sand (noch) kein Staat zu machen ist. Kein Wunder, daß ihn zwölf internationale Fachleute in einer inoffiziellen Weltrangliste in bezug auf die vier verschiedenen Bodenbeläge auf Gras zwar an Nummer eins, Teppichboden an Nummer fünf (hinter Lendl, Nystroem, Jarryd, Edberg) und Hartplätzen *hinter* Lendl an zweiter Stelle einstuften, auf Sandplätzen aber nur auf Rang zehn. Und das, obwohl Becker auf Sand *aufgewachsen* ist.

Während Becker selbst in Rom alle anderen Umstände als Erklärung anführte, nennt sein Trainer Günter Bosch, der die Sandplatz-Schwächen Beckers längst erkannt hat, das Problem beim Namen: „Boris muß einfach auf Sand erst mal seinen eigenen *Aufschlag durchbringen können*. Damit fängt das ganze Thema schon mal an. Auch auf Sand könnte er mit einem guten Serve-und-Volley-Spiel besser abschneiden. Und was die Aufschlagspiele der Gegner betrifft, da hat er einfach noch viel zu wenig Geduld."

Bosch dürfte auch klar sein: Ein Wilander, der mit Geduld auf die Fehler des Gegners wartet, wird Boris wohl nie. Wie das Match gegen den fast fehlerlos spielenden Sanchez bewies, will Becker mit möglichst jedem Ball punkten. Aber von dieser Form ist der Leimener momentan weit entfernt. Genausoweit wie von jenen acht punktbesten Spielern des Jahres, die im Dezember beim Masters in New York den Besten ausspielen. Bosch bestätigte schon oft: „Das Masters-Turnier interessiert Boris fast am meisten. Boris kennt die ganze Punkteliste bald auswendig."

Becker selbst kam kurz vor seiner Abreise in Rom allerdings noch zu folgender Erkenntnis: „Mir war ja klar, daß das Jahr nach Wimbledon wesentlich härter werden würde. Damals war ich ja als 50. der Weltrangliste unbekannt, jetzt jagt mich jeder und spielt gegen mich hundertprozentig. Ich habe auf Sand meinen Rhythmus einfach noch nicht richtig gefunden und gebe auch zu, daß die Niederlage gegen Sanchez weh tut. Aber eigentlich habe ich ja vor gro*ßen Turnieren noch nie so gut ge*spielt."

Was die letztjährigen US-Open oder Melbourne angeht, hat er recht. *Nicht natürlich mit Wimbledon*, denn davor gewann er das Londoner Queens-Turnier, bei dem sein Stern aufging.

Beckers Fazit neun Tage vor dem Grand-Slam-Turnier in Paris: „Ich weiß jetzt, wo ich stehe." Hoffentlich . . .

*

In Düsseldorf hat gestern der World-Team-Cup mit dem Spiel Ar*gentinien – USA begonnen. (Ergebnis* stand bei Redaktionsschluß noch nicht fest). Die deutsche Mannschaft greift erst heute in den Wettbewerb ein. *Sie spielt gegen Frankreich*. Weil die Franzosen Yannick Noah und Guy Forget am Sonntag in Rom noch das Doppelfinale bestreiten mußten, wurde dieses Spiel um einen Tag verschoben.

Heute spielen außerdem Schweden gegen Australien. Trotz des Fehlens der Topstars Ivan Lendl, John McEnroe, Jimmy Connors oder Boris Bekker ist der Zuschauerrekord von 64 000 aus dem letzten Jahr bereits vor dem ersten Ballwechsel gebrochen. Im Vorverkauf wurden 66 000 Karten abgesetzt.

Zum Abflug gab's verblüffenden Pessimismus à la Beckenbauer

Umgeben wurden sie von surrenden und klickenden Kameras, erhellt vom Blitzlichtgewitter der Fotografen, umringt von Fans und Journalisten, denen letzte Interview- und Autogrammwünsche erfüllt wurden – so gestaltete sich für die Spieler der Fußball-Nationalmannschaft der Abschied von Deutschland. Zum Schluß spürten alle noch einmal jene hektische Betriebsamkeit, die Teamchef Franz Beckenbauer zu einem Stoßseufzer veranlaßte: „Drüben haben wir endlich Ruhe."

Neben der Erleichterung verspürte Beckenbauer auch „eine gewisse Vorfreude, bald am Ziel zu sein. Zwei Jahre lang haben wir dafür gekämpft. Nun wissen wir bald auch, woran wir wirklich sind."

Die Vorbereitung auf die Weltmeisterschaft ist in ihre letzte Phase getreten. Mit dem Lufthansa-Flug 480 ab Frankfurt machte sich die Nationalmannschaft gestern um 10.15 Uhr auf die Reise nach Mexiko, begleitet von 14 Delegations-Mitgliedern, 35 Medienvertretern *und den Hoffnungen* ungezählter Fußballfans.

Als letzter Spieler war Karl-Heinz Rummenigge im noblen Frankfurter Airport-Hotel eingetroffen, wo er sofort die Frage nach seinem Befinden beantworten mußte: „Ich bin in den vergangenen Tagen gelaufen, aber weiterhin ohne Sprints", sagte er. „Ich habe ein gutes Gefühl, andere Aussagen wären hypothetisch." Rummenigge leidet noch unter den Folgen einer Kniekehlen-Verletzung.

Mit Ausnahme des Dortmunder Torwarts Eike Immel, der gestern abend noch mit seinem Verein das Relegationsspiel gegen Fortuna Köln bestreiten mußte, ist die deutsche Delegation jetzt komplett in Mexiko vertreten. DFB-Präsident Hermann Neuberger hat sich – wie schon 1982 in Spanien – nicht der offiziellen Equipe angeschlossen. Er kam bereits am Samstag in Mexiko an, wo er noch organisatorische Aufgaben zu erledigen hat. In seiner Eigenschaft als Vize-Präsident des Welt-Fußball-Verbandes (FIFA) soll Neuberger noch einmal alle WM-Stadien inspizieren und als Zugpferd einer Werbe*kampagne dienen*, die *aufgrund* des geringen Kartenvorverkaufs durchgeführt werden soll.

Die erste kritische Situation hat Neuberger schon beim Anflug nach Mexiko erlebt. Das Flugzeug, mit dem er reiste, wurde etwa eine Stunde vor der Landung von vier Blitzen getroffen und geriet mehrmals ins Schlingern. Der DFB-Präsident war noch schreckensbleich, als ihn die mexikanische Führungsspitze auf dem Flughafen Benito Juarez empfing. Kurze Zeit später widmete er sich jedoch schon wieder organisatorischen Aufgaben.

Gestern fuhr Neuberger erneut zum Flughafen, um beim Zwischenstopp der DFB-Mannschaft vor dem Weiterflug nach Morelia eine Pressekonferenz mit Teamchef Franz Beckenbauer und Kapitän Karl-Heinz Rummenigge anzuordnen. Neuberger ist um Sympathien für die deutsche Mannschaft bemüht. Er wollte nicht den gleichen Fehler machen wie die Italiener, die unmittelbar nach ihrer Ankunft in Mexiko nach Puebla weiterreisten und damit Unverständnis hervorriefen. Pressekonferenzen sowie *zwei* Trainingsspiele gegen Ortsmannschaften von Morelia und Queretaro und ein „Tag der offenen Tür" im Trainingslager sollen der deutschen Vertretung mexikanische Sympathien einbringen.

Bis zum 27. Mai wird sich die deutsche Mannschaft in Morelia in 2600 m Höhe an die Luft- und Klimaverhältnisse anpassen. Erst dann erfolgt der Umzug in das Hotel Galindo Mansion nahe dem Spielort Queretaro. „In Morelia geht es um die notwendige Spritzigkeit", sagte Franz Beckenbauer, „dazu müssen wir uns vor allem einspielen, Standardsituationen üben und den Rhythmus kennenlernen." Die jüngsten Erkenntnisse aus der Vorbereitung stimmen den Teamchef skeptisch: „Mehr war nicht möglich", sagte er, „aber richtig war sie nicht. Mit den Bayern, Stuttgartern und Kölnern haben wir Spieler dabei, die wegen DFB- und UEFA-Pokal praktisch keinen Tag Urlaub hatten. 14 Tage Regeneration aber wären für alle nötig gewesen nach dieser Saison. In anderen Ländern wie Mexiko, Argentinien, Brasilien wird die Vorbereitung immer stärker, bei uns immer schwächer." Sein Fazit – „das soll kein Jammern oder Vorbeugen sein" – endete erstaunlich pessimistisch: „Wir müssen überlegen, ob in Zukunft WM-Teilnahmen überhaupt noch sinnvoll sind, denn auf Dauer werden wir kei*ne Chance mehr haben!*"

Zur Ausschaltung möglichst vieler negativer Zufälle wurde die deutsche Mannschaft umfangreich ausgerüstet. Bereits in der letzten Woche kamen fünf große Container in Mexiko an. Sie enthielten Laser- und Ultraschallapparate für die Elektro-Therapie, drei Massage-Tische, Salben, 400 Rollen Tape-Verband, Medikamente und Verpflegung. Mild gerösteter Kaffe, Mineralwasser, ein eigens entwickeltes Körnerbrot und Nudeln wurden ebenso mitgenommen wie 20 000 Anstecknadeln und 50 000 Au*togrammkarten*.

Daneben tun auch die Mexikaner alles, um einen organisatorisch möglichst reibungslosen Ablauf zu gewährleisten. Der Medienmulti „Televisa", der die gesamte WM vorfinanzierte, hat noch einmal zwölf Millionen Dollar in ein neues Telefonnetz investiert, das völlig unabhängig vom staatlichen System arbeitet.

SCHWIMMEN

Niederlagen für Michael Groß: „Gute Erfahrung"

sid/dpa, **Bonn/Monte Carlo**

Zwei Niederlagen mußte der Offenbacher Ausnahmeschwimmer Michael Groß beim Schwimmfest in Monte Carlo hinnehmen. Im ersten internationalen Wettkampf seit Februar gewann Groß zwar den Wettbewerb über 200 m Schmetterling in 2:01,53 Minuten, verlor jedoch seine Wettkämpfe über 200 m Freistil und 100 m Schmetterling.

Über 200 m Freistil mußte sich Groß in 1:52,40 Minute dem Europameister über 100 m, dem Franzosen Stephane Caron (1:51,83), beugen. Thomas Fahrner (ebenfalls Offenbach) belegte in 1:52,58 Platz drei. Überraschend erlitt Groß dann auch eine Niederlage über 100 m Schmetterling. In 56,62 Sekunden verlor er gegen den Italiener Fabrizio Rampazzo (56,53), der nur an 14. Stelle der Weltrangliste steht. „Wir haben in der letzten Zeit hart trainiert", sagte Groß. „Die Zeiten waren in der Prognose des Trainers enthalten. Für die *Vorbereitung auf die deutschen Meisterschaften* war diese Erfahrung sehr wichtig."

Auch Bundestrainer Manfred Thiesmann war zufrieden: „So gute Ergebnisse hat eine Mannschaft vor deutschen Meisterschaften selten erreicht." Siege für den Deutschen Schwimmverband (DSV) errangen neben Michael Groß auch Rolf Beab (Dormagen) in 1:04,73 Minute über *100 m Brust und Frank Hoffmeister* (Bochum) in 2:04,46 Minuten über 200 m Rücken. Hoffmeister schlug dabei im direkten Vergleich den Lagen-Weltrekordhalter Jens-Peter Berndt, der sich wie Hoffmeister vor wenigen Monaten aus der „DDR" abgesetzt hatte und nun für die amerikanische Universität Tuscaloosa schwimmt.

In Bonn feierte Verbandspräsident Harm Beyer (49) am Rande des Jubiläums zum 100jährigen Bestehen persönliche Erfolge. Zunächst wurde er als Schatzmeister in die Europäische Schwimm-Liga (LEN) berufen, dann wählten ihn die Delegierten des DSV einstimmig in seine fünfte Amtsperiode seit 1977, und schließlich erhielt Bonn noch den Zuschlag für die Ausrichtung der Europameisterschaften 1989, wofür sich Beyer in den letzten Monaten stark eingesetzt hatte. Bonn war am Ende der einzige Bewerber um die Titelkämpfe.

GALOPP / Zwei Siege für Peter Alafi

Peitsche beim Endspurt verschenkt – Geldstrafe

K. GÖNTZSCHE, **Gelsenkirchen**

Die dreijährige Stute *Lobelia* mit dem 50 Jahre alten Jockey Peter Alafi hat am Pfingstsonntag auf der Galopprennbahn in Gelsenkirchen-Horst das renommierte Nereide-Rennen (benannt nach der legendären Derby-Siegerin von 1936) überlegen vor Außenseiterin *Nelke* (Peter Schiergen) und Gestüt Schlenderhans Divonne (Andrzej Tylicki) gewonnen. Das allein allerdings wäre keineswegs ein besonderes Ereignis.

Eine Kette kurioser Details während des Rennens sorgte dafür, daß die beiden Jockeys Manfred Hofer und Karl-Heinz Hoffmann nach dem Rennen mit Geldstrafen in Höhe von insgesamt 400 Mark belegt wurden.

Unmittelbar nach dem Start behinderte Hofer mit seiner Stute Kajana seine beiden Kollegen Hoffmann und Suerland, die die Pferde Anna Carlita und Noble Joy ritten. Hoffmann verlor bei der Rempelei seine Peitsche. Eingangs der Zielgeraden stellte Hofer fest, daß seine Stute mit ihren Kräften bereits am Ende war, während die neben ihm galoppierende Anna Carlita *mit* dem peitschenlosen Karl-Heinz Hoffmann noch frisch und munter schien. Hofer dachte offensichtlich an eine Wiedergutmachung seines *Fouls* und *bot* Hoffmann während des Rennens großzügig seine Peitsche an. Allzu viel Zeit zur Entscheidung blieb Hoffmann nicht, immerhin galoppierten die Pferde mit einer Geschwindigkeit von etwa 50 km/h. Hoffmann nahm auf alle Fälle Hofers Angebot an, war aber im Ziel mit seinem Pferd trotzdem deutlich geschlagen.

Das Pech der beiden Peitschenfreunde war die Aufmerksamkeit der Herren auf dem Richterturm. Die so häufig (mitunter auch zu Unrecht) gescholtenen Rennleiter um Dr. Peter Tasch aus Düsseldorf hatten das Spielchen der beiden Jockeys von ihrer hohen Warte genau beobachtet. Hoffmann mußte 150 Mark Strafe wegen Inanspruchnahme fremder Hilfe und zusätzlich 100 Mark wegen Peitschenmißbrauchs zahlen. Excham*pion Manfred Hofer* wurde wegen Gewährung unerlaubter Mittel zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt.

Einen ähnlichen Fall hat es vor Jahren einmal mit Lester Piggott als Hauptdarsteller gegeben. Er hatte im Grand Prix von Deauville (Frankreich) seine Peitsche verloren und klaute seinem Kollegen Jean-Paul Lefevre im Endkampf kurzerhand dessen Reitutensil. Piggott wurde dafür sogar gesperrt.

Jockey Peter Alafi, der in Kürze seinen *2000.* Sieg reiten wird (Rekordhalter in Deutschland ist Otto Schmidt mit 2218 Erfolgen), gewann mit dem Hengst Ganymed auch das zweite Hauptrennen in Gelsenkirchen vor Georgie's Blitz (Lutz Mäder) und Zapfenstreich (Peter Remmers). *Der Hengst Ganymed gehört dem* Wuppertaler Kaufmann Horst-Dieter Geilenberg (Stall Simone), der sich früher als Sponsor in der örtlichen Handballszene betätigte, in den letzten Jahren mit seinen Pferden Zünftiger, Aristoteles und Eiswind (Derby-Zweiter hinter Ako 1982) im Galopprennsport außerordentlich erfolgreich ist. Für Ganymeds Sieg im Großen Preis der Union-Brauerei Dortmund (in Gelsenkirchen gelaufen) kassierte er 30 000 Mark.

Im Hauptrennen von Frankfurt, dem Nestlé-Pokal (35 000 Mark, 20 000 Mark dem Sieger, 1600 m) siegte der Hengst Smaragd mit Jockey Erwin Schindler. Trainer von Smaragd ist neuerdings Theo Grieper in Köln-Rath. Smaragds Besitzer Margarethe Wetzel aus Hamburg ließ den Hengst zuvor im Bremer Stall Wöhler trainieren, den der 24 Jahre *alte* Andreas Wöhler nach dem Tode seines Vaters Adolf übernommen hat. Andreas Wöhler: „Frau Wetzel hat den Wechsel Smaragds damit begründet, daß Theo Grieper größere Erfahrungen mit internationalen Rennen hat."

*

Erfolgreiche Revanche für seine überraschende Niederlage im Kentucky Derby vor drei Wochen nahm der dreijährige Hengst Snow Chief in dem mit 534 000 Dollar dotierten 111. Preakness Stakes auf der Galopprennbahn in Baltimore im US-Bundesstaat Maryland. Alexis Solis ritt den 5:2-Mitfavoriten zu einem Vier-Längen-Erfolg über Ferdinand (Bill Shoemaker) heraus, der ihn im Kentucky-Derby noch mühelos besiegt hatte. Im siebenköpfigen Feld belegte Broad Brush (Chris McCarron) vor 87 000 Zuschauern Platz drei.

BOXEN / Sieben Mal Gold für die Kubaner

Superstar Stevenson plauderte über Castro

sid/dpa, **Reno**

Kubas Super-Schwergewichtler Teofilo Stevenson, der nach drei Olympiasiegen zum dritten Mal Weltmeister der Amateurboxer geworden ist, wurde zum Abschluß des Turniers in Reno (US-Bundesstaat Nevada) als bester Athlet ausgezeichnet. Nach Wassili Solomin (UdSSR) 1974 in Havana, Stephen Muchoki (Kenia) 1978 in Belgrad und Mark Brewland (USA) 1982 in München gewann erstmals ein Kubaner diese Trophäe.

Mit seinem 301. Sieg trugen sich Teofilo Stevenson und sein kubanischer Landsmann Adolfo Horta in das Rekordbuch des Amateurboxens ein. Beide sind dreimalige Weltmeister. Doch weder der 34 Jahre alte Super-Schwergewichtler, neben Ungarns Box-Idol Laszlo Papp der einzige dreimalige Olympiasieger in der Boxgeschichte, noch der sechs Jahre jüngere Horta, der seine Titel in drei verschiedenen Gewichtsklassen gewann, denken daran, mit dem Boxen aufzuhören.

Während Stevenson 1988 in Seoul zum vierten Mal Olympiasieger werden will, denkt Leichtgewichtler Horta sogar noch an die Olympischen Spiele 1992. Warum auch nicht?

Teofilo Stevenson war im Spielerparadies in der Sierra Nevada lokker und aufgeschlossen wie noch nie. Der Abgeordnete der Nationalversammlung von Havana plauderte in Englisch („ich muß diese Sprache üben") über sich und seine Heimat, machte den ihm zugeteilten Dolmetscher sprachlos und war der Star – im und außerhalb des Rings.

Beim 301. Sieg seiner einmaligen Laufbahn im Finale des Super-Schwergewichts traf Stevenson auf den 24 Jahre alten Amerikaner Alex Garcia, der fünf Jahre seines Lebens wegen Totschlags in drei Gefängnissen zugebracht hatte.

Nach 56 Sekunden in der zweiten Runde und zwei Niederschlägen war alles vorbei. Stevenson hatte wieder einmal gewonnen. Doch Profi will Stevenson trotz allem nicht werden. Schließlich hat er alles, was er braucht, genießt Privilegien wie vielleicht nur Fidel Castro selbst, ist dem süßen Leben allzeit aufgeschlossen. Auch in Reno hatte er wieder eine ständige Begleiterin dabei, eine attraktive Blondine, die nicht von seiner Seite wich. Eine Amerikanerin. Doch wenn es um Boxen und Kubas Ehre geht, gilt für ihn nur der Sport.

Eine Minute plauderte Stevenson nach dem Finale über den Kampf, zehn Minuten über Fidel Castro, seinen engen Freund. „Ich habe vor Jahren mit ihm Sparring gemacht. Doch ich habe nicht hart zugeschlagen. Ich kann und *wollte ihm nicht wehtun*", sagte er. Und: „Je älter ich werde, um so härter muß ich an mir arbeiten. Doch mein Körper macht mit, ich fühle mich so stark wie nie zuvor."

Dennoch muß er den richtigen Zeitpunkt finden, um seine Karriere zu beenden. Die Ärzte des Weltboxverbandes wollen ihm diese Entscheidung nicht abnehmen. Sie werden beim Kongreß im November in Bangkok nach deutschem Vorbild eine Altersgrenze von 35 Jahren für Boxer zur Abstimmung stellen. Doch die „Lex Stevenson" ist schon beschlossene Sache. Wenn sich der Kubaner in jedem Jahr einer gründlichen Untersuchung stellt, darf er wie Peter Hussing bis zum Alter von 37 Jahren weiterboxen.

Und was Stevensons Alter angeht: Niemand weiß genau, ob er nun 34 oder 35 ist.

Ansonsten: Die Kubaner gewannen sieben Titel, die Amerikaner drei. Der Salzburger Kabarettist und ZDF-Kommentator Werner Schneyder, 15 Jahre lang internationaler Kampfrichter, landete einen Volltreffer, als er die internationalen Funktionäre und deren Kampfrichter-Vasallen als „trinkfreudige, spesenkassierende, unseriöse Meute" beschimpfte. Wohl nicht die gesundheitlichen Risiken gefährden die Zukunft des Amateurboxens, sondern die Machenschaften im und am Ring. Wenn auch der äußere Rahmen nicht stimmte, sportlich boten diese Titelkämpfe trotz der „kriminellen Urteile ab dem Halbfinale" (so der deutsche Vize-Präsident Heinz Birkle) das bisher Beste.

Und die deutsche Bilanz? Mit vier Viertelfinalisten, sechs Siegen bei sieben Niederlagen und Platz zwölf in der Nationenwertung zog sich die deutsche Staffel besser aus der Affäre, als die Kritiker erwartet hatten. Nur der selbsternannte Weltmeister Markus Bott scheiterte kläglich, doch er spricht statt dessen von einer Profi-Karriere in den USA.

SPORT-NACHRICHTEN

Langer auf Platz drei

Fort Worth (GAB) – Der deutsche Golfprofi Bernhard Langer beendete die *Serie seiner geforderten* 15 Turniere auf der US-Tour mit dem dritten Platz in Fort Worth (Texas). Er erhielt 31 000 Dollar für seine 70+70+67=207 Schläge bei Par 70, schlaggleich mit Tom Watson (75+68+64) und Bill Rogers (67+71+69). Es gewann *Dan Pohl (USA) mit 68+69+68=205* Schlägen.

Favorit uneinholbar

Abano Terme (sid) – Der bulgarische Fechter Vassili Etropolski gewann zum zweiten Mal in Folge den Säbel-Weltcup. Beim letzten Turnier in Abano Terme (Italien) konnte er sich nicht für das Finale der besten *acht qualifizieren,* war aber in der Gesamtwertung nicht mehr zu überflügeln.

Turnen: Finale perfekt

Hamburg (sid) – Schon eine Woche vor dem letzten Kampftag der zweigeteilten Kunstturn-Bundesliga haben sich Titelverteidiger TK Hannover und der FC Bayern München für das Finale am 7. Juni in Offenbach qualifiziert.

Volleyball: Auslosung

Prag (dpa) – Bei der Volleyball-Weltmeisterschaft der Damen vom 2.–12. September in Prag trifft die Mannschaft der Bundesrepublik *Deutschland in der Gruppe C auf* Peru (2. 9.), Kuba (3. 9.) und Brasilien (4. 9.).

Finale im Tischtennis

Saarbrücken (dpa) – Das Endspiel in der Tischtennis-Bundesliga bestreiten Borussia Düsseldorf nach dem 8:8 in Grenzau und der SSV Reutlingen, der ATSV Saarbrücken mit 9:7 besiegte. Das Finale wird am *1. Juni in Wiesbaden ausgetragen.*

Bremen Turniersieger

Tokio (dpa) – Werder Bremen gewann ein Fußball-Turnier in Tokio. Vor 40 000 Zuschauern besiegten die Bremer nach Verlängerung die brasilianische Mannschaft Palmeiras São Paulo mit 4:2. Bayer 04 Leverkusen schlug beim internationalen Turnier in Montevideo Nacional Montevideo mit 3:1.

Wormatia Worms klagt

Worms (sid) – Der Südwest-Oberliga-Meister Wormatia Worms wird gegen den Ausschluß aus der Aufstiegsrunde zur Zweiten Fußball-Bundesliga klagen. Der Deutsche *Fußball-Bund (DFB)* hatte die Wormser wegen Nicht-Erfüllung der Bedingungen zur Lizenz-Erteilung davon ausgesperrt.

Georg Böhm besiegt

Trier (sid) – Erst im Endspiel der internationalen Stadt-Meisterschaften von Trier mußte sich der deutsche Tischtennis-Meister Georg Böhm dem Chinesen Yu Zeng Cai mit 16:21, 18:21, 21:19 und 15:21 geschlagen geben. Bei den Damen gewann die Saarbrückenerin Olga Nemes gegen Miriam Kloppenburg aus Holland mit 21:14, 21:19 und 21:19.

Knappe Niederlage

Recklinghausen (dpa) – Ungarns Kanuten gewannen in Recklinghausen den Drei-Länder-Kampf mit 90 Punkten vor der Bundesrepublik Deutschland (79) und Ungarn II (70).

Sechster Platz für Kreher

Budapest (sid) – Mit dem sechsten Platz beendete der deutsche Meister Detlef Kreher aus Berlin den Honved-Pokal der Modernen Fünfkämpfer in Budapest. Am letzten Wettkampftag belegte Kreher in der Reitkonkurrenz mit 1056 Punkten den 22. Rang und kam als bester deutscher Teilnehmer auf insgesamt 5209 Zähler.

Ludmilla Pachomowa †

Moskau (dpa) – Im Alter von 39 Jahren ist in Moskau die mehrfache Welt- und Europameisterin im Eistanzen, Ludmilla Pachomowa, gestorben. Nach Angaben der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS starb sie an einer „ernsten Krankheit".

Kasparow siegt weiter

Basel (dpa) – Schach-Weltmeister Garri Kasparow (UdSSR) gewann in Basel auch die dritte, nach 60 Zügen wieder aufgenommene Partie seines Wettkampfes gegen den englischen Großmeister Antony Miles. Kasparow führt damit 3:0.

Regina Weber in Form

Corbeil (sid) – Eine Woche vor den deutschen Meisterschaften in der Rhythmischen Sportgymnastik in Hannover belegte die Olympiadritte Regina Weber im französischen Corbeil den fünften Platz.

Ingeborg Franck

geb. Seibl

30. 3. 1936 – 11. 5. 1986

Auf tragische Weise hat sie uns verlassen.

Wir vermissen sie sehr.

Hermann Franck
Katja und Carsten

4330 Mülheim a. d. Ruhr, Buteweg 8

Die Beisetzung hat in aller Stille stattgefunden.

RADSPORT

Glaus siegte über 588 km

sid/dpa, Paris

Gilbert Glaus gewann als dritter Schweizer das längste Eintags-Radrennen der Welt, das zum 83. Mal über 588 Kilometer von Bordeaux nach Paris führte. Vor Glaus hatten sich dessen Landsleute Henri Sutter (1925) und Ferdi Kübler (1953) in die Siegerlisten eingetragen.

Der 30jährige Glaus, 1978 Amateur-Weltmeister und beim französischen Rennstall Peugeot bislang nur vorläufig unter Vertrag, siegte im Sprint vor den beiden Franzosen Gallopin und Vallet. Der Essener Klaus Hofeditz belegte mit 8:45 Minuten Rückstand den 26. Rang.

Unverändert ernst ist der Zustand des italienischen Radprofis Emilio Ravasio (23), der nach seinem Sturz beim Giro d'Italia vor einer Woche auf der Intensivstation eines Krankenhauses in Palermo liegt. Er befindet sich noch immer im Koma.

Mit klarem Vorsprung gewann der frühere Cross-Weltmeister der Amateure, der Berliner Mike Kluge, das erste der zwei internationalen Pfingstrennen in Berlin.

SPRINGREITEN

Erfolg für Schockemöhle

sid/dpa, Wiesbaden

Europameister Paul Schockemöhle aus Mühlen siegte auf So Long im sogenannten kleinen Finale des Großen Preises beim 50. Reitturnier in Wiesbaden. Im Stechen mit sieben Reitern gewann er das mit 25 000 Mark dotierte Springen ohne Abwurf in 42,58 Sekunden vor dem ebenfalls fehlerfreien Österreicher Hugo Simon, der auf Lightstone 47,42 Sekunden benötigte.

Olympiasieger Reiner Klimke aus Münster mit seinem Paradepferd Ahlerich hat eine neunmonatige Wettkampfpause nichts ausgemacht. In Wiesbaden siegte er auf dem 15-jährigen Wallach souverän in der Dressurprüfung Grand Prix. Hinter ihm belegte Tilman Meyer zu Erpen (Werther) mit Tristan, mit dem Klimke 1985 die Mannschafts-Europameisterschaft gewonnen hatte, den zweiten Platz.

„Für einen Start nach so langer Pause war ich sehr zufrieden", sagte Klimke, „allerdings war ich auch ganz schön nervös, ich wußte nicht mehr so recht, wie sich Ahlerich im Viereck benimmt."

LEICHTATHLETIK

Thompsons Warnschuß

sid/dpa, Düsseldorf

Wer wird in drei Monaten in Stuttgart Europameister im Zehnkampf? In Arles (Frankreich) untermauerte Olympiasieger Daley Thompson seine Titelambitionen. In seinem ersten Wettkampf nach den Olympischen Spielen 1984 legte der 27jährige Engländer 8667 Punkte vor.

In Los Angeles erzielte der Olympiazweite Gabriel Tiacoh (Elfenbeinküste) mit 44,32 Sekunden über 400 m die drittbeste Flachlandleistung aller Zeiten. In einem der besten 400-m-Rennen überhaupt, in dem mit erstklassigen 45,02 Sekunden nur Platz fünf übrig blieb, verfehlte der 23jährige Tiacoh den 1968 in Mexiko erzielten Weltrekord des Amerikaners Evans (43,86) um knapp eine halbe Sekunde.

In Düsseldorf trat der deutsche Dreisprung-Rekordmann Peter Bouschen (Düsseldorf) nach einer Wettkampfpause von 20 Monaten zum ersten Mal wieder an und erreichte hervorragende 16,61 m. Weiter als er sprang mit 16,93 m nur der frühere deutsche Jugendmeister Wolfgang Zinser (Leverkusen).

HANDBALL

Essen jetzt fast Meister

dpa/sid, Großwallstadt

Drei Spieltage vor dem Ende der Saison hat der TV Großwallstadt offenbar alle Chancen auf den Gewinn der deutschen Handballmeisterschaft verspielt. Mit 18:19 (10:10) verlor er beim Flensburger Vorortverein SG Weiche-Handewitt und hat nun als Tabellenvierter fünf Punkte Rückstand auf Spitzenreiter TuSEM Essen, der nur noch theoretisch den ersten Titelgewinn seiner Vereinsgeschichte verspielen kann.

Schon drei Minuten vor dem Ende hatte Jan Glöe das Tor zum 19:18 für Weiche-Handewitt erzielt und seinem Klub damit den Verbleib in der Bundesliga gesichert. Der Abstiegsgefahr entronnen ist auch der TuS Hofweier, der nach Anfangsschwierigkeiten deutlich mit 25:14 (10:8) über die schon lange als Absteiger feststehenden Reinickendorfer Füchse Berlin siegreich blieb. Dagegen kann der Traditionsklub TSV GWD Minden (früher GW Dankersen) den Abstieg kaum noch verhindern. In eigener Halle unterlag er dem ostwestfälischen Nachbarklub TBV Lemgo mit 17:23 (10:9).

MOTORRAD / Anton Mang in Monza gefeiert

Eintritt verboten, wenn er im Zelt bastelt . . .

sid/dpa, Monza

In englischen Zeitungen wird er stets hartnäckig als Veteran bezeichnet, doch das stört Anton Mang wenig. Er sagt dazu: „Es ist mir egal, wie die mich nennen. Solange die Leistung stimmt, dürfen die auch Großvater Mang schreiben." Daß die Leistung stimmt, demonstrierte der 36 Jahre alte Motorrad-Rennfahrer aus Inning am Ammersee beim italienischen Grand Prix in Monza, wo er nach rundenlangem Kampf gegen den Venezolaner Carlos Lavado das Rennen in der Klasse bis 250 ccm gewann.

Mit stehenden Ovationen feierten die Zuschauer danach Anton Mang bei der Siegerehrung. „So clever wie der Toni ist keiner", sagte der Münchner Martin Wimmer anerkennend, der wie schon zum Saisonauftakt in Jarama (Spanien) auch diesmal wieder Vierter wurde.

Mangs Honda 250 NSR, die Vorjahrsmaschine des amerikanischen Titelverteidigers Freddie Spencer, erwies sich den schnellen Yamahas von Lavado und Wimmer auch auf den Geraden ebenbürtig. „Im letzten Jahr ist mir Lavado oft aus den Kurven heraus abgehauen. Das schafft er jetzt nicht mehr", sagte Mang, der gemeinsam mit Lavado die Weltmeisterschaftswertung mit 27 Punkten anführt.

Ein Schild mit der Aufschrift „Zutritt verboten" ziert neuerdings das Zelt von Anton Mang. Der viermalige Weltmeister und sein Mechaniker Sepp Schlögel lassen sich nicht mehr in die Karten schauen, wenn sie am Motorrad basteln und es auf einen Sieg vorbereiten. Eine Geheimniskrämerei, die wohl notwendig in dieser Branche geworden ist. Lavado, der in Spanien noch vor Mang gewann, stellte in Monza denn auch kopfschüttelnd fest: „Seine Maschine geht ab wie die Feuerwehr. Ich hatte keine Chance."

Mang und Lavado starten nun am Sonntag auf dem Nürburgring, wo der 50. Grand Prix von Deutschland ausgetragen wird. Auf dem Nürburgring war Mang übrigens vor zehn Jahren sein erster WM-Sieg gelungen – auf einer Morbidelli und in der Achtelliter-Klasse.

In Monza fuhr Mang zu seinem 33. Grand-Prix-Sieg. Er sagt darüber: „Ich freue mich über den Erfolg in Monza genauso wie über meinen ersten Sieg. Aber ich bleibe schön auf dem Teppich und laufe deshalb nicht mit erhobenem Kopf durchs Fahrerlager. Denn ich weiß, daß ich sehr schnell wieder abstürzen kann." Mang hat schließlich bei Honda ein Versprechen einzulösen: „Ich fahre für euch, bis ich wieder Weltmeister bin."

Weltmeister will in diesem Jahr auch Martin Wimmer werden. In Monza verbesserte der 28jährige zweimal den Rundenrekord und schuf sich als Trainingsschnellster die beste Ausgangslage. Doch Wimmers Yamaha sprang wieder einmal nicht richtig an. Bis zum Sonntag auf dem Nürburgring möchte Wimmer „diese Problematik endgültig in den Griff kriegen, denn ich brauche endlich einen guten Start".

Der Vorjahresgewinner des deutschen Grand Prix, damals auf dem Hockenheimring, glaubte bereits, dem Fehlverhalten seines Motorrades auf die Spur gekommen zu sein. In Monza aber kam Wimmer als einer der letzten aus der ersten Runde, fuhr danach ein hervorragendes Rennen, aber „ganz hat es nicht mehr gelangt".

„Ich werde den Start jetzt so lange trainieren, bis die Kiste schon von allein anspringt", kündigte Wimmer im Hinblick auf den Nürburgring an.

Bei den Rennen auf dem Nürburgring gehen erstmals in dieser Saison alle Klassen an den Start. Als WM-Spitzenreiter sind nach Monza neben Mang und Lavado (je 27 Punkte) in der 250er Klasse der Spanier Martinez (Derbi/27) in der Klasse bis 80 ccm (Sieger in Monza: der Schweizer Dörflinger/Krauser) sowie 500er-Sieger Lawson (USA/Yamaha/27) dabei.

Im Preisgeldtopf für den Nürburgring sind 415 000 Mark, die nach dem neuen Reglement eher den Fahrern aus der zweiten Reihe zugute kommen. Wohl nichts hinzuverdienen wird der amerikanische Millionär Freddie Spencer. Die Hoffnungen, den Doppel-Weltmeister in der Eifel starten zu sehen, sind äußerst gering.

Eine zum Teil völlige Gefühllosigkeit im rechten Handgelenk zwang den 24jährigen bisher zum Startverzicht. „Wenn ich ein paar Runden gefahren bin, wird meine rechte Hand völlig taub. Ich habe dann überhaupt keine Kontrolle mehr über den Gasgriff." Anfang des Jahres hatte Spencer mit einer Virusinfektion wochenlang das Bett hüten müssen, „vielleicht ist das darauf zurückzuführen".

Dem ADAC Nordrhein als Veranstalter dürfte allerdings wichtiger als ein Start Spencers sein, daß sich nicht ähnliche Vorfälle wie in Monza ereignen, wo es Krawalle unter den Zuschauern gab und eine Hundertschaft Polizei aufzog. Ein Fan aus Fürstenfeldbruck schwebt in Lebensgefahr, weil er mit seiner Kawasaki 750 nachts unbemerkt auf die unbeleuchtete Rennstrecke gelangte und ohne Sturzhelm im offenbar alkoholisierten Zustand mit hoher Geschwindigkeit gegen ein Eisengitter raste. Der Schwerverletzte wurde in ein Mailänder Krankenhaus gebracht und anschließend operiert.

RUDERN

Michael Kolbes Kampfansage an Karppinen

sid, Essen

Der viermalige Einer-Weltmeister Peter-Michael Kolbe ist aus dem ersten Geplänkel im Vorfeld der Ruder-Weltmeisterschaften vom 17. bis 24. August in Nottingham gegen seinen großen finnischen Konkurrenten Pertti Karppinen als klarer Punktsieger hervorgegangen: Der in Oslo lebende Hamburger fuhr sich durch zwei souveräne Erfolge bei der internationalen Pfingst-Regatta auf dem Essener Baldeneysee in die Favoritenrolle, der Finne schied an beiden Tagen bereits im Vorlauf aus. Neben Kolbe verschönten lediglich der Ruhr-Vierer und ein neuformierter Achter durch zweite Plätze die Bilanz des Deutschen Ruder-Verbandes.

Mit hanseatischem Understatement hatte der 32 Jahre alte Kolbe nach seinem ersten Sieg gegen den sowjetischen WM-Vierten Wassilij Jakuscha verkündet, er habe sich in dieser Saison einiges vorgenommen. Im Vergleich zu seiner eher lässigen Ankündigung im letzten Jahr („eine WM- Medaille reicht mir") war das wohl die offene Kampfansage an Karppinen. Der allerdings konnte sie vorerst nicht annehmen. Gehandicapt von einer fiebrigen Erkältung, dümpelte der dreimalige Olympiasieger bereits im Vorlauf dem Feld hinterher. Ohne Jakuscha, der am zweiten Tag gar nicht erst gemeldet hatte, gestaltete sich der zweite Triumph von Kolbe über den Bulgaren Vasil Radev zur Trainingsfahrt mit Wettkampfcharakter. „Daß ich die beiden so sicher im Griff haben würde, hätte ich nicht gedacht", sagte Kolbe, der austrainiert wie schon lange nicht mehr wirkte.

Aufkommende Euphorie über das überraschende Abschneiden eines Achters aus dem Leistungsstützpunkt Dortmund, der an beiden Tagen lediglich dem Weltmeister-Boot aus der UdSSR den Vortritt ließ, bremste Verbandstrainer Rainer Kleinschmidt: „Trotz der guten Plazierungen hat längst noch nicht alles gestimmt."

Weit von der Bestform entfernt ist noch der Ruhr-Vierer. Das Weltmeister-Team von 1983 und 1985 der Renngemeinschaft Dortmund/Witten hatte an beiden Tagen große Probleme nach dem Start und konnte auch durch fulminante Endspurts verlorenes Terrain gegen eine CSSR-Crew nicht mehr wettmachen. Schlagmann Guido Grabow: „Wir sind physisch viel stärker als im Vorjahr, können dies technisch aber noch nicht umsetzen." Das etwas enttäuschte Fazit von Verbandstrainer Kleinschmidt: „Die Decke ist nicht so dick, als daß wir zur WM alle Bootsklassen besetzen könnten." Erfolgreichste Länder in Essen waren Rumänien und die „DDR" mit je acht Siegen.

• • • ZAHLEN • • • ZAHLEN • • • ZAHLEN • • •

FUSSBALL

Länderspiel: Dänemark – Polen 1:0. – **WM-Testspiele:** England – Mexiko 3:0, UdSSR – Torpedo Moskau 1:0, Kanada – US-Air-Force-Auswahl 10:0. – Freundschaftsspiele: Nacional Montevideo – Leverkusen 1:3, Guatemala – Hamburg 1:4, Hamm – Schalke 1:4. – **Endspiel Keirin-Pokal** in Tokio: Bremen – Palmeiras São Paulo 4:2.

GEWICHTHEBEN

Bundesliga, 7. Wettkampftag, Gruppe Nord: Wuppertal – Wolfsburg 822,7:888,0, Langen – Duisburg 630,2:300,5. – Gruppe Süd: Altrip – Neuaubing 639,1:512,3, Ehrang – Kindsbach 733,3:703,0, Roding – Mutterstadt 673,6:808,0.

HANDBALL

Bundesliga, Herren, 23. Spieltag: Dortmund – Gummersbach 18:18, Minden – Lemgo 17:23, Hofweier – Reinikkendorf 25:14, Weiche-Handewitt – Großwallstadt 19:18, Düsseldorf – Günzburg 27:18.

KUNSTTURNEN

Bundesliga, 4. Wettkampftag, Gruppe Nord: Sachsenhausen – Hannover 221,65:222,40, Heusenstamm – Bergisch Gladbach 217,35:200,80, Berlin – Weiskirchen 209,85:212,90. – Gruppe Süd: Neckarsulm – Oppau 217,30:218,10, Herbolzheim – München 222,40:223,35, Stuttgart – Saar 223,75:221,85.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren, Endrunde Meisterrunde: Saarbrücken – Reutlingen 7:9, Grenzau – Düsseldorf 8:8. – Abstiegsrunde: Steinhagen – Berlin 9:0, Bremen – Heusenstamm 9:0.

WASSERBALL

Bundesliga, 21. Spieltag: Spandau – Offenbach 13:3, Hamm – Köln 5:2, Duisburg 98 – Cannstatt 12:11, Düsseldorf – Esslingen 12:11, Hannover-Linden – ASC Duisburg 9:10, Braunschweig – Würzburg 11:9. – 22. Spieltag: Düsseldorf – Cannstatt 10:10, Duisburg 98 – Esslingen 14:6, Hannover-Linden – Köln 8:8, Hamm – ASC Duisburg 15:7, Braunschweig – Offenbach 8:8, Spandau – Würzburg 21:6.

LEICHTATHLETIK

Internationales Meeting in Los Angeles, Männer, 400 m: 1. Tiacoh (Elfenbeinküste) 44,32 Sek. (Jahres-Weltbestzeit). – 800 m: 1. Gray (USA) 45,22 (Jahres-Weltbestzeit). – Meile: 1. Spivey 3:56,72 Min., 2. Scott (beide USA) 3:57,05. – 3000 m: 1. Wicksell (USA) 7:51,55 Min. – 110 m Hürden: 1. Foster (USA) 13,27 Sek. (Jahres-Weltbestzeit). – Kugelstoßen: 1. Brenner (USA) 21,06 m. – Diskus: 1. Bugar (CSSR) 67,18 m, 2. Burns (USA) 67,02. – Frauen, 100 m: 1. Brisco-Hooks 10,99 Sek., 2. Brown (beide USA) 11,06, 3. Cooman-Fiere (Holland) 11,37. – 200 m: 1. Brisco-Hooks 22,54 Sek. – 400 m: 1. Marshall (USA) 49,99 Sek. – 800 m: 1. Groenendaal (USA) 1:59,9 Min. – 400 m Hürden: 1. Brown-King 55,23 Sek.

BOXEN

Weltmeisterschaften in Reno, Amateure: Halbfliegen: Odelin (Kuba) 5:0 n. P. – Rolon (Puerto Rico). – Fliegen: Reyes (Kuba) 5:0 n. P. – Griman (Venezuela). – Bantam: Sung-Kil (Südkorea) 4:1 n. P. – Breitbarth („DDR"). – Feder: Banks (USA) 4:1 n. P. – Sollet (Kuba). – Leicht: Horta (Kuba) 3:2 n. P. – Pedroza (Venezuela). – Halbwelter: Schischow (UdSSR) 4:1 n. P. – Grant (Kanada). – Welter: Gould (USA) 3:2 n. P. – Duvergel (Kuba). – Halbmittel: Espinosa (Kuba) 4:1 n. P. – Richter („DDR"). – Mittel: Allen (USA) 4:1 n. P. – Maske („DDR"). – Halbschwer: Romero (Kuba) 4:1 n. P. – Ross (USA). – Schwer: Savon (Kuba) 5:0 n. P. – van der Lijde (Holland). – Superschwer: Stevenson (Kuba) Abbruch 2. Rd. – Garcia (USA).

MOTOR

Großer Preis von Italien, Klasse bis 80 ccm: 1. Dörflinger (Schweiz) Krauser), 2. Martinez auf Derbi, 3. Herreros (beide Spanien) Derbi, 4. Waibel auf Seel-Real ... 9. Kuntz auf Ziegler, ... 12. Abold (alle Deutschland) MBA. – WM-Stand: 1. Martinez 27 Punkte, ... 4. Waibel und Nieto (Spanien) beide 12. – Klasse bis 125 ccm: 1. Gresini (Italien) Grelli, 2. Nieto auf MBA, 3. Auinger (Österreich) MBA, ... 11. Waibel auf MBA, ... 22. Lücke (beide Deutschland) MBA. – WM-Stand: 1. Gresini 30. – *Klasse bis 250 ccm: 1. Mang (Deutschland)* Honda, 2. Lavado (Venezuela) Yamaha, 3. Balde (Frankreich), 4. Wimmer (Deutschland) Yamaha. – WM-Stand: 1. Mang und Lavado beide 27, 3. Wimmer und Pons (Spanien) je 16. – bis 500 ccm: 1. Lawson auf Yamaha, 2. Mamola auf Yamaha, 3. Baldwin (alle USA) Yamaha. – WM-Stand: 1. Lawson 27, 2. Mamola und Baldwin je 20.

MODERNER FÜNFKAMPF

Honved-Pokal in Budapest, Endstand, Einzel: 1. Demeter (Ungarn B) 5248 Punkte, 2. Lipejew (UdSSR) 5247, 3. Martinek (Ungarn A) 5238, ... 6. Kreher (Deutschland A) 5209. – Mannschaft: 1. UdSSR 15 619, 2. Ungarn A 15 590, 3. Ungarn B 15 547, ... 7. Deutschland A 14 715, ... 16. Deutschland B 13 854.

SCHIESSEN

Skeet-Europameisterschaften in Mytischi/UdSSR, Herren, Mannschaftswertung: 1. CSSR 587 Treffer, 2. „DDR" 582, 3. UdSSR 581. – Einzelwertung: 1. Malek (CSSR) 150, 2. Wegner („DDR") und Imnaischwili (UdSSR) 149. – Damen, Einzelwertung: 1. Tsuranowa (UdSSR) 145, 2. Chytrowsk-Mika (Polen) 144, 3. Meftakhedtdinowa (UdSSR) 143.

GALOPP

Rennen in Mülheim/Ruhr: 1. R.: 1. *Fortune Hunter (F. Gröger)*, 2. Clou, 3. Tesoro, Toto: 40/20, 26, 26, ZW: 524, DW: 4360, 2. R.: 1. Feliciano (M. Hofer), 2. Westwind, 3. Assat, Toto: 60/19, 14, 26, ZW: 192, DW: 2216, 3. R.: 1. Charleroi (R. Suerland), 2. Malik, 3. Chateau, Toto: 18/12, 22, 26, ZW: 148, DW: 1632, 4. R.: 1. Leopoldina (G. Bocskai), 2. Kama, 3. Danae, Toto: 36/22, 22, —, ZW: 144, DW: 752, 5. R.: 1. Cesarina (S. Klein), 2. Kaiserjäger, 3. Mio Caro, Toto: 36/17, 12, —, ZW: 120, DW: 152, 6. R.: 1. Panimasi (L. Mäder), 2. Fjordlied, 3. Allessa, Toto: 40/18, 26, 90, ZW: 264, DW: 11 380, 7. R.: 1. Ultramarin (M. Hofer), 2. Ali the Great, 3. Maquis, Toto: 32/12, 13, 14, ZW: 108, DW: 500, 8. R.: 1. Dornblüte (P. Remmert), 2. Blue Bayou, 3. Pampered Boy, Toto: 28/17, 30, 46, ZW: 288, DW: 7916. – **Rennen** in Gelsenkirchen: 1. R.: 1. Darling Daisy (P. Alafi), 2. Maibowle, 3. Ornella, Toto: 24/11, 10, 17, ZW: 36, DW: 360, 2. R.: 1. Licinius (M. Hofer), 2. Forget, 3. Liebessong, Toto: 36/15, 18, 14, ZW: 436, DW: 1624, 3. R.: 1. Loando (K. Schirmann), 2. Ossietzky, 3. Windhüter, Toto: 36/18, 34, 21, ZW: 496, DW: 2660, 4. R.: 1. Lobelia (P. Alafi), 2. Nelke, 3. Divonne, Toto: 20/12, 20, 12, ZW: 292, *DW: 948, 5. R.: 1. Horan (P. Schiergen)*, 2. Nevele Pride, 3. Davidoff, Toto: 20/13, 14, 18, ZW: 52, DW: 420, 6. R.: 1. Ganymed (P. Alafi), 2. Georgie's Blitz, 3. Zapfenstreich, Toto: 24/15, 22, 38, ZW: 164, DW: 2236, 7. R.: 1. Silberstreif (P. Remmert), 2. Millerowo, 3. Funkturm, Toto: 19/11, 16, 22, ZW: 84, DW: 604, 8. R.: 1. Porta Westfalica (K. Woodburn), 2. Altomünster o.W., Osra, Corimonte, Toto: 19/10, 11, 12, ZW: 40, DW: 96, 9. R.: 1. Florin d'Or (L. Mäder), 2. Novalis, 3. Narsvogel, Toto: 44/22, 18, 17, ZW: 492, DW: 2316.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 5, 12, 22, 23, 36, 49, Zusatzzahl: 18. – **Spiel 77:** 9 3 3 1 9 8 3. – **Rennquintett:** Rennen A: 8, 1, 12. – Rennen B: 23, 29, 34. (Ohne Gewähr).

Reprint von Schottenlohers „Flugblatt und Zeitung"

Gar nicht wie der Papa

Der Verlag hat lange gekreißt. Aber was lange währte, wurde – entgegen volkstümlicher Spruchweisheit – nicht gut. Das Kind ist ein Bastard.

Karl Schottenlohers „Flugblatt und Zeitung" gehört zu den Klassikern publizistischer Forschung. Der Münchner Bibliothekar hat nämlich penibel aufgezeichnet, was über die *Frühzeit der gedruckten Medien* bekannt war. Er hat einen soliden Überblick der weiteren Entwicklung bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts gegeben und einen kursorischen, der sachlich, aber ohne Sympathie vor allem die publizistischen Aktivitäten der Linken bis in die Jahre nach dem Ersten Weltkrieg darstellt.

Das Buch, das 1920 als 21. Band der „Bibliothek für Kunst- und Antiquitätensammler" des Verlages Richard



Carl Schmidt & Co. in Berlin erschien, gehörte deshalb längst zu den Werken, für die ein Antiquar stets gleich mehrere Käufer zur Hand hatte. Um so erstaunlicher war es bislang, daß der Verlag Klinkhardt & Biermann in München, der die Reihe der Antiquitätenbücher des Schmidt-Verlages übernommen und alle, die noch einigermaßen gültig sind, teils in der Originalfassung, teils überarbeitet, neu aufgelegt hat, bei dem Schottenloher zögerte.

Erst nach jahrelangem Hin und Her mit Überlegungen, die vom einfachen *Nachdruck bis zu einer* völligen Neubearbeitung reichten, schritt man nun zur Tat. Das Kind heißt noch immer „Flugblatt und Zeitung". Als Vater wird nach wie vor Karl Schottenloher genannt. Doch ihm an die Seite wurde der Geburtshelfer Johannes Binkowski gestellt. Das Ergebnis dieser komplizierten Geburt ist ein Zwilling, von dem der erste Band noch „ganz der Papa", der zweite aber ein Wechselbalg ist.

Bis Seite 409 blieb alles beim Alten. Die Kapitel I bis XIV, die jetzt der erste Band umfaßt, wurden einfach nachgedruckt, allerdings um ein paar Seiten mit neueren Forschungsergebnissen und einer erweiterten Bibliographie ergänzt. Der zweite Band dagegen wurde „unter Zugrundelegung des Textes von Karl Schottenloher neu verfaßt und bis in die Gegenwart fortgeführt von Johannes Binkowski". Da sind zwar noch einige Sätze wiederzuentdecken, die Schottenloher einst geschrieben hat, aber meist ist man geneigt, mit dem Ekkensteher Nante auszurufen: „Mensch, wie haste dir verändert."

Wo Schottenloher zum Beispiel bei der „Rheinischen Zeitung für Politik, Handel und Gewerbe", deren Leiter Karl Marx im Herbst 1842 wurde, feststellte: „Weil sie seitdem eine scharfe Richtung nach links nahm, wurde sie von der Regierung verboten", liest *man bei Binkowski:* „Da die *Zeitung* eine kritische Tendenz hatte, wurde sie von der Regierung verboten."

Viel ärgerlicher als solche Weichzeichnungen sind aber die Ungenauigkeiten der Fortschreibung. Da heißt es, das „Pfennig-Magazin" sei 1833 *bei Bossange und Brockhaus* erschienen, aber der Brockhaus-Verlag wurde erst ein Jahr später Miteigentümer, oder „The Katzenjammer-Kids" von Rudolph Dirks seien der Anfang der Comics gewesen, ohne daß „The Yellow Kid" eine Erwähnung wert ist. Den „Sonntag" aus Ost-Berlin ordnet Binkowski unter die evangelischen Zeitschriften der „DDR" ein, obwohl er vom – höchst unchristlichen – „Kulturbund" herausgegeben wird. Außerdem ist es ungenügend, wenn den Zeitschriften der „DDR" nur zwei Seiten eingeräumt werden, weil das lediglich für eine Zustandsbeschreibung reicht, nicht aber für eine Analyse. (Dieses Manko gleichen auch die vier Seiten über die „*DDR*"-Zeitungen nicht aus.)

Wenn Binkowski feststellt, daß die Plakate der Parteien „direkte Angriffe auf den politischen Gegner vermeiden", verrät er eine unzureichende Sachkenntnis. Und wenn er von den Illustrierten schreibt, sie fänden „nur als Werbeträger für die Konsumwirtschaft ... ihr Auskommen ... der primäre Kunde sei der Inserent, nicht der Leser", so läßt sich die Animosität eines Zeitungsverlegers nicht übersehen.

PETER DITTMAR

Karl Schottenloher/Johannes Binkowski „Flugblatt und Zeitung – Ein Wegweiser durch das gedruckte Tagesschrifttum", Klinkhardt & Biermann, *München, Bd. I: 496 S., 68 Mark; Bd. II:* 268 S., 48 Mark.



Die Radierplatte als Skizzenblock: „Paläste" aus der Venedig-Serie von James McNeill Whistler in der Ausstellung der Sammlung Julius Zelman, Los Angeles, derzeit zu Gast in Amsterdam FOTO: RIJKSMUSEUM

Amsterdams Van-Gogh-Museum zeigt Radierungen von J. McNeill Whistler

Aus dem Dunkel unter den Brücken

Ein neuer Wind weht durch das Amsterdamer Van-Gogh-Museum, seit Ende letzten Jahres nach langer Vakanz Ronald de Leeuw dessen Leitung übernommen hat. Anspruchsvolle große Ausstellungen werden umrahmt von kleineren Prä*sentationen graphischer Kunst wie* jetzt die der Radierungen von James McNeill Whistler.

Im Los Angeles County Museum ist die Sammlung zu Hause, die der kalifornische Geschäftsmann Julius Zelman in den vergangenen fünfzehn Jahren aufgebaut hat. Die 160 Blätter umfassen ein Drittel des graphischen Werks von Whistler. Neunzig der intimen Kostbarkeiten sind jetzt in Amsterdam zu sehen.

Whistler im Van-Gogh-Museum ist kein Zufall. Seine Ideen, zusammengefaßt in der berühmten Zehn-Uhr-Vorlesung, beschäftigten auch van Gogh, mit dem er ferner den starken Einfluß des Japonismus teilt. Impulsivität, Spontaneität und die weitgehende Mißachtung der vorherrschenden Richtung in der Kunst ihrer Zeit verbinden diese beiden Exzentriker.

1834 in Amerika geboren, kehrte Whistler *1855* seinem Geburtsland den Rücken und lebte fortan in Europa. Die vielen Reisen bestimmen sein graphisches Werk. Immer wieder stach er Porträts, daneben galt sein künstlerisches Interesse dem Atmosphärischen der Städte, ihrer Plätze, *Straßen und ihrem Leben.*

Virtuos, kraft- und zugleich gefühlvoll handhabte Whistler die Radiernadel. In großer Freiheit, ohne Vorzeichnung arbeitete er direkt in die Platte, von denen er immer einige bei sich trug. Die Drucke besitzen dadurch die ungewöhnliche Direktheit, die sonst nur Skizzen eigen ist.

Die ersten Folgen entstanden in Frankreich, Landschaften und Straßenbilder sowie in London. Hier ist das Thema die Themse mit ihren Seeleuten, Schiffen, den Häuserzeilen und ihrer Geschäftigkeit. Beim Publikum jener Tage sehr beliebt, stießen diese unkonventionellen Blätter bei der Kunstkritik auf Widerstand.

Den Höhepunkt seines graphischen Werks bilden die venezianischen Ansichten. Die geheimnisvolle Aura dieser Stadt hielt Whistler in Durchblicken unter Brücken und Torbögen, mit Szenen in Gärten und Hauseingängen geradezu poetisch fest. Daneben faszinieren die delikaten Lagunenbilder. Meisterlich ist die Atmosphäre in „Nocturne", dem kostbarsten Blatt der Sammlung, durch die Konzentration des Bildin*halts in sparsamen Linien auf die* Blattmitte eingefangen.

Die Bedeutung der japanischen Graphik für das ästhetische künstlerische Empfinden Whistlers wird am deutlichsten in den Porträts. „The Velvet Dress" oder „Maude, standing" zeigen die Modelle in halber Rückenpose, die die Japaner deshalb bevorzugten, weil so der Fall des Kimonos besser zur Geltung kommt.

In Amsterdam, wohin Whistler 1888 reiste, entstand die letzte seiner Serien. Er schätzte sie am höchsten von allen ein, denn es verbänden sich die Exaktheit der Linie aus den frühen Jahren mit dem Streben nach *Form und Farbe, das darauf folgte, zu* der verfeinten Qualität der niederländischen Radierungen. (Bis 8. Juni, Katalog: hfl 35)

DOROTHEE von FLEMMING

Folk-Sängerin M. Sosa auf Deutschland-Tournee

Eine Mutter Courage

Einen Star kann man sie kaum nennen, auch wenn sie von ihren Landsleuten liebevoll als „Mutter Courage Lateinamerikas", als „Stimme der Anden", als „Tucumana" bezeichnet wird. Mercedes Sosa ist aller Bekanntheit zum Trotz eher ein Anti-Star. Inzwischen schon über fünfzig Jahre alt, macht sie von sich keinerlei Aufhebens.

Sobald Osvaldo Avena jr. (Percussions), Oscar Alem (Baß, Keyboards) und Nicolas Brizuela (Gitarre) mit ihrer Musik eingesetzt haben, erscheint sie, eine mächtige Mutter im roten Poncho, eine furchtlose Frau mit schwarzem, glattem, glänzendem Haar und einem gerundeten Gesicht voller Güte, das auf den ersten Blick etwas unverkennbar Indianisches hat, auch wenn die Argentinierin beteuert, keinen Tropfen indianischen Bluts in ihren Adern zu haben.

Mercedes Sosa nimmt einen Abend lang Platz auf einem simplen Holzstuhl nahe der Bühnenrampe. Sie wippt mit den Füßen, schließt bisweilen die Augen, hebt beschwörend die Arme, blättert wie nebenbei in den Noten oder greift mal zur Trommel – und singt dabei, daß es einem immer wieder durch Mark und Bein geht. Sie kann es sich leisten, auf jede Show zu verzichten. Sie ist einfach da, unübersehbar, körperlich spürbar. Sie weiß, wovon sie singt – und sie tut es mit einer trotzigen Entschlossenheit, die das Leben kennt.

Aber ihr Alt büßt dadurch keineswegs seine Ausdrucksfähigkeit ein, er verhärtet sich nie, hat nichts Gewaltsames, selbst wenn der Canción protesta manchmal sehr entschieden nach sängerischem Sprengstoff verlangt. Er kann im nächsten Atemzug *wieder eine Wärme gewinnen,* eine Sehnsüchtigkeit, wenn sich Mercedes Sosa in „Como Pájaros en el Aire" beispielsweise auf die Hände ihrer Mutter besinnt, die „für mich ein offener Himmel" sind, „und eine liebe Erinnerung, warme Kleidung im Winter".

„Todavia Cantamos" heißt es gleich zu Anfang ihres Abends wie auf ihrer neuesten Platte, „noch singen wir": Auf diesen Protest-Ton kommt Mercedes Sosa immer wieder zurück, ihr Gastspielprogramm ist sozusagen darauf geeicht. Obwohl selbst nicht mehr gezwungen, im Exil zu „überleben" (die Sängerin kehrte 1982 in einem Triumphzug sondergleichen in die alte Heimat zurück), nimmt sie es nicht mehr länger hin, daß viele in Südamerika noch immer nicht den „Tag des eigenen Todes" bestimmen können, wie sie einmal singt.

Selbst scheinbare Liebeslieder offenbaren sich am Ende als fordernde Friedensbotschaften, *als* poetische Appelle an mehr Menschlichkeit, die offenbar selbst dann verstanden werden, wenn die Zuhörer nicht unbedingt die Texte von Pateco Carabajal, Victor Herrera, Julio Numhauser oder Violetta Parra verstehen.

In der Stimme der Sängerin „verkörpert" sich gleichsam das Schicksal eines Kontinents in seiner ganzen Widersprüchlichkeit, seine Schönheit und Vitalität, seine Armut und soziale Unfreiheit. Das Publikum im Theaterhaus Stuttgart reagiert denn auch *auf das Prinzip Hoffnung,* das durch Mercedes Sosa nicht zu einer Zukunftsmusik wird, gleichermaßen betroffen wie begeistert.

HARTMUT REGITZ

Gastspielstationen: Karlsruhe (23. Mai), Tübingen (24. Mai) Berlin (26. Mai), Frankfurt (28. *Mai*) und Hamburg (29. Mai)

KULTURNOTIZEN

Jean Genets letztes Buch, „Un captif amoureux" (Ein verliebter Gefangener), erscheint Ende Mai im französischen Verlag Gallimard.

Ein Figurentheaterfestival mit Puppentheatern aus Deutschland, Japan, Australien und Holland finden *in Brühl vom 28. Mai bis zum 1. Juni* statt.

„Das Gespenst", der umstrittene Filme von Herbert Achternbusch, darf nach höchstrichterlicher Entscheidung nun doch in der Schweiz gezeigt werden.

Theodore White, der amerikanische Historiker und Schriftsteller, dessen *Bücher* über US-Präsidentschaftswahlen internationale Beachtung fanden, ist in New York im Alter von 71 Jahren gestorben.

Michail Alpatow, einer der renommiertesten Kunsthistoriker der Sowjetunion, ist im Alter von 84 Jahren gestorben; Alpatow war Spezialist für Ikonen.

Rudi Michel: Schon 1954 beobachtete er die Fußball-Weltmeisterschaft

„Fritz Walter fiel mir um den Hals"

Die schönsten Augenblicke aus den Turnieren der Fußball-Weltmeisterschaften von 1954 bis 1982 soll ich Revue passieren lassen. Nachhaltiger *erinnere ich mich* aber an die kritischen Momente für einen Fernseh-Kommentator. Etwa an das dritte Tor 1966 im Endspiel England – Deutschland. Zwanzig Jahre sind mittlerweile vergangen, und immer wieder sehe ich die umstrittene Szene in diversen Rückblick-Sendungen. Ich kann's nicht mehr hören: „Kein Tor – oder doch? Jetzt – was entscheidet der Linienrichter? – Tor!"

„Bei dir liegt's, welche Emotionen du bei Millionen weckst, wie sie daheim an den Fernsehschirmen über *die Situation urteilen*", sagte ich mir. „Du machst Meinung, also spiele die Sache runter – lobe die deutsche Mannschaft, daß sie kaum reklamiert, stelle fest, daß wir über dieses Tor noch lange diskutieren werden." Aber genau davor wird bei den Wiederholungen ausgeblendet. Das ärgert, auch heute noch.

Vergleichbare Schwierigkeiten gab es beim Finale 1974 in München, als der englische Schiedsrichter Taylor nach vierzig Sekunden einen Strafstoß gegen die deutsche Elf gab. Die Entscheidung des Schiedsrichters war korrekt und wurde von mir auch so kommentiert. Im Münchner Funkhaus glühten jedoch sofort die Telefondrähte: „Gegen uns – für wen spricht der eigentlich?" Das muß man durchstehen. Objektiv soll berichtet werden. Nach diesen Überlegungen habe ich erst einmal eine Schweigeminute eingelegt und mich gefragt, ob ich eigentlich wieder der Niederlagen-Sprecher sein werde. Doch dann: Die Müller, Maier, Bekkenbauer, Overath und Breitner wurden Weltmeister. Eine schöne Erinnerung.

1982, als die Deutschen und Österreicher in Spanien beschlossen hatten nicht anzugreifen, war Eberhard Stanjek der Kommentator. Wie man da mitfühlt und andererseits dankbar ist, gerade „dienstfrei" zu haben. Doch dann wird ein Kommentar verlangt, und ich bin dran.

Viva Mexiko – um 20.15 Uhr in der ARD

„Also, sag's ihnen, den Kickern", dachte ich. „Sag ihnen, daß sie dem deutschen Fußballsport geschadet haben." Aber so spontan zu urteilen, ohne griffige Beweise, bringt Ärger beim DFB und Pfiffe bei der Masse. Ich beruhige mich erst, als auch die FIFA beiden Mannschaften eine Rüge erteilt.

Es gab auch immer wieder aufregende Momente. Als wir 1978 beim WM-Turnier in Argentinien in die politischen Mühlen gerieten, habe ich als Chef des Übertragungsteams öfter in der deutschen Botschaft als im Stadion gesessen. Zu den schönen Erinnerungen zählt das sogenannte Jahrhundertspiel zwischen Italien und Deutschland bei der *WM 1970* in Mexiko-Stadt. Oder Peles Einstand für Brasilien 1978 in Schweden. Wie Slalomstangen ließ er die steifen Skandinavier im Strafraum stehen, hob den Ball über sie, schob ihn rechts an ihnen vorbei, kurvte links *um sie herum und schoß direkt ins* Tor.

1954 schrieb keine schöne Geschichte, da wurde ein Fußball-Märchen wahr: Deutschland errang den Titel durch einen 3:2-Sieg über Ungarn. Herbert Zimmermann sprach die Hörfunk-Reportage, die noch heute fasziniert. Mir blieb nur das Zittern auf der Tribüne, sechs Minuten lang – eine kleine Ewigkeit von der 84. bis zur 90. Spielminute. Danach stand ich in den Gängen unter der Tribüne und wartete auf die Spieler. Fritz Walter *kam. Wir fielen uns in die Arme.* Er: „Du, jetzt schlagen sie dem alten Walter daheim die Wirtschaft zusammen." (Anm. der Red.: Walters Vater besaß eine Gaststätte.)

RUDI MICHEL

KRITIK

Ein Krimi ohne Leiche

Das ZDF setzte am Pfingstsonntag im Rennen um die Publikumsgunst voll auf den Klassiker des englischen Krimis. Das Theaterstück „The man who changed his name" von Edgar Wallace wurde von Franz Josef Gottlieb unter dem Titel **Das Geheimnis von Lismore Castle** völlig neu verfilmt. Ergebnis: 100 Minuten spannende Unterhaltung – und das ganz ohne Leiche.

Fesselnd genug war die Story, für die die stilvoll eingefangene schot*tische Landschaft einen passenden* Rahmen bot, auch so. Sie – die immer noch attraktive Vera Tschechova – traf auf einer Reise ihre Jugendliebe. Ihr 30 Jahre älterer Mann und Schloßherr – Carl Heinz Schroth war auch in dieser ungewohnt ernsten *Rolle hervoragend – sollte dem* Liebhaber von einst kanadische Ländereien verkaufen. Um die Eifersucht und eine vermeintlich mörderische Vergangenheit des Hausherrn, in der ein whiskybenebelter Schriftsteller herumstocherte, rankten sich spannend inszenierte Mordanschläge. Doch als der Zuschauer nun endlich die erste Leiche erwartete, kam es völlig überraschend, aber dennoch *nicht unglaubwürdig, zur allseitigen* Versöhnung.

THOMAS LINKE

ARD

ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF-Info
Rund ums Leder
10.00 heute
10.05 Bocuse à la carte
10.30 Junior Bonner
12.10 Na, sowas!
12.55 Presseschau
13.00 heute

15.15 Sport extra
Tennis World Team Cup
Übertragung von der Tennisanla*ge Rochusclub in Düsseldorf*
Moderation: Heribert Faßbender und Hans-Jürgen Pohmann
15.50 Tagesschau
16.00 Liebe, Schmerz und Tod
Zwei ganz normale Frauen
16.45 Spaß am Dienstag
17.45 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Viva Mexiko
Vor der Fußball-Weltmeisterschaft in Mexiko
Zehn Tage vor dem ersten Spiel der Fußball-Weltmeisterschaft wird das Gastgeberland musikalisch, sportlich und kulturell vorgestellt
21.45 *Dallas*
Sue Ellens Tragödie
22.30 Tagesthemen
23.00 Studenten '86
Momentaufnahmen aus dem Bildungsbetrieb
Studenten '86: Das hat mit den unruhigen Jahren nach 1968 nichts mehr gemein. Es ist still geworden *an den Universitäten. Im Zeichen* der Akademikerschwemme ist kaum mehr Platz für politisches Engagement. Das Studium steht im Vordergrund.
Film von Gero von Boehm
23.45 Tagesschau
23.50 Nachtgedanken

16.00 heute
16.04 Computer-Corner
Telekommunikation
16.20 Schüler-Express special
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Da lacht das Känguruh
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 *Rate mal mit Rosenthal*
19.00 heute
19.30 Verhülle Dein Haupt!
Afghanische Frauen in pakistanischer Zuflucht
Durch den Bürgerkrieg ist ein Drittel der afghanischen Bevölkerung aus seiner Heimat geflohen. Etwa vier Millionen Menschen leben *heute in pakistanischen Flüchtlingslagern.* ZDF-Redakteurin Eva Hoffmann konnte mit einem weiblichen Filmteam in einem solchen Camp drehen und vor allem Frauen nach ihrem Leben dort befragen
20.15 Du mein stilles Tal
Deutscher Spielfilm (1955)
Mit Curd Jürgens
21.45 heute-journal
22.05 5 nach 10
Gewerkschaften: Große Tradition – gefährdete Zukunft
Es diskutieren: der DGB-Vorsitzende Ernst Breit, Prof. Friedheim Farthmann; Prof. Hermann Josef Wallraff, Arbeitgeberpräsident Otto Esser sowie Horst Mettke und Reimer Birkwald vom Vorstand der IG Chemie
Anschl. heute

SAT 1

15.00 Perrine
15.30 Lassie
Der kleine Skunk
Anschl. Betty Boop
16.00 Musicbox
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
18.00 Taxi
Anschl. Dick Tracy
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
18.45 *Airwolf*
19.45 Das Geheimnis der Möveninsel
21.40 APF blick
22.25 F. A. Zetten
22.55 Starsky & Hutch
Die Dobeys in Todesangst
23.45 APF blick

1 PLUS

19.00 Nachbar Europa
Unter deutschen Dächern
Der Passagenbau in Hamburg
19.45 elf-elf Autotest
20.00 Tagesschau
20.15 Unter Ausschluß der Öffentlichkeit
Ossi, der Dieb
21.05 Bertolt Brecht – Gelesen und gesungen von Therese Giehse
Musik von Hanns Eisler und Peter Fischer
Zehn Jahre nach Brechts Tod, im Sommer 1966, hat Therese Giehse im Münchner Cuvilliéstheater Gedichte und Lieder von Brecht gelesen und gesungen. Es war ihr erster von insgesamt drei Brecht-Abenden, die anderen folgten 1968 und 1971.
22.30 Das Ehrenmal
Spielfilm aus Hongkong (1976)
Die Witwe Dong hat nach dem Tode ihres Mannes ein gutes Beispiel weiblicher Tugend gegeben; dafür soll ihr ein Ehrenbogen errichtet werden.
0.00 Nachrichten

3SAT

18.00 Mini-ZiB
18.10 Na, sowas!
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Die schöne Wilhelmine
Serie von Karl Wittlinger
Die Ungekrönte
20.40 auslandsjournal
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Club 2
Anschl. 3SAT-Nachrichten



18.35 Hans-Werner kauft alles
18.53 7 vor 7
Nachrichten, Sport, Wetter
19.22 Karichen
19.30 KAZ
Kazinski gegen Bennett
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.58 Zwei Wochen im September
Französischer Spielfilm (1967)
Mit Brigitte Bardot und Laurent Terzieff
22.09 RTL-Spiel
22.15 Blick in die Welt
22.25 Bee Gees
Porträt einer Legende
22.55 Wetter / Horoskop / Betthupferl

Afghanische Frauen – Erst geht es um Unabhängigkeit, dann um Emanzipation

Verschleiert in den Freiheitskampf

Afghanistans Frauen leben hinter einem doppelten Vorhang: die Sowjets schotten ihr Interventionsfeld am Hindukusch gegen die Welt*öffentlichkeit ab, und die Frauen* führen in der islamischen Gesellschaft ein Dasein hinter Schleiern und Mauern. So ist das Wissen um die Stellung und das Schicksal der afghanischen Frau in der westlichen Welt gering, vielfach gar nicht existent.

1976 wurde in Kabul die „Revolutionäre Liga der Frauen Afghanistans" gegründet. Deren Mitglieder, *zumeist aus dem* Ausland heimgekehrte Akademikerinnen, forderten Gleichberechtigung und Abschaffung aller Formen des Patriarchats. Zum Zeichen des Protestes gingen sie ohne Schleier – in einem islamischen Land eine kühne und nicht ganz ungefährliche Demonstration.

Seit dem sowjetischen Einmarsch 1979 feiert der Schleier Auferstehung. Er erlaubt den Frauen, *sich im* Widerstand an die Seite ihrer Männer zu stellen, und einen Beitrag zu leisten *in dem* fortwährenden Kampf ihres Volkes gegen eine fremde Macht im eigenen Land. „Nach wie vor betrachten wir den Schleier als Ausdruck der Unterdrückung, doch ist ein bißchen *Stoff weniger schlimm als die* Unterdrückung durch die Sowjets", sagte eine Vorkämpferin für die Rechte der afghanischen Frau. „Das erste Ziel heißt jetzt Freiheit und Unabhängigkeit."

Afghanistans Frauen besetzen die von *ihren Männern verlassenen* Arbeitsplätze, kümmern sich allein

Verhülle Dein Haupt – um 19.30 Uhr im ZDF

um die Kinder und schmuggeln unter Kleidung und Schleiern Waffen, Munition und Propagandamaterial durch die Reihen von Karmal-Soldaten und Sowjetarmisten.

Inzwischen sind mehrere Beispiele von Heldentum afghanischer Frauen *legendär. Dreizehn bezahlten ihren* Mut zum Protest gegen die Sowjets vor den Toren eines Gefängnisses in Kabul, in dem viele Regimegegner einsaßen, mit dem Leben. 1981 opferten in Nuristan Hunderte von Frauen ihren Schmuck für den Kauf von Waffen. Und die 18jährige Schülerin Na*hid aus Kabul wurde quasi zur Märty*rerin. Sie hatte mit anderen Frauen gegen die Zwangsrekrutierung von Halbwüchsigen und Greisen für die Karmal-Armee demonstriert und war dabei erschossen worden.

Auch im Ausland sind Afghanistans Frauen aktiv, wobei kaum jemand sie zu Gesicht bekommt, niemand ihre Wünsche und Ziele artikuliert oder gar vertritt. Dabei sind sie es, die im Millionenheer afghanischer Flüchtlinge in Pakistan und Iran für das Überleben ihrer Kinder und somit des afghanischen Volkes sorgen.

Forderungen nach Gleichberechtigung, Wahlrecht, Abschaffung von Schleier und Patriarchat haben sie nicht vergessen, doch beiseite geschoben. Freiheit und Unabhängigkeit sind ihnen zunächst wichtiger; die anderen Ziele werden für die Zunkunft im Auge behalten.

WALTER H. RUEB



Das gesamte Deutschlandlied ist Nationalhymne, nicht nur die dritte Strophe, wie es am Samstag zu lesen war. Bundespräsident Heuss und Bundeskanzler *Adenauer* hatten sich darauf 1952 verständigt. Allerdings waren sie sich einig, daß bei Staatsfeiern nur die dritte Strophe gesungen werden soll.

DW

*

„Radio Berlin International" (RBI), der Auslandsrundfunkdienst der „DDR" in Ost-Berlin, hat erneut zusätzliche Deutschsendungen für Hörer in Europa eingeführt. Nach erheblicher Ausweitung der Mittelwellensendungen sind nun zusätz*liche Deutschsendungen* für Hörer in Europa auf der Kurzwelle zu hören. So zum Beispiel ab 12 Uhr auf den KW-Frequenzen 6040, 7185 und 7295 kHz im 49- beziehungsweise 41-m-Band. Diese und zeitlich andere Deutschsendungen von „RBI" wurden bisher ausschließlich für Hörer in Übersee ausgestrahlt.

H. J.

III.

WEST
17.30 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Cannes, Cannes!
20.45 Rückblende
Vor 75 Jahren: Preußen erlaubt die Feuerbestattung
21.00 Formel Eins
21.45 Ina Deter – Nackt im Wind
22.15 Drei vor Mitternacht
Anschl. Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Formel Eins
19.15 Arbeit der Zukunft – Zukunft der Arbeit
20.00 Tagesschau
20.15 Weißer Fleck
21.00 Smileys Leute
Nach John le Carré
Mit Alec Guinness
22.30 Kino-Werkstatt
23.20 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.35 Formel Eins
19.20 Hessenschau
19.55 Drei aktuell
20.00 Die Preußen kommen
21.30 Drei aktuell
21.45 Bücherreport
22.40 Wäldchestag – ein Frankfurter Fest
23.30 NDR-Jazzworkshop

SÜDWEST
18.35 Fauna Iberica
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.30 Vis-à-vis
20.15 Zu Fuß zum Heiligen Blut
Nur für Baden-Württemberg:
21.00 9 aktuell
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.00 Neues um 9
ur für das Saarland:
21.00 Neues um 9
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Der weiße Hai
23.15 Die Sache mit dem „G"
Johannes Gutenberg, Erfinder des Buchdrucks
23.45 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 BR unterwegs
20.00 Mein Haus ist nicht einsam
20.45 Die Sprechstunde
Ratschläge für die Gesundheit
Nach dem Reaktorunfall
21.30 Rundschau
21.45 Die Sprechstunde
22.15 Z. E. N.
22.20 Das historische Stichwort
22.25 Kopf oder Zahl
Französischer Spielfilm (1980)
Mit Philippe Noiret und Michel Serrault
0.05 Rundschau

Roboters Schoßhund

eich. – „Werden wir die Sprache der Computer sprechen?" – drei Tage lang fragte das, in futuristisch brennender Sorge ums buchstäbliche Erstgeburtsrecht, die gastweise in München versammelte Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung aus Darmstadt. Was dazu von Sokrates über Husserl bis zu den Wortfeld-Marschällen von IBM an Theorie heute denkbar ist, wurde von 17 unterschiedlich betroffenen Wissenschaftlern hochgewirbelt, keiner schien um eine gründliche und doch merkwürdig verlegen klingende Antwort verlegen. So daß für die ganze Tagung am Ende galt, was Albrecht Blaser gleich anfangs über seine Erfahrung mit noch so benutzerfreundlichen Dialogsystemen sagte: „daß hier einfache Antworten auf einfach scheinende Fragen nicht zu erwarten sind".

In dem neo-babylonischen Gewirr von Spezial-Codes horcht der Laie auf, wenn der Berkeley-Professor Hubert L. Dreyfus voller Hochachtung vom „gesunden Menschenverstand" spricht, den doch die Fachleute anderer Sparten meist als zu primitiv beargwöhnen. Dieser „Alltagskontext" im Hintergrund aller Verständigung sei derart kompliziert, daß er jeglichen Fortschritt der künstlichen Intelligenz seit Jahren verhindert.

Eine natürliche Aussprache von Mann zu Computer bleibt uns also dank unserer „verborgenen Mehrdeutigkeit" erspart. Auch schien den Experten eine allmähliche Computerisierung der Umgangssprache unwahrscheinlich: man werde die passenden Codes zu lernen haben wie früher Latein und Griechisch.

Solchem Abbau der Angst setzte allerdings der New Yorker Terence P. Moran eine Warnung entgegen, als er die sogenannte „Schoßtier-Theorie" vom Menschen unter der Roboterherrschaft attackierte: wenn je die Technologie uns beherrsche, dann nur, weil wir uns so verhalten, als sei sie dazu imstande.

Nur noch melancholische Pflichtübung: Bilanz des Berliner Theatertreffens

Bayerische Bienenzüchter

Die große Enttäuschung war vorauszusehen. Der Knatsch beim Berliner Theatertreffen schien eingeplant, schon als der Rat der sieben weisen Kritiker, die bestellt waren, heuer wieder die zehn besten, wirkungsvollsten oder (wie die Bezeichnung heißt, auf die man sich seit langem geeinigt hat) „die zehn bemerkenswertesten" Hervorbringungen des deutschsprachigen Theater der letzten Spielzeit zu finden, seine Aufgabe nicht hatte erfüllen können.

Man fand nur sieben, wie die Auswahljury meinte, vorzeigenswerte Spielobjekte. Darunter: aus Bremen, war mit Reinhild Hoffmanns „Föhn" ein Objekt des reinen Tanztheaters, kein Sprechstück also. Da waren's nur noch sechs. Als die Berliner „Schaubühne", die mit Luc Bondys Inszenierung von Marivaux' „Triumph der Liebe" nominiert war, auf Grund fremder Gastspielverpflichtungen beim Treffen selber passen mußte – da waren's nur noch *fünf* kleine Negerlein. Plötzlich war die ganze schöne, wichtige Institution gründlich ins Wackeln geraten.

Die Berliner Festspielleitung sann auf Remedur. Man entschloß sich, um die vielen Lücken zu füllen, sozusagen das Berliner Theatertreffen gleichzeitig auf einer zweiten Schiene zu fahren. Man lud kleinere, wackere, regsame Bühnen ein, sich neben dem eigentlichen Theatertreffen hier zu produzieren, sozusagen als Aushilfs- und Flickprogramm.

Da kam dann nebenher einiges aus Bonn, aus Osnabrück, Ingolstadt oder Würzburg ans Licht. Gleichzeitig aber war damit der Qualitätsanspruch der eigentlichen Intention des schönen, alten Theatertreffens durchbrochen. Claus Peymann, für eine schnelle, öffentliche Einrede immer gut, fand den (ursprünglich durchaus richtigerweise) „elitären" Anspruch des Treffens aufgehoben und zerstört.

Peymann wies dem Auswahlgremium „Faulheit" nach. Zu viele, durchaus nominierenswerte Spielobjekte hätte sie übersehen. Er nannte gleich ein halb Dutzend Inszenierungen, die man durchaus ehrenvoll hätte nach Berlin holen können. Der alte, richtige, *hohe Anspruch für das Theatertreffen* sei mit der Erfindung des Notnagels einer „zweiten Schiene" im Grunde verschmiert und aufgegeben.

Peymann behielt recht. Aus Österreich diesmal kein einziges Schaustück, aus der Schweizer Theaterszene auch keins. Aus der gesamten Theaterlandschaft der Bundesrepublik schließlich nur fünf Findungen der Jury. Wenn man bedenkt, daß in Deutschland allein jährlich 1000 Neuinszenierungen in Szene gehen, wirkt das tatsächlich wie eine theatralische Bankrotterklärung. Das große, wichtige Theaterfest wackelt seitdem bedenklich.

Was sah man denn: Man sah Claus Peymanns sicher sehr lustige, aber doch reichlich wiederholsame Inszenierung des „Theatermachers" von Thomas Bernhard, die er schon in Salzburg gezeigt und später nach Bochum übernommen hatte. Sozusagen eine intellektuelle Striese-Paraphrase. Ähnliches oder platterdings Besseres hatten wir schon (auch von Peymann) viel besser.

Man erlebte einen inszenatorisch eher irrelaufenden „Amphitryon" (Kleist) in der Regie von Jossi Wieler aus Bonn. Wieler hatte das Götter*stück* in einen *schäbigen Turnsaal* verlegt. Warum? Gottvater Zeus und Amphitryon treten in sowjetischen Uniformen auf. Wieso? Die göttliche Schlußpointe des Wunderspiels war durch ein Feuerwerk verkorkst und ganz vergeigt. Kleist sozusagen durchweg proletarisiert und am falschen Platz verschüttet. Darüber konnte auch manche sprachliche Schönheit, soweit sie zu verstehen war, nicht hinweghelfen.

Das Hamburger Thalia-Theater präsentierte seinen „Ödipus" (Sophokles) wiederum in sehr befremdlicher „Verfremdung". Jürgen Gosch hatte die Darsteller dieses tiefenpsychologischen antiken Krimis auf koffergroße Kothurne gestellt, hatte sie in häßliche Leinentücher gewandet und mit Masken versehen, wie aus einem modernen Comic strip. Ulrich Wildgruber und Elisabeth Schwarz konnten immerhin diese optischen Behinderungen grandios überspielen. Die befremdliche Version fand sogar Beifall.

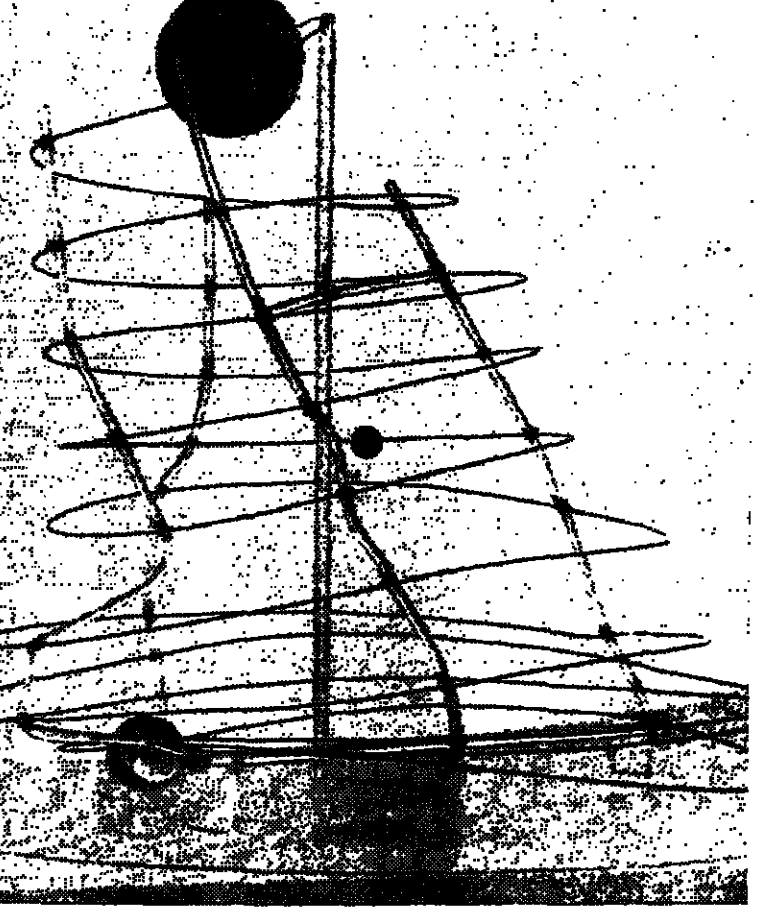
„Gust", Herbert Achternbuschs bayerischer Monolog eines vertrackten Bienenzüchters (in der Regie von Achternbusch selber) vom Münchner Residenztheater, war offenbar nur eingeladen, um den bayerischen Kulturinstanzen einen Tort anzutun. Man hört, hier kaum verständlich, den sicher großartigen Bayernspieler, Joseph Bierbichler, sich in einem langen, bösen, mitleidslos halbkomischen Monolog ergehen. Von einer „bemerkenswerten" Inszenierung aber konnte auch da gar keine Rede sein.

Diese Bezeichnung traf am Ende eigentlich allein auf die Präsentation des Stuttgarter Schauspiels zu: „Hanglage Meerblick". Das ist, aus der Feder des Amerikaners David Mamet, eine Art radikaler Zuendeführung von Arthur Millers „Handlungsreisendem". Eine schlimme Rotte armseliger Akquisiteure geht sich immer nur gnadenlos an die Gurgel.

Das allerdings war tatsächlich bemerkenswert. Dieter Giesing führte mit strikt amüsanter, gnadenlos *kompetenter Hand* Regie über ein erstaunliches Männerensemble, dem immerhin Gert Böckmann, Hans-Michael Rehberg, Friedrich-Karl Praetorius und eine ganze Rotte höchst ausdrucksvoller Darsteller angehörten. Das Theatertreffen, endlich kam es in Form. Aber da war es diesmal auch schon zu Ende.

Man wird jetzt genau darüber nachdenken müssen, wie man diese doch durch so lange Jahre wichtige Unternehmung, für zwei Wochen lang in Berlin das deutsche Theater sozusagen mit einem ehrenhaften Griff wieder metropolistisch zusammenzufassen – wie man diese Anstrengung endlich wieder notwendig und selber ehrbar machen kann. Diesmal war sie deutlich ein Flop, war sie thematisch verkorkst und eine melancholische Enttäuschung.

FRIEDRICH LUFT



„Die Ellipsen – Eine Sonne mit zwei Planeten", 1963, Kunststoffplastik von Georges Vantongerloo, in der Berliner Ausstellung FOTO: JOCHEN CLAUSS

Berlin zeigt Arbeiten von Georges Vantongerloo

Weltsystem Mathematik

Selbst im Jahr seines hundertsten Geburtstages, 21 Jahre nach sei*nem Tode*, ist *das schmale Werk des* Georges Vantongerloo relativ unbekannt. Es wäre noch weitaus weniger erschlossen, hätte nicht Max Bill mit immer neuen Publikationen, Ausstellungen, Retrospektiven Vantongerloos eigenwilliges, zwischen Kalkül und Symboldrang schwankendes Œuvre beständig vor Augen geführt.

So auch jetzt in Berlin, wo wiederum Max Bill für die Akademie der Künste Gemälde und Plastiken inszenierte – und zwar raffinierterweise so, daß man sich Vantogerloo sowohl chronologisch als auch im Rückwärtsgang, vom „Ergebnis" her, nähern kann.

Die Schau, die zuvor schon in Mailand gezeigt wurde, geht einer Retrospektive für Naum Gabo voran. Der gebürtige Antwerpener Vantongerloo war der jüngste der „Stijl"-Künstler. Mit vergleichbarer Entschiedenheit wurde er später zum Anhänger der „Abstraction-Création".

Vantongerloo, der seit 1927 in Paris lebte, hatte zunächst Landschaften in postimpressionistischer Manier gemalt und figürliche Plastiken geschaffen, bevor er sich ganz jener eigentlichen „Realität" zuwandte, in der Kuben, Punkte, Linien und Ku*geln ihre mathematischen Gesetzen* gehorchende Existenz haben. „Man muß die Materie entmaterialisieren, und diese Möglichkeit ist vorhanden", *lautete seine* Devise. Seine Mathematik entsprang dem Glauben, Kunst möchte tiefere Einsichten in *die „Struktur des Universums"* gestatten.

Die Ausstellung führt von den flächigen Bildobjekten, in denen es nicht um eine strenge Raum-Ökonomie, sondern eher um „stabile" Auflösungen geht, zu den architekturhaften Plastiken, Konstruktionen aus furnierten oder gestrichenen Hölzern: Hymnus an den Rechten Winkel. Vantongerloos auf mathematischen Formeln fußende Streifen-Bilder, Untersuchungen von Linien- und Flächen-Funktionen, haben insbesondere später die Hard-edge-Künstler beeinflußt, obwohl es einen Mann wie Ellsworth Kelly, der Vantongerloo sehr gut kannte, für sich ablehnte, daß seine Malerei prinzipiell „einen Grund haben müsse".

Der Schritt von den „imaginären" Kurven in Intervallen, Parabeln, die wie gemalte musikalische Notationen anmuten, zu Plastiken, die nun ihrerseits die Linien geradewegs in den Raum schreiben, wirkt beinahe zwangsläufig. Dieses Vordringen in eine weiter Dimension, die Entmaterialisierung erreicht ihren Höhepunkt bei *knäuelartig schwebenden Draht*objekten, vielmehr noch bei Plexiglas-Skulpturen: Ihre Transparenz ermöglicht es, Form und sich verän*dernde Farbe gleichermaßen* schwerelos in den Raum zu katapultieren. (Bis 15. Juni, Katalog 34 Mark; 7. 9. –12. 10. Quadrat Bottrop.)

PETER HANS GÖPFERT

„Kaisersaal" – Köln zeigt Leihgaben aus Rom

Der Krieg der Köpfe

Kluge Museumsleute haben es weitgehend geschafft, dem Museum den Nimbus des „Kunsttempels" und der „Weihestätte" zu nehmen; ganz schlaue allerdings wissen, daß ein bißchen Brimborium der Popularität ihres Instituts auch nicht schaden kann. Das Römisch-Germanische Museum in Köln macht damit offenkundig gute Erfahrungen. Seine derzeitige Ausstellung „Kaisersaal" präsentiert sich ganz und gar als theatralisch inszenierte Schaustellung nach Art des Hauses.

Der „Kaisersaal" gleicht einer halbrunden Tempelnische, der griechisch-römischen „Exedra" nachgebildet, die späterhin Apsis genannt wurde. Aus dem schummrigen Halbdunkel leuchten im weiten Halbkreis neunzehn blendend weiße Marmorköpfe, römische Kaiser und Kaiserinnen darstellend, die das weihevoll-feierliche Ambiente aber offenbar kalt läßt.

Büste des Kaisers Septimus Severus (193 bis 211 n. Chr.) aus der Kölner Ausstellung „Kaisersaal" FOTO: RHEINISCHES BILDARCHIV

Die Ausstellung wird irreführend als „Geschenk des italienischen Staatspräsidenten und der Stadt Rom an das Römisch-Germanische Museum der Stadt Köln" angezeigt. Es handelt sich selbstverständlich „nur" um Leihgaben aus den überreichen Beständen der Kapitolinischen Museen Roms, die über siebenhundert solcher Kaiserköpfe besitzen. Davon wurden diese neunzehn, frisch geputzt und restauriert, jetzt erstmals auf eine Auslandsreise geschickt. In der alten Colonia Agrippina wurden sie mit zeremonieller Ehrerbietung empfangen.

Der *feierliche Aufwand* wirkt vor allem dann ziemlich komisch, wenn man weiß, daß es sich ja keinesfalls um Originale handelt, sondern um Kopien und Kopien von Kopien, freilich aus spätantiken Werkstätten. Ein originales Kaiserbildnis ist bislang noch nicht gefunden worden. Derlei Kopien aber fanden und finden sich in Rom und in allen Teilen des Imperiums; sie sind auf wohlorganisierte Werkstattbetriebe in der Hauptstadt und in den Provinzen sowie auf ein ebensogut organisiertes Vertriebs- und Verteilersystem zurückzuführen.

Kaiserbildnisse aus allen möglichen Materialien – die unterschiedlichen Statuen aufgesetzt wurden – dienten natürlich der politischen Propaganda. Auf Straßen und Plätzen, in öffentlichen Gebäuden, in den Kasernen und Feldlagern zeigten sie den Herrscher seinen Völkern und Soldaten so, wie er gesehen werden wollte. Da hieß es gar oft für die Hofbildhauer und Werkstätten, fix arbeiten nach jedem Sturz eines Kaisers und der Ausrufung eines neuen. Und bei längerer Regierungszeit wechselte häufig der jeweils verbindliche Bildnistyp, der allerdings je nach Qualität und Können der Bildhauer und Kopierbetriebe geringfügige Abweichungen und Varianten aufweisen konnte. Von solchen Umständen *ernährt sich eine ganze* Spezialwissenschaft.

Von Augustus zum Beispiel sind in Köln drei Bildnistypen zu sehen. Sie *haben nichts mit* Stil- *oder* Geschmackswandel und wenig mit der physischen und charakterlichen Veränderung des Kaisers zu tun, sondern sind Ergebnis einer bewußten Formenwahl. Vor diesen Kaiserporträts muß man so gut wie alles vergessen, was man mit dem republikanischen Römerbildnis verbindet. Nämlich die einmalig und unbedingt – oft bis zur Häßlichkeit – realistische Wiedergabe einer Individualität. Hier hat die Individualität hinter der Idealität das Nachsehen.

So sind in dem strengen Antlitz der klugen und tatkräftigen Livia Drusilla, der Frau des Augustus, die sich in der Öffentlichkeit gern als römische Matrone stilisierte, womöglich individuelle Züge vorherrschend, und es paßt zu ihrem historischen Bild, daß sie sich mit den Attributen der Göttin Ceres abbilden ließ. Auch ihre Söhne Tiberius und Drusus sind in Köln vertreten und Agrippina – freilich nicht die Namenspatin der Stadt Köln, sondern ihre Mutter, eine ebenso schöne wie ungewöhnliche Frau, Enkelin des Augustus, die laut Tacitus in Germanien mutig Feldherrenpflichten übernahm, von Tiberius verbannt wurde und freiwillig den Hungertod starb.

Mit Bedacht wurden für Köln Kaiser ausgewählt, die für die nördlichen Provinzen von Bedeutung waren. Wir begegnen dem vitalen Titus und dem energischen Trajan, unter dessen Herrschaft das römische Imperium seine größte Ausdehnung gewann, auch dem philosophischen Hadrian, der sich deswegen einen Philosophenbart zulegte, der stilbildend wirken sollte auf die folgenden Kaiser. Der wahre „Philosoph auf dem Kaiserthron" aber wurde sein Adoptivsohn Marc Aurel, von dem die weitaus meisten Bildnisse erhalten sind, natürlich mit Bart. In Köln erscheint *er uns weniger idealisiert als* auf dem berühmten Reiterstandbild. (Bis 22. Juni; Katalog 15 Mark.)

EO PLUNIEN

Adrian Lynes Filmschocker „Neuneinhalb Wochen"

Honig auf dem Laken

Die Verleihwerbung verheißt eine tollkühne Expedition ins Reich der Sinne. Dort sollen letzte Tabus so dreist gebrochen werden, daß die amerikanischen Zensoren ihre Scheren schon fleißig klappern ließen. Doch das leidenschaftliche Drama, drüben beschnitten, sei hier in seiner ganzen Ungeheuerlichkeit zu besichtigen.

Zwar dürfte solche Sensationshascherei ihren Zweck kaum verfehlen. Wer allerdings Adrian Lynes Tanzfilm „Flash Dance" gesehen hat, mag diesem Regisseur schrille Exzesse kaum zutrauen. Dennoch schillert seine neue Geschichte, „Neuneinhalb Wochen", in düsteren Farben. Als sich der Börsenmakler John und die geschiedene Kunsthändlerin Elizabeth irgendwo im New Yorker Straßendschungel treffen, scheint noch alles nach festen Regeln abzulaufen. *Zuerst verstörte, dann* verliebte Blikke, später Blumensträuße, schließlich der Besuch in seiner Wohnung.

Doch wenn John dort mit ritueller Exaktheit und sardonischem Lachen das weiße Laken aufs Bett spannt und bald der kaum gekannten Geliebten die Augen verbindet, beginnt die Romanze ins gefährlich Abstruse zu kippen. Sollen zunächst noch Honigtropfen und reife Früchte für süße Lustgefühle sorgen, so läßt John schon bald den Ledergürtel knallen.

Bedrohlich langsam tastet sich Lyne in diesen Bezirk der Perversionen vor, indem er fast unmerklich die Dosis der Gewalttätigkeit erhöht. Bis das Abenteuer für Elizabeth lebensgefährlich wird. Diesem dramaturgischen Geschick aber fällt immer wieder der marmorglatte Inszenierungsstil in den Rücken. So sind die erotischen Szenen mit einer optischen Delikatesse gefilmt, die alle Abgründe der Story hartnäckig leugnet. Und auf ihren Spaziergängen durch Manhattan arrangiert die Kamera Schönes und Häßliches, Skurriles und Alltägliches mit einer kunstgewerblichen Raffinesse, die diese Stadt zum gefälligen Bilderbogen verniedlicht.

Überhaupt komponiert der gelernte Werbefilmer Lyne schicke Impressionen, die jedem Wandkalender Ehre machen würden. Solche ausgeklügelten Tableaux, wie teure Modekollektionen stets Ton in Ton gehalten, scheinen denn auch sorgfältige Charakterzeichnung und erzählerische Präzision überflüssig zu machen.

Wenn man trotzdem hinter all dieser berechnenden Videoclip-Ästhetik manchmal eine beängstigende Kälte und Verlorenheit spürt, liegt dies am suggestiven Spiel von Mickey Rourke. Nachdem er mit grimmiger Entschlossenheit durch Ciminos „Jahr des Drachen" gestürmt war, mischt er hier jungenhaften Charme und Verletzlichkeit virtuos mit kultiviertem Sadismus und diabolischer Tücke. Allein seine Leistung läßt ahnen, wie leicht Lyne die bittere Konsequenz eines „Letzten Tango in Paris" hätte erreichen können. Doch ihm lag mehr am langsamen Walzer, auf leisen Sohlen getanzt.

HARTMUT WILMES

Zum Tode des Dichters Friedrich Franz von Unruh

Menschen in der Zeit

In Friedrich Franz von Unruhs novellistischen Figuren fand ein deutsches Jahrhundert literarische Gestalt: von der Kaiserzeit bis in die Gegenwart. Er hat immer der Versuchung widerstanden, die großen Entscheidungen zu gestalten. Dafür erfährt der Leser um so genauer, wie die Menschen in diesen Zeiten sich bewährten oder scheiterten.

Sein literarisches Werk, dem ein Werk politischer und literarischer Essays parallel ging, besteht ausschließlich aus Novellen, längeren oder kürzeren Erzählungen. Er hat über die Novelle in seinem Erinnerungsband „Wo aller Gefahr ist" geschrieben: „Der Einzelfall steigert sich zum Symbol. Denn die echte Novelle ist durch und durch sinnbildlich. Sie zeigt im Vergänglichen, Irdisch-Bedingten ein Absolutes. Im Trubel der Meinungen, im Wirrwarr der Zeiten ruht sie als fester Pol. ‚Es gibt einen Grad der Geschwindigkeit', schreibt Ernst Jünger, ‚für den alle ruhenden Gegenstände ihrerseits bedrohlich werden und die Form von Geschossen annehmen. In arabischen Märchen genügt die Nennung Allahs, um die fliegenden Dämonen zu verdrängen.' Eine ähnliche Wirkung kann die Novelle üben."

Es ging Friedrich Franz von Unruh immer darum, in der Novelle das Problem seinem äußeren Anlaß zu entrücken und zu einem Urproblem auszuweiten. So entging er einer weiteren literarischen Gefahr, das Problem im Anlaß aufgehen zu lassen. Ihn rettete davor seine Volksverbundenheit. Während viele seiner Zeitgenossen in der Pose des Anklägers verharrten, liebte er seine Deutschen, in ihren Tiefen noch mehr als in ihren Höhen.

Im Ringen um den symbolischen Rang der Novelle ist er indessen einer *dritten Gefahr nicht immer entgangen*, von der gerade die volksverbundene Literatur seiner Zeit bedroht war. Der Kampf um die Form in einer Zeit des Formzerfalls hat ihn mitunter zu Rückgriffen bewogen, mit denen er die Stoffe nicht durchdrang. Das ist sicher nicht der Fall in seinem Meisterwerk „Treskow", wohl aber im „Liebespaar", das unter einer adäquateren stofflichen Verarbeitung die Ebene der „Judenbuche" von Annette von Droste-Hülshoff hätte erreichen können.

HANS-DIETRICH SANDER

Mannheim: Wagners „Rienzi" unter Chr. Mielitz

Römerdrama, zwinkernd

Richard Wagners *kolossales* Dresdner Jugendstück, der „Rienzi", kommt nach Jahren des Verpöntseins neuerdings wieder häufiger ins Gespräch. München brachte ihn zu den Festspielen heraus – freilich in einer mißlungenen Inszenierung, worauf einige weitere Bühnen nur konzertante Aufführungen riskierten. Das Nationaltheater Mannheim machte nun wieder Ernst und lud Christine Mielitz, die Oberspielleiterin der Dresdner Staatsoper, ein, den „Rienzi" zu inszenieren. Die Vermutung liegt nahe, daß es sich dabei um eine Generalprobe für eine Inszenierung in der wiedererstandenen Semper-Oper handelt, wo das Stück zuallererst hingehörte. Wenn dem so ist, dann war es jedenfalls eine gelungene Generalprobe.

In seiner ganzen ausufernden Redseligkeit ist der „Rienzi" heute gar nicht mehr zu spielen. Er würde so lange dauern wie eine „Götterdämmerung" (weswegen man ihn zeitweise auf zwei Abende geteilt aufführte). Für ein Stück, das aufs merkwürdigste französische Grand' Opéra mit je*ner Art von papierenen Römerdramen* kreuzt, die im 19. Jahrhundert Gymnasiallehrer wie Pennäler zu basteln verstanden, wäre das unerträg*lich. Bevor es an eine Einstudierung* geht, muß der Rotstift walten.

Der hat vor der Mannheimer Aufführung ganze Arbeit getan. Das Stück dauert, einschließlich Pause, keine 3½ Stunden mehr. Dem Meyerbeerschen Kompositionsverfahren, erst einmal weitschweifig zu schreiben und die Arbeit dann auf die effektvollsten Passagen zu verdichten, wird hier Wagner im nachhinein unterworfen. Ein musikalischer Exzeß reicht dem nächsten die Hand. Es trommelt und dröhnt in fortgesetztem Kampfgetümmel. Der Chor bekommt seine Schlachtrufe nicht mehr aus dem Hals, so unermüdlich er sie auch schmettert.

Das liegt daran, daß Wagners „Rienzi" in dieser Fassung deutlich hin zum „musikalischen Volksdrama" hin akzentuiert wird. Rienzi, Irene und Adriano werden auf ihre be*kanntesten Solonummern verwiesen*, die fast zur Garnitur werden zwischen den hieratischen Blöcken laut schallenden Chorgesangs, der zu viel *größeren Anteilen erhalten* bleibt. Das ist nicht unklug gedacht: Denn egal, ob Adel, Kirche oder Volkstribunen in Rom herrschen – sie alle knechten das Volk gleichermaßen. Nur ist dies eine Sehweise, die von der Musik kaum getragen wird. Denn anders etwa als in Mussorgskijs „Boris Godunow", wo gerade die Chöre von seelischen Bewegungen künden, brüllen Wagners Römer ziemlich tumb ihr chorisches Einerlei.

Man soll diesen „Rienzi" wirklich nicht mehr so ernst nehmen, wie es die Wagner-Priester der ersten Generation noch taten. Er ist eine ganz erstaunliche Talentprobe, ein Steinbruch gleichsam, aus dem sich Wagner noch für den „Holländer", den „Tannhäuser" wie den „Lohengrin" bedienen konnte, aber ansonsten doch eher ein musikalisches Grand Guignol aus den Ablagerungen Meyerbeers, Rossinis und Carl Maria von Webers.

Solche Ungereimtheiten deckt die Inszenierung (in Bühnenbildern von Peter Heilein) intelligent auf. Zum Beispiel kommt Adriano in ziemlich *barocker Gewandung daher (Kostü*me: Reinhard Heinrich): Hinweis auf die Ahnenreihe einer solchen Hosenrolle, die bei den Kastraten der Barockoper entspringt. Freundliches Augenzwinkern der Inszenatoren also.

Was aber mindestens ebenso für die Mannheimer Aufführung einnimmt, ist der Toteleinsatz von Chor und Orchester unter der Leitung des bayreuth-erprobten Dirigenten Peter Schneider, der gar nicht versucht, die Platitüden der Partitur zu kaschieren, sondern das Stück so nah bei Meyerbeer nimmt, wie es dort steht. Herausragend im Ensemble Gabriele Schnaut als Adriano; Wolfgang Neumann sang den Rienzi, Monika Pick-Hieronimi die Irene.

REINHARD BEUTH

Nächste Aufführung: 20. Mai, Karteninformation 0621/24844

JOURNAL

Weitere Kammern in der Cheopspyramide

dpa, Kairo

Ein französisch-ägyptisches Archäologenteam hat im Inneren der Cheopspyramide bislang unbekannte Kammern entdeckt, von de*nen sich Fachleute* wertvolle Aufschlüsse über die Bauweise des 4500 Jahre alten Monumentes erhoffen. Es handelt sich um drei bis vier *Hohlräume* in der Nähe der Grabkammer der Königin. Auf diese Kammern – jeweils etwa drei Meter lang sowie zwei Meter hoch und breit – *stießen die Experten bei* Messungen, die eine unterschiedliche Gesteinsdichte anzeigten.

Als Gastarbeiter nach Kalifornien

DW. Stuttgart

Dank einer Initiative des baden-württembergischen Kultusministeriums sollen 60 bis 80 in der Bundesrepublik noch nicht zum Zug gekommene Lehramtsanwärter eine Stelle in Kalifornien erhalten. Gewünschte Fächer: Mathematik, Physik, Chemie und Biologie. Anfang Juni kommt ein US-Beamter nach Stuttgart, um mit den Bewerbern zu sprechen; die Verträge sollen schon ab Ende August laufen. Bewerbungen sind aus allen Bundesländern möglich; sie sind bis 22. Mai zu richten an: KMK/Pädagogischer Austauschdienst, Nassestr. 8, 5300 Bonn 1.

Theatertreffen von Metz abgebrochen

AFP, Metz

Das erste Internationale Theatertreffen in Metz ist wegen Besuchermangels vorzeitig abgebrochen worden. Der Organisator Patrice Guillaumet erklärte, bei der Planung sei man von einer Mindestzahl von 100 Zuschauern pro Vorstellung ausgegangen, tatsächlich habe die höchste Beteiligung jedoch nur etwa 30 Zuschauer erreicht. Außerdem wurde nur die Hälfte der erwarteten Subventionen von 120 000 Francs (40 000 Mark) zugesagt.

Ornamentstich-Blätter auf Schloß Cappenberg

DW. Unna

Der Kreis Unna, der sich mit seinen Ausstellungen auf Schloß *Cappenberg bisher meist auf die* Bestände der Stiftung Preußischer Kulturbesitz stützte, kann diesmal eine Zusammenstellung zeigen, die *rund* 200 Blätter aus dem Besitz eines (ungenannten) privaten Sammlers bekanntmacht. Der Titel, „Design aus vier Jahrhunderten", erweckt allerdings falsche Erwartungen, denn es handelt sich nur um Musterblätter und Entwürfe von der Renaissance bis zum frühen 20. Jahrhundert. Diese Ornamentstich-Blätter sind bis zum 22. Juni zu sehen (Katalog 10 Mark).

Spielfilm über den Dichter Paul Celan

dpa, München

Mit den Dreharbeiten zu einem Spielfilm über *Paul Celan* hat der aus Siebenbürgen stammende Autor und Filmemacher Frieder Schuller begonnen. Gudrun Land*grebe und André Heller konnten ne*ben anderen für das Filmprojekt gewonnen werden, das unter dem Titel „Zwischenzeit" mit Paul Celan einen der wichtigsten deutschsprachigen Dichter der Nachkriegszeit in den Mittelpunkt stellt. Der Film, für den Schuller auch das Drehbuch schrieb, behandelt Celans Bukarester Jahre 1945 bis 1947.

Das Programm des Festivals von Orange

Reg. Orange

Zwei Opernaufführungen sind diesmal beim Festival Orange Chorégies vorgesehen: ein „Tannhäuser" unter Christof Prick und Jacques Karpo am 21. Juli mit *William Johns, Leonie Rysanek*, Grace Bumbry und Bernd Weikl sowie ein „Macbeth" unter Thomas Fulton und Petrica Ionesco am 2. *August mit Renato Bruson und Ma*ra Zampieri. Gesangsabende bestreiten *Margaret Price*, Simon Estes, Montserrat Caballé, Edita Gruberova, Teresa Berganza und Gwyneth Jones.

Peter Wehle tot

dpa, Wien

Der österreichische Autor, Schauspieler, Komponist und Kabarettist Peter Wehle ist im Alter von 72 Jahren gestorben. Der gebürtige Wiener hatte 1946 in Salzburg eine Kabarettgruppe gegründet, die dann von 1950 an als „Die kleinen vier" bei Tourneen im deutschsprachigen Raum zu einem Begriff wurde. Seine Partner waren *unter anderem Gunther Philipp* und Fred Kraus. Später war Wehle bei verschiedenen Bühnen und Rundfunkanstalten tätig. Mit Ger*hard Bronner* und *Helmut Qualtin*ger prägte er die große Zeit des Wiener Kabaretts in den sechziger Jahren. Wehle hat zahlreiche Songs und Musicals geschrieben, war Mitautor von Rundfunk- und Fernsehserien.

Mogadischu: Späte Leiden der Geiseln

dpa, Berlin

Am 24. Oktober 1963 brach ein Schacht der Erzgrube von Lengede (Niedersachsen), Wasser und Schlamm ergossen sich in die Tiefe. Erst nach zwei Wochen wurden die letzten elf Überlebenden befreit. Der Leiter der Medizinpsychologie der Universitätsklinik Aachen, Prof. Andreas Ploeger, befragte die Kumpel nach ihrer Rettung und noch einmal zehn Jahre später. Auf dem 6. Kongreß „Psychologie und Medizin" berichtete Ploeger in Berlin sowohl über die Folgen von Lengede als auch über jene Deutschen, die im Oktober 1977 in einer Lufthansa-Maschine von Palästinensern nach Mogadischu entführt wurden.

Die in völliger Dunkelheit eingeschlossenen Bergleute verloren ihr Zeitgefühl. Einige hatten Halluzinationen und stellten sich vor, zu Hause im Badezimmer oder in einem Zugabteil zu sein, andere hatten Bilder von einer Wiese vor Augen. Untersucht auf Wesensveränderung zehn Jahre später, sprachen die Kumpel von „andrängenden *Erinnerungen*" *an die* Katastrophe sowie von zwanghaften Angstvorstellungen, die sich in alltäglichen Situationen einschieben. Andere litten unter Angstträumen von Verschüttung oder aus dem Krieg.

Eine Bedrohung ganz anderer Art war die Entführung des Urlauberflugzeugs – nach einem Irrflug über Rom, Zypern, Bahrein, Dubai und Aden – nach Mogadischu, wo die Geiseln nach insgesamt 105 Stunden vom Bundesgrenzschutz befreit wurden. Angesichts der Brutalität der vier Geiselnehmer reagierten die Opfer mit „reflexhaftem Gehorsam" (Ploeger).

Nach Ploegers Worten kam es dann zu einer Scheinsolidarität zwischen Entführern und Entführten, als der Forderung nach Freilassung von elf „Genossen" der Rote Armee Fraktion (RAF) zunächst nicht nachgegeben wurde. Beide Gruppen fühlten sich „total verlassen", vor allem von den Angehörigen und der Regierung in Bonn. *Die „zentrale Traumatisierung"* der Geiseln erfolgte bei der Ermordung des Flugkapitäns Jürgen Schumann, der „rituellen Ermordung" anderer Passagiere und schließlich bei der Vorbereitung auf den kollektiven Tod.

Wie die Befragung von 53 deutschen Flugzeuginsassen ergab, litten sie in der Folge an Phobien (z. B. vor Enge oder schwarzhaarigen Männern), Angstträumen von Exekutionen, Schreckreaktionen (z. B. bei scheppernden oder krächzenden Geräuschen) und andrängenden Erinnerungen wie bei den Bergleuten. Sieben Paare, darunter zwei verheiratete, trennten sich, da die Frau vom männlichen Partner in der Not keinen Zuspruch erfahren hatte.

Auch Dino Zoff wurde erwischt

KLAUS RÜHLE, Rom

Wer auf dem römischen Flughafen Fiumicino auf Herz und Nieren befragt und sogar einer Leibesvisitation unterzogen wird, hat zu Recht einiges zu befürchten. Der „Gefilzte" dürfte einer Sondereinheit der Zollpolizei in die Hände gefallen sein, die dafür sorgen soll, daß die italienischen Devisenvorschriften nicht umgangen werden. Denn die Bestimmungen – sie gelten für italienische Staatsbürger und Touristen gleichermaßen – beschränken die Geldausfuhren auf 400 000 Lire (etwa 680 Mark) in bar und/oder 1,2 Millionen Lire (etwa 2000 Mark) in Reiseschecks.

Den Überwachern gelang *manch* fetter Fang. Dem Geschäftsführer einer Firma, die Computer verkauft, wurden Schecks in Höhe von 200 Millionen Lire beschlagnahmt. Bei vier farbigen Dienstmädchen philippinischer Herkunft fanden sie bei einer Leibesvisitation Geldscheine im Wert von mehr als 120 000 Dollar, die sie für ihren Dienstherrn schwarz ausführen sollten.

Doch selbst im italienischen Finanzministerium ist man über die Kontroll- und Suchdienste geteilter Meinung. Denn meistens fallen den Hütern harmlose Fluggäste auf, die sich etwas mehr Geld als erlaubt für ihre Urlaubsreise in die Tasche gesteckt haben.

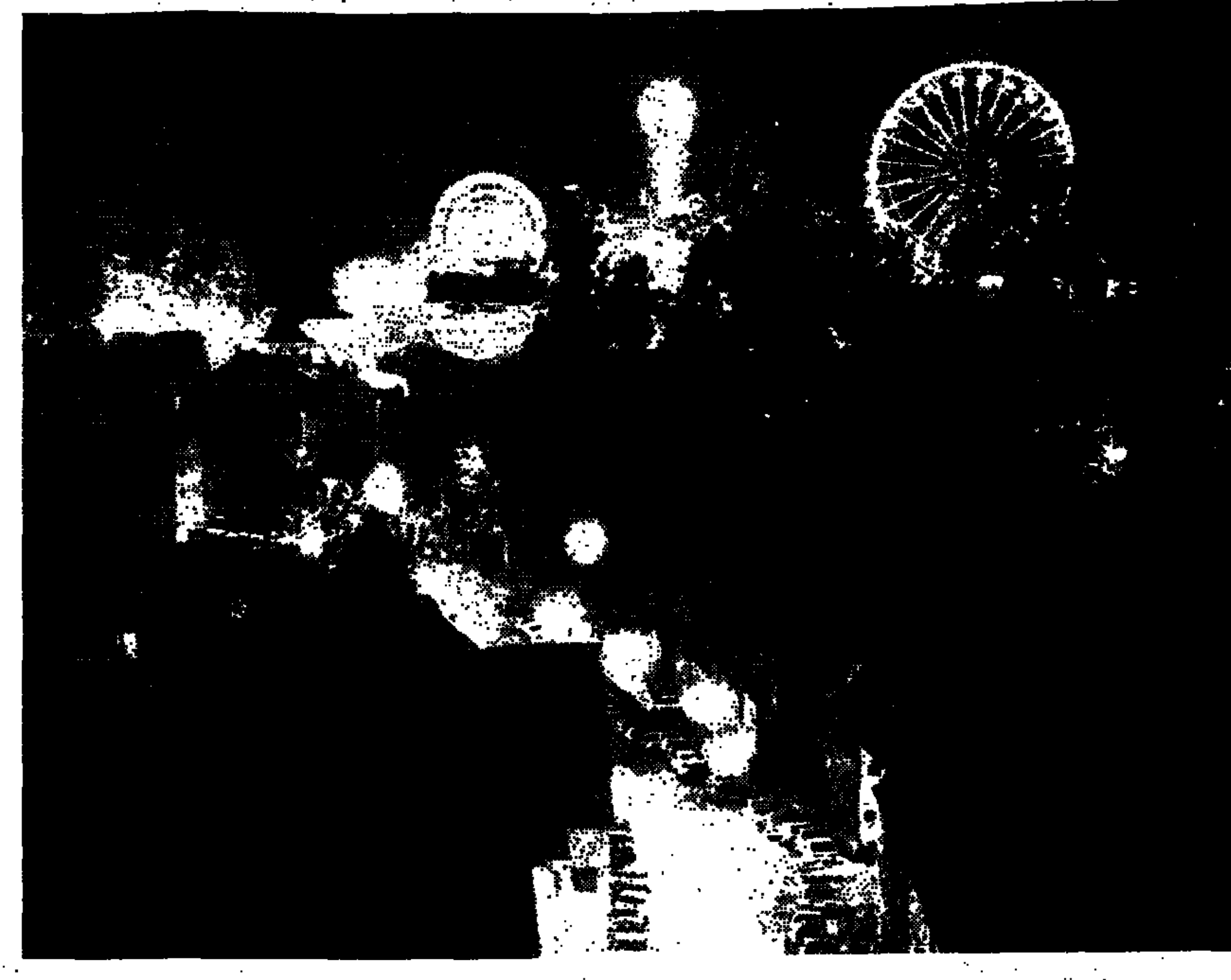
Zu den Opfern der kleinlichen Handhabung der bestehenden und sehr umstrittenen Vorschriften gehören der bekannte Mailänder Couturier Trussardi, dem 3000 nichtdeklarierte Dollar abgenommen wurden, sowie mehrere italienische Fußballstars wie der ehemalige Nationaltorwart Dino Zoff und der beste Angriffspieler der „Azzurri", Bruno Conti.

Die italienische Presse protestierte vehement gegen die Bespitzelung der Flugreisenden. *Die bekannte Mailänder* Wochenzeitung „Panorama" nennt die verschärften Kontrollen am römischen Flughafen „unliberal, anachronistisch und schikanös". Außer*dem befürchtet man nachteilige* Folgen für den Fremdenverkehr, der derzeit sowieso am Fernbleiben der Gäste aus den Vereinigten Staaten krankt.

Mit Stolz verweisen die Hüter der Devisengesetzgebung jedoch darauf, daß sie im vergangenen Jahr 19 Personen festgenommen haben und in 350 Fällen verhindern konnten, daß mehr Geld als erlaubt ausgeführt wurde. Insgesamt etwa 3,5 Millionen Mark konnten auf diese Art und Weise beschlagnahmt werden. Ein Erfolg, der offensichtlich das zunächst eher skeptische Finanzministerium überzeugte: Aufpasser sollen demnächst auch auf den Mailänder Flughäfen Linate und Malpensa in Dienst gehen.



Zu Unrecht steht das Bergkirchweihfest *in Erlangen im Schatten* des Münchner Oktoberfestes, finden die Franken, die auf die Zentrale an der Isar bekanntlich nicht gut zu sprechen sind. Die größte fränkische Kirmes hat Geschichte: Sie jährt sich in diesem Jahr zum 231. Mal. Mehr als 1,2 Millionen Besucher werden bis zum kommenden *Montag auf dem* langgestreckten Gelände am Burgberg erwartet. Wohl einmalig in Deutschland: Die Uni macht an diesen Tagen dicht.



Wo auch die Jungen am Alten hängen

Der „Berg" ruft, und alle, alle strömen zum Volksfest der Franken, zur Erlanger Bergkirchweih – der zweitgrößten Bierseligkeit in ganz Bayern. Von Münchnern totgeschwiegen, von Kennern vorgezogen, wie die Franken finden.

Am Donnerstag vor Pfingsten um 17 Uhr heißt es: „Ozapft is", nach Münchner Muster, mit dessen Oktoberfest man sonst allerdings nicht viel im Sinn hat. Die ersten 50 Liter des extra für die Bergkirchweih gebrauten Bieres gehen, mehr Schaum als Freibier-Traum, von der *Hand* des *Ober*bürgermeisters Dr. Dietmar Hahlweg an die dicht gedrängte Schar der Anstich-Begeisterten vor dem Zelt des Kitzmann-Kellers.

Die meisten „Bergsteiger" haben ihren Stammplatz. „Um halb acht am Erich-Keller, wie immer". Für andere ist der Kitzmann- oder der Entlas-Keller die Anlaufstelle. Jeder Verein, Klub oder Trupp, jede Clique, Be- oder Kollegschaft findet sich am Stammort ein. Neuerungen sind hier nicht gefragt, und wenn, wie vor vier Jahren geschehen, die Musikkapelle am Erich-Keller gewechselt wird, dann kommt es fast zur Revolution. Hier hängen auch die Jungen am Alten.

So geht alles seinen Gang, seit im Jahre 1775 mit einem Beschluß des Stadtrats der Jahrmarkt in der Altstadt wiederbelebt und von Pfingstdienstag an während dreier Tage am Platz des Altstädter Schießhauses abgehalten wurde. Zeit und Ort sind gleichgeblieben, nur die Größe des Festgeländes und die Dauer der „Kerwa" haben sich ausgedehnt. Das schmale Areal zieht sich am Fuß des von Kellern durchzogenen Burgbergs entlang. Da muß zusammengerückt werden.

Den Namen Bergkirchweih gibt es seit Anfang des 19. Jahrhunderts. 1814 wird er das erste Mal in der Zeitung erwähnt. Zu dieser Zeit waren auch die Burschenschaften maßgeblich am Ausbau des Festes beteiligt. Bis heute gibt es den von einer Studentenvereinigung getragenen Birkners-Keller. An der Universität gibt es acht Tage Pfingstferien, das ist einmalig in Deutschland.

Was wäre die Bergkirchweih ohne die Brauereien? 1770 gab es in der Altstadt noch zwölf davon. Sie betrieben die 13 Keller, in denen nicht weniger als 30 000 Liter Bier gelagert werden konnten. Eine Menge, die heute gerade mal einen halben Tag ausreichen würde.



Zur Brotzeit schmeckt der mitgebrachte Radi. Eine Spezialität auf dem Bergkirchweihfest: der Stekkerlfisch (links). FOTOS: KURT FUCHS

An den Feiertagen machen sich die ersten Erlanger schon um 9 Uhr mit Kind, Kegel und in fränkischer Sparsamkeit mit Brotzeitkorb auf den Weg zum Berg. Am Abend heißt es dann „Rock'n' Roll is back again" im Entlas-Keller. Der erste Tisch ist schon unter den Tanzenden zusammengebrochen, doch wenn die Blaskapelle erst „Labamba" oder „Marmor, Stein und Eisen bricht" schmettert, ist endgültig auch der coolste Franke integriert.

Doch nach 23 Uhr geht höchstens noch eine Zugabe, dann wälzt sich der bierselige Troß wie ein Lindwurm ins Tal zum bewachten Fahrradparkplatz, zu den Bussen. Die Polizei drückt übrigens kein Auge zu, und das hat sich herumgesprochen.

Wenn nach den zwölf tollen Tagen das – natürlich leere – Faß zu Grabe getragen wird, wird zum „Ade" mit weißen Taschentüchern gewedelt. Aber die Erlanger wissen *ja, im nächsten Jahr* heißt es wieder: „Ozapft is!"

RENATE FRANK

Bedeutung des Pfingstfestes vielen unbekannt

dpa, Hamburg

Die Bedeutung des Pfingstfestes ist 53 Prozent der Bundesbürger unbekannt, nur 31 Prozent kennen den religiösen Ursprung des Festes. Das ergab eine repräsentative Umfrage des Sample Instituts, die jetzt veröffentlicht wurde. Unter den richtigen Antworten der 2000 Befragten überwogen allgemein gehaltene Nennungen wie „Fest des Heiligen Geistes" oder „Jünger empfingen den Heiligen Geist".

Der Anteil der richtigen Nennungen ist bei den regelmäßigen Kirchgängern mit 61 Prozent am größten. Katholiken wissen eher um die Bedeutung des Festes als Protestanten (48 gegenüber 17 Prozent). Von den unter 34jährigen kennen nur 23 Prozent den religiösen Ursprung des Festes. 42 Prozent der Befragten freuen sich lediglich auf einen freien Tag, für 14 Prozent hat das Fest einen religiösen Bezug.

Zwei Kinder verbrannt

dpa, Düsseldorf

Ein siebenjähriges Mädchen und sein zwei Jahre alter Bruder sind in *der Nacht zum* Pfingstsonntag in Düsseldorf bei einem Wohnungsbrand gestorben, den möglicherweise der eigene Vater gelegt hat. Der 24jährige Mann leugnet die Tat, obwohl nach Aussage der Polizei objektive Befunde gegen ihn sprechen. Der Mutter der Kinder war es zwar gelungen, die beiden ins Freie zu bringen. Wiederbelebungsversuche waren jedoch erfolglos.

Rauchverbot in Italien?

dpa, Rom

Nach den Vorstellungen des italienischen Gesundheitsministers Degan soll in Italien nicht nur in öffentlichen Dienststellen mit Publikumsverkehr, sondern auch in allen Büros, Fabriken, in Bars, Restaurants und Hotel-Hallen, auf Flugplätzen und Bahnhöfen der Griff zur Zigarette verboten werden. Der Christdemokrat konnte einen entsprechenden Gesetzentwurf allerdings noch nicht im Kabinett durchsetzen, weil einige Minister Bedenken wegen des Ausmaßes des geplanten Rauchverbots anmeldeten.

Familie erdrosselt

dpa, Nürnberg

Ein mit mehreren hunderttausend Mark verschuldeter 30jähriger Großhandelskaufmann hat in Nürnberg seine gleichaltrige Ehefrau und seine beiden Jungen im Alter von zwei und fünf Jahren mit Damenstrumpfhosen erdrosselt. Nach der Tat stürzte er sich aus dem vierten Stockwerk des Wohnhauses in den Tod. Finanzielle und familiäre Schwierigkeiten waren nach Polizeiangaben die Ursache für den offenbar aus Verzweiflung begangenen dreifachen Mord und Selbstmord. Die Frau wollte sich scheiden lassen.

WETTER: Warm und gewittrig

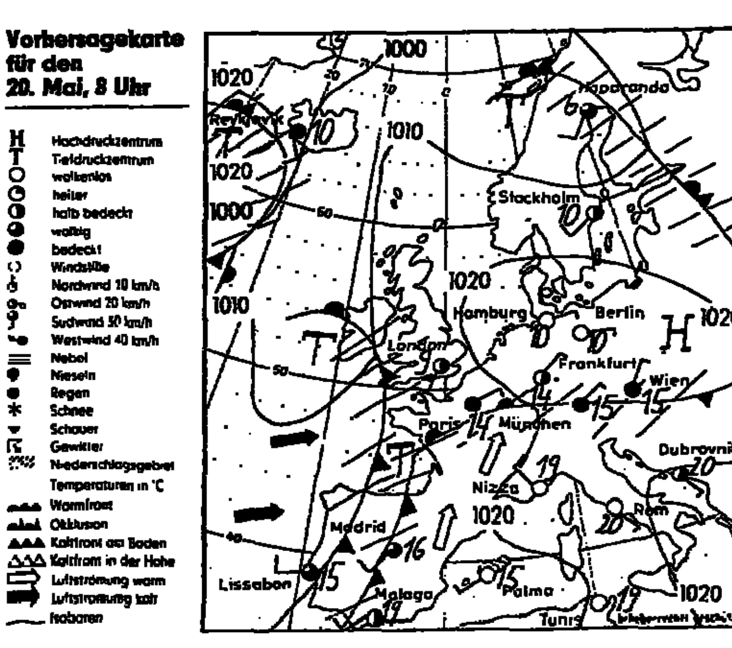
Lage: Ein Hochdruckgebiet zieht über dem nördlichen Deutschland ostwärts ab. Anschließend kann sich der Zustrom subtropischer Warmluft verstärken.

Vorhersage für *Dienstag*: Im Norden noch aufgelockerte, später auch dort von Südwesten her zunehmende Bewölkung und am Nachmittag zuerst im Westen, am Abend auch im Osten aufkommende Gewitter. Höchsttemperaturen 21 bis 26, nachts 12 bis 7 Grad. Auflebender Südwestwind, in Gewittern Gefahr starker Böen.

Weitere Aussichten: Vorherrschend starke Bewölkung und zeitweise Regen. Nachmittagstemperaturen kaum mehr als 20 Grad.

Sonnenaufgang am Mittwoch: 5.23 Uhr*, Untergang: 21.15 Uhr; **Mondaufgang:** 18.15 Uhr, Untergang: 4.08 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 20. Mai, 8 Uhr



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:		
Berlin	18	be
Bielefeld	19	be
Braunlage	17	be
Bremen	18	bw
Dortmund	18	be
Dresden	19	be
Düsseldorf	19	be
Erfurt	17	bw
Essen	17	be
Feldberg/S.	13	R
Flensburg	17	be
Frankfurt/M.	18	bw
Freiburg	19	bd
Garmisch	20	bw
Greifswald	19	bw
Hamburg	17	be
Hannover	18	be
Kahler Asten	16	be
Kassel	19	be
Kempten	17	bw
Kiel	18	bw
Koblenz	17	bd
Köln-Bonn	20	be
Konstanz	24	be
Leipzig	19	be
List/Sylt	14	be

Lübeck	18	bw
Mannheim	18	bd
München	19	R
Münster	17	be
Norderney	13	be
Nürnberg	20	bw
Oberstdorf	17	bw
Passau	22	bw
Saarbrücken	16	R
Stuttgart	19	bw
Trier	15	R
Zugspitze	6	bw
Ausland:		
Algier	24	be
Amsterdam	18	be
Athen	27	be
Barcelona	21	bw
Belgrad	25	bw
Bordeaux	25	be
Bozen	27	be
Brüssel	19	bw
Budapest	24	bw
Bukarest	26	be
Casablanca	23	be
Dublin	15	bw
Dubrovnik	23	be
Edinburgh	14	bw

Faro	22	be
Florenz	31	wl
Genf	22	bw
Helsinki	13	bw
Hongkong	29	bw
Innsbruck	23	be
Istanbul	20	be
Kairo	25	be
Klagenfurt	25	bw
Konstanza	24	be
Kopenhagen	16	bw
Korfu	26	be
Las Palmas	21	be
Leningrad	15	bw
Lissabon	22	be
Locarno	–	–
London	18	be
Los Angeles	14	Ne
Luxemburg	15	R
Madrid	24	be
Mailand	26	wl
Malaga	23	be
Mallorca	29	be
Moskau	17	be
Neapel	27	be
New York	18	be
Nizza	24	be
Oslo	15	be

Ostende	15	be
Palermo	23	be
Paris	17	bd
Peking	27	bw
Prag	21	be
Rhodos	23	be
Rom	27	be
Salzburg	23	bw
Singapur	–	–
Split	24	be
Stockholm	13	bw
Straßburg	18	R
Tel Aviv	24	be
Tokio	21	bw
Tunis	27	be
Valencia	25	be
Varna	23	be
Venedig	25	wl
Warschau	19	be
Wien	23	bw
Zürich	21	bw

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

LEUTE HEUTE

Er war es tatsächlich

Sie halten sich wohl für Alain Prost", donnerte ein Gendarm zwischen Mont de Marsan und Pau am Samstagnachmittag den Fahrer eines *Mercedes 500 SEC an, den er gestoppt* hatte, weil er mit 130 Stundenkilometern über die Landstraße raste. Als der Mann am Steuer ihm die Papiere reichte, mußte der Gendarm feststellen, daß er tatsächlich **Alain Prost** angehalten hatte. Prost durfte jedoch ungestraft seine Reise fortsetzen, allerdings nur mit den vorgeschriebenen 90 km/h. Der Formel-1-Weltmeister hatte sich kurz zuvor weitaus höheren Geschwindigkeiten ausgesetzt. Er war auf dem Luftwaffenstützpunkt Mont de Marsan auf Einladung des Kommandanten des dortigen Jagdgeschwaders zum ersten Mal in seinem *Leben* in einem „Mirage F 1"-Düsenjäger mitgeflogen. Prost hinterher: „Mir hat es gereicht."

Mitterrands Aufstieg

Rund 400 Meter hoch ist der Felsen von Solutré im Departement Saône-et-Loire, den der französische Präsident **François Mitterrand** jedes Jahr



zu Pfingsten erklimmt. Begleitet wurde er bei dem schon zur Tradition gewordenen Aufstieg von seiner Familie und engen Freunden, darunter von den ehemaligen Ministern **Charles Hernu, Jack Lang** und **Roland Dumas.** Auch Ypsilon, der Berner Sennhund Mitterrands, war mit von der Partie. Seinen Ursprung hat der Pfingstausflug in den Zeiten der Résistance: *Damals hatte sich eine* Gruppe von Widerstandskämpfern geschworen, sich nach der Befreiung Frankreichs von den deutschen Besatzern an jedem Pfingstsonntag auf diesem Felsen zu treffen.

Ohne Fußmarsch kein Anschluß

Nachdruck der Eisenbahnfahrpläne von 1946 / Für jede Besatzungszone ein Kursbuch

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Ein Fahrplan, in dem Eisenbahnreisenden zugemutet wird, „auf der Landstraße etwa 30 Minuten Fußmarsch einzulegen", gilt wohl mit Recht als Kuriosum. Aktuell war diese Beförderungsart 1946, als zum ersten Mal nach dem Kriege „Reichsbahn-Kursbücher" getrennt für die Britische, Amerikanische, Französische und Sowjetische Zone erschienen. Ein Verlag, der mit solchem Lesestoff Tausende von Fans versorgt, hat die Zahlenwerke jetzt nachgedruckt.

Zwischen dem Bahnhof Altenbeken und dem Beke-Viadukt auf der Strecke Paderborn–Holzminden, so wird in dem Neudruck (Verlag Ritzau KG, Pürgen bei Landsberg) unterstri*chen, hatte der Reisende eine halbe* Stunde neben den Schienen herzuwandern, zwischen Fürstenberg und Höxter über die Weser eine ganze Stunde. Beliebt waren Hinweise wie „Zug kann 30 Minuten früher abfahren". Zu beachten waren ferner dem Plan beigelegte Zettel, in denen Züge, mit deren Einsatz man sich offenbar zuviel vorgenommen hatte, wieder zurückgezogen wurden. In der Britischen Zone konnten die Fahrpläne ohnehin nur von Spezialisten gelesen werden, da die Auflagen winzig und „nur für den Dienstgebrauch" waren. Das führte dazu, daß für diese Zone nur ein einziges Exemplar aufgetrieben werden konnte.

Die Belehrung der Reisenden in diesen Plänen ist auch heute noch eindrucksvoll. Sie hatten „generell keinen Anspruch auf Beförderung", Fahrten „über den Zielbahnhof einer etwa erteilten Reisegenehmigung hinaus" waren „verboten und werden geahndet", *hieß es, und mit „Vorsicht* bei überfüllten Zügen" war eine Eigenanzeige der Deutschen Reichsbahn überschrieben, in der Passagiere, „die auf Trittbrettern, Puffern oder Wagendächern reisen", darauf hingewiesen wurden, daß sie „mit ihrem Leben spielen".

Wer nicht wußte, was ein „DmW" war, versuchte vergeblich in einen Schnellzug zu kommen, dessen Hauptteil aus Wagen „für Angehörige der Besatzungsmächte" bestand, und „TPerm" war ein französischer Militärurlauberzug. Interessant waren auch die „Lgo"-Züge, denn die bestanden aus offenen, leeren Güterwagen zur Personenbeförderung. Ein solcher „Lgo" war zum Beispiel für die Strecke Lübeck–Hamburg verzeichnet.

Es gab Strecken, für die Angaben durch freie Felder und die Beschriftung „Nicht eingegangen" ersetzt waren; und die einzige Bahn, auf der es tatsächlich noch eine 2. Klasse gab, war die „Südharz-Eisenbahn" Braunlage–Walkenried. In der Französischen Zone wurde stets ausdrücklich darauf hingewiesen, daß etwa vorkommende 2.-Klasse-Wagen nicht für Deutsche gedacht waren. An der Saar verkehrten eine Reihe Züge „Réserve aux mineurs". Übrigens: Von Mannheim nach München fuhr man laut Plan zehn Stunden.

Es gab rätselhafte Anordnungen und Bezeichnungen. Heute, 40 Jahre danach, ist nicht mehr feststellbar, was „DD" als Zuggattung in der Sowjetischen Besatzungszone bedeutete, vermutlich Dienstschnellzüge. Und bei den Amerikanern durften Reisende in manche Züge nur, wenn sie mehr als 100 Kilometer fuhren.

Vom Arbeitsplatz zur Ausnüchterung

J. G. GÖRLICH, Bonn

Trotz des neuen Anti-Alkoholgesetzes „können die Ausnüchterungsstuben über Kundenmangel nicht klagen", wettert die Warschauer Tageszeitung „Slowo Powszechne" und fragt: „Bekämpfen wir tatsächlich den Alkoholismus?"

Diese Frage ist nicht unberechtigt, wenn jetzt Betrunkene von der Bürgermiliz nicht nur von der Straße aufgelesen oder *aus Lokalen* und Kneipen geholt, sondern neuerdings direkt vom Arbeitsplatz weg in die in allen Groß- und Mittelstädten existierenden „Ausnüchterungsstuben" eingeliefert werden.

Und so landeten im vergangenen Jahr allein in Warschaus Ausnüchterungszellen 200 leitende Angestellte aus der Wirtschaft, 63 Lehrer und 35 Journalisten.

Hinzu kamen 137 Fahrer öffentlicher Verkehrsmittel und 128 Lkw-Fahrer der staatlichen Baubranche. Die hochbrisante Liste führt ferner 121 Starkstrom- und Hochspannungselektriker sowie 51 Kranführer auf. Auch Hausmeister und bewaffnete Männer der Wach- und Schließbranche werden des öfteren betrunken im Dienst angetroffen. Um insgesamt 27 Prozent stieg die Zahl derer, die in Warschau alkoholisiert am Arbeitsplatz anzutreffen waren. Schließlich hat auch die Zahl der Kinder, Jugendlichen und Frauen stark zugenommen, die dem Alkohol zusprechen.

Freilich muß hier ergänzt werden, daß betrunkene Fahrer nicht in den Ausnüchterungszellen landen, sondern *sofort* im *Gefängnis. Es* genügen schon 1,0 Promille, schon hagelt es drastische Urteile. Verursacht ein betrunkener Fahrer einen Unfall, bei dem Menschen zu Tode kommen, muß er sogar mit der Todesstrafe rechnen.

Aber mit der Einlieferung in eine Ausnüchterungszelle ist die Angelegenheit noch längst nicht beendet. Der Ausnüchterung folgt zumeist die Ernüchterung durch eine saftige Rechnung. Denn bei der Einlieferung und kurz vor der Entlassung werden die „Kunden" von einem Amtsarzt gründlich untersucht.

Sie werden von Krankenpflegern gebadet und landen anschließend bei einem Friseur – „Dienstleistungen", die nachher mit einer gesalzenen Rechnung beglichen werden müssen. Eine Tracht Prügel von der Polizei erhält, wer in der „Stube" randaliert. Doch sie ist beileibe nicht gratis, denn auch diese „Mehrarbeit" lassen sich die Hüter des Gesetzes bezahlen.

Wer am Arbeitsplatz aufsässig wird, weil er zu tief ins Glas geschaut hat, findet sich anschließend vor einem Bürgergericht wieder. Die Leitung der „Ausnüchterungsstube" verständigt in solchen Fällen sofort den Arbeitgeber. Die Verfehlungen des Angestellten lassen sich dann später in der Personalakte nachlesen.

700-Meter-Sturz überlebt

AFP, Chamonix

Zwei kanadische Bergsteiger stürzten am Sonntag beim Aufstieg auf den Montblanc auf der Tacul-Spitze (4248 Meter) 700 Meter in die Tiefe und kamen mit leichten Verletzungen davon. Die beiden Männer wurden von einer Lawine in der Gervasutti-*Gletscherzunge fortgerissen, jedoch* nicht verschüttet. Die Schneemassen fingen den Sturz auf.

Wie bei der WM anno 1954

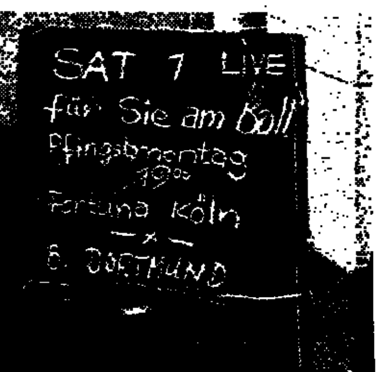


FOTO: NORBERT KOCH

ko. Bonn

Diese Hinweistafel vor einer Bonner Kneipe erinnert an die Anfänge der Television, an die Fußball-Weltmeisterschaft 1954, als Wirte mit einem der raren Fernsehgeräte Gäste in ihr Lokal lockten. Mit dem Privatsender SAT 1, der sich seit der Übertragung des Fußball-Knüllers Werder Bremen gegen Bayern München am 22. April bei den Sportfans einen Namen machte, haben die Kneipiers wieder eine Marktlücke entdeckt.

Etwa eine Million Haushalte in der Bundesrepublik und in Österreich können bisher SAT 1 empfangen. Möglichst viele Direkt-Übertragungen von sportlichen Großveranstaltungen, wie von Programmdirektor Peter Gerlach in Aussicht gestellt, sind gewiß keine schlechte Werbung für diesen Sender – und den Kabelanschluß.

ZU GUTER LETZT

„Hier ist Reno, die Stadt der einarmigen Banditen. Es sind die einäugigen Banditen zu Besuch gekommen: die Kampfrichter." Werner Schneyder im Aktuellen Sport-Studio in einem Bericht von den Box-Weltmeisterschaften.